



# Das Jahr der weißen Taube?

Wird nach Abschluß des INF-Abkommens das Jahr 1988 als das des Friedens in die Geschichte eingehen? Friedensschlüsse, Friedensverhandlungen und Vermittlung in internationalen Konflikten bestimmen in den letzten Wochen das Bild an den verschiedenen Brennpunkten der Welt. Gorbatschow sieht „reale Möglichkeiten für eine Lösung dieser regionalen Probleme“:

- Im Golfkrieg zwischen Iran und Irak herrscht Waffenruhe; eine Wiederaufnahme des Krieges zwischen den erschöpften Gegnern ist unwahrscheinlich.

- Aus Afghanistan zieht die UdSSR ihre Truppen neun Jahre nach dem Einmarsch zurück.

- Alle vier Fraktionen des Bürgerkriegs in Kambodscha sitzen erstmals am Verhandlungstisch, um über die Bildung einer Koalitionsregierung zu sprechen. Vietnam hat den Rückzug seiner Truppen bis spätestens Ende 1989 angekündigt.

- Südafrika holt seine Soldaten aus Angola zurück. Namibia soll 1989 unabhängig werden, es sollen freie Wahlen stattfinden. Auch der Rückzug der Kubaner aus Angola steht nahe bevor.

- In Nicaragua wurde ein Waffenstillstand zwischen der Regierung und den Contras geschlossen.

- Verhandlungen auch um das Schicksal der Westsahara, um das geteilte Zypern, zwischen Libyen und dem Tschad, zwischen Äthiopien und Somalia finden statt.

Hat wieder einmal eine „Zeit der Entspannung“ begonnen? Hat das „neue Denken“ in die internationalen Beziehungen Einzug gehalten? Gibt es einen Trend von der Konfrontation zur Kooperation? Inwiefern ist dieser Trend im Gegensatz zu früheren Zyklen unumkehrbar? Besteht ein gemeinsames Interesse von USA und UdSSR, die Lösung regionaler Konflikte zu fördern und ihre entsprechenden Anstrengungen zu koordinieren? Gibt es in diesem Sinn eine Wechselbeziehung zwischen den einzelnen Regionalkonflikten und Verhandlungsprozessen, globale Tauschgeschäfte zwischen den Supermächten? Oder sind die USA in der Lage, eine imperialistische „Pax Americana“ zu erzwingen, während sich die UdSSR weltweit auf dem Rückzug befindet?

Seite 4



Gesprächspartner, Taube (Mitte)

## Daimler-Benz Ein neuer Rüstungsgigant



Nach AEG, Dornier und MTU schluckt Daimler-Benz auch noch MBB. Was will ein Automobilkonzern mit dem Aufbau so unterschiedlich spezialisierter Unternehmen erreichen? Seit 1985 hat die Kraftfahrzeugentwicklung nicht mehr die oberste Priorität bei Daimler. Das neue Daimler-Führungstrio, Herrhausen (Deutsche Bank), Reuter und der Rüstungsspezialist Niefer – mit besten Verbindungen zum militärisch-industriellen Komplex – forciert die Konzernmodernisierung: Hochtechnologien wie Mikroelektronik, intelligente Sensoren, neue Werkstoffe und neue Antriebstechniken tragen dazu bei, Daimler zum Rüstungskonzern Nummer 1 zu machen. In aller Stille wurden die Raumfahrtförderung und Wehrtechnik ausgebaut. An seinem 100. Geburtstag ist der Konzern vor allem wegen der nicht geleisteten Entschädigung für Zwangsarbeiter ins Gerede gekommen. 20 Millionen DM kündigte jüngst Daimler-Chef Reuter als Entschädigungssumme an sowie ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus. Der heutige Konzern habe „mit dem damaligen Unternehmen nicht viel gemeinsam“ (Reuter).

Angelika Ebbinghaus und Karl Heinz Roth von der Hamburger „Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts“, die 1987 „Das Daimler-Benz-Buch“ herausgegeben hat, analysieren vor dem aktuellen Hintergrund die Entwicklung des Stuttgarter Konzerns.

Seite 6

**Moskau:**  
Nach der  
Partei-  
konferenz  
Seite 12

**Philippinen:**  
Interview  
mit  
Sison (CPP)  
Seite 18

**DKP:**  
Diskussion  
der  
Parteikrise  
Seite 40

## Der weite Weg nach Palästina

Ende Juli/Anfang August schienen sich die Ereignisse in der Palästina-Frage zu überstürzen. Der jordanische König verkündete am 31.7.88, die legalen und administrativen Bindungen zwischen den beiden Jordaniern endgültig lösen zu wollen, am gleichen Tag ordnete der israelische Militärkommandeur an, die „Arab Studies Society“ in Ost-Jerusalem zu schließen, und der israelische Verteidigungsminister Rabin befahl, deren Leiter, Faisal Hussein, der den israelischen Behörden als unangefochtener Repräsentant der PLO in den besetzten Gebieten gilt, abermals für sechs Monate ohne Anklage in Haft zu nehmen; nur wenige Tage später wurde den israelischen Medien ein brisantes Papier zugespielt, das die israelischen Behörden angeblich in den Räumen der „Arab Studies Society“ gefunden hatten, die Unabhängigkeitserklärung für einen palästinensischen Staat.

Auf die Schritte König Husseins reagierten die Israelis verwirrt und überrascht, die Palästinenser hingegen gelassen, auch wenn sie manche ökonomische Härte befürchten müssen. Schließlich ist der jordanische König ihnen kaum weniger

verhaßt als die israelische Besatzungsmacht. Die Ankündigung Husseins freilich kam keineswegs unerwartet, und die Konfusion der israelischen Reaktionen ist wohl eher einer gewissen Realitätsferne und Konzeptlosigkeit der israelischen Politiker geschuldet; den „Anpassungsschwierigkeiten an veränderte Zeiten“, wie die konservative „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schon am 6.7.88 den israelischen Ministerpräsidenten kritisierte.

Daß Hussein seine Ansprüche gegenüber der Westbank möglicherweise aufgeben würde, hatte sich seit dem außerordentlichen arabischen Gipfel in Algier Anfang Juni 1988 abgezeichnet. Nach dreimonatigem Aufstand in den besetzten Gebieten hatten die Palästinenser und Algerien seit Anfang März darauf gedrängt, auf einem arabischen Gipfel eine gemeinsame Position zum israelisch-arabischen Konflikt und zur Palästina-Frage zu erarbeiten, Themen, die auf dem letzten Gipfeltreffen in Amman (November 1987) keine oder nur eine marginale Rolle gespielt hatten.

Fortsetzung auf Seite 8



Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Pogromnacht

Frankfurt, wo das Wüten der Nazis gegen die jüdische Bevölkerung am 9.11.39 schreckliche Höhepunkte erreichte, wird in diesem November eine Vielzahl großer offizieller Gedenkfeiern wie auch kleiner und größerer Initiativen von unten erleben. Die Stadtobere werden zu einem Abend in der Alten Oper zusammenkommen; gedacht ist an ernste Musik, gespielt von großen internationalen Interpreten. Bedeutsamer jedoch wird die Gedenkfeier des Zentralverbandes der Juden in der BRD in der Synagoge im Westend werden; hierzu werden die führenden westdeutschen Politiker eingeladen, darunter von Weizsäcker, Kohl, Waizmann, Zimmermann. Doch eine Mitgliederversammlung der jüdischen Gemeinde Frankfurt fällt den Beschluß, daß die Veranstaltung ohne deutsche Politiker stattfinden soll — Birburg hat Spuren hinterlassen. Der Gemeindevorstand reagierte mit Rücktrittsandrohungen und der Erklärung, daß man an diesen Beschluß nicht gebunden sei. So wird die Veranstaltung wohl doch wie geplant stattfinden. Schließlich machte die SPD den Vorschlag, alle Parteien in der Stadtverordnetenversammlung sollten gemeinsam zu einem Schweigemarsch aufrufen. Nachdem sich die CDU dazu bedeckt hielt, während die Grünen (alle Stimmungen) deutlichen Widerspruch anmeldeten, zog die SPD die Initiative zurück. „Von unten“ gibt es kaum zu überblickende Planungen zu diesem Jahres-

tag. In Stadtteilen, Schulen, Hochschulen, Theatern, Kirchengemeinden, Jugendgruppen, Gewerkschaften sollen am diesen Tag herum Veranstaltungen und andere Aktivitäten gemacht werden — manchmal skeptisch bezeugt als laienhafte Geschichtswerkstätten, aber fraglos wirkliche Basisinitiativen. Übergreifend gibt es in der Stadt vor allem zwei größere Ansätze: Zum einen hat die Initiative, die im letzten Herbst (vergeblich) um die Rettung der historischen Funde auf dem Börneplatz kämpfte, wo bei Bauarbeiten Fundamente der mittelalterlichen Judengasse zum Vorschein gekommen waren, eine gemeinsame Demonstration am 9.11. vorgeschlagen. Sie soll zu den Frankfurter Plätzen führen, wo die Juden zum Abtransport in die Konzentrationslager zusammengetrieben wurden. Zu einem Gespräch über diese Idee ist für den 21. September eingeladen worden. Zum anderen gibt es eine Initiative 9. November, die ursprünglich vom „Pflasterstrand“ initiiert worden war und dazu aufrief, konkrete Fälle nazistischer „Arisierungen“, also des Raubes von jüdischem Besitz aufzudecken und an Ort und Stelle bekanntzumachen: Wem gehörte früher dieses Geschäft? Wer hat jenes Haus von wem zu Spottpreisen erworben und wie war das möglich? Ca. ein dutzend Arbeitsgruppen haben sich gebildet, um diese Ideen in die Tat umzusetzen, was ziemlich schwierig ist, da die Informationen aus leicht ersichtlichen

Gründen deutschseits unter Verschluss gehalten werden. Von der Initiative 9. November gibt es auch einen Vorschlag für eine „zentrale“ Aktivität: An der Stelle einer von den Nazis zerstörten Synagoge im Frankfurter Ostend, Friedberger Anlage, wurde ein Kriegsbunker errichtet, der heute — nachdem er lange Zeit als Möbellager diente — modernisiert und atombombenunfähig (!) gemacht wird. Die Börneplatz-Initiative fördert das Errichten dieses Bunkers. Statt dessen schlägt die Initiative 9. November vor, den Bunker äußerlich so stehen zu lassen, aber im Innern ein Mahnmahl zu errichten. Dabei stellt man sich — ein bißchen in Gedanken an Yad Vashem in Jerusalem — einen großen dunklen Saal mit Spiegeln und Kerzen vor, in dem die Namen der ermordeten jüdischen Bürger Frankfurts über eine Tonnalage zu hören sind. Bereits zum 9.11. dieses Jahres, so die Forderung, soll der Bunker in dieser Weise umgestaltet werden. Sein Nicht-Abriss soll dokumentieren, was nach der Pogromnacht kam und wie nach '45 damit umgegangen wurde. Sollte die Forderung nicht erfüllt werden, so stellt die Initiative zur Diskussion, sich am 9.11. im Park an der Friedberger Anlage zu versammeln.

de., Frankfurt

Niederländer als „RAF-Kurier“ verhaftet

Seit etwa drei Monaten befindet sich der Niederländer Hans Alderkamp in U-Haft. Er wird beschuldigt als „Kurier“ für die RAF gearbeitet zu haben. Bei einer Busreise von Amsterdam nach Westberlin soll Alderkamp zwei Koffer mit insgesamt neunzig Exemplaren des Buches „Widerstand heißt Angriff“ bei sich gehabt haben. Und das bedeutet nach Ansicht der bundesdeutschen Justiz „Unterstützung oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Auch wenn die genannte Publikation in den Niederlanden keineswegs verboten, sondern ganz normal im Buchhandel zu kaufen ist, und obwohl der 36-jährige Groninger Aktivist bestreitet, Besitzer oder Transporteur der Bücher zu sein.

Kampf“. Obwohl Alderkamp abstreift, etwas mit den Koffern zu tun zu haben, wurde er festgenommen und per Hubschrauber nach Karlsruhe transportiert. Von allen Busreisenden wurden Fingerabdrücke gemacht. Alderkamp wurde in Karlsruhe durch den Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof verhört und von dort in die Justizvollzugsanstalt Lüneburg gebracht, wo er auch jetzt noch sitzt — aufgrund angeblicher Fluchtgefahr. Die Anschuldigung gegen ihn lautet, durch den Transport der Bücher „quer durch die BRD“ zum Zwecke des Vertriebs, habe er Unterstützung für die RAF geleistet bzw. sogar seine Mitgliedschaft in dieser Organisation unter Beweis gestellt. Die maximale Strafe, die Alderkamp damit droht, ist zehn Jahre Knast.

Alles deutet darauf hin, daß es sich bei der Verhaftung nicht um einen zufälligen Fang handelt, sondern um eine geplante Aktion. Dabei gibt es auch diverse Hinweise darauf, daß der niederländische Verfassungsschutz BVD Alderkamp, der seit vielen Jahren in der antimilitaristischen Bewegung aktiv ist, überwacht und die westdeutschen Kollegen über dessen Reise nach West-Berlin informiert hat. Von Teilen der rechten Presse in den Niederlanden wird Alderkamp in Verbindung mit der in Groningen herausgegebenen „Knipselkrant“ gebracht, die den westdeutschen Staatsschützern bekanntlich schon seit längerem ein Dorn im Auge ist (siehe dazu auch AK 284, S.8). Dieses Jahr fand die Zeitschrift sogar im bundesdeutschen „Verfassungsschutzbericht“ Erwähnung: „Aus den Niederlanden wurde der RAF und anderen deutschen terroristischen Gruppierungen durch die periodisch erscheinende Schrift „De Knipselkrant“ wiederholt publizistische Hilfe zuteil. Die Herausgeber verstehen das Blatt als Diskussionsforum für den „bewaffneten Kampf“...“ (a.a.O., S. 80/81).

Möglicherweise steht die Verhaftung von Alderkamp auch im Zusammenhang mit der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der „Terrorismusbekämpfung“ im Rahmen von TREVI. Bei der vierten TREVI-Konferenz im September 1986 in London z.B. wurde vereinbart, daß künftig auch Personen, die mit Erklärungen den „Terrorismus“ unterstützen, als „Verdächtige“ zu überwachen seien (AMOK, Nr. 1/1987, S. 13).

In den linken, liberalen und sozialdemokratischen Teilen der niederländischen öffentlichen Meinung ist die Verhaftung mit Empörung aufgenommen worden. Die sozialdemokratische Europaparlamentsabgeordnete Jan van den Heuvel kommentierte in einer Radio-Sendung vom 8. Juli die mögliche Verwicklung des niederländischen Geheimdienstes BVD in die Affäre: „Das ist natürlich ein Unding. Man darf hier in den Niederlanden doch niemanden überwachen aufgrund von Handlungen, die hierzulande überhaupt nicht strafbar sind!“ Desweiteren sprach die ehemalige PvdA-Vorsitzende die Befürchtung aus, die bundesdeutsche Zensur könne sich nach der für 1992 vorgesehenen Aufhebung der Grenzen zwischen den EG-Ländern über Europa ausbreiten. Van den Heuvel: „Die werden das natürlich versuchen. Aber es hängt

auch von der Bereitschaft ab, die es dazu auf niederländischer Seite gibt. (...) Ich finde, daß wir auf jeden Fall verhindern müssen, daß die Toleranz, die bei uns das Grundprinzip des gesamten Rechtssystems ist, außer Kraft gesetzt wird.“

Der Vorsitzende des Justiz-Ausschusses im niederländischen Parlament Kosto nannte die ganze Affäre „absurd“. Nach Kostos Ansicht dürften die Niederlande nicht an der Verurteilung von niederländischen Bürgern im Ausland mitarbeiten. „erst recht nicht, wenn es dabei um Sachen geht, die hierzulande nicht strafbar sind, wie in diesem Fall der Besitz von Büchern“ (Trouw, 1.8.1988). Das Parlament müsse der Angelegenheit auf den Grund gehen, meinte Kosto. Inzwischen hatte die Pazifistisch-Sozialistische Partei (PSP) bereits eine entsprechende parlamentarische Anfrage an den Innenminister gerichtet.

Anfang Juli machten sich zwei Radio-Journalisten der linksliberalen Rundfunkanstalt VPRO mit diversen Exemplaren der verbotenen Schrift und einem Aufnahmegerät ausgerüstet auf den Weg in Richtung Hannover, um die bundesdeutschen Behörden vor den Ohren der niederländischen Öffentlichkeit in Verlegenheit zu bringen. Im Zug machten sie die vor der Grenze zugestiegenen Zollner auf die verbotene Fracht aufmerksam. Die etwas hilflosen Beamten ließen die beiden Journalisten in der Tat aussteigen und brauchten anderthalb Stunden, bis sie endlich etwas „influenza“ befehligen überließen und den Journalisten in der Tat aussteigen und brauchten anderthalb Stunden, bis sie endlich vom Generalbundesanwalt die Anweisung erhielten: Weiterreisen lassen. Allerdings durften die Journalisten nur jeweils ein Exemplar des Buches behalten.

Obwohl der Großteil der niederländischen Öffentlichkeit den Vertrieß der besagten Publikation als selbstverständliches demokratisches Recht ansieht und die Verhaftung von Alderkamp völlig unakzeptabel findet, hat es unverständlich lange gedauert, bis die Solidarität mit dem Inhaftierten in Gang kam. Aus unterschiedlichen Gründen erfüllt die niederländische Presse erst Anfang Juli (also etwa sechs Wochen nach der Verhaftung) von der Affäre. Ein Unterstützungskomitee konnte bisher aufgrund unsäglich hochgepuschter politischer Kontroversen leider noch nicht gebildet werden.

Alderkamps wenige Besuche finden hinter Trennscheibe statt. Gespräche müssen, auch die mit seinen niederländischen Eltern, in Deutsch geführt werden, es sei denn, die Beteiligten betreten selbst einen Dolmetscher für die neugierigen Ohren der Staatsschützer. Alderkamps Post wird vom Ermittlungsrichter zensiert. Für diejenigen, die ihm dennoch schreiben möchten:

Hans Alderkamp  
über Ermittlungsrichter beim BGH  
Herrenstraße 45 A  
7500 Karlsruhe 1

Hu., Nijmegen

Das Buch „Widerstand heißt Angriff!“ kann in den Niederlanden bestellt werden, z.B. beim Buchladen De Rooie Rat, Oude Gracht 65, 3511 AD Utrecht, Niederlande. Oder ist auch das schon „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“?

Erklärung

zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht

Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Deutschen, die Juden oder jüdischer Herkunft waren, ihre Gotteshäuser wurden unter Aufsicht der Feuerwehr niedergebrannt, ihre Wohnungen und Geschäfte verwüstet und geplündert, ohne daß die Polizei einschritt. Wieder Alters- noch Waisenheime wurden verschont. Die Justiz verfolgte keine der Missetatungen, keinen der zahlreichen Morde an den wehrlosen Mitbürgern. Dagegen wurden 20 000 jüdische Männer jeden Alters in Konzentrationslager verschleppt, viele davon gefoltert und erschlagen. Den Überlebenden drohte in der modernen Geschichte beispiellosen Aktes der Barbarei prelle die Reichsregierung - neben der Verpflichtung, den von SA und von SS angeordneten Schanden auch noch selbst zu ersetzen - eine als Kontribution bezeichnete Strafe über eine Milliarde Reichsmark ab, die auf zynische Weise mit der angeblich „leidlichen Haltung des Judentums“ begründet wurde.

Wie konnte es soweit kommen, daß unser Volk ein solches Ausmaß staatlicher Willkür und sanktionierten Verbrechen schweigend hinnahm? Dies war nur möglich geworden, weil die Nazis mit Einverständnis ihrer konservativen und reaktionären Stützgebühren als Erstes die Gewerkschaften, Parteien und sonstigen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung zerschlugen, deren Kader zu Tausenden ermordet, zu Zehntausenden in die Konzentrationslager verschleppt, die Reste in die Gestalt oder ins Exil getrieben hatten. Die Juden wurden zusammen mit Christen, Kommunisten, Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, zusammen mit den Sinti und Roma und anderen Gruppen aus der „Volksgemeinschaft“ ausgegrenzt und zu Volksfeinden erklärt. Mit der totalen „Gleichschaltung“ des Staatsapparates wie des gesamten öffentlichen Lebens hatten die Nazis die völlige Unterwerfung des bürgerlichen Lagers durchgefhrt, von da an herrschte wählige Friedholstnha im Land. Die Kriegsvorbereitungen konnten beginnen, und zugleich durften sich nun viele Unternehmer schamlos bereichern bei der „Arisierung“ genannten - Enteignung der Juden.

Die Reichspogromnacht war alsdann die Generalprobe für das weitere gewaltsame Vorgehen der Nazis. Sie betrie ihnen den Beweis, daß ihrer Willkür und Brutalität keine Grenzen mehr gesetzt waren, daß die Menschen an Gewalt und Terror gewöhnt werden konnten, daß nun mit dem Angriffslieg zur Unterjochung aller Nachbarvölker begonnen werden konnte; daß der Weg frei war, der dann nach Auschwitz und zu millionenfachem Massenmord führte.

Wir aber müssen zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht Lehren aus unserer Geschichte ziehen!

\* Haß und Hetze gegen Minderheiten, Andersgläubige oder -denkende bedrohen nicht nur die unmittelbar Betroffenen. Sie gefährden den Frieden, die Demokratie und letztlich jeden in unserer Gesellschaft.

\* Die Menschenrechte, die demokratischen und humanistischen Prinzipien und das im Grundgesetz verankerte Verbot jeder Diskriminierung müssen, ebenso wie das Grundrecht auf Asyl, zu unantastbaren, umfassend anzuwendenden Normen unserer Gesellschaft werden.

\* Den Opfern der Pogromnacht und den Toten des antifaschistischen Widerstandes werden wir am besten gerecht, wenn wir heute für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung, für die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde eintreten. Das entspricht auch dem Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandes.

\* Wir verwarfen uns gegen jede Geschichtsklitterung, vor allem gegen die Behauptung, Pogrom und Holocaust seien Verbrechen, wie sie anderswo auch vorgekommen seien. Wir treten ihnen entgegen, die „endlich einen Schlußstein legen“ und die letzten Jahre unserer Geschichte in Vergessenheit geraten lassen möchten. Nichts daraus lernen wollen, heißt die Gefahr einer Wiederholung horribler Verbrechen. Nur wenn wir unsere Verbundenheit mit den Opfern zum unverwundbaren Bestandteil unserer politischen Kultur machen, können wir der Zukunft unseres Landes und unseres Volkes.

\* Die NPD sowie alle weiteren neofaschistischen Parteien und Organisationen müssen verboten werden. Dasselbe gilt für Publikationen und Filme, die Ausländerfeindlichkeit sowie Rassen- und Fremdenhaß propagieren.

Wir fordern dazu auf, in diesem Sinne des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht überall in der Bundesrepublik in vielfältiger und angemessener Weise zu gedenken.

Einunterzeichner: Heinrich Albert - Esther Rejzmann, Sängern, Ausführendes in der Bundesrepublik d.V.V. Karin Bane-Overhage, Gewerkschaftssekretärin (D) Bielefeld, Ingrid Bräutigam, Schriftstellerin, Fritz Bräutigam, Gewerkschaftssekretär der Antifaschistischen Bewegung, 3. Vorsitz der Antifaschistischen Bewegung für die BRD e.V., Bernd Engelmann - Ralph Oberdorn, Fernsehjournalist, Schriftsteller - Christian Götz, Mitglied des Antifaschistischen Hauptverbandes der Gewerkschaft HfV - Max von der Grün - Paul Grünwald, Lagergemeinschaft Buchenwald - Peter Härtling, Schriftsteller - Detl. Haldenrich, Schriftsteller, Mitglied im Präsidium des F.E.R.-Zentrums der BRD - Detl. Hensche, Gewerkschaftssekretär (D) Druck und Papier - Dr. Werner Hoffmann, Mitglied des Nieders. Landtages, Rechtsanwalt und Notar - Heinz Jung, Generalsekretär des Nationalen Antifaschistischen Bundes der BRD - Dr. Peter M. Kaiser, Präsident der Forschungsgemeinschaft 20. Juli e.V. - Eugen Kasper, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau der BRD - Karlheinz Kopp, Vizepräsident der katholischen Friedensbewegung Pax Christi - Dr. Helmut Kramer, Richter am Oberlandesgericht - Prof. Dr. Walter Kreck - Prof. Dr. Reinhard Kühni - Dieter Labmann, Schriftsteller - Mechthild Mödtele, Gewerkschaftssekretärin - Gerd Müller, Sprecherin der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Vizepräsidentin des Internationalen „F.T.“-Kommitees - Jan Niemöller, Vize, Richter e.D. - Leoni Orasowski, Schriftstellerin - Jürgen Planert, DGB Jugendbildungsstellenleiter - Susanne von Proseny, Autorin - Prof. Dr. Herman Pasch - Prof. Dr. Jürgen Redthaus, Bundesvorsitzender der VN-Bund der Antifaschisten - Ernst Richter, Gewerkschaftssekretär - Horst Rühner, Gewerkschaftssekretär - Joseph C. Rossaint, Präsident der VN-Bund der Antifaschisten - Peter Senger, DGB Gewerkschaftssekretär - Johannes Mario Simmel - Dorothea Stille - Christa Sprinke, Pastorin - Joachim Schwennborn, Bundesvorsitzender der VDJ in der BRD und Berlin(West) - Prof. Dr. Peter Stürzinger, Universitätsprofessor - Helmut Stein, Präsident der VN-Bund der Antifaschisten - Inge Stöten, Autorin - Ulrich Vuttjes, Bundesvorsitzender der HU, Mitglied des Bundes- und des niederländischen Landesverbandes der Richter und Staatsanwälte in der ÖTV

Name	Vorname	Funktion	Anschrift	Unterschrift

\* Die Angabe zur Funktion dient nur zur Information

Verantwortlich: Helmut Stein c/o VN-Bund der Antifaschisten, Rosenstraße 4 6000 Frankfurt/M. 1 (30. Juni 88)

Haftprüfung für Ulla Penselin

Am 19.8.88 fand vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf ein mündlicher Haftprüfungstermin für die seit acht Monaten in U-Haft sitzende Ulla Penselin statt. Die Entscheidung über die Haftfortdauer bis zum Prozeßbeginn im Frühjahr 1989 wurde auf das Ende der folgenden Woche vertagt. Ulla hat zu den in der Anklageschrift erhobenen Vorwürfen konkret ihre Sicht der Dinge dargelegt und die ohnehin brüchige „Beweislage“ weitgehend durchleuchtet. Der Bundesanwaltschaft blieb nach Ullas Ausführungen als letztes und einziges Argument für die Haftfortdauer nur die behauptete „Verdunklungsgefahr“, da Ulla nicht bereit war, Namen zu nennen und Strukturen aufzuzeigen und somit die Aufklärung der ihr vorgeworfenen Tatbestände verhindern wollte.

Ingrid Strobls Haftprüfungstermin vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf wird im Verlauf der nächsten Woche stattfinden.

Am 17.8.88 wollte der Sprecherrat der Uni München in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat Medizin eine Solidaritätsveranstaltung zu den Themen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Sexismus und den Verhältnissen von Ulla und Ingrid durchführen. Zur Veranstaltung wurde u.a. aufgerufen von der Bayeri-

schen StrafrechtlerInneninitiative, dem Frauenreferat der katholischen Stiftungshochschule und der Stadt- und Landtagsfraktion der Grünen. Die Veranstaltung wurde auf Anweisung von oben vom Kreisverwaltungsreferat der Stadt München verboten und nach einigem juristischen Hin und Her 15 Minuten vor Beginn vom Verwaltungsgericht München erlaubt. Gegen die Kontaktadresse auf einem der Aufrufblätter, den Infoblättern München, wurde ein Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung“.

In Hamburg war vom Festausschuß „Maria Himmel“ vor dem mündlichen Haftprüfungstermin von Ulla ein „Fest am Knast“ in den Grünanlagen direkt vor dem UG geplant. Zweimal wurde das Fest angemeldet, zweimal lehnte die Genehmigungsbehörde ab mit dem Hinweis auf „für Feste ausgewiesene Flächen“ in den Grünanlagen, die allerdings außer Sicht- und Hörweite der Gefangenen liegen. Parallel dazu wurde jetzt eine Kundgebung angemeldet, die (bis Redaktions-schluß) bisher mündlich genehmigt wurde. Die Kundgebung wird auf jeden Fall am 21.8.88 stattfinden und vom anschließenden Picknick in der Sonne läßt sich hoffentlich niemand abhalten.

ZF

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Abowerbung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst P.O. 400 Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Verbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.



# Diäten, Honorare und Doppelverdiener

Gelacht haben wir ja alle, als der hessische Landtag nach langem, aber vergeblichem Flügelgeschlagen auf den Abgeordnetenbüchsen landete und sein Selbstbedienungsgesetz wieder aufheben mußte. Aber die Story gibt noch mehr her, wenn man sich darin vertieft. Gegen die Stimmen der Grünen hatten sich die Parlamentarier in Wiesbaden Anfang Februar ein neues Diätengesetz gegeben. Die bewährte Methode, nach der man handelte, wurde von Landtagspräsident Jochen Lengenmann (CDU) so beschrieben: „Seit 1978 war gesagt worden: zu Beginn jeder Wahlperiode abräumen, damit's wekommt.“ („FR“, 30.6.88) Man richtete sich nach dem Vorbild derjenigen, die bis April 1987 Mehrheitspartei gewesen waren: nach dem Vorbild der Sozialdemokraten also. Am 29.7.88 war alles wieder vorbei. Einstimmig hob der Landtag das Gesetz wieder auf. Es war die Forderung der Grünen, die die Altparteien schließlich befolgten, nachdem sie zuvor buchstäblich alles versucht hatten, ihr zu entgehen. Erfolgreiche Realpolitik einer Minderheit gegen die ganz große Greifer-Koalition: Es klappt, wenn man außerparlamentarische Unterstützung genießt.

Die kam in diesem Fall vom biederbürgerlichen Bund der Steuerzahler. Ein von diesem Verein in Auftrag gegebenes Gutachten machte der „Spiegel“ am 27.6. bekannt: Maßlosigkeit, Bereicherung, Verfassungswidrigkeit lauteten die Prädikate des Staatsrechtlers von Arnim, der die sicher nicht unberechtigte Vermutung äußerte, die Hessen würden einen Durchbruch für andere Parlamentarier organisieren. Weiter hatte der Gutachter bemängelt, daß die Diätenerhöhung mit falschen Zahlen und Berechnungen gerechtfertigt wurde, daß sie den Landeshaushalt drei- bis viermal so stark belasten würde wie behauptet und daß die Gesetzesvorlage, die das Parlament verabschiedete, chaotisch und undurchschaubar war: „ein Torso aus Halbsätzen, Einfügungen und Streichungen“. Erst zwei Monate später „stand im Gesetzblatt, was die Abgeordneten beschlossen hatten.“ Damit hat es seine besondere Bewandnis, wonach es keine Entschuldigung ist: Daß sie zulangten, wußten die Volksvertreter sehr gut.

Die Kritisierten reagierten routiniert und setzten eine Kommission ein. Die Grünen forderten Anfang Juli die Aufhebung des Gesetzes und drohten mit einer Verfassungsklage; die Steuerzahlervereine winkte mit dem Zusammenstoß eines Gutachtenkomitees — „quantitativ aber im Hinblick auf die Qualität eines Volksbegehrens — politisch aber unwirksam, da die Verfassungsväter wohlweislich Geldfragen für Plebiszite ausgeklammert haben. Das nächste kleine Zugeständnis der Altparteien hieß, man wolle das Diätengesetz „in neun Punkten revidieren“. Während die Medien „deutliche Korrekturen“ wünschten, fühlte sich der repräsentationsfreudige Lengenmann immer noch so sicher, daß er seinen persönlichen Referenten, wahrscheinlich einer derjenigen, die das Diätengesetz konkret ausgearbeitet hatten, eine neue Abteilung in der Landtagsverwaltung einrichtete. Am 12.7. stimmten die Altparteien den Aufhebungsantrag der Grünen nieder, und der CSU-Fraktionsgeschäftsführer Jung erlaubte sich einige scharfzüngige, aber voreilige Seitenhiebe auf innergetriebene Finanzmanipulationen und -skandale.

Dann machten die Grünen bekannt, daß Landtagspräsident Lang (SPD) das Gesetz eigenmächtig vor der Drucklegung verändert hatte: Im Wortlaut, wie er vom Parlament beschlossen worden war, hatte sich „ein Fehler“ befunden, der nicht den Intentionen der Gesetzgeber entsprochen hatte. Um einem erneuten Gesetzgebungsverfahren im Landtag zu entgehen, hatte sich Lang selbst am Werk gemacht und den „Fehler“ eliminiert. Die Pressemeldung war nur kurz, reichte aber aus, daß Lang fünf Tage später das Handtuch schmeißt und auch gleich sein Mandat niederlegt. Dafür wurde er von der SPD-Fraktion in allen Ehren verabschiedet: hochverdienter Mann, unermüdlich im Dienst des Gemeinwesens usw.

Logisch, daß die Grünen nun den Rücktritt auch von Lengenmann forderten. Einen entsprechenden Antrag wies die Mehrheitskoalition diszipliniert zurück, und doch mußte sich der Landtagspräsident 48 Stunden später ins Unvermeidliche fügen. Landesherr Walter Lengenmann hatte sich in die Pötte eingeschaltet, um „seinen Freund“ höflich hinauszukomplimentieren, obwohl ihn doch „keinerlei Verantwortung“ traf, wie der CDU-Fraktionsvorsitzende Nassauer trefflich formuliert. Denn Verantwortung war dem verantwortlichen Lengenmann tatsächlich fremd. Der Ministerpräsident zog die Notbremse: Um Schaden von der CDU abzuwenden, sollten die Abgeordnetenlisten eingefroren werden. Das

war, obwohl es so aussah, noch nicht der status quo ante (Zustand vor der Gesetzesänderung), sondern der allerletzte Versuch, etwas von der Szene zu retten. Umsonst: Die Altparteien mußten ihre Unterschrift unter den Entwurf der Grünen setzen, der das Gesetz aufhebt und nichts weiter. Eine kurz zuvor noch verweigerte Sondersitzung des Landtags fand in der Sommerpause statt, am 28.7. war alles vorbei. Ein neuer Bereicherungsversuch soll Ende dieses bis Mitte nächsten Jahres unternommen werden.

Über Wallmanns plötzliches Einschwenken auf die grüne Linie fühlte sich sein Koalitionspartner FDP „düpiert“, und auch die SPD war sauer. Verständlich, denn unter Börner gab es keine solchen Schwankungen. Auf den konnte man sich noch wirklich verlassen: ein Sozialdemokrat — ein Wort. Obendrein wurde der Verzicht für die SPD-Fraktion nicht einmal durch die Notwendigkeit, eine Regierung verteidigen zu müssen, erleichtert. Zu Recht flucht Heide Wietzorek-Zeul, weil es außer den Grünen keine Opposition im Landtag gegeben hat. Aber sie hat ziemlich lange gebraucht, bis sie an die Öffentlichkeit ging, was ihr eine Lehre sein sollte: noch ein solcher Fehler, und das Einkommen-Image ist auch futsch.

Weil die Abgeordneten ohne jede Reue ihren Rückzieher machten, räumte die Presse, was sie eigentlich dazu bewegen hatte. Druck aus den eigenen Reihen wurde vermutet. „Walter Wallmann hat erkannt, welche Sprengladung in Wiesba-

den herumliegt.“ („FR“, 23.7.) Ob es auch die Rundschau erkannte? Ein nachträglicher, zwischen parlamentarischer Beschlußfassung und Drucklegung, manipuliertes Gesetz war rechtlich natürlich überhaupt nicht haltbar. Daß so etwas möglich ist, kann allein schon als Sensation gelten. Selbstverständlich mußten auch die Parlamentspräsidenten Lengenmann und Lang, die den Putsch heimlich veranstalteten, den Hut nehmen, wobei man sich fragt, warum sie nicht bestraft werden.

## Macht macht erfinderisch

Es ist wirklich notwendig, sich ein paar Zahlen des geplatzten Diätenwerks zu Gemüte zu führen. Dazu muß man zunächst wissen, daß sich die Abgeordnetengelder aus einem (steuerpflichtigen) Quasi-Gehalt, „Entschädigung“ genannt, und einer (steuerfreien) Kostenpauschale, „Aufwandsentschädigung“ genannt, zusammensetzen. Beide Komponenten gehen offenbar davon aus, daß die Demokratie diesen Menschen Schutzgeld zuzufügen, der finanziell wiedergutmacht werden muß. Was das Quasi-Gehalt oder die „Grunddiät“ angeht, so sah die hessische Novelle, die ab 1.3.88 in Kraft trat, einen Betrag von 6.500 DM vor, der sich 1989, 90 und 91 um jeweils 500 DM erhöhen sollte, so daß 1991 monatlich 8.000 DM erreicht wären. Da sich die Hessen seit einem ähnlichen Coup 1981 dreizehn Monatsgehälter gewähren,

hätten sie zwischen 1979 und 1991 eine über 75prozentige Steigerung erreicht — ein „gewaltiger Niveauanstieg“, wie von Arnim gutachtet (Zahlen nach „FR“ vom 11.7.88).

Um die Grundausrüstung zu komplettieren, kommt eine großzügige Aufwandsentschädigung je nach Entfernung des Wohnorts vom Sitz des Landtags hinzu: mindestens 4.000 DM, höchstens 5.400 DM monatlich. Pauschal. Mit diesen Beträgen liegen die hessischen MdLs bundesweit an der Spitze, d.h. noch vor dem Bundestag. Aber der Spaß liegt ja jetzt erst an, mit Nebenverdiensten, Übernachtungsgeldern, Übergangsgeldern, Altersversorgung, Arbeitslosenversicherung („de luxe“), Sterbegeldern etc. In diese Materie wollen wir uns lieber nicht vertiefen.

Besonderes Augenmerk verdienen die Regelungen für parlamentarische Funktionsträger, d.h. für die Mitglieder des Landtagspräsidentiums und die Fraktionsvorsitzenden. Für den Landtagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden sieht die Novelle schlicht die doppelte Grunddiät vor, d.h. 1988 monatlich 13.000 DM und 1991 monatlich 16.000 DM, dies alles natürlich dreizehn Mal im Jahr. Beim Ausscheiden eines ehemaligen Funktionsträgers aus dem Landtag wird dieses Salär bis zu drei Jahren (je nach Länge der Parlamentszugehörigkeit des Betroffenen) als sog. „Übergangsgeld“ weitergezahlt. Da ist es leicht möglich, daß der Steuerzahler solchen Leuten mal eben eine halbe Million hinterherschmeißt — ganz un-

abhängig von der Pension oder davon, ob der Betreffende nachher einen anderen Job, beispielsweise in der Wirtschaft, ausübt. So großzügig sind nicht einmal die Übergangsgelder für ehemalige hessische Minister.

Fraktionsvorsitzende und Präsidiumsmitglieder brauchen aber auch, unabhängig von dem Büro und anderen Sachleistungen, die sie selbstverständlich gestellt bekommen, eine höhere Aufwandsentschädigung: Auf die 4.000 bis 5.400 DM nochmal 2.700 DM obendrauf, also bis zu 8.100 DM monatlich. Das läßt entsprechende Regelungen im Bundestag locker hinter sich, fragt sich nur, wie lange noch. Noch schärfer wird es, wenn jemand nacheinander Minister und Fraktionsvorsitzender oder umgekehrt war. Hier können nicht nur die Ansprüche, die sich aus beidem ergeben, unabhängig voneinander bezogen werden, es existiert so etwas wie eine Leistungs Spirale. Irgendwie bestärkt sich das gegenseitig, schaukelt sich aneinander hoch, locker werden 20 Mille monatlich erreicht, natürlich auch als Versorgung nach dem Parlamentarierdasein, dreizehnmal jährlich und die sonstigen Einkommen unbeschränkt. Genug — wer's genau wissen will, lese das Buch, das Herr v. Arnim demnächst darüber publiziert. Und es ist ja auch alles wieder rückgängig gemacht worden.

## Reales und Morales

Irgendwie interessiert einen natürlich, in welchem Hungerbrot die MdL-Schlucker jetzt nagen müssen, wo ihnen die emotionalisierte Öffentlichkeit das Menü zusammengestrichen hat. Das ist in einer Situation, in der unsere funktionierende Demokratie wieder einmal erfolgreich einen Skandal bewältigt hat, nur schwer herauszubekommen. Aus Nebenätzen erzählt man immerhin, daß auch die alte, wieder inkraftgetretene Regelung ihre verfassungsrechtlichen Tücken hat. Die „FR“ (29.7.) gibt eine Grunddiät von 6.300 DM und eine „ebenfalls niedrigere Kostenpauschale“ bekannt. Sagen wir also, 3.000 bis 4.000 DM Kostenpauschale, steuerfrei. Vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Nassauer erfahren wir („FR“, 26.7.), daß diese Kostenpauschale für die „Funktionsträger“ in doppelter Höhe gewährt wird. Ein Fraktionsvorsitzender bekommt also nach der alten und wieder eingesetzten Regelung diese 6.300 DM (brutto) plus ungefähr nochmal so viel Pauschale (netto, Kleingkeiten wie die Übernachtungsgelder etc. nicht eingerechnet).

Ein Fraktionsvorsitzender, der früher Minister war, bekommt als Übergangsgeld erstmal drei Monate lang sein Ministergehalt (15.000 DM) weiter, dann noch eine Zeitlang das halbe Gehalt. Pensionsansprüche lassen wir mal außen vor. Gemessen an dem, was Joschka Fischer mit der Februar-Novelle gewinkt hätte, hat er sich sehr standhaft und unbestechlich gezeigt. Gemessen an dem, was der ehemalige Umweltminister auch so erhält, ist der Aufwand eigenartig, den er persönlich im Frankfurter Kreisverband der Grünen anleitet, weil sein Kontrahent Manfred Zieran 8.800 DM angeblich unrechtmäßig aus einem Prozeßfonds der Partei abzwängte.

8.800 DM: Zieran nahm sie von der Bundespartei der Grünen als Honorar für 16 Monate Recherchen und Archivierungsarbeiten gegen den Hoechst-Konzern. Der ehemalige Frankfurter Stadtverordnete, später einige Zeit als Angestellter der Römer-Grünen beschäftigt, war arbeitslos, als er dieses Honorar in Anspruch nahm. Für die innerparteilichen Angelegenheiten der Grünen ist der Streit darüber, ob sein Vorgehen im Einklang mit den Beschlüssen des Bundesvorstandes war oder nicht, natürlich nicht unwichtig. Aber in diesem Streit, den die Medien begierig aufgriffen, beliebt es den Gegnern des Fundamentalismus, moralisch zu argumentieren. In Übereinstimmung mit der Anerkennung des statischen Gewaltmonopols ist moralisch einwandfrei, was mit dem geltenden Gesetz und den Parteibeschlüssen konform geht. Gefragt wird nicht, was der eine zu viel und der andere zu wenig zum Leben hat. Hier erlaube ich mir einen leichten Standpunkt.

Es interessiert mich nicht konkret, was Fischer verdient und wieviel er davon noch, sich ungeliebten Traditionen beugend, an irgendwelche Ökofonds abführt. Es interessiert mich sehr wohl, wenn er sich als Gralshüter der Moral gegen Zieran aufspielt, denn diese Moral kann nur eine spielfähige sein. Festzuhalten bleibt: Auch in den Grünen fangen die Bonzen an, den Arbeitslosen Vorhaltungen zu machen.

de., Frankfurt



Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt haben die hessischen Landtagsabgeordneten dem Steuerzahler tief in die Tasche gegriffen. Gegen die Stimmen der Grünen genehmigten sich CDU, SPD und FDP im Februar eine spürbare Erhöhung ihrer Diäten und Kostenpauschalen. Damit sind die hessischen Landtagsabgeordneten „Spitze“. Ein vom Bund der Steuerzahler in Auftrag gegebenes Gutachten zur Selbstbedienung der hessischen Parlamentarier liegt nun vor. Es sieht die „Ordnung des Vertretbaren“ überschritten und fordert eine Neuordnung des Abgeordnetengesetzes. Wenn Politiker sich unkontrolliert und ungehemmt aus den Staatskassen bedienen, steht deren „Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit“ auf dem Spiel. Die FR veröffentlicht das Gutachten von Hans Herbert von Arnim, Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, in Auszügen. Es erscheint in Kürze als Festschriftbuch in der Edition Interforum, Verlag A. Franke, Osnabrück.







# Das Jahr der weißen Taube?

„Ich denke, daß wir jetzt eine Situation haben, in der wir feststellen können, daß sich auch hier, an den Brennpunkten unseres Planeten, reale Möglichkeiten für eine Lösung dieser regionalen Probleme, für die Lösung auch anderer Knoten, und zwar auf der Basis eines politischen Herangehens, auf der Basis eines Interessenausgleichs ergeben haben. (...) Ich denke, wenn Sie meine Überlegungen als ungerechtfertigten Optimismus oder als Wunschdenken auffassen würden, wäre das falsch. Ich möchte Sie daran erinnern, wie es vor drei Jahren war und wie es heute aussieht. Die Situation hat sich wesentlich geändert. Es bieten sich Möglichkeiten zur politischen Lösung aller dieser Konflikte.“

zwischen den einzelnen Regionalkonflikten und Verhandlungsprozessen, globale Tauschgeschäfte zwischen den Supermächten? Oder sind die USA in der Lage, eine imperialistische „Pax Americana“ zu erzwingen, während sich die UdSSR weltweit auf dem Rückzug befindet?

## Afghanistan: Kein bißchen Frieden

Am 14. April wurde in Genf ein Paket von Verträgen unterzeichnet, mit dem angeblich „das Afghanistan-Problem geregelt“ worden sein soll. In der offiziellen UdSSR wurden diese Abkommen geradezu euphorisch abgefeiert: „Es ist ein wichtiger Durchbruch bei der Entschärfung eines der kompliziertesten regionalen Konflikte unternommen worden.“ Dies sei „von immenser internationaler Bedeutung“ und zeige, „daß das neue politische Denken in der internationalen Politik über die Psychologie der Konfrontation, über die überholten Klischees die Oberhand gewinnen kann.“ Damit sei „die Herstellung des Friedens auf afghanischem Boden in greifbare Nähe gerückt.“ (Erklärung der sowjetischen Regierung, 27.4.88)

Tatsache ist jedoch: Im Ende des seit zehn Jahren ausgeprägten Bürgerkriegs ist nicht in Sicht — und war auch gar nicht Gegenstand der im April so unglaublich erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen.

zehn Jahren ausgeprägten Bürgerkriegs ist nicht in Sicht — und war auch gar nicht Gegenstand der im April so unglaublich erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen. Dem Rückzug der sowjetischen Truppen folgt keine Entspannung zwischen den afghanischen Konfliktparteien, sondern die Vorbereitung auf den Entscheidungskampf. Dieser Kampf könnte sich über weitere Jahre hinziehen, denn zur Zeit scheint keine Seite in der Lage, das ganze Land unter ihre Kontrolle zu bringen und zu stabilisieren. Es zeichnet sich bisher auch keine neuartige Koalition ab, die eine „nationale Versöhnung“ zustande bringen könnte.

Die einzige praktische Substanz des Vertragspakets vom April ist der totale militärische Rückzug der UdSSR bis zum 15. Februar 1989. Real betrachtet ist das ein einseitiger Schritt, zu dem sich die sowjetische Regierung im Prinzip schon vor den April-Abkommen bereit erklärt hatte. Das Eigeninteresse der UdSSR an diesem Rückzug war offenbar so schwerwiegend, daß sie daraus von vornherein kein Objekt im Verhandlungsspektrum machen konnte.

Zwar hat auf dem Papier die Regierung Pakistans umfassende Verpflichtungen zur Nichteinmischung unterschrieben. Danach dürfte sie die afghanischen Kontraste in keiner Weise mehr unterstützen, nicht einmal indirekt fördern, nicht einmal ernstern. Tatsache ist jedoch, daß

sich an der Funktion Pakistans als Basis und Hinterland der Kontras absolut nichts geändert hat. Zwar hatte Gorbatschow noch vor Vertragsabschluß gedroht, „daß der Abzug der sowjetischen Truppen notwendigerweise an die Nichtzulassung der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans geknüpft wird“ (12.2.88), aber das erweist sich als leeres Gerede. Ebenso die wiederholten Ankündigungen der UdSSR, daß man angesichts der vielen eindeutigen Verstöße Pakistans gegen die April-Abkommen den Zeitplan des sowjetischen Abzugs revidieren oder sogar „Gegenmaßnahmen“ ergreifen könnte. Auf der anderen Seite beweisen die sowjetischen Politiker und Militärs immer wieder, daß man sich exakt an den Zeitplan hält, daß die sowjetischen Truppen von sich aus generell nicht mehr an Kämpfen teilnehmen, und daß gegenteilige Berichte böse Verleumdungen seien.

Die USA haben von vornherein offen angekündigt, daß sie auf „Symmetrie“ bestehen. Das heißt im Klartext, daß sie weiter die afghanischen Kontras unterstützen werden, solange die UdSSR nicht ihre militärische Hilfe (Waffenlieferungen, Ausbildung etc.) für die Regierung einstellt. Eine entsprechende Erklärung haben die USA am 14. April bei der Unterzeichnung der Abkommen übergeben.

Die einzige reale Veränderung in Afghanistan besteht also bisher darin, daß die UdSSR ihre Truppen zurückzieht. Das mag vernünftig und notwendig sein, aber dadurch kommt das Land dem Frieden noch keinen Schritt näher. Auch beweist Afghanistan durchaus nicht, daß in der internationalen Politik ein „neues Denken“ auf der Grundlage gegenseitiger Nichteinmischung Einzug gehalten hat.

Das ist natürlich auch ein Problem der Interpretation. Die sowjetische Regierung scheint der Meinung zu sein, daß Militärlieferungen für eine etablierte Regierung keine unzulässige Einmischung ist, sondern daß nur die Unterstützung regierungsfeindlicher Kräfte zu achten sei. Die Frage ist aber, ob sie dieses eigentlich konservative Prinzip, das ihr in Afghanistan oder Nicaragua gelegen kommt, wirklich weltweit zur Richtschnur ihres Handelns machen will.

## Kampuchea: Wohin mit den Roten Khmer?

## Kampuchea: Wohin mit den Roten Khmer?

Von allen regionalen Konflikten kommt Kampuchea dem afghanischen Modell am nächsten: auch dort besteht bisher das einzige praktische Resultat in einem einseitigen Truppenabzug. In diesem Fall sind es die Vietnamesen, die sich bedingungslos verpflichtet haben, spätestens bis Ende 1990 alle Einheiten zurückzuziehen. Ein wesentlicher Grund für diesen einseitigen Schritt ist, daß Vietnam wirtschaftlich in einer katastrophalen Lage ist, aber nicht mit westlicher Hilfe rechnen kann, solange seine Intervention in Kampuchea nicht beendet ist.

Vietnam war Ende 1978 in das Nachbarland einmarschiert, um das Terrorregime der Roten Khmer zu stürzen. Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen war dann zum Dauerzustand geworden, weil die neue Regierung sich nicht aus eigener Kraft stabilisieren konnte.

Anders als in Afghanistan gibt es in Kampuchea immerhin einen Verhandlungsansatz zwischen den Konfliktparteien. Das sind insgesamt vier: außer der Regierung in Pnom Penh und den Roten Khmer noch die Kräfte des früheren neutralistischen Königs Sihanouk und die konservative Gruppe Son Sann. Sie haben sich Ende Juni in der indonesischen Hauptstadt erstmals getroffen, konnten

sich allerdings noch nicht einmal auf ein gemeinsames Kommuniqué einigen.

Die mit Abstand stärkste Fraktion der bewaffneten Opposition sind nach wie vor die Roten Khmer. Ihre Basis ist in erster Linie Thailand, unterstützt werden sie vor allem von China. Von der UNO sind sie immer noch als legitime Regierung Kampuchears anerkannt. Andererseits möchte sie kaum jemand noch einmal in einer dominierenden Stellung sehen, nachdem ihre von den Vietnamesen beendete kurze Herrschaft völkermordartige Exzesse hervorgebracht hatte. Die USA, die EG, die Nachbarstaaten Indochinas (ASEAN), und zunehmend wohl auch China favorisieren eine Koalition unter Führung Sihanouks. Da auch Vietnam und die derzeitige Regierung in Pnom Penh, und neuerdings sogar die Roten Khmer, eine zentrale Stellung Sihanouks als Führer einer Vierer-Koalition zu akzeptieren scheinen, könnte eine Verständigung möglich sein.

Der Teufel steckt aber noch im Detail. Erstens ist einigen Beteiligten die Frist für den Rückzug der Vietnamesen noch zu lang. In diesem Punkt sollte ein Kompromiß möglich sein, weil Vietnam sich schon bereit erklärt hat, im Fall einer Verhandlungslösung beschleunigt, spätestens bis Anfang 1990, abzuziehen. Zweitens ist umstritten, zu welchem Zeitpunkt eine Koalitionsregierung gebildet werden soll. Vietnam und Pnom Penh wollen, daß die derzeitige Regierung vorläufig im Amt bleibt und die Wahlen organisiert, aus denen die neue Regierung hervorgehen soll. Die anderen Beteiligten wollen, daß sofort eine provisorische Koalitionsregierung aus allen vier Parteien gebildet wird und diese dann die Wahlen durchführt. In Kampuchea soll für eine Übergangszeit eine internationale „Friedenstruppe“ stationiert werden, was von Vietnam und Pnom Penh gleichfalls abgelehnt wird. Ein weiterer Streitpunkt ist die von Pnom Penh geforderte Entwaffnung der Roten Khmer als Voraussetzung einer Verhandlungslösung. Angesichts der Stärke der Roten Khmer und der Schwäche der beiden anderen Fraktionen käme das einer Vorweg-Entwaffnung der Opposition gleich. Das paßt nicht einmal Sihanouk, so sehr er sich auch sonst über die Roten Khmer beschwert. Er schlägt vor, die vier Streitkräfte zu erhalten, aber einen gemeinsamen Generalstab zu bilden. — Leichter dürfte die Einigung über Pnom Penhs Forderung fallen, daß es für die vier Streitkräfte zu erhalten, aber einen gemeinsamen Generalstab zu bilden. — Leichter dürfte die Einigung über Pnom Penhs Forderung fallen, daß es für die besonders schwer belasteten alten Führer der Roten Khmer (Pol Pot, Ieng Sary) keinen Platz mehr im politischen Leben Kampuchears geben darf.

Vietnam und Pnom Penh würden sicher eine Zweierkoalition — nur mit Sihanouks Fraktion — bevorzugen, bei der das frühere Staatsoberhaupt leicht in die Rolle einer Galionsfigur geraten könnte. Aus dem gleichen Grund schreckt Sihanouk vor einer solchen Lösung zurück. Daß die Roten Khmer und im Hintergrund China sich querlegen würden, ist selbstverständlich.

Es kann also keine friedliche Regelung ohne Einbeziehung der Roten Khmer entsprechend ihrem realen militärischen Gewicht geben. Andererseits enthält eine Machtbeteiligung der Roten Khmer das Risiko, daß der Konflikt in den Staatsapparat hinein verlagert wird und der Bürgerkrieg in gewandelten Formen fortgeführt wird.

## Südliches Afrika: Viele Fragen bleiben offen

Auch bei den Verhandlungen um die Konfliktpunkte Angola und Namibia steht bisher der Rückzug von Interventionstruppen im Zentrum. In Angola kämpft seit Mitte der 70er Jahre die MPLA-Regierung gegen die pro-westliche UNITA, die von südafrikanischen Interventionstruppen unterstützt wird. Um der MPLA zu helfen, hat Kuba 30.000 Soldaten in Angola stationiert. Eng mit diesem Konflikt verbunden ist das Schicksal Namibias, das Südafrika entgegen den Beschlüssen der UNO immer noch besetzt hält.

Nach schweren militärischen Rückschlägen für Südafrika im letzten Herbst begann Anfang Mai dieses Jahres eine Serie von Gesprächen zwischen Angola, Südafrika und Kuba — mit den USA als akzeptierter Vermittler, obwohl sie massiv die UNITA unterstützen und folglich selbst Partei im Konflikt sind.

Im Juli kam ein Abkommen, offiziell „Grundsatzklärung“ genannt, zustande. Die Hauptpunkte sind: 1. Verwirklichung der UN-Resolution 435 von 1978. Das bedeutet Unabhängigkeit Namibias durch „freie und faire Wahlen“. Über den Zeitplan soll zwischen den Beteiligten noch verhandelt werden. 2. Zunächst Verlegung kubanischer Truppen nach Norden, dann schrittweiser Totalabzug aus

Angola unter Überwachung des UN-Sicherheitsrats. 3. „Nichteinmischung in interne Angelegenheiten von Staaten“. Das bedeutet, wie im Einzelnen aufgeführt wird, Respektierung von Grenzen und Souveränität, Unterlassung von Drohungen und Gewalt, sowie auch „nicht zu erlauben, daß ihr Gebiet für Kriegshandlungen, Angriffe oder Gewalt gegen andere Staaten genutzt wird.“

Im letzten Punkt des Abkommens wird die „Anerkennung der Vermittlerrolle der USA“ noch einmal ausdrücklich ausgesprochen — was diese selbstverständlich nicht hinderte, sofort zu verkünden, daß sie die UNITA weiter mit Waffen und Material unterstützen wollen.

Die „Grundsatzklärung“ wurde teilweise konkretisiert durch eine zweite gemeinsame Erklärung Anfang August. Sie enthält: 1. Sofortiges Inkrafttreten eines Waffenstillstands. 2. Festlegung des 1. November 1988 als Datum für den Beginn der Verwirklichung der UN-Resolution 435 (Unabhängigkeit Namibias). 3. Verpflichtung zum stufenweisen völligen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola nach einem „für alle Seiten akzeptablen Zeitplan“. Angola und Kuba verpflichten sich, „ein Abkommen über diesen Zeitplan bis zum 1. September 1988 zu erreichen.“ Außerdem erwähnt werden „eine Reihe praktischer Maßnahmen“, auf die man sich geeinigt habe, die jedoch in der Erklärung nicht konkretisiert werden.

Es muß festgestellt werden, daß Südafrika für den Abzug seiner Truppen aus Angola und Namibia in beiden gemeinsamen Erklärungen keine konkreten Verpflichtungen eingegangen ist; dieser Punkt wird nicht einmal erwähnt. Das ist bemerkenswert, da doch vom Rückzug der Kubaner aus Angola sehr wohl die Rede ist. Südafrika hat nach der zweiten gemeinsamen Erklärung bekanntgegeben, daß es bis zum 1. September seine Einheiten aus Angola abziehen will, und daß es am 1. November mit dem militärischen Rückzug aus Namibia beginnen will. Das sind jedoch nur einseitige Absichtserklärungen, nicht Elemente einer internationalen Vereinbarung. Südafrika könnte diesen Zeitplan ebenso einseitig wieder revidieren, wenn ihm der kubanische Rückzug nicht schnell genug geht.

Mit den beiden gemeinsamen Erklärungen ist genau das hergestellt worden, was Kuba und Angola verbal vehement abgelehnt hatten: ein „Junktim“ zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem kubanischen Rückzug aus Angola.

Überdies scheint es, daß Kuba und Angola auch ihre bisherige Position aufgegeben haben, daß ein kubanischer Rückzug erst in Frage kommt, wenn die Unterstützung der UNITA durch Südafrika und die USA eingestellt wird.

Zwar untersagt die Grundsatzklärung vom Juli dem Sinn nach selbstverständlich jede südafrikanische Hilfe für die UNITA. Sie verpflichtet aber ebenso Angola, seine Unterstützung für den ANC und die SWAPO einzustellen. Wahrscheinlich wird das eine so unverbindlich bleiben wie das andere. An dieser Stelle ist auch an die erwiesene Wertlosigkeit der entsprechenden Nichteinmischungs-Passagen in den Afghanistan-Abkommen zu erinnern. Die USA haben ohnehin sofort angekündigt, daß sie ihre Militärlieferungen für die UNITA fortsetzen wollen, solange Angola von der UdSSR und Kuba unterstützt wird. Die UNITA ihrerseits hat erklärt, daß sie sich an den zwischen Angola, Kuba und Südafrika vereinbarten Waffenstillstand nicht halten wird.

Auch hier gilt also, daß von einem Ende des Bürgerkriegs überhaupt nicht die Rede sein kann. Erinnerungen drängen sich auf an das 1984 geschlossene Abkommen zwischen Südafrika und Mosambik, mit dem jenes sich verpflichtet hatte, die Unterstützung der konterrevolutionären RENAMO einzustellen, ohne sich freilich daran zu halten. Inzwischen hat die imperialistische Destabilisierungsstrategie gegen Mosambik das Land total in die Arme des Westens zurückgetrieben.

## Nicaragua: Verhandlungen abgebrochen

Besondere Euphorie hatte bei den Freunden des „neuen Denkens“ der Versuch einer Friedensregelung für Nicaragua ausgelöst. Mit dem sogenannten Equipolus II Abkommen (August 1987) schien es vorübergehend so, als wollten die fünf mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Honduras, Guatemala, Costa Rica und El Salvador gegen den Hegemonismus der USA an einem Strang ziehen. Vereinbart wurde ein Waffenstillstand



Pol Pot (2. von links) und Anhänger wieder auf dem Vormarsch?

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

zwischen allen Konfliktparteien, die Demokratisierung der beteiligten Länder, sowie die Einstellung jeder Unterstützung für die bewaffnete Opposition in anderen Ländern. (siehe ausführliche Besprechung in AK 289 und 291). Real hingegen änderte sich nicht viel. Insbesondere hörte Honduras selbstverständlich nicht auf, den Contras sein Territorium als Basis zur Verfügung zu stellen und mit den USA eng gegen Nicaragua zu kooperieren.

Die Freunde des „neuen Denkens“ sahen trotzdem „die Weichen für einen dauerhaften Frieden gestellt“, als im März dieses Jahres ein Waffenstillstand zwischen der Regierung Nicaraguas und den Contras vereinbart wurde. Vorgesehen war: 1. Sofortige Einstellung aller offensiven Militäroperationen im ganzen Land für zunächst 60 Tage. In dieser Zeit sollte über einen endgültigen Waffenstillstand verhandelt werden. 2. Zusammenziehung der Contras in vereinbarten Zonen. 3. Generalamnestie für ehem. Mitglieder der Somoza-Nationalgarde und für gefangene Contras. Von diesen sollte die erste Hälfte freigelassen werden, sobald die Konzentration der Contras in den vereinbarten Zonen abgeschlossen wäre. Die andere Hälfte sollte nach Unterzeichnung eines endgültigen Waffenstillstands entlassen werden. Dann erst sollte auch die Freilassung der Somoza-Leute erfolgen. 4. Weiterleitung „humanitärer Hilfe“ an die Contras, um deren „Versorgung mit Lebensmitteln und Grundgütern zu garantieren“. 5. Verpflichtung der Regierung zur „uneingeschränkten Meinungsfreiheit“. 6. Beteiligung der Contras am „Nationalen Dialog“ zwischen Regierung und Opposition, sobald der Rückzug auf die vereinbarten Zonen abgeschlossen wäre. 7. Allen Personen, „die aus politischen oder anderen Gründen das Land verlassen haben“, wird das Recht zur Rückkehr und Straffreiheit garantiert.

Das Abkommen hielt noch nicht einmal drei Monate. Anfang Juni brachen die Contras die Verhandlungen ab. Umstritten war vor allem die Reihenfolge der einzelnen Schritte: Während für die Regierung die Entwaffnung der Contras unverzichtbare Voraussetzung für alles weitere ist, forderten die Contras Amnestie, uneingeschränkte politische Rechte und ein neues Wahlsystem *vorher*, während sie für das Niederlegen ihrer Waffen erst bis Ende Januar 1989 wollten.

Trotz Abbruch der Verhandlungen hat die Regierung Nicaraguas den befristeten Waffenstillstand nie mehr verlängert. Auch die Contras haben wiederholt erklärt, daß sie den Waffenstillstand einhalten wollten. Wahrscheinlich kommt ihnen eine Atempause in der aktuellen Situation, wo Reagan eine Wiederaufnahme der Minderheitsparlamentarismus nicht



Antiamerikanische Demonstration in Teheran (1979)

durchsetzen kann, ganz gelegen. Inzwischen wird sogar von einer Wiederaufnahme der Verhandlungen gesprochen. Glaubt man den Bekundungen der beiden Seiten, so ist eigentlich nur noch der Schauplatz umstritten: in Nicaragua Hauptstadt Managua, wie es die Regierung fordert, oder in Costa Ricas Hauptstadt San Jose, was dessen Präsident Arias vorschlägt, anscheinend mit Zustimmung der Contras.

Am Verhandlungsort sollte es eigentlich nicht scheitern, denn es wäre nicht einzusehen, wenn die Sandinisten nach den bisher von ihnen gemachten politischen Zugeständnissen San Jose zu einer Prinzipienfrage hochspielen würden — falls es eine Einigungschance gäbe. Falls es diese Chance aber nicht gibt, wofür bisher alle bekannten Tatsachen sprechen, wäre Managua genauso schlecht wie irgendein anderer Verhandlungsort.

#### Nahost: Es rührt sich nichts

Den Palästina-Konflikt nannte Gorbatschow beim Gipfeltreffen mit Reagan an zweiter Stelle hinter Afghanistan unter den Regionalkonflikten, deren Lösung beabsichtigt. Dieser „Prozess“ sei bereits im Gang und habe zu einer „Annäherung der Positionen“ geführt. Diese Annäherung sah Gorbatschow in der „Einsicht“, daß zur Lösung des Konflikts eine internationale Konferenz notwendig sei.

Tatsächlich ist die Hälfte der israelischen Regierung und wohl auch etwa die Hälfte der Wahlforschung gegenwärtig

ne internationale Konferenz, in welcher Form auch immer. Die andere Hälfte, repräsentiert durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei, würde einer Konferenz zustimmen, möchte sich aber ihre palästinensischen Verhandlungspartner selbst aussuchen dürfen, was in der Geschichte der internationalen Beziehungen einmalig ist. Das Verhandlungsergebnis steht für die Arbeiterpartei auch schon fest: Ein erheblicher Teil der besetzten Gebieten soll annektiert werden, der Rest an Jordanien abgetreten werden. Keinesfalls darf ein palästinensischer Staat entstehen.

Diese Position der Arbeiterpartei muß als Maximum des heute in Israel Durchsetzbaren begriffen werden. Sie wird im Prinzip auch von den USA unterstützt. Auf dieser Basis ist aber keine für die Palästinenser akzeptable Lösung des Konflikts möglich.

Von was für einer „Annäherung der Positionen“ spricht also Gorbatschow? Bei seiner Pressekonferenz während des Gipfeltreffens beantwortete er auch Fragen von Journalisten. Mehrere davon bezogen sich auf das Palästina-Problem. Gorbatschow brachte es in seinen Antworten erstens fertig, nicht ein einziges Mal die PLO zu erwähnen, was kaum als Zufall zu interpretieren ist. Er sagte nämlich zweitens zu der heiklen Frage einer PLO-Beteiligung an der von ihm befürworteten internationalen Konferenz, „daß wir nicht für die Araber entscheiden können, in welcher Form sich die Palästinenser an der internationalen Konferenz beteiligen. Mögen die Araber selbst darüber entscheiden.“ Schon der Denksatz, die palästinensische Vertretung durch „die Araber“ bestimmen zu lassen, drängt bei aller vorgespielten Liberalität den Gedanken auf, daß eine Formel unterhalb einer gleichberechtigten PLO-Beteiligung schmachtend gemacht werden soll. Drittens bekannte sich Gorbatschow zwar verbal zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, schränkte aber sofort wieder ein: „In welcher Form das geschieht — das müssen die Palästinenser selbst gemeinsam mit ihren arabischen Freunden entscheiden.“ Nun ist ja kein Geheimnis, daß die PLO einen eigenen Staat fordert. Wenn Gorbatschow, statt eindeutig diese Forderung zu unterstützen, schon wieder „die Araber“ ins Spiel bringt, wird auch in diesem Punkt die Suche nach einer für Israel akzeptablen Kompromißformel deutlich. Solange aber zwischen dem Maximum des in Israel Konsensfähigen und dem Minimum des von den Palästinensern zu Akzeptierenden eine derart große Kluft besteht, wird die Suche nach Kompromißformeln zwangsläufig vergeblich bleiben.

Gorbatschows Gerode von einer „Annäherung der Positionen“ zwischen UdSSR und USA im Nahostkonflikt setzt falsche Signale. Die Position der USA hat sich kein Stück bewegt, also könnte es sich allenfalls um eine „Annäherung“ der UdSSR handeln. In kaum einem anderen Brennpunkt der amerikanischen Außenpolitik ist überdies so völlig sicher, daß sich durch einen Wahlsieg der Demokraten nichts ändern würde. Die bedingungslose Loyalität mit Israel wird in jedem Fall eine Säule der amerikanischen Politik bleiben.

Was ansonsten noch über „Nichteinmischung“ gesagt und teilweise sogar in internationale Abkommen hineingeschrieben wird, ist leeres Gerode. Die USA sind ohnehin an keinem Konfliktpunkt eine derartige Verpflichtung eingegangen. Ihre Verbündeten (Pakistan, Honduras, Südafrika) haben zwar unterschrieben, halten sich aber offensichtlich keinen Moment daran.

#### Stellvertreterkriege gehen weiter

Von den großen Regionalkonflikten, denen nahe bevorstehende Lösung im Zeichen des „neuen Denkens“ beschworen wird, scheint bisher einzig und allein der Golfkrieg vor dem Ende zu stehen. Das ist als nicht sensationell und bahnbrechend, wenn man bedenkt, daß dieser Krieg schon länger dauert als der Zweite Weltkrieg und beide Länder ruiniert hat, ohne dem militärischen Sieg einer Seite nähergekommen zu sein. Daß jeder Krieg irgendwann einmal zuende geht, kann nicht ernsthaft als Frühjahrschwalbe eines globalen „Paradigmenwechsels“ von der Konfrontation zur Kooperation interpretiert werden. Außerdem war gerade dieser Regionalkonflikt im wesentlichen nicht der Ost-West-Konfrontation zuzuordnen, war folglich auch durch ein positives oder negatives Verhandlungsklima zwischen Gorbatschow und Reagan kaum zu beeinflussen.

Gerade die als Stellvertreterkriege gebrachten Bürgerkriege in Afghanistan, Nicaragua, Kampuchea und Angola werden

fortgesetzt. Der Konsens zwischen USA und UdSSR über die „Nichteinmischung“ beschränkt sich vorerst auf die direkte Intervention mit eigenen Kampftruppen. Dieser Konsens fällt den USA im Falle Afghanistans und Kampucheas nicht schwer, weil man gegen einen einseitigen Abzug der UdSSR bzw. ihres Verbündeten selbstverständlich keine Einwände hat. Etwas komplizierter ist die Lage schon im südlichen Afrika, wo zwei Seiten direkt interveniert haben und irgendeine Art von Tauschgeschäft ausgehandelt werden mußte. Jedenfalls verpflichtet dieses reduzierte Verständnis von „Nichteinmischung“ die USA zu keinerlei Gegenleistung — einfach deshalb, weil sie derzeit in keinem Regionalkonflikt mit eigenen Kampfeinheiten direkt engagiert sind.

So, wie heute in den wichtigsten vom Ost-West-Konflikt dominierten Bürgerkriegen die Fronten verlaufen, ist es in allen Fällen die UdSSR, die die Regierungen unterstützt, während die USA und ihre Verbündeten der bewaffneten Opposition helfen. Die Forderung nach genereller „Nichteinmischung“ richtet sich insoweit einseitig an die USA, die aber mit der Hypothese von der „Symmetrie“ kontern. Dagegen läßt sich letztes Endes nicht viel Überzeugendes sagen. Wenn die „Einsicht“ in Bürgerkriege geachtet werden soll, müßte das generell und für alle Seiten gelten. Ein weltweites Tauschgeschäft wäre angesagt, bei dem beispielsweise auch die sowjetische Hilfe für die PLO oder den ANC zur Disposition stehen müßte. Chruschtschows Konzept von den zwei „Weltgedarmen“, die koordiniert jeden lokalen Konflikt „eindämmen“ und „austräumen“ müßten, um einen „Weltbrand“ zu verhindern, wäre wieder aktuell. In der Praxis hat allerdings kein sowjetischer Politiker je so oft und lustvoll Allopoker gespielt wie gerade Chruschtschow. Ob heute ein globales Krisenmanagement USA-UdSSR eine realistische, durchsetzbare und kontrollierbare Perspektive wäre, — selbst mit einem Präsidenten Dukakis als Nachfolger Reagans — und ob es zweitens ausgerechnet zum Programm der UdSSR, der selbststärkenden „natürlichen Verbündeten der ant imperialistischen Befreiungsbewegungen und Staaten“, werden sollte, bleibt fragwürdig.

KI, Hamburg

# Will die RSA keine Atommacht mehr sein?

## Südafrika will überraschend dem Sperrvertrag beitreten

Schon wieder ein Signal für den Frieden? In Wien nämlich führt der südafrikanische Außenminister Roelf Botha mit Vertretern der USA, Großbritannien und der Sowjetunion Verhandlungen über einen möglichen Beitritt Südafrikas zum Atomwaffenabsperrvertrag. Allerdings hat Botha inzwischen ziemlich eindeutig öffentlich erklärt, „daß Südafrika Kernwaffen herstellen kann“ und daß er jede Auskunft darüber verweigere, ob sein Land bereits Atomwaffen besitze. (1) Aber es ist gerade der Inhalt des Atomwaffenabsperrvertrags, den Verzicht auf den Bau von Atomwaffen bekanntzugeben und dafür Kontrollen zuzulassen, und mögen diese noch so harmlos oder nur zum Schein sein. Botha fügte konsequenterweise auch hinzu, seine Regierung „habe es nicht eilig, den Sperrvertrag zu unterzeichnen“, zunächst müsse sichergestellt werden, daß der Vertrag in „nichtdiskriminierender Weise“ auf sein Land angewendet werde. (2) Es ist die Frage, warum Südafrika überhaupt Verhandlungen über einen möglichen Beitritt zum Atomwaffenabsperrvertrag führt.

Bereits in den 70er Jahren haben verschiedene Sprecher Südafrikas mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. 1977 bereitete Südafrika erstmals einen Atomwaffentest in der Kalahari-Wüste vor. Nachdem sowjetische und un-amerikanische Satelliten die Testvorbereitungen bekannt machten, wurde dieser Test aufgrund internationalen Drucks noch einmal verschoben. Am 22.9.1979 war es dann soweit, Israel und Südafrika zündeten gemeinsam eine Atomwaffe in der Nähe der Antarktis. Inzwischen baut Südafrika auf der Marion-Insel in der Antarktis einen großen Flughafen, den Frank Barnaby, ehemals Direktor des Stockholmer SIPRI-Friedensinstituts für den Kern atomaren Testgeländes hält. (2) Obwohl 1979 der US-Aufklärungssatellit VELA

den Atomwaffentest einwandfrei identifiziert hatte, beteiligte sich sogar die offizielle US-Untersuchungskommission an der Vertuschungskampagne. (3)

Im Hintergrund der Verhandlungen Südafrikas in Wien steht der mögliche Ausschluss Südafrikas aus der Wiener Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und infolge damit verschärfte internationale Forderungen nach einem Atomboykott gegen Südafrika. Eigentlich müßte dieser Ausschluss auf der diesjährigen Jahrestagung, die vom 19.-23. September stattfinden wird, vollzogen werden. Denn bereits 1987 hatte der Exekutivsausschuß der IAEO mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit diesen Ausschluss empfohlen. Auf der Jahrestagung im September 1987 kündigte daraufhin der US-Energieminister an, daß sein Land die Ausschlussresolution nicht unterstützen werde, da ein „wichtiger Schritt“ Südafrikas zu erwarten sei. Prompt kündigte Südafrikas Premierminister Botha am folgenden Tag die Bereitschaft an, in Verhandlungen über eine Unterzeichnung des Atomwaffenabsperrvertrags einzutreten. Als die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes daraufhin umfielen, verzichteten die Länder der Gruppe 77 auf die Abstimmung über ihren Ausschlussantrag, weil keine ausreichende Mehrheit mehr gesichert war. Sie kündigten aber an, ihren Antrag in diesem Jahr erneut einzubringen. (4) Und da empfahl es sich, daß zumindest jetzt zum guten Schein die Verhandlungen aufgenommen worden sind.

Daß praktisch sämtliche westlichen Industrienationen gar kein Interesse an einer solchen Verurteilung Südafrikas haben können, liegt auf der Hand. Denn keineswegs Israel allein ist an der südafrikanischen Atombombe beteiligt: Frankreich lieferte einen Reaktor, die BRD die Patente und Ausrüstungen für

die Urananreicherungsanlage Südafrikas, die seit 1975 läuft. Die Schweiz diente als Scheinlieferant und neuerte auch Anlagen und angereichertes Uran bei. Die USA, die ab und an gegen Atomgeschäfte mit Südafrika interveniert haben, sollen (mit Kanada zusammen) die Patente der gezündeten Atomgranate geliefert haben, die via Israel nach Südafrika gelangten. (3)(5) Umgekehrt läuft dann durch Südafrika die illegale Belieferung dieser Länder mit Uran aus Namibia.

1986 wurde der Anti-Apartheidsbewegung in der Schweiz ein offizielles US-Papier zugespielt, in dem die Politik der USA erläutert wird. Es handelt sich um ein Memorandum des für afrikanische Angelegenheiten zuständigen Staatssekretärs, Chester Crocker, an US-Außenminister Shultz. Das Papier mit dem Titel „South Africa's nuclear weapons capability“ vom Januar 1985 schreibt über die Atomwaffenstrategie Südafrikas, daß sie für die Weichen in Südafrika „das Vertrauen in das Überleben ihres Staates stärken und die kommunistischen Länder und deren afrikanische Satelliten von einer militärischen Intervention in der Region abhalten“ solle. Gegen feindliche Kampftruppen und deren Camps oder auch Hauptstädte solcher Länder, die diesen Kräften Unterschlupf gewährten, seien in „solchen taktischen Schlachtfeldsituationen“ der Einsatz „relativ kleiner und sauberer atomarer Neutronen Sprengköpfe“ geplant und dies bereits zu „Beginn der ersten Kampfphasen ... als Abschreckungsmittel gegen weitere Aktionen“. Crocker warnt „vor einer offenen Darlegung der südafrikanischen Atomwaffenkapazität“. Dies würde „lediglich den Beziehungen der westlichen Welt mit Afrika und zahlreichen geistesverwandten Drittweltationen“ schaden ... Die Jahrzehntelangen Nukleargeschäfte des Westens mit Südafrika würden zum Beweis angeführt, daß

der Westen, die USA eingeschlossen, das Apartheid-Regime mit diesen Fähigkeiten ausgerüstet hat, die sich zuallererst gegen die Schwarzen in Südafrika und die schwarzafrikanischen Länder jenseits der südafrikanischen Grenzen richten. Überdies, so heißt es in dem Papier: „Kann die Zusammenarbeit von israelischen Nuklearforschungszentren und amerikanischen Privatfirmen mit südafrikanischen Atomforschungsinstituten kaum noch verhindert werden.“ Und so empfiehlt das Papier: „Um die eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren, sollten die USA ihre Verbindungen mit südafrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitsbehörden verstärken.“ In Vergangenheit erfolgte Einschränkungen solcher (nuklearen) Kontakte mit Südafrika hätten nur „schädliche Auswirkungen auf westliche Einflußmöglichkeiten gehabt und keinen politischen Nutzen auf dem afrikanischen Kontinent oder sonstwo auf der Welt gebracht.“ (6)(7)

Damit ist Beteiligung und Vertuschung der imperialistischen Staaten an Südafrikas Atombombenpolitik amtlich bestätigt. Auf der anderen Seite ist die sowjetische Politik hier mit von entscheidender Bedeutung. Und es ist keineswegs gewiß, daß sich die Sowjetunion der Verurteilung Südafrikas diesmal anschließen wird. Daraufhin direkt befragt, erklärte der sowjetische Vertreter bei den Wiener Verhandlungen, Timir Baew: „Das ist völlig offen und hängt vom Verhalten der südafrikanischen Regierung ab.“ (4) Bedenkt man die Tatsache, daß der Sowjetunion schon bisher daran gelegen war, solche Fälle weniger mit eigener öffentlicher Anklage als im „Einvernehmen“ mit den USA zu regeln, bedenkt man die Tatsache, daß die Sowjetunion sogar aus Namibia stammendes Uran für westliche Staaten gegen Zahlung anreicht und bedenkt man die derzeitigen Verhandlungen

„Weil wir eine solche Bombe haben sollten, um Angriffe von großmächtigen afro-asiatischen Staaten zu verhindern.“

Dr. Andreas Visser, Mitglied der Atomenergiebehörde Südafrikas begründete damit im Februar 1965 die Notwendigkeit des Aufbaus eines südafrikanischen Atompotentials.

„Es wäre sehr dumm, von den Atomwaffen nicht Gebrauch zu machen, wenn es das letzte Mittel ist, sich zu verteidigen.“

Der südafrikanische Vizeverteidigungsminister im September 1980

HH

#### Anmerkungen

- (1) FAZ, 15.8.88, S. 2
- (2) FR, 29.12.86
- (3) Die Liste der AK-Artikel zum Thema ist lang, das (immer noch erhältliche) Antimilitarist des AK verzeichnet ein Dutzend Artikel dazu.
- (4) s. taz, 13.6.88
- (5) s. AK 293, S. 2
- (6) zitiert nach W&Z, 20.8.1986
- (7) ggfs. auch UZ, 17.11.86



# Daimler-Benz: Auf dem Weg zum europäischen Rüstungskonzern



1987 erreichte die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts mit ihrem Buch „Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im Tausendjährigen Reich und danach“ für einiges Aufsehen. Es war der Kontrapunkt zur beschönigenden Geschichtsschreibung zum 100-jährigen Jubiläum. Jetzt erscheint dieses Werk in einer Neuauflage als Taschenbuch. Das Vorwort zu dieser Ausgabe veröffentlichten wir hier aus aktuellem Anlaß. Wir danken den Autoren und dem Verlag, uns dies ermöglicht zu haben.

ak-Rüd.

Es ist noch nicht lange her, da bestimmten die Vorstands- und PR-Manager der Daimler-Benz AG allein, was über die aktuelle Entwicklung ihres Hauses gesendet, geschrieben oder auf Videoband gespeichert wird. Von der Einführung einer roboterbedienten Fertigungsanlage über allfällige Firmenübernahmen bis zum fliegenden Wechsel des Vorstandsvorsitzenden fand jede Nachricht aus Stuttgart-Untertürkheim, alltäglich oder spektakulär, unhinterfragt Eingang in die etablierten Medien. Daimler-Benz war ein Markenzeichen für grundsätzliche Bedächtigkeit, wohlstandsadäquate Qualitätssarbeit und maßvolle Geschäftsausweitung. Die Übereinstimmung mit diesem Wunschbild nationaler Selbstwahrnehmung wurde sorgfältig gepflegt. Berichte aus den Betrieben, wonach die Unternehmensspitze mit Hilfe der neuesten Fertigungstechnologien die Arbeiter vollends in eine ohnmächtige Gruppe von Zuträgern und Beschickern verwandelt habe, stießen auf Unverständnis: grüne Spinner sollten eben nicht bei Daimler schaffen gehen. Auch die bestürzten Kommentare über den 1985 einsetzenden Akquisitionrausch von Daimler-Benz quer durch die bundesdeutsche Industrielandschaft und die damit zusammenhängende Entmachtung des damaligen Vorstandsvorsitzers Werner Breitschwerdt wurden als linke Systemkritik beiseite gelegt. Je mehr der Koloss Daimler-Benz über uns kommt und alles plattwalzt, desto lautstärker

Niefer machten sich daran, für den Konzern neue strategische Vorgaben zu zimmern.

Den Ausgangspunkt bildeten weltwirtschaftliche Überlegungen, wie sich dies für die Leistungsspitze eines von der Deutschen Bank betreuten Industriemulti gehört. Die chronische Weltwährungs- und insbesondere die Schuldenkrise der Entwicklungsländer signalisieren ein unwiderstehliches Ende des weltweiten Wachstums. Um es neu anzukurbeln, müssen die durch Bretton Woods und Gatt-Abkommen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Rahmenbedingungen einer liberalisierten und von den USA allein beherrschten Weltwirtschaft revidiert werden. Die freie Wirtschaft des Westens ist dabei, in drei große Machtblöcke zu zerfallen: Japan, Nordamerika und Europa. Sobald sie das Risiko der Entwicklungsdekaden für Afrika, Asien und Lateinamerika verdaut und abgeschrieben haben, werden sich die neuen Machtblöcke protektionistisch abschotten, um sich gegen die gefährlich gewordene Überliquidität der globalen Finanzmärkte immun zu machen. Danach wird von Japan, Nordamerika und Europa aus ein neuer Kampf um den Rest der Welt einsetzen. Gewinnen wird ihn derjenige Machtblock, der über den größten technologischen Vorsprung verfügt. Der Vorstoß in die Hochtechnologie aber setzt der Unternehmenspolitik neue Maßstäbe: Jeder Machtblock wird für sich allein die Rahmenbedingungen schaffen, damit einige seiner High-Tech-Konzerne in den zentralen Bereichen der Produktinnovation die Führung übernehmen. Die Deutsche Bank wird dafür sorgen, daß sich die bundesdeutsche Industrie dabei Schlüsselpositionen innerhalb des europäischen Machtblocks sichert. Ihren noch möglichen industriellen Bezugspartnern in Mikroelektronik (Siemens), Energiewirtschaft (RWE) usw. möchte sie an einem exemplarischen Fall vorführen, wohin die Reise im kommenden Jahrzehnt geht. Das Beispiel soll bei Daimler-Benz durchgezogen werden, denn hier sind die zu erwartenden Reibungsverluste am geringsten.

Fingertief Reuter mit einem Eintritt

genau von Schlüsselkomponenten wie

Mikroelektronik, intelligenten Sensoren,

neuen Werkstoffen und neuen Antriebs-

techniken die gesamte Transportkette er-

reichen und umwälzen. Die Investitions-

kosten für den Aufbau eines solchen Ent-

wicklungszentrums sind außerordentlich

hoch. Sie können genauso wie die von

ihm später ausgehenden Innovationsko-

sten für die Fertigungslinien nicht mehr al-

lein aus den laufenden Gewinnen finan-

ziert werden. Die erste Aufkaufphase für

den High-Tech-Konzern der künftigen

modernisierten Transportkette konnte, so

Reuter, spielend aus Eigenmitteln finan-

ziert werden. Für die nächsten Schritte

reicht die Decke der Selbstfinanzierung

trotz hoher Fremdmittelschüsse seitens

der betreffenden Deutschen Bank nicht

mehr.

Genau hier kommt Werner Niefer, der

Dritte im Bunde, ins Spiel. Niefer hatte

sich bei MTU, der ausgelagerten Daim-

ler-Rüstungsabteilung für Großmotoren

und Triebwerke, hochgedient. Sein Über-

tritt in den Daimler-Benz-Vorstand kün-

digte schon 1976 an, daß die völlige „Re-

patinierung“ des einstmaligen gewinntrich-

tigsten Fertigungsbereichs über kurz

oder lang erfolgen würde. In Stuttgart

stieg Niefer zum Chef des gesamten Pro-

duktionsbereichs auf, aber er blieb dem

militärisch-industriellen Komplex der

sechziger und siebziger Jahre eng verbun-

den. Von daher wollte Niefer, daß riskan-

te Übergänge in die Hochtechnologie am

besten von außen zu finanzieren sind,

wenn zwei Fliegen mit einer Klappe ge-

schlagen werden: Rüstungsprojekte erfül-

len die militärisch-technologischen An-

forderungen behördlicher Auftraggeber,

können aber zugleich höchst gewinntrich-

tig für die Technologiepolitik des gesam-

ten Konzerns eingesetzt werden (spin

off-Effekt). Die Kunst besteht in Zeiten

eines für unabdingbar erachteten und aus

Eigenmitteln allein nicht mehr finanzier-

baren Innovationszugs darin, mög-

Übernahmecooperation der deutschen Wirt-

schaftsgeschichte in das Konglomerat-

konzept einzubauen.

Seit 1985 hat die Kraftfahrzeugentwick-

lung, die immer noch mehr als 80 Prozent

des gesamten Konzernumsatzes ein-

bringt, keine oberste Priorität des Daim-

ler-Benz mehr. Selbstverständlich wur-

den die einschlägigen Konstruktions- und

Versuchsabteilungen nicht über Nacht

eingeschränkt oder gar stillgelegt. Damit

die für den weiteren Konzernneubau erfor-

derlichen Profile herbeizukommen, ist

auch in Zukunft die Marktführung im

mittleren und oberen PKW-Bereich ge-

nauso erwünscht wie bei den allerdings

weitaus weniger gewinnträchtigen Nut-

zfahrzeugen. Auftretende Engpässe und

Rückschläge in der Kraftfahrzeugent-

wicklung werden aber nicht mehr so

schnell aufgefangen wie früher. Die Mä-

gekräften haufen sich. Nachfolgeneratio-

nen verzögern sich, die Krise der Die-

selserien wird nur halbherzig zur Ken-

ntnis genommen. Denn die neue Daim-

ler-Benz-Spitze sieht im Ergebnis ihrer

Globalanalyse für den Kfz-Bereich auf abse-

hbare Zeit keine Wachstumsperspektiven

mehr, für die sich überdurchschnittlich

hoch angesetzte Entwicklungsinvestitio-

nen noch rentieren. Innerhalb des Trans-

portsektors hat das Kraftfahrzeug auf lan-

ge Sicht seine Führungsrolle eingebüßt.

Wer im kommenden europäischen Wirt-

schaftsblock und bei der anschließenden

Neuverteilung der weltwirtschaftlichen

Ressourcen vorn sein will, muß schon

jetzt die Weichenstellungen verändern.

Gefragt ist ein Mischkonzern, der mög-

lichst alle Sparten der Transporttechno-

logie für Straße, Schiene, Magnetbahn,

Wasser, Luft und Raumfahrt auf sich

vereint und von dieser Position aus Inno-

vationsimpulse auf die „Geschäftsfelder“

der „Transportkette“ verteilt. Das ist ein

vollkommen anderes Modell als das bi-

herige, wo Forschung, Entwicklung und

Konstruktion sich vorrangig auf den

PKW- und LKW-Sektor konzentrierten.

Was hat es aber mit der seit 1985 neu

angestrebten Hochtechnologie auf sich?

Sie soll möglichst komplex sein, soll aus-

gehend von Schlüsselkomponenten wie

Mikroelektronik, intelligenten Sensoren,

neuen Werkstoffen und neuen Antriebs-

techniken die gesamte Transportkette er-

reichen und umwälzen. Die Investitions-

kosten für den Aufbau eines solchen Ent-

wicklungszentrums sind außerordentlich

hoch. Sie können genauso wie die von

ihm später ausgehenden Innovationsko-

sten für die Fertigungslinien nicht mehr al-

lein aus den laufenden Gewinnen finan-

ziert werden. Die erste Aufkaufphase für

den High-Tech-Konzern der künftigen

modernisierten Transportkette konnte, so

Reuter, spielend aus Eigenmitteln finan-

ziert werden. Für die nächsten Schritte

reicht die Decke der Selbstfinanzierung

trotz hoher Fremdmittelschüsse seitens

der betreffenden Deutschen Bank nicht

mehr.

Genau hier kommt Werner Niefer, der

Dritte im Bunde, ins Spiel. Niefer hatte

sich bei MTU, der ausgelagerten Daim-

ler-Rüstungsabteilung für Großmotoren

und Triebwerke, hochgedient. Sein Über-

tritt in den Daimler-Benz-Vorstand kün-

digte schon 1976 an, daß die völlige „Re-

patinierung“ des einstmaligen gewinntrich-

tigsten Fertigungsbereichs über kurz

oder lang erfolgen würde. In Stuttgart

stieg Niefer zum Chef des gesamten Pro-

duktionsbereichs auf, aber er blieb dem

militärisch-industriellen Komplex der

sechziger und siebziger Jahre eng verbun-

den. Von daher wollte Niefer, daß riskan-

zum High-Tech-Konzern der Transport-

ketten im Rahmen der Europaplanung der

Deutschen Bank beschleunigt werden

soll, dann wird man in der Entwicklungs-

planung, die auf die Konglomeratbildung

des Konzerns folgt, auf möglichst große

und langfristig garantierte Subventionen

angewiesen sein. Finanzierungsspitzen

von derart riesigen Ausmaßen sind nur

aus den Töpfen des Verteidigungs-, des

Forschungs- und des Wirtschaftsminis-

teriums zu holen. Abgeschottet von einer

kritischen Öffentlichkeit wurden Welt-

technik und Raumfahrtförderung zu ei-

nem Deus ex machina hochstilisiert, der

dem Stuttgarter Mischkonzern zu einem

neuen Zentrum der Hochtechnologie ver-

helfen soll.

Damit waren die Weichen unwiderruf-

lich gestellt. Inzwischen steht die letzte

Szene des von Herrhausen, Reuter und

Niefer verfaßten ersten Akts des neuen

Daimler-Benz-Stücks bevor: die Über-

nahme des MBB-Konzerns, in dem neben

dem Airbusprojekt die wichtigsten vom

Dreizack noch nicht beherrschten Res-

ourcen des militärisch-industriellen

Komplexes der BRD zusammengefaßt

sind. Der Ausgang schien zeitweilig un-

gewiß, da sich die Widerspenstigkeiten

mehrten. Aber schon mit der endgültigen

Einverleibung von AEG im Februar 1986

war Daimler-Benz zur symbiotisch ver-

flochtenen Spitze der bundesdeutschen

Industrie- und Rüstungslandschaft avan-

ciert. Der größte Industriekonzern führte

Ende 1985 auch schon im „Geschäftsfeld

Verteidigungstechnik“. Und schon lange

vor dieser Arrondierung der Rüstungs-

interessen unseres Lands in der Hand der

neuen Führungsgruppe begann die

Wend- und Raumfahrttechnik koordinie-

rend und neuvordnend innerhalb des

Daimler-Benz-Konzerns zu wirken. Im

Frühjahr 1988 wurde eine neue „Geschäfts-

feldstrategie“ verabschiedet, die die

Konzernteile vor dem Hintergrund der

Symbiose von Hochtechnologie und

Rüstung neu einstuft. Der Bereich Dornier

wird zuständig für alle Schlüsseltechno-

gien, er entwirft die Planung für neue

zivile Transport- und militärische Waf-

fensysteme. Unter dieser „Systemführung“

werden die jeweiligen konzerninternen

Entwicklungsprioritäten mit den behörd-

lichen Technologiefinanzierungen zu-

gie-Effekte immer mehr mikroelektro-

nisch gesteuerte und automatisierte Lei-

stsysteme, intelligente Sensoren, anti-

magnetische Triebwerke und Informa-

tionssysteme aufdrängen. Die Militärs

werden sich zugunsten des Herrhausen-

Reuter-Niefer-Programms immer mehr

mit Hochtechnologie vollstopfen. Der

steuerzahlenden Öffentlichkeit wird das

Management währenddessen mit Hilfe

verschleiender Begriffe („Sondertechn-

ik“, „Motoren für schwere Fahrzeu-

ge“), herunterbilanzierter Rüstungsun-

sätze und der Dezentralisierung ihrer

Rüstungsabteilungen weismachen wollen,

daß Daimler-Benz als beherrschender

westdeutscher Rüstungskonzern „nicht

in Erscheinung tritt“. Längst ist ein Ko-

ordinierungsgremium der verschiedenen

Militärsparten gebildet worden. Seine

Zusammensetzung ist geheim. Nur dem

Struktur- und Synergieausschuß der

Daimler-Benz-AG, der Exekutive des

Führungstrios gegenüber, ist es rechen-

schaftspflichtig.

„Wirtschaftswoche“

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von 1988

von



II. Seit knapp einem Jahrhundert spannen die Manager der Deutschen Bank mit den südwestdeutschen Motoren- und Kraftfahrzeugherstellern zusammen. Ihre Kooperation reicht weit in die Wilhelminische Ära zurück, als Daimler und Benz noch lange nicht fusioniert waren und als die Finanzmagnaten der Berliner Mauerstraße noch ihre Vertreter aus den regionalen Beteiligungsbanken von Stuttgart und Mannheim verschickten. Dabei gab es häufig auch Streit und manchmal massiv ausgetragene Konflikte um strategische Ziele. Aber niemand konnte die Finanziers und die Motorenhersteller auseinanderdividieren.

Die intensiven Auseinandersetzungen fielen in die Gründungsgeschichte der beiden Vorläufergesellschaften der Daimler-Benz AG, wobei es vor allem um die Produktstrategie der Stuttgarter Daimler-Benz Motoren-Gesellschaft ging. Gerade aus heutiger Sicht waren diese Debatten von exemplarischer Bedeutung. Eigentlich, wie sie nun einmal waren, wollten die schwäbischen Autotüftler schnelllaufende Motoren entwickeln, um mit ihren Produkten in der sich entwickelnden Kraftfahrzeugindustrie nicht zu kurz zu kommen. Aber sie mußten ihren Gründer-Vorspruch bald den französischen, dann den englischen und schließlich vollends den amerikanischen Konkurrenten überlassen. Denn der Ausbau ihrer Handwerksbetriebe zu modernen Fabriken kostete Geld. Das Geld wurde von Bankiers bereitgestellt, die auch das erforderliche Know-how für die Gründung der Aktiengesellschaft mitbrachten. Mit diesem Geld waren Auffassungen verbunden, die zunächst gar nicht in das Weltbild der Autohersteller paßten. Die Bankiers, gerade auch die Schwaben unter ihnen, hatten andere Vorstellungen, die mit ihren damaligen weltwirtschaftlichen Optionen zusammenhingen. In ihnen hatte die Entwicklung großer Motoren für Eisenbahn, Flottenpolitik, Heereslogistik und später Flugzeuge Vorrang vor Personewagen, die sie allenfalls als eine Art Nebenprodukt für einen schmalen Luxusmarkt im In- und Ausland betrachteten. Jahrelang rieben sich diese gegensätzlichen Auffassungen unversöhnlich aneinander und führten die Daimler-Benz Motoren-Gesellschaft am Rand des Bankrotts. Dann fand man sich nach der Vermittlung durch die Deutsche Bank, nahestehender Rüstungsindustrieller zu einem tragfähigen Kompromiß zusammen. Die Daimler-Benz Motoren-Gesellschaft stabilisierte sich — genauso auch Benz & Cie. — als Mischkonzern der Motoren- und Kraftfahrzeugindustrie. Gingen die PKW-Geschäfte gut, wurde die Kraftfahrzeugindustrie ausgebaut. Bei Konjunkturerbrüchen — erstmals in der Weltwirtschaftskrise 1931/32 — machte man es andersherum und gab die Markt einbußen durch verstärkte Heereslieferungen aus. Aus der Erkenntnis, daß Rüstungsaufträge einen hervorragenden Schutz vor konjunkturellen Rückschlägen darstellen, resultierte ein gemeinsames Vorgehen, das die Auto- und Motor-

Schutz vor konjunkturellen Rückschlägen darstellen, resultierte ein gemeinsames Vorgehen, das die Auto- und Motorhersteller schließlich bewog, mit ihren weltmachthungrigen Bankiers Frieden zu schließen. Die ständige Einbindung in eine militärisch-zivile Verbundplanung für Straße, Schiene, Luft und Wasser hatte aber auch negative Folgen. Daimler und Benz verpaßten allmählich den Anschluß an die internationale Entwicklung der Automobilindustrie, die ausgehend von den USA allmählich die gesamte Wirtschaft umwälzte. Fließband und Massenproduktion blieben für Südwestdeutschland fremde Begriffe. „Billigen Schund“, skandierten sie gemeinsam mit ihren Finanziers, gedachten sie in ihren Fabriken nie zu produzieren.

Das war auch der Grund, weshalb sich die Daimler-Benz Motoren-Gesellschaft und Benz & Cie. im Ersten Weltkrieg Hals über Kopf auf Rüstungsaufträge stürzten und zu den wichtigsten Trägern der Heeresmotorisierung aller Waffengattungen aufstiegen. Die Daimler- und Benzmanager führten gemeinsam mit ihren Finanziers den Krieg als „die großartigste Propaganda“ für den Automobilismus auf, die es überhaupt geben konnte. Auch hinsichtlich der Nachkriegsperspektiven schwelgen sie in optimistischen Tönen. Die so rentable Mischung aus ziviler und militärischer Produktpalette, sagte Daimler-Generaldirektor Ernst Berge 1915 in einem Interview, werde sich fortsetzen, wenn auch die Privatkundschaft dann wieder die Vorhand haben werde. Aber das „amerikanische Geschäftsprinzip“ mit seinen „billigen Kleinautos“ werde man nicht übernehmen: „Der Kreis unserer Kunden ist nicht der Kreis jener Kunden, auf die die Amerikaner mit ihren billigen Wagen spekulieren.“

Und dabei blieb es, trotz der katastrophalen Niederlage, trotz des Friedensvertrags von Versailles und einer gefährlichen revolutionären Nachkriegskrise. Mit der Arbeiterbewegung waren auch die Daimler- und Benzherren bis 1920 wieder quitt. Die Revision der „Schmach von Versailles“ mit ihren auf das geplante Nachkriegsgeschäft drückenden Abrüstungsparagrafen brauchte etwas län-

ger. Denn die riesigen, im Krieg entstandenen Kapazitäten lagen über zehn Jahre lang brach, und die in den Konstruktions- und Entwicklungsabteilungen konservierten Erfahrungen in Sachen Flugmotoren-, Zugmaschinen- und Panzerentwicklungen gingen nur noch in geheime Prototypfertigungen ein und brachten keine Gewinne. Unterstützt aus den schwarzen Kassen der Reichwehr und später des Verkehrsministeriums warteten die Strategen, die auf eine militärisch-kommerziell verbundene Mischproduktion für alle Sektoren des damaligen Verkehrswesens setzten, auf bessere Zeiten. „Billiger Schund“ wurde auch jetzt nicht produziert, der Anschluß an den nun auch über Deutschland hereinbrechenden Automobil-Fordismus kein einziges mal probiert.

Daran änderte sich auch in den Fusionsjahren von Daimler und Benz (1925-1926) nichts. Daß die Finanziers, die den Konzern nun vollends unter ihre Kontrolle brachten, den schon seit 1919 geplanten Zusammenschluß überhaupt durchführten, hatte mit der Intervention eines einflußreich gewordenen Minderheitsaktionärs zu tun, der eine Kehrtwende zugunsten verbilligter und typisierter Personewagen propagierte. Er wurde nach einer abenteuerlichen wie verwinkelten Transaktion ausgeschaltet. Genauso erging es 1928 einem Vorstandsmitglied, das sich noch einmal energisch für einen Kurswechsel zugunsten verbilligter Kleinwagen einsetzte. Die Finanziers erkannten sofort, was dies zur Folge gehabt hätte: die Preisgabe des bisherigen Konzepts

Präsidialkabinette taten sich damit noch schwer. Erst die Machtübergabe an das Kabinett Hitler sorgte für eine adäquate Weichenstellung. Zusammen mit ihren Finanziers, die schon vorher viel für die Nazibewegung getan hatten, liefen die Daimler-Benz-Manager mit wahrhaft liegenden Fahnen zu den Nazis über. Konzernstrategie und neue Machtpolitik befanden sich wieder im Einklang. Daimler-Benz, im Selbstverständnis seiner Führungskräfte von Anfang an als „Unternehmen von nationaler Bedeutung“ konzipiert, profitierte früh und beispiellos von Hochrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg.

### III.

Als wir am „Daimler-Benz-Buch“ schreiben, war der im Jahr 1985 begonnene Kurswechsel der aktuellen Konzernpolitik noch nicht in seiner ganzen Tragweite überschaubar. Heute, ein gutes Jahr später, haben sich die Schleier weitgehend gelüftet. Wenn Geschichtsschreibung auch die Funktion hat, bei der Analyse aktueller gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Probleme helllichtiger zu machen, dann müssen wir uns die Frage stellen, worin die Stränge der historischen Kontinuität liegen und wo sich das Gegenwärtige vom Vergangenen unterscheidet.

Fangen wir mit den Unterschieden an, denn sie sind einfacher zu definieren. Während es in der Konzerngeschichte genau bis zum Jahr 1935 (Einführung des Personewagens 170 V in Großserie) immer um die Frage ging, inwieweit die Konzeption der militärisch-zivilen

Massenproduktion ging, wird heute (scheinbar) der umgekehrte Weg eingeschlagen: von der PKW-Produktion zu einem Mischkonzern für neue Technologien der gesamten militärischen und zivilen Transportkette. Dieser neuerliche Sprung in der bisherigen Daimler-Benz-Geschichte läßt sich nur nachvollziehen, wenn man die besondere Situation des Stuttgart-Umterkheimer Unternehmens berücksichtigt. Daimler-Benz war seit seiner Fusion im Jahr 1926 immer das Flaggschiff der industriellen Beteiligungspolitik der Deutschen Bank. Wer sich über die Industriepolitik der Deutschen Bank informieren wollte, mußte sich immer zuerst beim Daimler-Benz-Konzern umsehen. Die Deutsche Bank hat 1985 interne Auseinandersetzungen der Daimler-Benz-Führungsspitze „geschlichtet“, den Aufbau einer neuen Leitungsgruppe initiiert und dann die Weichenstellungen zum Mischkonzern der High-Tech-Transportkette durchgesetzt. Am neu getakelten industriellen Flaggschiff der Deutschen Bank ist somit weit über die unmittelbaren Konzernbelange hinaus eine strategische Umorientierung der führenden westdeutschen Finanzgruppen zu erkennen. Sie hat via Daimler-Benz erstmals neue Signale gesetzt. Daimler-Benz und die übrigen bundesdeutschen Spitzenkonzerne sind als die künftigen High Tech-Konglomerate auszumachen, für deren Expansion das Finanzkapital derzeit einen neoprojektivistischen und neokorporatistischen europäischen Machtblock zusammenzimmert. Diese Vision ist vielleicht ohne Alternativen.

malationsraubzugs der frühen vierziger Jahre. Der Daimler-Benz-Vorstand hat, so Reuter am 13. Juni 1988, beschlossen, „in Würdigung des des Schicksals der Betroffenen (...) einen namhaften Beitrag zur Verfügung zu stellen, um Einrichtungen zu fördern, die den Opfern des Nationalsozialismus, insbesondere ehemaligen Zwangsarbeitern, zugutekommen“. Mehr als 20 Millionen sollen dafür zur Verfügung gestellt werden, und zwar, vermittelt durch das Deutsche Rote Kreuz, an Altenheime in Westeuropa, an polnische medizinische Versorgungseinrichtungen usw. Erstmals werden dabei auch summarische Entschädigungsleistungen zugunsten solcher Gruppen von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen erbracht, die bislang ausgeschlossen waren. Auch eine Plastik soll vor dem werkeigenen Museum aufgestellt werden als Mahnmahl, „das alle heute Verantwortung Tragenden aufruft, den Frieden zu erhalten und die Würde freier Menschen zu verteidigen“ (Edzard Reuter).

Von der geplanten Entschädigungssumme bis hin zu den eingeschalteten Institutionen wäre fast alles an dieser Willenserklärung kritisch zu hinterfragen. Aber wir wollen uns an dieser Stelle gar nicht auf eine Auseinandersetzung über die tatsächliche Zahl der Daimler-Benz-Zwangsarbeiter, über die aus ihnen 1941 bis 1945 herausgeprellten Profite, über eine daraus gerechterweise zu erreichende Entschädigungssumme und über die historischen Abgründe einlassen, die die Einschaltung des Deutschen Roten Kreuzes höchst suspekt und das Heraushalten der Organisationen ehemaliger Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge in der BRD und der DDR zu einem Skandal machen. Wir wollen die Ankündigung ernst nehmen, mit Hilfe eines vor dem Konzernmuseum zu errichtenden Mahnmahls daran zu erinnern, daß die Aufgabe, den Frieden zu erhalten und die Würde freier Menschen zu verteidigen, untrennbar ist. Auf seiner Pressekonferenz am 13. Juni 1988 hat Reuter auch betont, daß „das Haus Daimler-Benz (...) mit dem damaligen Unternehmen nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hat“. Reuter sollte wissen, daß er gerade dabei ist, die Stränge der alten Kontinuität wieder zusammenzuführen. Waren die letzten 40 Jahre Konzerngeschichte nur eine Überbrückungsfrist? Und stellt die Entschädigungsankündigung lediglich eine flankierende Entsorgungsmaßnahme dar, damit der Prozeß der Kontinuitätsstiftung nicht durch das dunkelste Kapitel der Konzerngeschichte getrübt wird? Wir hoffen gern, es wäre nicht so. Schon die nächsten Jahre werden darüber Aufklärung bringen.

August 1988

Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth

Anzeige

Anzeige



Daimler-Benz-Panzerwagen im Reichswehrmanöver (ca. 1928)

der Produktion für alle Verkehrsparten mit den Großmotoren als Schwerpunkt. „Das Programm des Konzerns sei schon ein so großes“, kontierte der Deutsche Bank-Vertreter, daß er nicht den Mut habe, „den für die Fabrikation der Kleinwagen nötigen Kredit von 10 Millionen beim Bankenkonsortium zu vertreten“. Er war sich genauso wie die um den Entwicklungschef Porsche gescharte Vorstandsminderheit bewußt, daß dieser Schritt die langfristigen Planungen aushebelte hätte. Porsche mußte seinen Hut nehmen und seine Kleinwagenutopien anderweitig verfolgen. Dieser Streit wurde in einer Situation entschieden, in der die unausgelasteten Überkapazitäten mehr denn je drückten, die Betriebsanlagen und Grundstücke an die Banken verpfändet waren und niemand wußte, wie lange das Unternehmen, das an der extrem kurzen Leine des Deutschen Bank-Aufsichtsratsvorsitzenden Emil Georg von Stauff geführt wurde, die ihm auferlegte Durststrecke noch durchhalten würde.

Kurz nach dieser letzten Auseinandersetzung zwischen Finanziers und Vorstandsmanagern um die langfristige Konzernpolitik brach die Kraftfahrzeugkonjunktur zusammen. Aber dies war nur eine erste Erschütterung, die der Weltwirtschaftskrise vorausging und auch Daimler-Benz an den Rand des Bankrotts brachte. Bald wurde auch das Bankenkonsortium insolvent. Daimler-Benz war nur noch durch ein Regime zu retten, das im Rahmen eines allgemeinen antizyklischen Krisenprogramms einen besonderen Schwerpunkt bildete: Ausbau des gesamten Verkehrswesens in Verbindung mit offener Wiederaufrüstung. Die ersten

Mischproduktion zugunsten einer fordistisch durchrationalisierten Schwerpunktbildung im PKW-Bereich modifiziert werden sollte, war die Situation 50 Jahre später genau umgekehrt. Zumal seit dem Investitions- und Rationalisierungsachub der siebziger Jahre verfügt Daimler-Benz im Kraftfahrzeugbereich über die international gängige Spitzentechnologie und kontrolliert das mittlere und obere Spektrum der PKW-Märkte. Die Umsatz- und Gewinnsituation ist glänzend und wesentlich von der PKW-Produktion getragen. Ging es bis 1935 immer darum, Anschluß an das Niveau und Rationalisierungsgrad der Kfz-Branche zu gewinnen, wurde die Kfz-Sparte 1985 in einer überaus erfolgreichen marktbeherrschenden Situation als Entwicklungs- und Produktions-schwerpunkt aufgegeben. In der Konzerngeschichte stand bis zum Zweiten Weltkrieg die militärisch-zivile Produktpalette des gesamten Verkehrswesens immer als Ausgangspunkt fest, von dem aus man stärker in den Bereich der PKW-Massenproduktion vordringen wollte. Heute wird die perfekte Beherrschung einer überaus profitablen PKW-Produktion zum Ausgangspunkt genommen, um von hier aus zur Unternehmensstrategie der früheren Konzerngeschichte zurückzukehren. Dabei muß allerdings modifizierend hinzugefügt werden, daß eine solche Option auch in den vergangenen Jahrzehnten in Gestalt der lose verbunden gebliebenen Rüstungsbeteiligungen immer latent geblieben war.

Die Kontinuität stellt sich somit keineswegs bruchlos her. Während die Entwicklung des Unternehmens vom militärisch-zivilen Mischkonzern zur PKW-

tive im Rahmen der herrschenden Verhältnisse. Aber sie ist zugleich lebensgefährlich. Die Einsätze sind hoch. Wo Va Banque gesperrt wird, gibt es auch Verlierer. Aber schließlich werden ja nicht nur neue Mammutkonzerne gebildet, sondern auch Armeen modernisiert und Rüstungsexporte hochgefahren. Gut gerüstet und gut rüstend zugleich könnte das neue DD-Führungstrio bald zur Inszenierung des zweiten Akts übergehen, zumal es demnächst die gesamte Armee und damit den Kernbereich des staatlichen Gewaltmonopols kontrolliert.

### IV.

Für manche Werksbelegschaften sind die schönen Zukunftsstränge ihrer Konzernführer schon immer besonders lebensgefährlich gewesen. Der Daimler-Benz-Konzern machte da keine Ausnahme. Wie überall mußten die Werksbelegschaften, die sich lediglich 1919/20 einmal entscheiden aufhäuteten, an erster Stelle die Rechnung bezahlen. Aber auch den Arbeiterinnen und Arbeitern gegenüber wurden manchmal Unterschiede gemacht. Alle mal im Zweiten Weltkrieg, wo die Zahlen in- und ausländischer Zwangsarbeiter gewaltig anstiegen, bis sie 1944 die Hälfte der Gesamtbelegschaft bildeten. Das Daimler-Benz-Buch wurde vor allem geschrieben, um die damit verbundene Entwertung und teilweise auch Zerstörung der Existenzen von über 40000 Menschen wieder sichtbar zu machen.

Aber wir sind mit unserem damaligen Kernanliegen inzwischen nicht mehr so allein wie noch vor zwei Jahren. Auch das neue Führungstrio der Daimler-Benz AG gedenkt inzwischen der Opfer des Akku-



**Das Daimler-Benz-Buch,  
Ein Rüstungskonzern im  
„Tausendjährigen Reich“**

Hrg.: Hamburger Stiftung  
für Sozialgeschichte  
des 20. Jahrhunderts  
Grenö-Verlag  
über 800 Seiten, DM 36,-

Das gleiche Buch ab September  
als Taschenbuchausgabe  
im Grenö-Verlag (Nr. 704)  
DM 25,-



# Der weite Weg nach Palästina

Fortsetzung von Seite 1

Die PLO bereite dieses arabische Treffen klug vor: Unmittelbar vor der Versammlung erschien im Londoner „Middle East Monitor“ eine Erklärung, die eigentlich schon vor dem Reagan-Gorbatschow-Treffen in den USA hatte veröffentlicht werden sollen. Autor war Arafats enger Berater, der neue PLO-Sprecher Bassam Abu Scharif. Die Vorschläge des PLO-Sprechers sorgten für Aufregung und Kritik, vor allem in den Reihen der Palästinenser, die Person des Autors Verwunderung. Schließlich war Bassam Abu Scharif lange Jahre Sprecher der PFLP von George Habasch gewesen und aus dieser Organisation vor mehr als einem Jahr ausgeschlossen worden, weil er gemeinsam mit Arafat politische Gespräche mit Ägypten führte, dem Traumpartner Arafats. Ausgerechnet — oder besser geschickterweise — stellte ein Palästinenserführer aus dem radikalen Lager der Befreiungsorganisation in seinen Vorschlägen die Positionen der PLO klar, die größtenteils in verschiedenen Nationalratsbeschlüssen längst verankert waren, die deutlich auszusprechen aber bis dahin niemand gewagt hatte:

Man rede immer nur über das, was Palästinenser und Israelis trenne, nicht aber, worin sie übereinstimmen, heißt es in dem Papier. Die Ziele Israels und des palästinensischen Volkes aber seien dauerhafter Frieden und Sicherheit. Die Lebensaufgabe der PLO sei nicht „die Zerstörung Israels, sondern die Bewahrung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte.“

Der Kampf hat seinen Zweck: die Zerstörung Israels, sondern die Bewahrung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte.

Die Mittel, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit herzustellen, seien direkte Gespräche zwischen Israel und der PLO, im Rahmen einer internationalen Konferenz und ohne die Möglichkeit für eine äußere Partei, ein Veto gegen eine Regelung einzulegen.

Die PLO sei die einzige und authentische Vertreterin des palästinensischen Volkes, ein Anspruch, den sie in einer international überwachten Volksentscheidung in den besetzten Gebieten unter Beweis zu stellen bereit sei.

Die PLO akzeptiere die UN-Resolutionen 242 und 338. Das aber, was die PLO hindere, diesen beiden Resolutionen ohne Vorbehalte zuzustimmen, sei nicht das, was in den Resolutionen steht (u.a.

Anerkennung Israels und Rückzug der israelischen Truppen aus den 1967 besetzten Gebieten, mst), sondern das, was nicht darin steht. Die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nämlich seien in diesen Erklärungen nicht erwähnt (bisher waren die Resolutionen 242 und 338 von der Befreiungsorganisation mit der Begründung abgelehnt worden, es sei nur von der gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage die Rede, nicht aber von den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes, mst).

In den Vorschlägen Bassam Abu Scharifs wird zudem die Bereitschaft bekundet, für eine kurze Übergangsperiode ein internationales Mandat in den besetzten Gebieten zu akzeptieren, internationale Garantien für alle Staaten in der Region, einschließlich Israels und Palästinas und der Errichtung eines UN-Sicherheitsgürtels an der israelisch-palästinensischen Grenze (Angaben nach Le Monde, 1.7.88, FAZ, 6.7.88).

Die Erklärung Bassam Abu Scharif war offensichtlich mit Moskau abgestimmt: Gorbatschow hatte nämlich der PLO nahegelegt, Israels Existenzrecht anzuerkennen; auch die internationale Nahost-Konferenz ist ein Vorschlag der Sowjetunion. Unmittelbar vor dem Gipfeltreffen erwähnte der sowjetische Generalsekretär die arabischen Länder, „eine Entscheidung zu treffen, die das schwierige Problem des Rechts Israel auf Sicherheit löst.“ Ob dieser brüderlichen Ermahnungen schenke die PLO erst wieder beruhigt, als die Sowjetunion den Gastgeber der Konferenz, den algerischen Staatspräsidenten Chadli, wissen ließ, nur die Palästinensische Befreiungsorganisation könne im Namen des palästinensischen Volkes eine Entscheidung treffen.

Der Gipfel wurde zu einem Erfolg für die PLO, die klug genug war, auch angesichts des palästinensischen Volksaufstandes in den besetzten Gebieten sich nur das noch einmal bestätigen zu lassen, was die arabischen Staatsoberhäupter der Palästinenser den Worten nach schon längst zugebilligt hatten: Die PLO ist die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes (beschlossen auf dem arabischen Gipfel 1974 in Rabat); der Fes-Plan (nach der Niederlage der PLO im Libanon 1982 gegen die Stimme Libyens beschlossen) ist weiterhin Grundlage für Verhandlungen. Dieser Plan, ein Vorschlag des saudischen Königs, sieht die „Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt“ vor, der nach einer Übergangsperiode von wenigen Monaten errichtet wird, in der Westjordanien und der Gaza-Streifen unter UNO-Mandat gestellt werden. Die PLO erklärte sich in Algier nun auch ausdrücklich mit einer arabischen Delegation für eine internationale Konferenz einverstanden, an der Syrien als gleichberechtigter Partner teilnimmt (Le Monde, 8.6.88).

Hussein deutete schon auf diesem Treffen in einer wohl vorbereiteten Rede an, seinen Anspruch auf die Westbank aufgeben zu wollen. Verschiedene Beweggründe mochten dafür maßgebend sein: Die Intifadah hatte die letzten Reste seines Einflusses in den besetzten Gebieten zerbröckeln lassen; dafür, daß er Geld in die Westbank fließen ließ, erhielt er herzlich wenig; die Israelis schienen zudem keinerlei Interesse an einer jordanischen Option zu haben, und der sozialdemokratische Außenminister Peres schien zumindest nicht in der Lage zu sein, seine Traumlösung durchzusetzen — die besetzten Gebiete gemeinsam mit Jordanien irgendwie zu verwalten. Angesichts des palästinensischen Volksaufstandes, dessen Ende nicht abzusehen ist, konnte dem jordanischen König nur daran gelegen sein, zwischen Palästinensern in den israelisch besetzten Gebieten und Jordanien palästinensischer Herkunft, Untertanen in seinem Reich, sauber zu trennen, um einem Übergreifen des Aufstandes auf das östliche Jordanien vorzubeugen. Die PLO scheint diese Trennung wohl akzeptiert zu haben.

Die neuerliche Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes und dessen Recht auf einen unabhängigen Staat durch den Haschemitenkönig geschah folglich nicht so uneigennützig. Warum sollte der König auch, der die Entstehung eines Palästinenserstaates seit Jahrzehnten fürchtet und mit zu verhindern wollte, die Schaffung eines solchen Staates nun ernsthaft befürworten? Schon am 11.8. betonte Hussein in einem Interview mit der „Washington Post“ den strategischen Charakter seines Verzichts auf die Westbank, erklärte aber gleichzeitig, daß er hinsichtlich eines schnellen Durchbruchs bei Friedensverhandlungen pessimistisch sei. „Die israelische Option existiert nicht“, sagte der König. Er habe das trotz aller Anstrengungen in den letzten Jahren einsehen

müssen. Nun hoffe er, diese Option werde im Laufe einer Reflexionsperiode wieder auftauchen, die durch seine Entscheidung provoziert sei (Le Monde, 12.8.88). Offensichtlich hält sich der jordanische König für unentbehrlich.

Die von Hussein eingeleiteten Maßnahmen schafften der PLO trotzdem einen politischen Spielraum, den es zu nutzen gilt; die praktischen Folgen für die Palästinenser hingegen scheinen im Augenblick nicht so schwerwiegend wie erwartet, schließlich will es sich der König auch nicht gänzlich mit den Palästinensern verdecken: Der wenig erfolgversprechende Entwicklungsplan für die Westbank wurde gestrichen, das Mittel also, mit dem Hussein seinen Einfluß in den besetzten Gebieten nach den militärischen und politischen Niederlagen der PLO nach 1982 stärken wollte; rund 20000 jordanische Bedienstete wurden entlassen, ausgenommen blieben die Angestellten von religiösen Einrichtungen, das erwartete Chaos blieb jedoch aus, da etwa 15.000 der „jordanischen“ Angestellten in die israelische Verwaltung integriert sind, Jordanien ihnen sozusagen einen Zuschuß zum Gehalt zahlt; das ohnehin wenig einflußreiche jordanische Parlament wurde nach 1974 ein zweites Mal aufgelöst — es setzte sich zu gleichen Teilen aus cis- und transjordanischen Abgeordneten zusammen; das Hohe Komitee und das Ministerium für die Westbank wurde ebenfalls aufgelöst, letzteres verteilte Güter und Gelder des haschemitischen Königs. In den ersten Wochen flüchteten die Palästinenser, der König könne ihnen die jordanischen Pässe entziehen, die ökonomischen und verkehrstechnischen bedeutenden Jordanbrücken, die Ausgabe von jordanischen Pässen an Palästinenser in der Westbank und die Finanzierung der Schulen regelt. Umgekehrt läßt sich die PLO bereit, den jordanischen König künftig vor allen wichtigen Entscheidungen zu konsultieren.

Die Erklärung Husseins wurde von harten Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten begleitet. Die Israelis waren offensichtlich bestrebt zu zeigen, wer Herr im Hause ist. Die letzte große palästinensische Institution in der Westbank, die „Arab Studies Society“ (und damit die einzige noch zugängliche öffentliche Bibliothek in den besetzten Gebieten) wurde für ein Jahr geschlossen, ihr Direktor, Faisal Hussein, für weitere sechs Monate ohne Anklage verhaftet, denn die Israelis sehen ihn als wichtigsten Fatah-Führer in den besetzten Gebieten an und beschuldigen ihn, den Aufstand maßgeblich zu beeinflussen, obwohl Faisal Hussein fast das gesamte letzte Jahr in Administrativhaft verbringen mußte.

In der Schließung nationaler palästinensischer Institutionen sehen die israelischen Behörden ein Mittel, dem Volksaufstand den Boden zu entziehen und die unabhängigen staatlichen Strukturen zu unterminieren. Mitte August wurden auch die Volkskomitees verboten, deren Mitglieder klugerweise nicht offen arbeiten. Bei Mitarbeit in einem solchen Komitee droht eine Gefängnisstrafe von zehn Jahren. Die Herausbildung einer nationalen Führungsschicht versuchen die Militärbehörden durch Ausweisungen und Verhaftungen politischer Kader zu verhindern. Heute sind etwa 2.500 Menschen in Administrativhaft, d.h. ohne Anklage für sechs Monate im Gefängnis. Die Haftdauer kann beliebig ohne Prozeß verlängert werden. Alle anderen Maßnahmen der Besatzungsbehörden werden daneben weiter angewendet, um den Aufstand zu unterdrücken: Ausgangssperre, Absperrung von Orten, Kappen der Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Häusersprengungen, immer häufiger Einsatz scharfer Munition.

Mit seiner Erklärung hat der jordanische König die PLO in Zugzwang gebracht; das Auftauchen eines Diskussionspapiers über die palästinensische Unabhängigkeit jedenfalls kann der PLO in diesem Zusammenhang nur nützlich sein, zumal nach dem Entschluß König Husseins eine außerordentliche Tagung des palästinensischen Nationalrates geplant war. Nun kann man nicht nur das Entstehen legislative und administrative Vakuum diskutieren, sondern weitreichende politische Entscheidungen treffen. Nach langen Debatten über das Für und Wider einer Anerkennung Israels durch die PLO und Mutmaßungen, ob und was die Palästinenser dafür erhalten werden, könnte das palästinensische „Parlament“ nun die nationale Unabhängig-

keit in der Westbank und im Gaza-Streifen erklären, eine verfassungsgebende Versammlung einberufen (Namen sind schon in der Diskussion) und eine Provisorische Regierung bilden, die in Verhandlungen mit Israel treten könnte, auf gleichberechtigter Basis. Ein schöner, friedvoller Traum, der vielleicht gar nicht so unrealistisch ist.

Die Konsequenzen aus all diesen Vorschlägen öffentlich zu ziehen, blieb Abu Iyad vorbehalten, dem Sicherheitschef der PLO und nach der Ermordung Abu Jihads deren Nummer Zwei. Noch vor zwei Monaten hatte er die Vorschläge Bassam Abu Scharifs scharfsten kritisiert. Nun stellte er Änderungen der Nationalcharta der PLO von 1964/86 zur Debatte, als ob das die selbstverständliche Sache der Welt sei. In einem Interview erklärte Abu Iyad: Der palästinensische Staat werde sich auf die UN-Teilungsresolution von 1947 berufen, die auch die Anerkennung Israels beinhaltet. Die dort festgelegten Grenzen allerdings seien verhandlungsfähig. „Wir denken ernsthaft daran, einen palästinensischen Staat zu schaffen, ausgestattet mit einer Provisorischen Regierung, errichtet in der Legitimität, dessen politisches Programm von der Na-

tionalcharta gänzlich verschieden sein wird.“ (Le Monde, 16.8.88)

In Israel herrschte echte Verwirrung: Die Arbeiterpartei erklärte, Husseins Erklärung hätte nichts verändert oder sei nicht ernst gemeint; der Likud-Block freute sich, daß die jordanische Option der Arbeiterpartei nun gestorben sei, und bezog sich selbst auf die Autonomievorschläge der Camp David-Abkommen, die eine Zusammenarbeit mit Jordanien zur Voraussetzung haben; und Sharon schließlich, der Scharfmacher und Befürworter einer endgültigen Annexion der besetzten Gebiete, hielt plötzlich seine eigenen Pläne für verfrüht und wandelte sich in einen glühenden Verfechter eines abgewandelten Allon-Planes, ein alter Vorschlag der Arbeiterpartei, der vorsieht, Teile der besetzten Gebiete zurückzugeben. Israel scheint heute auf einem davonrollenden Karren zu sitzen, der die Straße zu Gesprächen mit der PLO hinunterrast, das jedenfalls würden viele Beobachter meinen, hieß es in einem Kommentar der „Jerusalem Post“ vom 12.8.88.

mit

Anzeige



Islamische Republik in der Defensive Mohsen Massarat .....	2
Die Todesnachricht Bahman Nirumand .....	4
Offener Brief an den Gründer und Führer der Islamischen Republik Ayatollah Chomeini ins Deutsche übertragen von Bahman Nirumand ....	5
Die rationale militärische Strategie des iranisch-irakischen Krieges Robert Soeterik .....	10
Der Tower-Bericht über die Iran-Contra-Affäre Harald Möller .....	13
Krieg und Repression — kein Asylgrund? Anja Malanowski .....	17
Iran — Irak: Der internationale Waffenmarkt Käthe Jans .....	22
Auf dem Weg zur Atomacht? Käthe Jans .....	23
zu bestellen bei: Marianne Stern, Stellingner Weg 12, 2000 Hamburg 20	

## Kinder der Intifadah

So heißt die neue Kassette mit Liedern zum palästinensischen Volksaufstand von Mustafa el-Kurd, der Stimme Palästinas. Im Mai/Juni 88 stellte Mustafa diese Lieder auf einer Konzertreise in vielen Städten der Bundesrepublik vor.

Mustafa el-Kurd wurde 1945 in Jerusalem geboren. Nach dem frühen Tode seines Vaters mußte er schon mit 13 Jahren für den Unterhalt seiner Mutter und vier jüngerer Geschwister arbeiten. Innerhalb weniger Jahre lernte er virtuos die Ud zu spielen, ein traditionelles Lauteninstrument. Als die israelische Armee 1967 seine Heimat besetzte, begann Mustafa politische Lieder zu komponieren, die Texte schrieb er entweder selbst oder vertonte Gedichte bekannter palästinensischer Lyriker. Von 1972 an arbeitete Mustafa in palästinensischen Theatergruppen. Während einer Aufführung von „Als wir verrückt wurden“ hat man Mustafa Anfang 1976 von der Bühne weg verhaftet. Seine Anwälte erreichten zwar fast ein Jahr später die Freilassung. Mustafa mußte aber ins Exil: Seine wachsende Popularität, seine sozialkritischen Lieder, seine politischen Musikübungen machten ihn für die israelische Besatzung untragbar. 1983 konnte er — nach sieben Jahren — in seine Heimatstadt Jerusalem zurückkehren. Inzwischen ist er in vielen europäischen Ländern, in den USA und Kanada durch Konzertreisen bekannt. In Jerusalem arbeitet Mustafa mit dem palästinensischen Theater al-Hakawati zusammen, das mehrmals in Hamburg gastierte. Dieses Theater ist das erste palästinensische Kulturzentrum des Landes. Mustafa hat dort eine Musik-Abteilung aufgebaut, unterrichtet traditionelle arabische Instrumentalmusik und schreibt Musik für Theaterstücke.

Die Musik-Kassette ist für 10 DM (plus 2 DM Porto und Verpackung) zu bestellen bei:

Marianne Stern, Stellingner Weg 12, 2000 Hamburg 20.

Lieferung nur gegen Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1035791 860, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Stichwort: „Kinder der Intifadah“



# Status quo der Abnormität

„Ein jüdischer Staat in Palästina würde zwischen dem arabischen Asien und dem arabischen Nordafrika stehen. Nun ist das nicht das Schlimmste, was passieren könnte. Die Mehrheit der Zionisten würde der Errichtung eines jüdischen Staates in einem Teil Palästinas als endgültiger Lösung des Problems nicht zustimmen, sondern lediglich als ersten Schritt betrachten, der ihre Position stärken würde. Ziel sollte es sein, eine Basis zu schaffen, von der aus sie auf Erfüllung weiterer Forderungen dringen könnten. (...) Die Trennung von Arabern und Juden in zwei Staaten würde ihre Feindschaft kristallisieren. Teilung trennt und bringt nicht näher. Von daher ist sie eher eine Geste der Hoffungslosigkeit als der Hoffnung. Das Problem würde noch mehr als bisher internationalisiert werden, und jede Chance, es auf die Region zu beschränken, wäre vertan. Alle möglichen internationalen Rivalitäten würden ausgetragen werden, und Palästina würde statt ein Land des Friedens ein Land des Hasses und des Konfliktes in bisher unbekanntem Ausmaß werden.“

(Aus einem Flugblatt des Arabischen Büros 1947, zur Zeit des britischen Mandats über Palästina)

Gänzlich unbesorgt reiste Kriegsminister Jitzchak Rabin kurz nach dem Beginn des Volksaufstands in die USA und versprach nach seiner Rückkehr zwei Wochen später, daß er den Aufstand binnen weniger Tage beenden werde. Ende Dezember waren daraus Wochen und Anfang Januar Monate geworden — bis ihn dann ein paar Tage später die Erkenntnis peckte, es handele sich um eine neue Art des Krieges, mit dem Israel lange Zeit leben müsse. Die meisten der anderen Regierungspolitiker und die militärische Führung hingegen schwitzten noch über Monate von einem „Ereignis“, „Unruhe“, „Störung“, „Unordnung“ und sahen — immer mal wieder — den Aufstand „nachlassen“, „ermüden“ und in absehbarer Zeit beendet. Mittlerweile beginnt sich jedoch — Rechtsexperten wie Premier Schamir oder Scharon beiseitegelassen — unter Regierungspolitikern, Militärführern und Medien allgemein die Erkenntnis durchzusetzen, daß ein Ende des Aufstands nicht in Sicht ist. Nach einem halben Jahr, tiefer als im Juni in der „Jerusalem Post“, sei der Aufstand „nicht länger eine Explosion, sondern ein chronischer Zustand des Aufstiegs, ein neuer Status quo der Abnormität“. Die Palästinenser seien selbstbewußter geworden, äußerte Generalmajor Amram Mitzna, Oberbefehlshaber der Region, zu der auch Westufer und Gasastreifen gehören; sei ein Problem in den besetzten Gebieten gelöst, läge sich schon ein neues auf. Und Generalstabschef Dan Schemm, der noch im Mai ein baldiges Ende des Aufstands prophezeit hatte, war im Juli zu der für einen Militär bemerkenswerten Einsicht gelangt, daß die Armee nicht in der Lage sei, die Hoffnungen und den Willen der Palästinenser zu kontrollieren.

Der Palästinenser zu kontrollieren. Dieser Einsicht folgte jedoch nicht das Bemühen um eine politische Lösung, sondern vielmehr eine ständige Ausweitung von Kontrolle und Unterdrückung, um die „Normalität“, sprich: die Besatzerherrschaft, in allem Umfang wiederherzustellen.

Die „Zivilverwaltung“ im Gasastreifen ordnete im Mai an, daß jeder dort lebende Palästinenser über 16 Jahren seinen alten Ausweis gegen einen neuen eintauschen müsse. Diese Aktion zielt sowohl auf eine aktuelle Erfassung der Einwohner des Gasastreifens wie darauf, den Steuerboykott zu brechen, denn den neuen Ausweis sollte nur erhalten, wer nachweisen konnte, seine Steuern gezahlt zu haben. Die Aktion der „Zivilverwaltung“ begann am 10. Mai im Rimal, das von Soldaten abgeriegelt und zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden war. Soldaten drangen im Morgengrauen in die Wohnungen ein und zwangen die Bewohner zum Verlassen ihrer Räume. Obwohl der Ausweistausch-Aktion anfangs einiger Widerstand entgegenzusetzen worden war, scheint ein Boykott der neuen Ausweise letztendlich nicht möglich gewesen zu sein, da den Palästinensern des Gasastreifens sonst die Einreise nach Israel bzw. die Durchfahrt zum Westufer verweigert worden wäre.

Ein weiterer Versuch der „Zivilverwaltung“ im Gasastreifen, die Palästinenser über wirtschaftliche Pressionen zu disziplinieren ist die Erhebung einer neuen Autosteuer. Die Wagenbesitzer werden gezwungen, ihre Wagen mit neuen Kennzeichen zu versehen. Für diese „Neuzulassung“ sind dann mehrere hundert Mark fällig.

In das vorwiegend von christlichen Palästinensern bewohnte Dorf Beit Sahour auf dem Westufer rückten israelische Soldaten ein, um die Einwohner zur Steuer-



zahlung zu zwingen. Den Einwohnern wurden Autos, Möbel und elektrische Geräte weggenommen. Aus Protest hat ein Teil der Bewohner seine von den Militärbehörden ausgestellten Ausweise abgegeben, andere flüchteten in die umliegenden Berge.

Einzelne Dörfer und Lager werden nach wie vor tag- oder wochenlang unter Ausgangsverbot gestellt. Nicht selten wird diesen Orten zugleich die Wasser- und Stromzufuhr gekappt und die Belieferung mit Lebensmitteln verhindert. Meistlich wurden auch das Westufer und der Gasastreifen gegen Israel abgeriegelt, so daß die „grüne Grenze“ (Israel in den Grenzen von 1967), die auf den offiziellen israelischen Karten nicht mehr zu finden und aus dem Bewußtsein der meisten Israelis verschwunden ist, wieder deutlich sichtbar geworden ist.

Seit Mitte Mai wurden die von den Militärbehörden zuvor drei bis vier Monate lang geschlossenen Schulen in den besetzten Gebieten nach und nach wieder geöffnet, kurz darauf wurden jedoch wieder einzelne Unterrichtsstätten geschlossen. Seit Mitte Ende Juni sind wiederum sämtliche Schulen gesperrt, so daß den rund 300.000 palästinensischen SchülerInnen seit dem Aufstandsbeginn rund ein halbes Schuljahr verloren gegangen ist. Mit selbstorganisierten und illegal durchgeführten „Hausunterrichts“ und „mobilen“ unterrichtlichen Unterricht konnten die entstandenen Lücken kaum geschlossen werden. Und jüngst hat die Besatzermacht auf dem Westufer bestimmt, daß die nach den jetzigen Ferien anstehende Öffnung von Schulen und Universitäten um mindestens einen Monat verschoben werden soll.

Die Militärbehörden haben alle staatlichen palästinensischen Krankenhäuser angewiesen, keine bei Unruhen verletzten Palästinenser mehr kostenlos zu behandeln. Nach Angaben von Ärzten müssen Palästinenser nun 450 Dollar — etwa ein Monatsgehalt eines Arbeiters — zahlen, bevor sie zur Behandlung von bei Unruhen erlittenen Verletzungen aufgenommen werden.

Nach unterschiedlichen Angaben sind seit dem Beginn des Aufstandes vom Militär zwischen ein- und vierhundert Wohnhäuser von Palästinensern ganz oder teilweise zerstört worden, in den allermeisten Fällen ohne vorherigen Prozeß. Für die Zerstörung eines Hauses, des wichtigsten und häufig auch einzigen Besitzes einer palästinensischen Familie, woran sie nicht selten ein- bis zwei Jahrzehnte gebaut hat, reicht der Verdacht aus, daß ein Bewohner des Hauses sich „terroristisch“ betätigt habe, einen Molotow-Cocktail geworfen habe und ähnliches mehr. Einer Familie, die ein Zelt auf den Trümmern ihres gesprengten Hauses errichtet hatte, wurde von Soldaten auch dies Zelt zerstört, da es illegal errichtet worden und der Boden, auf dem das Haus stand, beschlagnahmt sei.

Nach offiziellen Angaben sind seit Aufstandsbeginn 4.570 Palästinenser vor Militärgerichten angeklagt worden, in 2.708 Fällen sei das Verfahren abgeschlossen, in weiteren 1.200 Fällen sei Untersuchungshaft verfügt worden. (Rund 5.000 Palästinenser sitzen noch aus der Zeit vor

dem Aufstand in israelischen Gefängnissen und Internierungslagern.) Hinzu kommen etwa 1.200 Verwaltungshäftlinge, von denen ein großer Teil in Ansat 3 (s. s.) gefangen gehalten wird (administrative detaillierte bzw. Verwaltungshaft bedeutet, daß ein Festgenommen ohne Prozeß auf Geheiß des militärischen Geheimdienstes bis zu sechs Monaten inhaftiert wird). Andere Quellen nennen z.T. weitum höhere Zahlen, die israelische Tageszeitung „Haaretz“ schreibt von über 7.500 Festnahmen, die palästinensische Menschenrechtsorganisation schätzt, daß seit Aufstandsbeginn mehr als 17.000 Palästinenser festgenommen worden seien.

Etwa 30 Palästinenser sind nach israelischen Angaben bisher in den Südlibanon ausgewiesen worden, etwa gleich viele Ausweisungsverfügungen sind derzeit noch anhängig.

Erst Monate nach dem Vorfalle wurde bekannt und vom Militär bestätigt, daß Oberschüler, die im Februar im Rahmen der Gadiwa (vor- bzw. paramilitärische Jugendausbildung) in einer Militärbuss auf dem Westufer ihren Dienst ableisteten, auf Aufforderung von Soldaten hin Palästinenser in einem Gefangenenlager geschlagen haben. Einige der Schüler erzählten anschließend ihren Klassenkameraden davon. Einer der Schüler berichtete, daß die israelischen Soldaten, die in dem israelischen Magazin „Chadashot“ von seiner „Heldentat“; hätte er eine MP gehabt, hätte er den Gefangenen, den er zusammengeschlagen hatte, auch erschossen. „Nicht, weil er mir irgendwas getan oder irgendein übles Wort geäußert hat, sondern deswegen was diese Araber uns in diesem Staat tun.“

Das Knessetmitglied Gadi Jatziv (Mapam) berichtete nach einem Besuch in einem Gefangenenlager auf dem Westufer, daß dort Gefangene in Handschellen und mit dem Gesicht zur Wand gezwungen wurden, Sprüche zu rufen wie: „Steinewerfen ist verboten. Arafat ist ein Hundesohn. Schimon Peres ist ein Wahnsinniger. Lang lebe Kahane.“

## Ansat 3

In der Negew-Wüste nahe der ägyptischen Grenze ist das Internierungslager Ketziot, genannt „Ansat 3“, errichtet worden. Die Temperaturen erreichen in diesem Gebiet tags bis zu 45 Grad und können nachts bis auf Null Grad abfallen. Derzeit werden in dem Lager 2.300 Palästinenser vom Westufer und aus dem Gasastreifen gefangen gehalten, was den Bestimmungen der Genfer Konvention widerspricht, nach der die Einwohner besetzter Gebiete nicht in das Land des Besetzers gebracht werden dürfen. (Anwände der „Zivilverwaltung“ widersprechen dem, da der Begriff „occupation“, wie er in der Genfer Konvention verwendet werde, nicht dem Verhältnis zwischen Israel und den besetzten Gebieten entspreche.)

Ein Gefangener berichtete: „In „Ansat 3“ ist man in Zellen untergebracht. Feste Gebäude gibt es nicht. Die Abteilung Westbank ist in vier Abschnitte unterteilt. Jeder Teil besteht aus acht Zellen; in je-

dem Zelt wohnen 28 bis 30 Gefangene. Die Zelle sind fünf Meter breit und zehn Meter lang. Als wir ankamen, mußten wir stundenlang mit einem Sack über dem Kopf stillesitzen, bis uns unser Zelt zugewiesen wurde. Jeder von uns bekam eine Nummer, die in der Folgeren unseren Namen enthielt. Nachts schliefen wir auf Schlafregimenten und hatten nur fünf Decken (für alle Gefangenen), um uns vor der kalten Winternacht zu schützen. Die Decken reichten nicht aus, und so konnten wir kaum schlafen. Unserem Zelt wurden pro Tag fünf Paß Wasser zugeteilt, das uns als Trink- und Waschwasser diente. (...) Die Mahlzeiten waren immer gleich zusammengesetzt. Zum Frühstück gab es fünf Oliven, einen Teelöffel Marmelade, ein Stück Margarine, eine Scheibe Brot und eine halbe Tasse Tee. Das Mittagessen bestand aus einer Tasse dünner Suppe und einer halben Orange. Zum Abendessen bekamen wir dasselbe wie zum Frühstück. Das Schlammrohr aber war, daß das Essen wegen des Wüstenwindes immer voll Sand war. (...) Viermal am Tag wurden die Gefangenen gezählt. Wir mußten uns in den Zellen auf den Boden setzen, die Hände hinter den Kopf gefaltet.“

Ein in Ansat 3 inhaftierter Arzt berichtete, daß sich der Gesundheitszustand der Gefangenen ständig verschlechterte. Viele litten an Hautkrankheiten sowie Magen- und Darmkrankheiten aufgrund der unzureichenden hygienischen Bedingungen und der mangelhaften Ernährung. Der Lagerkommandant von Ansat 3 sagte Journalisten: „Wenn Sie an diesem Ort eine Schlange aussetzen, würde sie sterben.“

In dem im Mai aus dem Lager geschmuggelten Appell heißt es: „Unsere Familien dürfen uns nicht besuchen, wir dürfen keine Briefe verschicken oder empfangen, Radios, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schreibpapier oder Stifte sind verboten.“

Nachdem Anfang Juni erstmals ausländische Presse in Ansat 3 zugelassen war, berichtete der „Stern“: „Die meisten der 2483 Gefangenen sind keine Gewalttäter. (...) Ihre einzige Schuld ist, daß sie Palästinenser sind. Eine ganze Reihe von ihnen sind Ärzte, Anwälte, Journalisten, Mitglieder von Menschenrechtsgruppen — besonders angesehene und einflussreiche Bürger in ihren Dörfern und Städten und deshalb automatisch „Rädelshüter“ für die israelischen Sicherheitsbehörden.“ — Einige der in Ansat 3 inhaftierten palästinensischen Schriftsteller werden gemeinsam politischer Aktivitäten mit israelischen Berufskollegen beschuldigt.

## 270 Tote

Neben Massenverhaftungen, wirtschaftlichen Pressionen und Kollektivstrafen sind Mord, Totschlag und Folter, die hauptsächlich Mittel der Aufstandunterdrückung in den ersten Monaten, durchaus nicht aus der Mode gekommen.

Nach dem Bericht einer israelischen Wochenzeitung haben Soldaten nördlich von Ramallah drei Palästinenser in eine

Grube gezwungen und sie dann mit Steinen bis zur Brust zugedeckt.

Aus einer Gruppe Flüchtender wurde ein Palästinenser von einem israelischen Soldaten aus 400 Meter Entfernung mit einem gezielten Gewehrschuß getötet. Die Truppe, aus der heraus geschossen worden war, entfernte sich, ohne sich weiter um den Palästinenser zu kümmern. Josef Goeli von der „Jerusalem Post“ bezeichnet diesen Vorfalle als „typisch für andere ungelöste tödliche Vorfälle in den besetzten Gebieten, die angeblich von den Streitkräften untersucht werden. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen werden nur selten veröffentlicht.“ Die israelische Regierung wußte was sie tat, als sie ein Ersuchen der USA ablehnte, von einer gemeinsamen Kommission die Verletzung von Menschenrechten in den besetzten Gebieten untersuchen zu lassen.

Nach Ermittlungen der UNO-Flüchtlingsbehörde UNWRA sind elf Menschen an den Folgen von „Tränengas“einsätzen gestorben, es handelte sich vor allem um kleine Kinder und alte Menschen. Wegen Atembeschwerden nach „Tränengas“einsätzen mußten 1.285 Palästinenserinnen in Krankenhäusern behandelt werden. Amnesty international berichtete von mindestens vierzig Fällen, in denen der Einsatz von „Tränengas“ zum Tode geführt hätte — Eine israelische Ärztekommision ermittelte, daß der „Tränengas“einsatz in etwa dreißig Fällen zu Fehlgeburten geführt hat. Arafat sprach in „UZ“ auf einer Pressekonferenz in Berlin/DDR von 1.600 Fällen von Fehlgeburten nach „Tränengas“einsätzen.

Wie bei der Anzahl Inhaftierter und den Opfern von „Tränengas“einsätzen schwanken die Angaben zu den im Aufstand Getöteten je nach Quelle ganz erheblich. In einer Militärstatistik von Anfang August ist die Rede von 230 getöteten Palästinenserinnen seit Aufstandsbeginn, das Militär habe 183 Palästinenserinnen erschossen und 2.000 durch Schüsse verletzt. Arafat sprach schon Mitte Juni von 371 palästinensischen Toten. In einer von der oppositionellen israelischen Zeitschrift „News from Within“ kontinuierlich geführten Liste wurden bis Ende Juli 270 getötete Palästinenserinnen namentlich aufgeführt. Rund 50 der vom Militär mit insgesamt 230 angegebenen Todesfälle gelten offiziell als noch ungeklärt.

Erwa die Hälfte dieser „ungeklärten“ Todesfälle sind, wie es u. a. von dem Knesset-Mitglied Jossi Sarid (Ratz) vertreten wird, den Siedlern anzurechnen. Aber nur in einem dieser Fälle ist bisher zumindest Anklage erhoben worden.

Ein palästinensischer Schäfer, der seine Tiere in der Nähe der Siedlung Schillo, nicht aber auf deren Grund weidete, war von einem Siedler erschossen worden. Angeblich hatte der Schäfer eine Gruppe von Siedlern mit Steinen angegriffen. Tatsächlich aber war, wie später die Polizei feststellte, von dem Schäfer keinerlei Provokation ausgegangen, er war von den Siedlern aufgefordert worden, seine Schafe wegzutreiben und, als er darauf verwies, daß der Weideland zu seinem Dorf gehöre, erschossen worden.

Ungehindert und erst recht ungestraft können Siedler nach wie vor ihre „Strafzüge“ in palästinensische Ortschaften unternehmen, eine bewaffnete Patrouille in sog. Begleitschutz-Autos zwischen Jerusalem und Hebron betreiben und auch mal in eine Schule einbrechen, um die Kinder mit Schüssen in die Luft in Todesangst zu versetzen. Ministerpräsident Shamir, bei einem Trip auf dem Westufer von Offizieren-Anwärtern befragt, wie mit provozierenden Siedlern zu verfahren sei, befand, das sei kein Problem: „Extremistische Araber, nicht extremistische Juden, verursachen die Probleme.“

## Justiz

Das mörderische Treiben des Militärs wird vom größten Teil der jüdischen Israelis gutgeheißen — schließlich sind es ja „unsere Jungs“ — und von der Justiz, sofern es überhaupt einmal zu einer Verurteilung kommt, nur augenzwinkernd gerügt. Auf ein Vorgehen gegen die schließwütigen Siedler (weil die nur in Abwesenheit von Presse und Fernsehen ihre Aktionen starten?) scheint die israelische Anklagebehörde von vornherein verzichten zu wollen.

Einer der vier Soldaten, die — wie es in einem weltweit ausgestrahlten CBS-Film zu sehen war — Palästinenser mit Steinen und Stöcken gefoltert hatten, wurde zu fünf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und degradiert. Der Bataillonskommandeur des Soldaten bezeichnete dessen Verhalten nach dreieinhalb Monaten Dienst in Nablus als verständlich, es sei „nicht extremer als das Verhalten an-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

derer Soldaten während der Unruhen in den Gebieten. Die drei anderen an der Folterung beteiligten Soldaten wurden zu drei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt und degradiert bzw. zu 21 Tagen Militärarrest (vom Oberkommandierenden des Westufers auf 17 Tage reduziert) bzw. zu zehn Tagen Militärarrest. — Der Hauptfeldwebel, der es zugelassen hatte, daß von ihm befehligte Soldaten vier Palästinenser lebendig eingruben, wurde von einem Militärgericht zu vier Monaten auf Bewährung verurteilt und degradiert.

Auch eine Terrorgruppe wie der „Jüdische Untergrund“ kann darauf setzen, daß für sie allemal Gnade vor Recht ergeht. Drei Westufer-Siedler von dieser Gruppe, die 1984 in das Gelände des islamischen Kollegs eingedrungen waren und mit automatischen Waffen vier Palästinenser getötet sowie dreiflig weitere z.T. schwer verletzt hatten, waren ursprünglich zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Im letzten Jahr war von Staatspräsident Herzog das Strafmaß auf 24 Jahre reduziert worden, unfallig des 40. Jahrestages der Ausrufung Israels verringerte er die Strafe nochmals, jetzt auf 15 Jahre. (Die 17 anderen Mitglieder des „Jüdischen Untergrunds“, auf deren Konto zahlreiche Mordanschläge gehen und der Plan, die Al Aqsa-Moschee in der Luft zu jagen, sind bereits begnadigt.)

Zwei israelische Palästinenser hingen, die eine Handgranate auf einen Zivilisten geworfen hatten — die Granate war nicht explodiert —, wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der Steinwurf eines israelischen Palästinensers kostete ihn zwei Jahre Haft. Acht israelischen Palästinenser, den vorgeworfen wurde, Steine geworfen und eine Demonstration initiiert zu haben, wurden in einem präzedenzlosen Urteil bei Androhung einer Geldstrafe von 300 US-Dollar und sechs Monaten Haft für 45 Tage aus ihrem Wohnort verbannt. Die Schwester des von dem Siedler Aldubi in Beita erschossenen Palästinensers, Munira Daoud Saleh, die den Siedler mit Steinen beworfen hatte, könnte, äußerte der Militärstaatsanwalt in Nablus, als Verursacherin des Todes der Siedler-Jugendlichen Tirza Poni angeklagt werden, da Aldubi versehentlich Tirza Poni erschossen habe, nachdem er von einem Stein getroffen worden sei. Diese Konstruktion war denn aber doch so abenteuerlich, daß Munira Daoud Saleh jetzt „nur“ wegen Steinwerfens angeklagt wird — schon das, ist zu befürchten, wird sie sehr teuer zu stehen kommen.

Im Jahresbericht der „Gesellschaft für Menschenrechte in Israel“ wird den Richtern vorgehalten, Delikte von Juden und Palästinensern sehr unterschiedlich zu ahnden. Jüdische Extremisten erhielten wegen der Erschießung von Palästinensern häufig nur geringfügige Gefängnisstrafen oder wurden nur zu einem Pflichtdienst in einer öffentlichen Einrichtung verurteilt. Palästinenser würden hingegen mit übermäßiger Härte bestraft.

## Zensur

In Israel gibt es grundsätzlich nach dem

In Israel gibt es grundsätzlich nach dem übernommenen Recht aus der Zeit des britischen Mandats eine Zensur der Presse. Während jedoch die jüdisch-israelischen Zeitungen selbst entscheiden können, wo es sich bei ihren Artikeln um „sicherheitsrelevante“ Themen handelt, die der Zensur vorzulegen sind, müssen die palästinensischen Zeitungen jeweils ihre ganze Ausgabe der Zensur vorlegen, die häufig nicht nur viele der eigenen Beiträge, sondern auch Übernahmen aus der jüdisch-israelischen Presse verbietet. Der arabischsprachigen Ausgabe der in Ostjerusalem erscheinenden al-Fajr wurde zum Beispiel die gesamte Berichterstattung über den Mord an Abu Jihad unterzogen.

Im März war der „Palestine Press Service“ für sechs Monate verboten worden, dieser Pressedienst galt unter den Auslandskorrespondenten als besonders zuverlässig und wurde vielfach in Anspruch genommen. Seither sind eine ganze Anzahl palästinensischer Zeitungen und Zeitschriften teils für kürzere Zeit verboten, teils in ihrem Vertrieb in den besetzten Gebieten behindert und teils für einen längeren Zeitraum oder ganz verboten worden. Als Begründung mußte meist herhalten, daß die Zeitungen von einer „feindlichen Organisation“ finanziert würden oder mit einer solchen in Verbindung stünden.

Mindestens dreifig palästinensische Journalisten sind in den letzten Monaten inhaftiert und zumeist der Verwaltungs- haft unterworfen worden, alleine fünf Mitglieder des neunköpfigen Vorstands des Verbands der arabischen Journalisten sind in Haft genommen worden.

Vom Versuch, die Berichterstattung über den Aufstand, wenn sie nicht zu verhindern ist, so doch unter die Kontrolle des Militärs zu zwingen, bleiben auch die israelischen Zeitungen und die Auslandspressen nicht verschont. Wo es in den besetzten Gebieten zu Zusammenstößen

kommt, schreibt Joel Greenberg von der „Jerusalem Post“, hätten Journalisten keinen direkten Zugang mehr. Es sei zur „Standard-Prozedur“ des Militärs geworden, diese Gebiete zu militärischen Sicherheitsgebieten zu erklären, zu denen Journalisten keinen Zugang haben. Daraufhin hätten sich die Journalisten sekundärer Informationsquellen bedient, die seien aber, wie der wichtige „Palestine Press Service“, alle geschlossen worden. Die schließlich noch zustandekomme- nen Artikel seien sodann schärferer Zensur unterworfen worden. Hinzu komme eine immer feindlichere Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Medien. (In Jerusalem wurde jüngst ein vierzehnjähriges jüdisches Mädchen, das ein T-Shirt mit der Aufschrift „Freiheit für die Presse“ in hebräisch, arabisch und englisch trug, von Passanten als „Verräterin“ beschimpft; von einer Polizistin wurde ihr das T-Shirt weggenommen und ihr wurde gedroht, sie würde festgenommen, wenn sie nochmals ein solches T-Shirt trage.) Zum Ergebnis hat diese „Standard-Prozedur“ des Militärs, wie ein Beamter des israelischen Außenministeriums sagte, der gerade seinen 62tägigen Reservendienst in den besetzten Gebieten abgeleistet hatte, daß nur etwa fünfzehn Prozent der Ereignisse bekannt würden.

Im Februar wurde die in Israel in hebräischer und arabischer Sprache erscheinende Zeitung „Derech Hanitzot/Lariq a-Sharati“ (der KP-geführten in der Knesset vertretenen Chadasch, Demokratische Front für Frieden und Gleichheit, nahestehend) verboten, gleichzeitig wurde ein israelisch-palästinensischer Redakteur der Zeitung inhaftiert. Im Laufe des April und Mai wurden fünf weitere, sämtlich jüdisch-israelische, Redakteurinnen der Zeitung verhaftet. Vorgeworfen wird der „Nitzotz“-Gruppe, die die Zeitung herausgibt, mit einer „feindlichen Organisation“, und zwar mit der DFLP, in Verbindung zu stehen. Die Verhafteten hatten, was für den Umgang der israelischen Justiz mit den eigenen Staatsbürgern sehr ungewöhnlich ist, während der ersten bzw. während der ersten zwei Wochen keinen Kontakt mit ihrer Anwältin. Die Verhafteten wurden während der Befragung vom Geheimdienst Schin Bet bedroht und mit Details aus ihrem Privatleben aus fernster Vergangenheit konfrontiert.

Der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ kommentiert das Vorgehen gegen die „Hanitzot“ und die Redakteurinnen: „Unter den ausländischen Journalisten in Israel galten die Mitarbeiter der Zeitung als Informationsquelle für die Zustände in den besetzten Gebieten. So hatten sie wiederholt über Ausschreitungen der Armee und der Grenzpolizei berichtet. Nach der ebenfalls erfolgten Schließung des „Palestine Press Service“ durch die israelischen Behörden im März scheint die Kampagne gegen die Mitarbeiter des „Derech Hanitzot“ auf Anstrengungen der Israeli hinzuweisen, extreme oppositionelle Informationsquellen mundtot zu machen.“

Anfang August habe es fast das israelische Magazin „Chadaschot“ erwischt, das zwei Artikel über Ernennungen und Beförderungen im Generalstab (weiß der Geier, was daran nun „sicherheitsrelevant“ ist) nicht dem Zensor vorgelegt hatte. Erst der durch das Magazin darge-

brachte Ausdruck höchster Bedauerns brachte den Zensor davon ab, „Chadaschot“ für eine Woche zu verbieten.

## Gewöhnung

Übereinstimmend beobachteten israelischen Journalisten wie Auslandskorrespondenten, daß der Aufstand mit zunehmender Dauer als Normalzustand hingenommen wird.

Joel Greenberg von der „Jerusalem Post“ schrieb Anfang Mai: „Das schwindende öffentliche Interesse droht die fortgesetzten Gewaltmaßnahmen in den besetzten Gebieten zu alltäglichen Ereignissen werden zu lassen, ein neuer Status quo, mit dem dann wieder jeder zu leben lernen wird.“ Eddo Rosenthal, ein niederländischer Korrespondent, hat den Prozeß der Gewöhnung am Bildschirm beobachtet: „Routinemäßig bringt das israelische Fernsehen jeden Freitagabend eine Statistik der Anzahl von Toten und Verwundeten im Verkehr. Da ist nun die tägliche Statistik der palästinensischen Toten und Verwundeten hinzugekommen.“ Ende Juli scheint sich der von Joel Greenberg befürchtete „neue Status quo“ offensichtlich bereits weitgehend etabliert zu haben; der „PAZ“-Korrespondent Heinrich rapportiert: „Entgegen manchem Eindruck draußen wächst in Israel nicht etwa die Nervosität, sondern die Gewöhnung. (...) Nach sieben Monaten des Aufbruchs der Palästinenser hat sich der israelische Organismus offenbar derart umgestellt, daß dieselbe Erkenntnis, die im Dezember 1987 den größten Schock hervorgerufen hatte, im Juli 1988 geradezu beruhigend wirkt: Dieser Aufstand wird sobald nicht wieder aufhören — richtig, und wozu dann die Eile?“ Der „Jaz“-Korrespondent Amos Wallis machte deutlich, wobei diese Wundlungsfähigkeit des

„israelischen Organismus“ stammt: „Die Brutalisierung konnte fast problemlos „integriert“ werden: auch extreme Repression gegen „Artfremde“ oder „Eingeborene“ wird zur Routine in einer Gesellschaft, die sich in einigen Jahrzehnten an Feldzügen gegen den arabischen Feind im allgemeinen und die PLO insbesondere geübt hat.“

## Opposition

Die innerisraelische jüdische Opposition, zusätzlich der Gewöhnung der Öffentlichkeit an den „Zustand“ ausgesetzt und dem Prozeß der Gewöhnung selbst unterliegend, ist in den letzten Monaten noch hinter das niedrige Niveau zurückgefallen, auf dem sie sich in den ersten Aufstandsmomenten bewegte. Es sind fast nur noch kleine Aktionen sehr kleiner Gruppen zu verzeichnen.

Jesch Gwul (Es gibt eine Grenze), die die Dienstverweigerung in den besetzten Gebieten propagiert, demonstrierte ihre Solidarität mit den derzeit etwa zwanzig inhaftierten Verweigerern. Ein im Zusammenhang des 40. Jahrestages Israels geplantes internationales Dichterfestival in Jerusalem wurde von den Organisatoren abgesagt, da, wie es in einer Erklärung heißt, die Durchführung des Festivals interpretiert werden könnte als „Solidarität mit einer Regierung, die (...) unsere Häuser sprengt, Bürger ohne Urteil exekutiert, Gas gegen Frauen gebraucht und junge Jungen und Mädchen tötet, was nur als Staatsterror bezeichnet werden kann.“ Joan Baez gab auf Einladung von Schalom achschaw Konzerte in Israel, besuchte die besetzten Gebiete und trat in der Bir Zeta-Universität auf dem Westufer zusammen mit Mustafa al-Kard auf. Vor Ansar 3 demonstrierte eine Gruppe von fünfzig israelischen und palästinensischen Schriftstellern. Amos Kenan erklärte: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es israelischen und palästinensischen Schriftstellern nur erlaubt, sich frei und ungehindert zu treffen, wenn beide im Knaat sind.“

Zur einzigen größeren Demonstration für die Beendigung der Besetzung in den letzten Monaten hatte im Juni mit 21 Friedens- und Protestgruppen fast das gesamte linksoppositionelle Spektrum aufgerufen. Schalom achschaw, auf die Unterstützung des Shultz-Plans eingeschworen, hatte als einzige größere Oppositionsgruppe die Teilnahme abgelehnt, da sie mit der von der Demonstration vertretenen Forderung „Zwei Staaten — zwei Völker“ nicht einig gehen konnte. Schalom achschaw, deren Mitglieder bzw. Anhänger auch nicht den Dienst in den besetzten Gebieten verweigern, hat sich mittlerweile das Prädikat „Schießen und Weinen“ eingehandelt.

Vor diesem Hintergrund kann sich selbst ein Verband hoher Reserve-Offiziere, der unter dem Namen „Council for Peace and Security“ auftritt, den Anschein einer Friedensgruppe geben. Der Verband tritt für „Land gegen Frieden“ ein, aber nur unter den folgenden Bedingungen: 1. Eine Übergangszeit vor der Schaffung palästinensischer Einheiten in Gaza und auf dem Westufer, die durch Verhandlungen vereinbart werden. 2. Die Entmilitarisierung der Gebiete, aus de-

ren sich die israelischen Truppen zurückziehen werden. 3. Eine Militärrückzug und ein an strategischen Punkten eingerichtetes Warnsystem.“ Nur wenn diese Garantien gegeben würden, erläuterte der Generalmajor d.R., ehemaliger Leiter des israelischen Geheimdienstes und Bernier Golda Meirs in Fragen des Terrorismus, Abnimo Jariv, könne Israel die besetzten Gebiete verlassen. „Es ist keineswegs sicher, daß die Palästinenser solche Bedingungen akzeptieren werden, aber wenn sie es nicht tun, dann trifft sie die Schuld, eine Friedensregelung zu verhindern, nicht Israel.“ Alles klar, General — es müßte jetzt nur noch erklärt werden, inwiefern sich dieses Konzept substantiell von Abernheiten wie dem uralten Alon-Plan unterscheidet, in dem ja auch vorgesehen war, daß Israel sich nach Teilen der besetzten Gebiete (das „Council“ spricht von „palästinensischen Einheiten“) zurückzieht, daß die Siedlungen nicht angetastet werden und daß längs des Jordans und des Toten Meeres eine militärische „Sicherheitszone“ errichtet wird. Gleichwohl, als die Generale ihre Ideen im israelischen Fernsehen vorstellten, wurden, will ein Korrespondent der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ gespürt haben, „die Gemüter im Lande in Wallung versetzt“.

## K., Hamburg

## Quellen

Div. Ausg. der Monate April bis August von: Al-Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Aufbau (USA), Basler AZ (Schweiz), Basler Zeitung (Schweiz), Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post — International Edition (Israel), Inka, Monitor-Orient, Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Süddeutsche Zeitung, Spiegel, Tages-Anzeiger (Schweiz), Tagespiegel, taz, Un- sere Zeit, die Volkskammer (Biedersteine), Weltwoche (Schweiz), WochenZeitung (Schweiz)

# Intifadah in der Initiative

„Auch sie wissen“ — unter dieser Überschrift druckte „News from Within“, die Zeitschrift des „Alternative Information Centre“ in Jerusalem, einen Artikel der israelischen Tageszeitung „Haaretz“ (27.8.88) nach, in dem der führende Militärkommentator Israels, Zeev Schiff, den Volksaufstand und die Entwicklungen in der palästinensischen Gesellschaft analysiert hatte. Wir haben diesen Artikel — leicht gekürzt — übersetzt, weil er die ungetroffene Kraft der Intifadah und die veränderte Situation realistisch einschätzt — im Gegensatz zu den Verlautbarungen israelischer Regierungspolitik, deren Aussagen allerdings auch von tatsächlichen Erwägungen hinsichtlich der im November stattfindenden Wahlen geprägt sind. Gerüchte jedenfalls, der israelische Ministerpräsident und Hardliner Schamir bemühe sich durch Vermittlung Rumänians um direkte Gespräche mit der PLO und suche so die jordanische Option seines Konkurrenten Fares zu umgehen, hatten sich trotz aller verständlichen Demen-

Diejenigen, die vor einigen Wochen sagten, die Intifadah sei dabei zu sterben, und dafür auch Anzeichen nannten — wie Abnahme der Zahl der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten und eine relative Abnahme der Demonstrationen —, sprachen von ihren Wünschen ohne zu wissen, was wirklich vorgeht.

Wir haben dieses Phänomen schon bei anderen Politikern, auch beim Ministerpräsidenten, beobachtet, schon viele Male haben sie die Intifadah für beendet erklärt. ...

## Die Initiative liegt bei den Aufständischen

In Wirklichkeit sieht die Situation anders aus. Selbst wenn die Häufigkeit der Massenanfragen abgenommen hat, steigt die Zahl der palästinensischen Toten von Woche zu Woche. Die wachsende Zahl der Opfer hat die Bevölkerung nicht vom Aufstand abgehalten, und es ist klar, daß einige von ihnen auf Rache drängen. Auch die Angriffe auf Sicherheitskräfte nehmen zu.

Die Initiative liegt im großen und ganzen bei den Aufständischen. Das ist auffallender in der Westbank als im Gaza-Streifen. Sie entscheiden, wann die Unruhen anfangen, wann Attacken beginnen und Molotows geworfen werden, wann gestreikt und wann in Israel gearbeitet wird. Auch die Entscheidung, vor (dem höchsten islamischen Fest, mit), „Id al-Adha“ die Geschäfte zwei ganze Tage zu öffnen, war deren Entschluß, und nicht etwa Angst vor Strafindrohung. Es war keine Entscheidung aus Schwäche und Erschöpfung ...

## Jerusalem

## Jerusalem

Auch Jerusalem steht wieder in Flammen. Nach dem eindrucksvollen Erfolg der Polizei unter Minister Bar-Lev, dem Generalstabschef und dem Regionalkommandanten, wurde die relative Ruhe, die sechs Monate dauerte, gebrochen. Wieder muß die Polizei in der Stadt umhertreiben, die Tatsache, daß es sich um eine geteilte Stadt handelt, wurde deutlich demonstriert ...

An den Ereignissen in Jerusalem und in seiner Umgebung ist auffallend, daß die Christen von den drei Christen-Städten (Bethlehem, Bet Sahur und Beit Jalla) und von Jerusalem in den letzten Tagen zur führenden Kraft des Aufstandes in der Westbank geworden sind. In der Vergangenheit waren die Unruhestifter in diesem Gebiet Moslems und Flüchtlinge ...

## Die Volkskomitees

Hinter diesen Erscheinungen ist die Intifade institutionell organisiert worden. Das zeigt sich in der Verneuerung der Volkskomitees und der „Schock-Komitees“ in den meisten arabischen Städten, Dörfern und Flüchtlingslagern in der Westbank und im Gaza-Streifen. Die Volkskomitees wollen die zivile Administration ersetzen, und sie führen oder kontrollieren schon einige Lebensbereiche in den Gebieten. Die ihnen angeschlossenen „Schock-Komitees“ sind verantwortlich für Unruhen, Ausrufen von Streiks, Umgang mit Kollaborateuren und ähnliche Belange.

Deren Erfolg zeigt sich auch darin, daß sich Menschen an den Komitees beteiligen, die nicht für besondere Unterstützer der PLO gehalten wurden. In einigen Städten gibt es bereits eine Anzahl solcher Komitees, und einige dieser Kom-

tees kontrollieren bereits ganze Regionen und koordinieren die Arbeit untereinander trotz der Konkurrenz zwischen den verschiedenen Gruppen. Es gibt Anzeichen, daß die lokalen Komitees sich nicht mit lokalen und Distrikts-Komitees begnügen werden, sondern auch Komitees für bestimmte Berufe einrichten werden.

Wenn sie darin erfolgreich sind, werden sie die Basis für echten und weitverbreiteten zivilen Ungehorsam und die Errichtung einer Vereinten Führung bilden, die bis jetzt mehr auf dem Papier und in Kommunikationen existiert als in Wirklichkeit. Es scheint, als werde dies in Israel verstanden, und deshalb wird der Druck in Zukunft darauf gerichtet werden, die Volkskomitees zu brechen.

## Eine mobilisierte Gesellschaft

Siebeneinhalb Monate nach dem Beginn des Aufstandes entwickeln die Palästinenser in den besetzten Gebieten die Charakteristika einer „mobilisierten Gesellschaft“. Dies ist eine Organisationsform, die von unten kommt, von der Basis, auf lokale Initiative hin und nicht von außen. Sie entwickelt sich langsam, kann aber nicht ignoriert werden. Es ist schwierig, nicht über die „Experten“ zu lachen, die schon in der zweiten Woche der Intifadah von Erschöpfung sprachen, die anfangs, die Palästinenser in den besetzten Gebieten zu überwältigen. Und obwohl wir stärker sind, gibt es auch Zeichen von Erschöpfung auf israelischer Seite. Tatsächlich beginnen die Palästinenser zu ermüden, aber sie haben das Gefühl, Außergewöhnliches zu leisten, ein Gefühl, das sie viele Jahre nicht hatten. Die meisten Israelis wissen das nicht oder haben Probleme, das zu verstehen.

Die öffentliche Identifikation der Palästinenser mit der Intifadah nimmt nicht ab, sondern wächst eher. Die meisten Palästinenser sind über die Zukunft besorgt, aber gleichzeitig sind sie überzeugt, daß die Intifadah der beste Weg ist, Israel entgegenzutreten, und daß sie insofern Positives erreicht haben. Dies beeindruckt auch die israelischen Araber, deren Bindungen zu den aufständischen Palästinensern anwachsen.

## Der Aufstand wird nicht gebrochen werden

Trotz aller Strafen und allen Drucks ist der Aufstand bis heute nicht gebrochen worden. Es ist deutlich, daß der harte Kern, diejenigen, die den Aufstand leiten

der Aufstand bis heute nicht gebrochen worden. Es ist deutlich, daß der harte Kern, diejenigen, die den Aufstand leiten und vorantreiben, bis jetzt weder ermüdet noch resigniert sind. Ich meine nicht, es sei unmöglich, den Aufstand zu brechen, aber es wird umso schwieriger werden, je mehr Zeit vergeht, und es ist klar, daß ein solches Zerschlagen nicht vollständig gelingen, sondern nur bis zum nächsten Ausbruch dauern wird. Ich brauche nur Qubaila (ein Ort im Norden der Westbank, der für seinen ungebrochenen Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht in den Monaten des Aufstandes berühmt geworden ist, mit) zu erwähnen, das wieder zu seinen alten Methoden zurückgekehrt ist — trotz monatelanger Zermürbungstaktiken; oder Tulikarm, über das viele Wochen lang Ausgangssperre verhängt war. Irrtümlicherweise dachten wir, Tulikarms Nähe zu jüdischen Siedlungen und der Wunsch dieser Stadt, seinen blühenden Handel mit den Siedlungen fortzusetzen, würde stärker sein, als der Drang zum Aufstand.

Heute bestimmen die lokalen Führungen die Entwicklung, mehr als die exekutive Führung der PLO außen. Aber wir sollten aus dieser Tatsache nicht schließen, die PLO existiere nicht oder habe keinen Einfluß, oder sie werde gar von den Palästinensern in den besetzten Gebieten nicht als die Repräsentantin angesehen. Interessanterweise fand das Abu Sharif-Dokument bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten mehr Unterstützung als bei denen außerhalb. Wahrscheinlich wird sich im Laufe der Zeit eine bedeutendere Elite aus der lokalen Führung entwickeln und für die PLO eine Herausforderung darstellen; das ist bis heute nicht so, zum Teil deshalb, weil die israelischen Autoritäten das nicht wollen.

„Haaretz“, vom 27.8.88, eigene Übersetzung nach „News from Within“ vom 2.8.88, Zeitung des „Alternative Information Centre“, P.O. Box 24270, Jerusalem, Israel















Fortsetzung von vorheriger Seite

die Kommunisten, denn es bestätigt ihre Macht auf höchster Ebene

Soweit ich verstanden habe, soll der höchste gewählte Vertreter eines Sowjets zukünftig Parteimitglied sein. Das widerspricht den von Gorbatschow in seinen Büchern und Reden zuvor vertretenen Absichten der Entflechtung von Parteiorganen als ideologischen und Sowjets als exekutiven Zentren

Ja, das ist eine merkwürdige Sache. Was für eine Art von ideologischer Arbeit soll das denn heute in der modernen Gesellschaft sein? Vor etwa 20 Jahren gab es eine Menge Menschen ohne Bildung. Heute besteht unsere Gesellschaft aus gebildeten Menschen. Ich glaube 50% oder mehr der sowjetischen Menschen haben heute einen hohen Bildungswert. Welche Art ideologischer Arbeit sollte dieser Situation angemessen sein? Ideologische Arbeit — das ist etwas unter diesen Umständen. Da wird unsere kommunistische Partei ohne jede Arbeit sein.

Parteiemonarchie

Was ist für dich die Hauptfrage, die heute ungeklärt werden muß?

Die Kommunistische Partei ist heute keine wirkliche Partei. Ihre Funktion ist nur Machtausübung. Sie stellt heute eine besondere herrschende Klasse. Sie ist keine Partei wie in den westlichen Ländern. Die Kommunistische Partei bei uns ähnelt eher der Klasse der Aristokratie. Wir haben in unserem Lande nicht Sozialismus und Demokratie. Wir haben eine Art Monarchie.

Wir nennen es bürokratische Oligarchie

Ja, es ist eine besondere Klasse. Und wenn sich jetzt Machtverhältnisse ändern, dann nur innerhalb dieser Klasse.

Sind also auch die Differenzen auf der Konferenz nur Differenzen innerhalb der herrschenden Klasse? Welche unterschiedlichen Linsen siehst du?

Die Idee der Oktoberrevolution brannte in den Herzen der Intelligenzia. Die erste sowjetische Regierung unter Lenin bestand nur aus hochgebildeten Leuten. Die ersten Bolschewiken waren äußerst gebildete Menschen. Nachdem Stalin an die Macht kam, wurden all diese Bolschewiken der ersten Stunde getötet. Heute ist es die herrschende Klasse, die von der Idee der Veränderung der Verhältnisse erfüllt sein muß. Es ist äußerst befremdlich, aber die Kommunisten, die unser Land während der letzten 70 Jahre in die Krise führten, sind es auch gerade, die die Chance haben, die Situation zu ändern. Es ist verrückt, weil im ganzen Land kein Vertrauen mehr in die Kommunisten da ist. Sie haben jeden Kredit verloren. Verrückt, aber ich sehe, daß es nur die Kommunisten sind, die die Veränderungen herbeiführen können. Ich weiß nicht, warum. Aber vor der Konferenz habe ich sehr seltsame Situationen gesehen. Die Wahl zur Konferenz war sehr undemokratisch. Teile des Apparates entschieden sehr seltsame Situationen. Die Wahl zur Konferenz war sehr undemokratisch. Teile des Apparates entschieden

sehr seltsame Situationen. Die Wahl zur Konferenz war sehr undemokratisch. Teile des Apparates entschieden, wer Delegierter werden sollte. z. B. in Leningrad in einigen Fabriken, Betrieben oder Instituten versuchten Leute, ihre eigenen Delegierten zu wählen, aber unsere Leningrader Bürokratie erlaubte eine demokratische Wahl nicht. Der Leningrader Schriftsteller- und Musikerverband und auch unsere Bewegung wählten drei Delegierte. Alle drei konnten nicht nach Moskau gehen. Der erste war der Leningrader Schriftsteller und Herausgeber der Leningrader Zeitung „Neva“, dann der berühmte Komponist Andrei Petrow, Leiter des Leningrader Komponistenverbandes, und von unserer Bewegung eine sehr interessante Person Andrei Alexej Arbeiter. Er arbeitet im Betrieb und der Betrieb wählte ihn. Die Personen, die dann tatsächlich Delegierte wurden, waren alles Personen mit sehr konservativem Ruf. Bei den Wahlversuchen wurde deutlich, daß es keine großen Differenzen zwischen einfachen Mitgliedern der Partei und einfachen Leuten gibt. Es konnten sich ja nur Kommunisten an der Wahl beteiligen. So versammelten sich zum Beispiel alle Kommunisten eines wissenschaftlichen Instituts, um ihre Delegierten zu bestimmen. Es erwies sich aber als unmöglich. Die einfachen Kommunisten erkannten, daß es keine Unterschiede zwischen ihnen und den einfachen Leuten gab, daß man auf demselben Level steht, daß der Unterschied zwischen einfachen Parteimitgliedern und unorganisierten einfachen Leuten geringer ist als der zwischen Parteibasis und Parteiapparat. Das ist der Grund, warum sie jetzt eigene Zusammenhänge suchen. z. B. in der „narodnaja front“ in dieser Gruppe sind eine Menge Kommunisten.

und Nicht-Kommunisten?

Ja, aber im Zentrum der Organisation bil-

den die Kommunisten die Majorität

Es ist eine Gruppe, keine Bewegung?

Es ist eine initiativ Gruppe, die versucht, die Bewegung zu organisieren

Es sind Kommunisten, die der Partei kritisch gegenüber stehen

Nicht der Partei, nur der herrschenden Klasse (Lachen), nur den höheren Ebenen, nur dem Apparat. Die kommunistische Partei in unserem Land besteht aus mehreren Teilen. Erstens der oberen Funktionärschicht. Zweitens den Leuten, die Kommunisten wurden, weil es opportunistisch ist. Drittens den wenigen Prozent, die denken, es sind einzelne Personen, die wirklich kommunistische Vorstellungen haben. (Lachen) Wie ich es verstehe, sind es keine kommunistischen, sondern sozialistische. Diese wenigen Leute erfüllen zur Zeit eine große Aktivität, um etwas zu ändern.

Sie kommen in der „narodnaja front“ zusammen?

Ja. Es ist nur meine Meinung, aber ich sehe es so. z. B. Viktor Monakov (1) ist ein Leiter dieser Gruppe und dieser Bewegung. Er ist Kommunist.

Er ist Parteimitglied?

Ja. Ich bin es nicht. Niemals. Das ist nichts für mich (Lachen). Ich habe nur ein Prinzip. Keine Prinzipien zu haben. Ich bin nur Journalist.

Du schreibst für die Zeitschrift der „narodnaja front“? Was ist das für eine Zeitung? Wer liest sie?

Zunächst die Mitglieder der Bewegung. Es ist eine Art politisches Journal mit Übersichtsartikeln, Zusammenfassung von Informationen, Hintergrundberichten, Analysen und Bewegungsnachrichten. Wir schicken die Zeitschrift an alle zentralen Zeitungen und Zeitschriften, an das Sowjet Komitee und das Parteikomitee. Es ist eine Art Gegenöffentlichkeit.

Wie hoch ist die Auflage?

Wir haben ein Hauptmagazin. Es erscheint einmal im Monat. Dazu verschiedene Sonderausgaben im Lauf des Monats.

Nur in Leningrad?

Nein, wir haben ja auch eine Gruppe in Moskau (2) und in anderen Städten. „Merkur“ ist für alle diese Orte. Dazu gibt es lokale Ergänzungen.

Kannst du nur eine Ausgabe zeigen?

Ich kann dir nur eine spezielle Ausgabe über Brodskij zeigen. (3)

Zeitungen im Handbetrieb

An dieser Stelle nahm das Gespräch eine überraschende Wendung. Lena stand auf

An dieser Stelle nahm das Gespräch eine überraschende Wendung. Lena stand auf, holte aus einem offenen Bord einen etwa 5 cm hohen Stapel maschinenbeschriebenen Durchschlagpapiers, legte es vor mich auf den Tisch. Ich machte es nicht glauben. Ich fragte nach. Sie bestätigte. Dies ist die Zeitschrift. Sie wird im Schneefallsystem mit der Schreibmaschine hergestellt und verfielfältigt. Ebenso die Sonderausgaben wie auch eine besondere Kinderzeitung, für die sogar die Zeichnungen von Ausgabe zu Ausgabe durchgepaust werden müssen.

Phantastisch! Unglaublich! Wieviele macht ihr davon?

Ich weiß nicht genau. Das hängt ja davon ab, wieviel jeder schafft. Aber ich denke, wir können sie in ein paar Tausenden zählen.

Warum nehmt ihr keine Druckmaschine?

Wir haben keine

Computer? Kopierer?

Gibt es in unseren Läden nicht

Es gibt große Zeitungen bei euch. Druckmaschinen massenweise! Warum habt ihr keine? Ihr seid doch legal!

Ja, aber wir haben kein Organ der kommunistischen Partei. Die Zeitungen sind ein wieder Organ der Regierung. Jeder der Partei ausschließliche Fraktion. Leute darüber keine. Es ist unschwer zu verstehen.

Ihr dürft eure Zeitungen herausgeben, aber ihr habt kein Recht zu drucken? Auch jetzt noch nicht?

Ich habe das Recht, eine Zeitung mit der Schreibmaschine zu drucken.

Unvorstellbar!

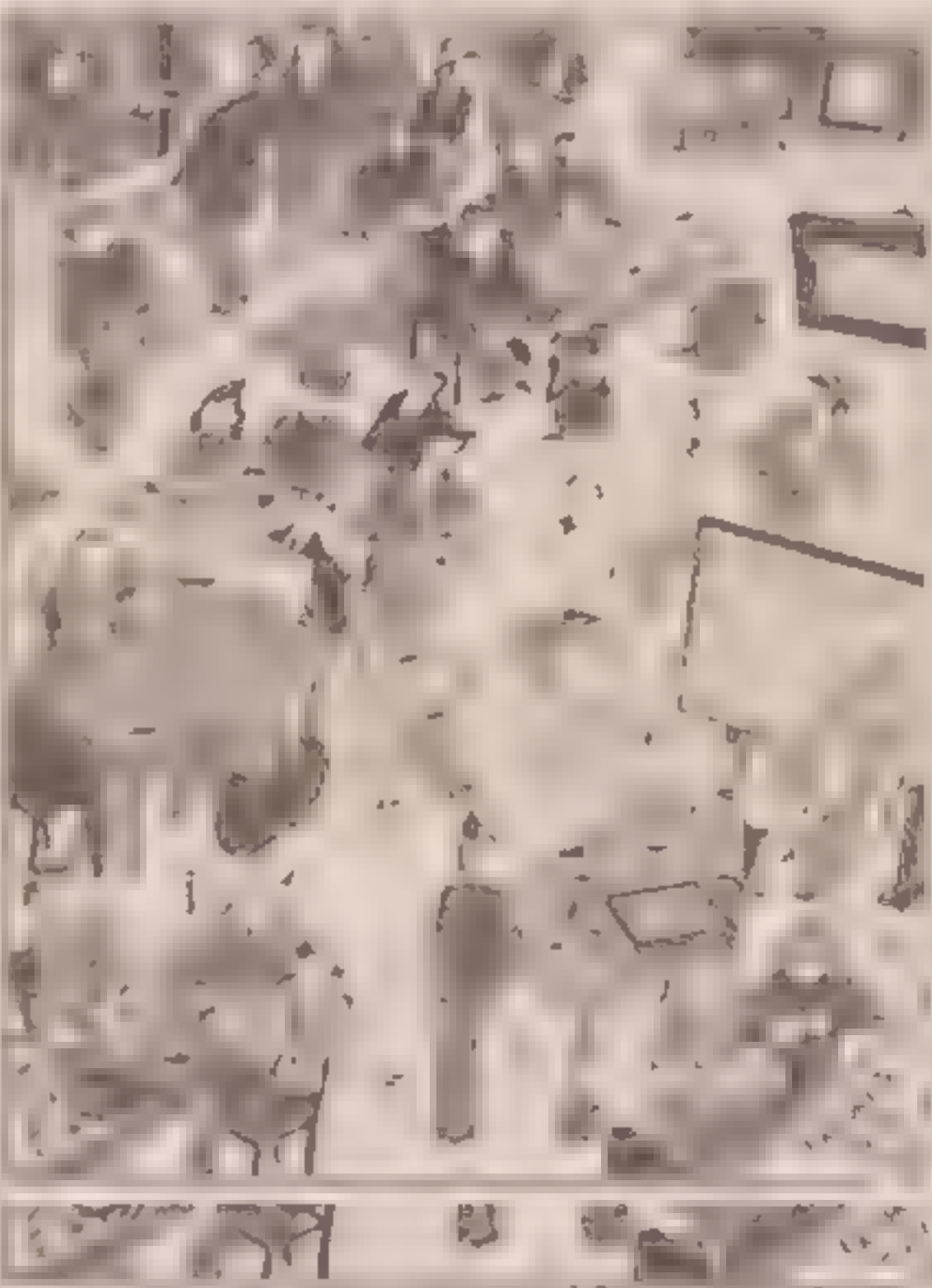
Es ist unser Leben!

Was für ein Sozialismus?

(Lacht) Es ist wahr! Es ist sehr hart. Meine ganze Zeit und unser ganzes Geld geht diesen Weg. Wir haben fünf oder sechs Zeitschriften, die wir so machen. „Merkur“ ist unser Zentralblatt. Es gibt immer verschiedene Schwerpunkte. Schau her (sie blättert eine Ausgabe auf). Hier über Wahlprobleme, hier Geschichtsprobleme. Da der GRÜNE Teil. Es ist ein großer Teil unserer Arbeit. Es sind Berichte über Einzelfragen in Leningrad und Umgebung, z. B. zur Neva-Verschmutzung, zu den Ausgrabungen um den Neva-Nadelstein, zu den Meereshäfen, zu den Problemen der Energie, zu den Verkehrsmitteln, zu den Problemen der Umwelt, zu den Problemen der Gesundheit, zu den Problemen der Wissenschaft. Zur Entwicklung unseres Ingenieurwesens. Dann zur Erhaltung historischer Monumente. Dann Internes über das letzte Treffen der Bewegung. Dazu kleinere Interviews und Informationen.

Ein ziemlichlicher Umfang!

Neben dem „Merkur“ und seinen Teil ausgeben haben wir noch ein gesondertes



Kulturmagazin, außerdem ein Magazin für religiöse Fragen. Dafür ist mein Mann verantwortlich. Er ist ein sehr religiöser Mensch. Neuzeitings haben wir auch noch eine Zeitung.

Auch in der Schreibmaschinentechnik?

Ja! „Vjesni narodnaja fronta“, Frühling der Volksfront. Es ist besonders für die neue Bewegung. Aber ganz neu. Wir haben erst zwei Ausgaben gemacht.

Wie oft macht ihr sie?

Einmal die Woche, wahrscheinlich. Jeden Tag ist unmöglich.

Wieviel Seiten?

Eine Seite, Organisationsfragen, Bewegungsneigkeiten usw.

Das Recht zu denken

Lena, noch mal zur Konferenz! Ich habe den Eindruck. Die Menschen sind ermüdet. In Diskussionen mit Fremden und Bekannten hier in Leningrad hören wir Sie. Wie war der Konferenz, hatten wir Hoffnungen? Sie haben wir keine mehr.

Da bin ich anderer Meinung. Ich hatte keine Hoffnungen vor der Konferenz und habe jetzt auch keine. Ergebnisse von Konferenzen sind eine Sache. Das Leben an selber Lande ist eine andere.

Wird die kommen, konkrete Änderungen nach sich ziehen?

Echte Änderungen gibt es nur wenn die

einfachen Leute mehr tun können. Ich glaube, daß Gorbatschow zur Zeit viel gegen die Furcht im Land tut. Er gab uns das Recht zu denken, das Recht zu sprechen, das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen, das Recht, unsere eigenen Zeitungen zu haben, das Recht, unsere eigene Propaganda zu machen. Das ist das Äußerste, was ein sowjetischer Führer zur Zeit für das Land tun kann. Das Beste, was er zur Zeit machen kann, ist nicht, Leuten helfen zu wollen, sondern sie machen zu lassen. Es ist jetzt Mode, Breschnew zu kritisieren: Stagnation, Krise etc. Aber ich denke, das war gar nicht so eine schlechte Zeit für uns. Während der Breschnew Ära ist eine neue Generation heran gewachsen. Ich bin z. B. 33 Jahre alt, ebenso mein Mann, wie auch unsere Freunde. Der aktive Teil der Gesellschaft ist zwischen 30 und 40. Wir sind die erste Generation in diesem Land, die ohne Hunger aufgewachsen ist, ohne Krieg, ohne Unterdrückung. Ein Freund von mir, vielleicht 8 oder 10 Jahre älter als ich, erzählte mir von seiner Kindheit noch, wie seine Mutter Moskau wegen der großen Hungersnot 1946 verlassen mußte. Aber wir haben das nicht mehr erlebt. Wir leben in der Freiheit der Bildung. Auf das in der Breschnew-Zeit Mag sein, daß wir überhaupt kein politisches Leben haben. Die einfachen Leute wurden aus dem politischen Leben. Aber das politische Leben in unserem

Land ist unmöglich. Ihr Bewußtsein zu ändern. Sie halten die jetzigen Zustände für Sozialismus und diesen Sozialismus für das Beste. Unsere Hoffnung ist, daß wir älter und älter werden. Ich kenne eine ganze Menge sowjetischer Journalisten — ich habe die Journalistenschule durchlaufen und akte eine Menge Kontakte durch meine Zeitung. Und ich sehe, daß die jungen Journalisten ihre Arbeit sehr lieben. Sie arbeiten an den besten Geschichten. Sie sind bereit, das Herausgeber. Ich bin sicher, daß in 5 Jahren dieser alte Teil der Gesellschaft in Pension gehen wird. Die Leute mit freierem Bewußtsein, mehr Möglichkeiten und mehr Einfluß haben werden.

Es gibt also keinen Grund für Gorbatschow, Befürchtungen zu haben?

Gorbatschow ist ein sehr kluger Politiker. Vielleicht hoffe ich es auch nur. Es scheint mir, daß er erkannt hat, daß es zur Zeit sehr schwer ist, schnelle Veränderungen zu erreichen. Er muß mit beiden Teilen der Gesellschaft rechnen. Er hat keine Angst, aber er muß die Meinung des alten Teils berücksichtigen, weil diese Leute zur Zeit noch in den bestimmenden Positionen sitzen. Ich sehe z. B. meine eigene Familie. Sie haben ihr ganzes Leben gearbeitet. Es ist unmöglich, ihr Bewußtsein heute zu ändern. Ihr ganzes Leben kam aus der harten Arbeit, nicht den Ideen. Sie sind müde, alt. Sie wollen nur noch ein Aufhören zu arbeiten, in unser Sommerhaus gehen und ihre Ruhe haben. Ich bin sicher, daß meine Eltern das in 5 Jahren tun können. Und der Posten, den mein Vater z. B. jetzt noch hält, wird frei sein für junge Leute mit guter biologischer Kondition. (Lachen)

So versucht ihr also hauptsächlich junge Leute anzusprechen, die Zeit zu nutzen, setzt auf die Pensionierung der alten? Ein sehr geduldiges, langfristiges Denken!

Es ist meine Hoffnung! Es ist unsere letzte Chance. Laßt sie auf den Kongressen und Konferenzen ihre Spiele spielen! Das hat mit dem inneren Leben des Landes nicht viel zu tun.

Wieso letzte Chance?

Wenn jemand versuchte, Gorbatschow zu ändern, das würde eine Katastrophe sein. Es ist eine Katastrophe, die wir in ökologischer, sozialer, wirtschaftlicher, politischer, allgemeiner Krise unserer Gesellschaft haben.

Welche Probleme siehst du besonders?

Das größte Problem ist das ökologische. Diese Frage ist sehr eng mit der Frage der Nahrungsmittel und Gesundheit verbunden. Wir haben genug zu essen, aber unsere Nahrung ist zu ungesund, zu einseitig. Das betrifft auch die Gesundheit unserer Kinder. Wenn wir noch 10 Jahre warten, werden unsere Kinder krank sein. Das ist das Hauptproblem, wie es sich sehe. Das ist natürlich nur meine Meinung.

Ein weiteres Problem ist das soziale. Das Volk ist heute weltweit das Volk ohne Kredit, ohne Religion, ohne Ideen und ohne Initiative. Die Sache ist. Wir müssen nicht an Gorbatschow glauben, nicht an irgendeinen Führer. Wir müssen an uns selbst glauben. Ich glaube nur an mich selbst, an meine Freunde und an Gott. Und, wie gesagt (Lachen). Gott liebt Russland! Leute mit diesem Selbstvertrauen zu finden und zu organisieren, das ist unsere Arbeit.

Zum Schluß erzählte mir Lena noch, daß die „narodnaja front“ inzwischen auch ein „büro“ in der Stadt habe, wo man sich legal treffen könne, Neuigkeiten austausche, diskutiere, Aktionen beschließe usw. Als ich sie um die Adresse bat, erklärte sie mir, daß es keine Adresse gäbe. Das „büro“ ist ein Versammlungsort auf freiem Platz unter freiem Himmel. Neu daran ist sein legaler Charakter. Wer über Glasnost und Perestroika spricht, sollte diese Versammlungs- wie auch die Publikationsbedingungen der „Perestroika-Linken“ bedenken.

Im übrigen endeten alle Gespräche, die ich in den zwei Wochen rund um die Konferenz geführt habe mit der Bitte um Informationsmaterial zu den GRÜNEN. Die GRÜNEN erscheinen den kritischen Geistern der Perestroika-Linken offensichtlich als DIE Alternative.

Anmerkungen:  
1. Die neue Kontaktadresse der Leningrader in-  
tellektuellen Gruppen.  
2. Siehe dazu AK 265 „Wir sind die Linke Flügel der Perestroika“.  
3. Bekannter sowjetischer Dichter aus Leningrad, in die USA emigriert in diesem Jahr mit dem Nufpreis ausgezeichnet.

In den Gesprächen die ich in den letzten beiden Wochen in Leningrad geführt habe wurde vermutet, Gorbatschow würde Angst vor Legatschow haben.

Nye tak prosta! So einfach ist das nicht! Das ist wieder die Generationsfrage. Wir haben alte Teile der Gesellschaft, bestehend aus alten Personen, Krieger, hochmütige Leute aus der Zeit der unterdrückten, determinierten Bewußt-



## Die Monopolstellung der Partei bleibt

Der Vorschlag des Politbüros der KPdSU, die Sowjets neu zu strukturieren und die Parteisekretäre der jeweiligen Ebene den Sowjets voranzustellen, wurde von Gorbatschow in einem Debattenbeitrag als „Abgrenzung der Funktionen zwischen Partei- und Staatsorganen“ und „Kontrolle der Partei durch die Werktätigen“ bezeichnet. Seine Parteinahme für den Vorschlag verband Gorbatschow mit einer heftigen Kritik an der Funktionsweise der Sowjets in der Vergangenheit.

Nicht gegen diese Kritik, wohl aber gegen die Reformvorschläge des Politbüros erhoben sich Einwände. „Mit der Konzeption der Trennung der Funktionen der Partei- und der Sowjetorgane“, so der Wirtschaftstheoretiker Abakum, „sonst enger Parteigänger Gorbatschows, „harmonisiere dieser Vorschlag kaum“.

Dieser Artikel stellt einer Bewertung der Änderungsvorschläge einen Vergleich des geltenden Ratesystems mit den vorgesehenen Änderungen voran.

Das Vorschlagsrecht für Kandidaten liegt nicht allein bei der Kommunistischen Partei, sondern darüberhinaus bei Gewerkschaften, Jugendverband, Arbeitskollektiven und weiteren gesellschaftlichen Organisationen. In den Debatten der Normierungsversammlungen wird über die Qualifikation der Kandidaten solange beraten, bis überwiegend über die Kandidaturen hergestellt ist. An den Wahlen finden die Wahlgruppen dann ebenfalls Kandidaturen wie zu vergebende Mandate auf ihren Wahzetteln vor. Versuche unabhängiger Gruppen, Kandidaten auf den Stimzetteln zu platzieren, endeten 1979 mit Verhaftungen (1).

Bereits zu Brechnows Zeiten hat es Vorschläge gegeben die „Wählen mit per

Wähler wie es sie zuvor nicht gegeben hatte" (3). Auf der anderen Seite gab es Präzisionen und Versuche höherer Stellen, geeignete Kandidaten durchzusetzen. Die Zeitung „Iswestija“ sprach angesichts solcher Erscheinungen von einer „Krisisprobe im Kampf zwischen der Demokratie und der Bürokratie im politischen Leben des Landes“ (4). Die Erfahrungen mit den Mehrmandat-Wahlkreisen sind so positiv bewertet worden, daß sie bei kommenden Sowjetwahlen verallgemeinerte Anwendung finden werden.

## Die Binnenstruktur der Sowjets

Bisher gliederten sich lokale Sowjets in

„Die vollziehenden und verfügenden Organe der örtlichen Sowjets und die Exekutivkomitees“ (Verfassung der UdSSR, Art. 149). Faktisch wird die Tätigkeit der Exekutivkomitees jedoch ausschließlich von den Hauptkommissionen kontrolliert, da die Komitees höchstens vierzehntägig zusammentreten. Dem Exekutivkomitee obliegt die Leistung der Verwaltung, die Vorbereitung der Plenarsitzungen und die Unterstützung der Kommissionen und der einzelnen Depu-

Das Verhältnis von Plenum und Exekutivkomitee beschrieb Gorbatschow in einem Beitrag zur Diskussion mit dramatischen Worten: „Zur Zeit sind die Sowjets als Organe, die sich aus Vertretern des Volkes zusammensetzen, zu Gehilfen ih-

ler Ebenen, deren Abteilungs- und Bereichsleiter sowie die Richter, Mitglieder des staatlichen Schiedsgerichts und die Staatsanwälte dürfen nicht zu den Deputierten des jeweiligen Senats gehören". Diese Regelung soll bis zu den obersten Regierungs- und Verwaltungsebenen hin auf gelten.

Neu in die Struktur der Sowjets sollen die ständigen Präsidien (außer in der lokalen Räte) und die Vorsitzenden der Sowjets („in ausnahmslos allen Sowjets“, eingegliedert werden, die in geheimer Abstimmung gewählt werden sollen. „Zur Erhöhung der Rolle der Legislativverwaltung wurde bestritten, wenn für das Amt der Vorsitzenden der Sowjets in der Regel die 1. Sekretäre der entsprechenden Parteikomitees empfohlen würden.“ Somit soll der 1. Parteisekretär jeder Ebene zunächst innerhalb der Parteipolitik unter mehreren Kandidaten gewählt werden und sich dann einer ebenfalls geheimen Wahl im Sowjet stellen. Solange es dort nicht nominiert oder gewählt werden, verbleibe dem Parteikomitee die Aufgabe „klarzu stellen, von wem es empfohlen wird“.

Weiterhin wird es die Exekutive mitteilen und auf der Wunschlinie des M. u. A. klären geben, die ebenfalls in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Die Exekutivorgane sollen zu ausschließlich vollziehenden Organen von gesetzgebenden und normativen Beschlüssen der Sowjets werden, deren Kontrollfunktion ausgebaut werden soll. Um dem Mechanismus entgegenzuwirken, daß die Deputierten, die im Exekutivkomitee einen Sitz haben sich selbst kontrollieren, soll zukünftig nur der Vorsitzende der Exekutive gleichzeitig Deputierter sein.



Pol thür: Mit jeder Ligatschow, Jakowlew, Gorbatschow

[illegible]

Wahlkreise im westlichen und  
das Interwarum  
sein Al  
e. h. b. W.  
e. h. b. W. 1987 W.  
e. h. b. W. 1987 W.  
e. h. b. W. 1987 W.  
W. 1987 W.  
pro zu vergebenden Mandat erge  
heit in den meisten aller Mehrmann  
dies Wahlkreise zeigen die Wahlberei  
tungen wie auch die Wahl selbst eine  
e. h. b. W. 1987 W. und eine andere

In der Bericht  
in P...  
in L...  
in W...-Apparat

n... wird hat  
den Rufen der Deputierten gewi  
Fachkommisionen aus Deputierten  
Verwaltungsfachleuten gewählt, die Ne  
schenschaftsbereiche der Exekutivkom  
tees entgegenzunehmen und der Haus  
halt verabschiede

nach der Demarkation werden — wiederum  
bis 1. September 1947 —  
für die Sowjets als Repräsentantenorgane  
weiter und sogar an dritter Stelle  
„die erhaltenen Beauftragten vom Exekutivkomitee  
Anweisungen“ (4).

Die realen Möglichkeiten der Sowjets  
den Verwaltungsapparat zu kontrollieren  
werden auch dadurch beschränkt, daß es  
bisher in den meisten Republiken mög-  
lich ist, daß Leiter der Verhältnisseorgane  
einsitzend in den einzelnen beiden Stän-

## Verflechtung von Staat und Partei bleibt

Die ausgestrichen Verschlusssätze des Sowjetsystems enthalten auch die Forderungen, zu denen die "Theorien zur Altkommunikation" (siehe AK 296) Anlaß geben konnten. Dort wurde insbesondere die Trennung staatlicher und parteipolitischer Funktionen befürwortet und die Neuverordnung der Sowjets durch die Partei kritisiert. Zur Entschärfung von Partei- und Staatsapparat tragen die nun veröffentlichten Beschüsse hierzu bei. Die Verabschiedung soll den gestiegenen

## KPdSU-Parteienkonferenz

## KPdSU-Parteienkonferenz

## Wo bleiben die Frauenrechte?

Auf der Moskauer Parteikonferenz stellte Sofia Puchowa, die Vorsitzende des Komitees der Sowjetischen Frauen, ungeschminkt die Probleme der Frauen dar. Offizielle Verlautbarungen sprechen noch immer davon, daß die Emanzipation der Frau in der SU vollendet sei. Zur Begründung verweisen sie auf die (Arbeitsschutz)gesetzgebung für Frauen, auf ihre Beteiligung an der Volkswirtschaft (51% der Beschäftigten sind weiblich) und auf ihren hohen Anteil an Hoch- und Fachhochschulabsolventen (53% bzw. 60%).

Demgegenüber sprach Soja Puchowa von „nicht wiedererzuzumachenden Folgen einer nachlässigen Behandlung der Frauen“. An Milkständen führte sie auf — 3,5 Mil. Frauen arbeiten unter Bedingungen, die nicht den Normvorschriften für den Arbeitsschutz entsprechen, — ihre Tätigkeit ist in der Regel körperlich sehr anstrengend, wenig mechanisiert, — auf dem Dorf arbeiten Frauen sehr früh da sie von morgens bis spät abends ohne Urlaub und ärztliche Behandlung arbeiten — 4 Mil. arbeiten in Nachtschicht obwohl dies gesetzlich nur als vorübergehende Lösung erlaubt ist; — das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird dadurch untergraben daß Frauen trotz ihrer höheren Qualifikation (Anteil an Hochschulabsolventen, s.o.) in weniger qualifizierten Berufen tätig sind, — Frauen auf Karenzurlaub wird gekündigt, Schwangere erhalten keine leichteren Arbeiten, Frauen mit Kinder werden nicht eingestellt

Zwar hatte auch Gorbachow in früheren Reden schon Mängel eingeräumt, die sie aber lediglich als eine „Förderung der Tugenden unserer Gesellschaft“ eingeschätzt. Vor Teilnehmerinnen der Weltfrauenkonferenz hauchte er bernaigelt, daß „Unzulänglichkeiten im Bereich der Dienstleistungen und des Handels“ die „wichtigen Funktionen der Frau als Mutter, Ehefrau und Erzieherin“ erschweren. Ähnlich patriarchalisch beklagt er sich in

... „Persönlichkeit“ durch die Frauen hatten „nicht mehr genügend Zeit um ihre täglichen Pflichten zu Hause nachzukommen, dem Haushalt, der Erziehung der Kinder und der Schaffung einer heimlichen Atmosphäre“ (2).



## Frauen und Perestrojka

Soja Puchowna benannte einige Schwachstellen der Perestrojka, besonders im Bereich der Ökonomie. Diese habe „vorläufig .. nur neue Probleme hervorgebracht. Der Übergang der Betriebe zum Rentabilitätsprinzip und zur Selbstfinanzierung, die Einführung starker Arbeitsorganisationsformen wie der Brigadeförderung bedeuten eine neue Gefahr für den schwächsten Teil der Arbeitskollektive, nämlich die Frauen mit Kindern.“ Sie seien bei Personalkurzungen als erste betroffen und allen unter der verschärften Einführung von Schichtarbeit.

Dagegen fordert die Genossin, erstmals die bestehenden Gesetze auszuschöpfen und ihre Einhaltung zu kontrollieren, zweitens in das Sozialprogramm ein separates Frauenprogramm aufzunehmen und drittens die Führungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft mit Frauen zu besetzen. Dies jedoch nicht auf Grund einer Quotenregelung, sondern wegen ihrer gleichen und besseren Qualifikation.

leitende Debatte um die Erhöhung der Frau vor ihrer "Doppelbelastung", in der sie auch bei den meisten Vätern oben erwähnt als "Leistung" einer "Zuwendung" den Herd" Strategie ausgelegt wird. Dagegen ist Selya Pichowa der Meinung, daß erstens die ökonomische Gleichberechtigung der Frauen als wichtigstes soziales Anliegen nicht aufgeben werden dürfe, daß zweitens die Volkswirtschaft nicht ohne weibliche Arbeitskräfte auskomme und daß drittens die Frauen das nicht wollen (was ich für das beste Argument halte). Als Alternative schlug sie vor, die Vaterschaft aufzuwerten und den Haushalt nicht mehr als reine Frauensache zu betrachten, soziale und wirtschaftliche Garantien für die Familie zu erweitern und Vergünstigungen, die bisher nur Frauen zukommen, auf die Familie auszuweiten. Bei aller sonstigen Ratschläge teilt sie als im Grunde die fleißigste Zugewinnung Gorbatschows auf die (bürgerliche) Familie. Dazu nochmal Gorbatschows original: "Die Gründung der Familie, die Erhöhung ihres natürlichen Potentials stellen wir uns überhaupt als eine aller aus aktuellen sozialen Aufgaben vor" (3).

Last mit least kritisiert die Genossin das Schattenkasseln der Frauenrate die nach dem 27. Parteitag 1986 auf betrieblicher und lokaler Ebene geschaffen worden waren. Ihr Einfluß auf konkrete Sozialfragen sei unzureichend.

Eine Menge „Arbeitslose“ also auch in Frauenfragen. Frau darf gespannt sein, ob es auch für „Perestrojka“ reicht.

Mike KB Freiburg

in den entsprechenden Ver-  
ordnungen der Sowjetmil-  
läre diese ständigen Kontrollorgane  
in den Mannschaften der So-  
wjetmilid und sollen diese die ge-  
setzliche Disziplin erzwingen und  
die Arbeit der Verwaltung kontrollieren  
und im Alltag reine Hilfsorgane der  
Exekutive

Der Einfluß der KP auf die Entscheidungsprozesse des Staates in Form der Sowjets ist nicht rechtlich geregelt, nicht mensch Jawin ab daß die Verfassung in Artikel 6 feststellt „Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion.“) Mit der marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet legt die Kommunistische Partei die Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung fest. Alle Parteiorganisationen wirken im Rahmen der Verfassung der UdSSR.“ Zahlenmäßig sind die Parteimitglieder in den örtlichen Sowjets in der Minderheit (knapp 45%) aber sie stellen die deutliche Mehrheit in den bedeutenderen Exekutivkomitees 5 und in den höheren staatlichen Organen

## Trennung von Partei und Staat?

Die Vorschläge des Politbüros fanden in der Resolution „Über die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft und die Reform des politischen Systems“ ihre Bestätigung durch die Konferenz. Veranschauligen wir die großen Worte und beschäftigen uns mit den konkreten Änderungen, die die führende Stellung der gewählten Organe gegenüber der Exekutive und deren Apparat wiederherstellen sollen.

Da ist zunächst die Erneuerung des Wahlsystems, das sich durch „eine uneingeschränkte Aufstellung von Kandidaturen (und) die Aufnahme von mehr Kandidaten auf die Stimmzettel als es Mandate gibt“ auszeichnen soll. Des Appells die Rechenschaftslegung der Deputierten und ihre jederzeitige Abrufbarkeit zu gewährleisten, deutet auf diesbezügliche Mängel des geltenden Verfahrens hin.

Das passive Wahlrecht soll eingeschränkt werden: „Die Mitglieder der Exekutive müssen per Urteil beim Senat als

Die obliegenden Beschlüsse kaum he-  
 Die Verzuhrung soll neu gestaltet wer-  
 den. Wir vertrauen nicht auf die Rolle  
 der Regierungspartei im Lande. Im Ge-  
 gentell Wir wollen die Repression  
 lichen Repression (Stalin) und die  
 Singularität (Breschnew Zeit) könne die  
 KP sich weiterhin zurecht als politische  
 Avantgarde bezeichnen, sei durch die  
 Reiten heraus auch die Kritik an die-  
 sen Entwicklungen formuliert werden  
 Mit dem Wandel geschieht sich  
 nicht behaupten, die Verwicklung von  
 Sowjetvorsitzenden und 1. Parteisekretä-  
 ren wurde die „Rolle der Legalisorga-  
 ne“ „erhöhen“ Der Wirklichkeit näher  
 scheint die Betrachtung zu kommen, daß  
 der Einfluß der Partei „erhöht“ wird –  
 soweit das überhaupt möglich oder not-  
 wendig ist. Der höchste Parteifunktionär  
 der jeweiligen Ebene wird dem Gesetzge-  
 bungsorgan vorschreiben und zugleich in  
 unmittelbarer Weise die Kontrolle der je-  
 weils ausführenden Exekutivorgane aus-  
 üben

Speziell auf die Rolle Gorbatschows bezogen wird die Verwirklichung dieses Vorschlags zur Folge haben, daß er zum neuen Präsidenten des Obersten Sowjet und damit zum Staatspräsidenten gewählt werden wird. Daraus von Kommunalwahlen verschieden ist geklärt die Vermutung, Gorbatschow wolle sich auf diese Weise von einer konservativen oder wankelmütigen Mehrheit im Politbüro und in Zentralkomitee unabhängig machen. Unterstellen bereits als wahr, was in der Vergangenheit nicht bewiesen werden konnte. Daß es nämlich möglich sei, die UdSSR gegen den Willen der Parteibürokratie zu regieren.

19.

### Anmerkungen

(1) Vgl. Schulz, *Menschen und die UdSSR* unter Gorbatschow, Film 1982 S. 48.  
(2) Wahl Günther Theodor und *Praxis sozialistischer Demokratie in der Sowjetunion* Film 1984 S. 0.  
(3) Sowjetunion Heide 8/97 S. 30.  
(4) Im Endes 5. Mai ist die Übersetzung ins Neues Deutschland 2/3 Juli 1988.  
(5) Eine Übersetzung in 12 Exekutivkomitees von G. Ostafin, welche für die Wirtschaft der Sowjetunion tätig ist, die Sowjetunion in den fortgeführten Parteimitgliedschaften, die die Verwaltungsbüro und Vorsitzenden der fünf großen Kommissionen noch bei 7674, in (mehr) 10. Teilzeit Gegenwartsgesellschaften in UdSSR, Film 1983 S. 75.



# Mehr Markt und mehr Profit?

## Zu den Wirtschaftsreformen in der UdSSR

Das Herzstück des ökonomischen Umbaus in der UdSSR ist das seit dem 1.1.88 in Kraft gesetzte neue Unternehmensgesetz. Es soll verstärkt marktwirtschaftliche Mechanismen in die Wirtschaft einbringen. Falls das Gesetz wirklich greift, wird sich die bisherige verbindliche Zentralplanung auf eine weitgehend planfreie, marktwirtschaftliche Sozialistische Marktwirtschaft in der UdSSR ändern.

Das Unternehmensgesetz ist kein absolutes Novum. Es fußt erstens auf einer Reihe von Experimenten seit 1984 in verschiedenen Industriebranchen (Automobil-, Maschinenbau, Petrochemie und Leichtindustrie), zum anderen greift es zurück auf die Kossygin-Reform in der 2. Hälfte der 60er Jahre.

Die nichtrevisionistische Linke im Westen hat zu Beginn der 70er Jahre die Kossygin-Reformen so diskutiert und kritisiert, als sei das Papier, auf dem sie standen, schon ökonomische Realität. Die Reformen wurden als Beweis für die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR gehandelt. In der Wirklichkeit versandten diese Reformen im Dickicht der ministeriellen Bürokratie.

Seitdem begnügte sich die sowjetische Führung damit, in einigen Bereichen kleine Änderungen durchzuführen und anzuknüpfen das traditionelle Wirtschaftssystem mit Hilfe westlicher Technologie aufzupäppeln. Das heutige Wiederaufgreifen der Kossygin-Reformen ist das Eingeständnis, daß der Kurs, die Wirtschaft mit westlicher Technologie ohne Reformen zu modernisieren, gescheitert ist.

### Das neue Unternehmensgesetz

#### Das neue Unternehmensgesetz

Als Anfang der 90er Jahre sollen im Zuge der gegenwärtigen Reform alle Bereiche der Industrie auf den Grundlagen dieses neuen Unternehmensgesetzes arbeiten.

Seine zentralen Aussagen sind:  
1. Das Unternehmen wird wirtschaftlich unabhängig von dem ihm übergeordneten Ministerium. Es wird weder von diesem subventioniert, noch werden ihm von diesem Mittel entzogen. Es wird unter Umständen aus der schlechteren Wirtschaftslage auch dem Bankrott preisgegeben. Das Unternehmen verkauft seine Produkte per Vertragsabschluß an andere Unternehmen oder an staatliche Organe. Der daraus erzielte Gewinn ist ... die Grundkennziffer für die Wirtschaftstätigkeit des Betriebes. (1) Nach Abzug fester Steuersätze an den staatlichen Haushalt bleibt der Gewinnrest zur freien Verfügung des Unternehmens. Das Unternehmen entscheidet auch über die Zahl der von ihm beschäftigten Arbeitskräfte.

Neu ist: Bisher war das Enterprise unternehmen nichts anderes als eine Produktions- oder Dienstleistungsfaktile des jeweiligen Branchenministeriums (z.B. des Maschinenbauministeriums), das die Anzahl der Normen und Kennziffern des Fünfjahresplans über seine Betriebe in die Praxis umzusetzen hatte. Einziges Kriterium für die Effektivität des Produktionsprozesses, die Erfüllung des Plans. Dem Unternehmen wurden durch das Ministerium Finanzmittel, Daten über Arbeitsnormen, Produktionsmittel und Rohstoffe zugeleitet. Nicht selten wurden im laufenden Planjahr plötzlich Mittel abgezogen oder dem Unternehmen zusätzliche Aufgaben gestellt. Ein laufender Produktionsprozeß gleich nur zu oft einem unberechenbaren Abenteuer.

2. Funktionen und Kompetenzen der zentralen Planbehörde (Gosplan) werden drastisch beschnitten. War Gosplan bisher in Absprache mit den Ministerien Schöpfer der absolut verbindlichen 5-Jahrespläne, wird es jetzt zu einem Stab, der Rahmenpläne mit nur noch wenigen Normen und Kennziffern erarbeitet. Die eigentlich verbindliche Planung soll heute auf Unternehmensebene stattfinden. Jedes Unternehmen erarbeitet unter Berücksichtigung der vom Gosplan herausgegebenen Rahmenpläne seinen eigenen betrieblichen 5-Jahresplan in Absprache mit dem Branchenministerium.

Dabei sind die Kontrollziffern und Normen von Gosplan nicht verbindlich. Verbindlich sind für das Unternehmen nur die direkten Staatsaufträge zur Sicherung „vorrangiger gesellschaftlicher Bedürfnisse“ (la). Hier sind auch alle Direktiven des Ministeriums verbindlich.

3. Die Betriebsleiter, Meister und Brigadiere werden nicht mehr von oben ernannt, sondern in offener oder geheimer Wahlen durch die Belegschaft bestimmt und müssen durch das übergeordnete Organ bestätigt werden. Der Betriebsleiter wird für maximal 5 Jahre gewählt und

handelt nach dem Prinzip der Einzelverantwortung, d.h. seine Beschlüsse sind bindend. Er ist rechenschaftspflichtig gegenüber der Belegschaft, die die wesentlichen Eckdaten des betrieblichen Fünfjahresplans bestätigen muß (solche Kontrollrechte sind allerdings papierne Tradition in der sowjetischen Betriebsverfassung). 4. Der Lohnfond des Unternehmens war bisher eine feste Plangröße, die einschließlich der diversen Prämien in der Praxis fast immer weit überzogen wurde. Seit das neue Gesetz in Kraft ist, wird nur noch der Tariflohn (in vielen Fällen nur 50% des Gesamtlohns) garantiert. Prämien, Zuschläge u.a.m. sind völlig vom erwirtschafteten Gewinn abhängig. Die wirtschaftliche Orientierung durch die Prämien an hochqualifiziertes Kader keine Höchstgrenzen geben darf, steht quer zur bisherigen Realität der betrieblichen Lohnmensnivellierung unter Breschnevs („Gleichmacher“).

wie „sozialverträglich“ gestaltet werden muß.

### Der Widerstand aus der Wirtschaftsbürokratie

Der Gesetzestext sagt noch nicht viel über seine Umsetzung aus, und diese scheint aktuell auf heftigen Widerstand in den diversen Apparaten zu stoßen.

Gorbatschow selbst weist in seinem Referat zur 19. Parteikonferenz darauf hin, „... daß unter dem Deckmantel der Staatsaufträge das alte System der Verpflichtungen bezüglich des Produktionsumfanges beibehalten wurde. Das ist nicht anders als eine Folge des Mutwillens der Ministerien und manchmal auch der Fährlichkeit des Planungskomitees und der ständigen Organe des Ministeriums der UdSSR bei gleichzeitiger Fährlichkeit der notwendigen Kontrolle. In näch-

die hochqualifizierten Arbeitskräfte und Spezialisten, die aufgerufen sind, sich zum Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu machen, damit die UdSSR ihren Status als Weltmacht nicht einbüßt, mit dem Westen technologisch Schritt hält etc.

Selbstredend geschieht die Übernahme dieser Verantwortung im Tausch gegen ein Paket materieller Privilegien. Der allgemeinen Tendenz der „Gleichmacher“ der Breschnew-Ära ist der Kampf entgegen. Die „Gleichmacher“ war für den Ökonomen Kulikow ein Grund dafür, daß die UdSSR in eine tiefe Krise, in die Stagnation rutsche. „Eine der Auswirkungen der Gleichmacher in der Verteilung ist das Sinken des Ansehens der Ingenieursarbeit und das Schwenden der Interessen der Ingenieure, die in der Produktion die wichtigsten Träger des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sein müßten“ (5).

Auch die bekannte Soziologin Saslawskaja plädiert für eine „starke Sozialpolitik“ für eine „planmäßige Differenzierung des Wohlstandswachstums der Bevölkerungsgruppen“ je nach ihrem Beitrag zum Wohlstandswachstum (6). Die Wissenschaft soll hier legitimieren, was die Parteiführung in ihren Reden unterstellt, nämlich „... daß die Gleichmacher ein Ausdruck kleinbürgerlicher Anschauungen ...“ (7). Eindeutig werden die qualifizierten Kader die Hauptprofiteure der geplanten Anbindung der Prämien an den Gewinn sein, einfach deshalb, weil sie — und nicht der Normalarbeiter — den Produktionsprozeß kontrollieren und bestimmen.

Damit kontrollieren und bestimmen sie auch was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

Die Marktonterstützung wird diesen Prozeß der sozialen Differenzierung im Unternehmen und des verstärkten Drucks auf die Arbeiter beschleunigen. Der Druck wird sich erhöhen, wenn auch, was das Kriterium für Leistung ist. Alles spielt sich in Rede und Praxis so ab, als sei diese Leistung etwas objektiv Meßbares und nicht ein machtpolitisches Diktat.

benstärkt ist seit dem 1.5.87 in Kraft. Das Gesetz ist das Eingeländnis, daß dem „Djadya Wasja“ (Onkel Wasja) mit den Mitteln des Strafrechts nicht beizukommen ist. Er erzielt als notorischer Schwarzarbeiter Höchstehkommen in allen gesellschaftlichen Versorgungsfacken. Die der bürokratische Staatssektor nicht abzudecken. Ist das 1. Mal also jetzt allein oder mit Familie einen eigenen Betrieb aufmachen. Lohnarbeiter darf er sich allerdings nur in Ausnahmefällen halten. (9).

Die Wirkung dieser zugelassenen „Privatisierung“ ist beträchtlich. Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind bereits 300.000 Personen im Privatsektor einzeln oder kollektiv tätig geworden. (9a).

Das noch nicht verabschiedete neue Genossenschaftsgesetz (10) wird die Rechte des „Privatsektors“ beträchtlich erweitern, indem die Genossenschaften von einer Reihe bisheriger bürokratischer Fesseln befreit werden. Es soll vor allem den Kolchose als langwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ihren ursprünglichen rechtlichen Genossenschaftsstatus der wirtschaftlichen und finanziellen Autonomie zurückgeben, also die bisherige staatliche Praxis der Bevormundung und faktischen staatlichen Verwaltung der Genossenschaften beenden. Neuwichtig wird die Möglichkeit der Verknüpfung von Bodenparzellen und Betriebsmitteln der Kolchose an ein Kollektiv von Mitgliedern, das auf der Basis der Selbstfinanzierung wirtschaftet und dessen Einkommen somit gewinnabhängig ist.

Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich sollen vor allem Produktions- und Konsumgenossenschaften in Handwerk und Dienstleistung gefördert werden, um die bestehenden wirtschaftlichen Versorgungslücken zu schließen.

Konsumgenossenschaften in Handwerk und Dienstleistung gefördert werden, um die bestehenden wirtschaftlichen Versorgungslücken zu schließen.

Durch die Bestimmung, daß auch Nichtmitglieder der Genossenschaft auf der Grundlage von Arbeitsverträgen in ihre Freizeit mitarbeiten können, ist der Boden auch für die Beschäftigung von Lohnarbeitern gewahrt. (11a).

### Die neue Harmonie

Das neue Unternehmensgesetz ist die Grundlage gemeinsamer Unternehmen vor allem mit Beteiligung aus den westlichen kapitalistischen Ländern, ist ein einhundert Jahre in der UdSSR Realität und soll die technische Modernisierung beschleunigen, das sowjetische Management in die Geheimnisse marktgerechter Betriebsführung einweisen und dem Markt und Export Waren westlicher Qualität zur Verfügung stellen.

In kürzlicher Vorstufe in der „Moskau News“ nach den Worten von Lebedev der 3. Welt und Chinas, „freie Produktion“ zusammen. Für ausländisches Kapital ein zurechtstehendes steht zwar von einer Seite aus noch nicht auf der wirtschaftspolitischen Lageschilderung bewegt haben in breiten Strom der Perestroika. Auch hier locken westliche Technologie Devisen und die Aussicht, noch schneller in den Weltmarkt einsteigen zu können. Der Trend scheint wirklich in die Richtung zu gehen, die ein Dr. Kurachwin in der „Moskau News“ aus dem Zeigis seines Landes zu erkennen meint: „die Ablösung der Epoche des unversöhnlichen Kampfes durch eine Epoche der sozialen und klassenmäßigen Aussöhnung. Unter dieser Aussöhnung wird die zunehmende Zusammenarbeit der beiden Systeme ... verstanden.“ (12) Ein frommer Wunsch, der nicht die Frage beantwortet, ob der Imperialismus sich auch in die schon beregestellte Harmonie einfügen wird?

### AK/E

#### Anmerkungen

1) Das sowjetische Betriebsgesetz (Ukase v. 1987 v. Oseuropa-Institut München, Working Paper No. 121, Juli 1987, S. 3).

2) ebd. S. 24.

3) Prawda (dt. Ausg.) 29.8.88.

4) Das sowjetische Betriebsgesetz ebd. S. 25.

5) Alex. Nowe: Radical reforms: Problems and Prospects, Soviet Studies 3/87, p. 452-467.

6) W. Kulikow: Die Ware-Geld-Beziehungen in der Beschäftigungskonzeption, Sowjetische Gesellschaftswissenschaften Beiträge 188, Bin. (DDR), S. 88.

7) T. Saslawskaja: Der Faktor Mensch in der Wirtschaftsentwicklung ebd. S. 67.

8) M. Gorbatschow in Sowjetunion heute 3/88, S. 10.

9) Prawda (dt. Ausg.) 21.7.88, S. 3.

10) T. Schweiburn: Die Komplementarität polit. Nutzen und gesellschaftl. Interessen, Oseuropa-Recht März 1988, S. 11.

11) Gesetz über das Genossenschaftswesen, Prawda (dt. Ausg.) 28.8.88.

12) ebd. Artikel 4.

13) J. Kar: Die Joint-Venture-Gesetzgebung d. SU und der VR China, Oseuropa-Recht März 1988, S. 10.

Moskau News, Juni 1988, S. 14.

12) Moskau News, Juli 1988, S. 11.



BOKPATIE

5. Die zentrale Zuteilung von Betriebsmitteln an die Unternehmen durch Gosplan (das für alle Branchen zuständige Staatskomitee für Zuteilung von Betriebsmitteln) soll bis 1991 völlig entfallen. Stattdessen sollen die Betriebe direkt per Vertrag (Handel) miteinander in Kontakt treten und entweder Lieferungen zu festen Vertragspreisen vereinbaren oder Betriebsmittel gegen Bestellung oder bare Münze von eigenständigen Großhandelsorganisationen beziehen.

Die Nichterhaltung von Lieferverträgen wird unter Strafe gestellt (Gewinnabzug) und die Einhaltung vertraglich vereinbarter Normen durch die „staatliche Qualitätsabnahme“ kontrolliert (die übrigens schon jetzt als scharf gilt).

6. Das staatliche Außenhandelsmonopol wird teilweise aufgehoben. Direkt mit dem Außenhandel verflochtene Unternehmen können unabhängig auf den Weltmarkt treten und dort Devisen zur eigenen Verfügung erwirtschaften.

Die Reichweite der ganzen wirtschaftspolitischen Neuorientierung wird durch die zukünftige Preisreform bestimmt. Bisher gibt es Millionen zentral festgelegter — oft politischer — Preise, zu denen nur wenige Unternehmen auf dem Markt gewinnträchtig produzieren können.

Die innergesellschaftliche Diskussion dreht sich im Moment darum, ob noch fixe Preise für Schlüsselprodukte (z.B. des Schwermaschinenbaus) bestehen bleiben sollen oder nicht. Hierzu kommt das Problem der hohen Subventionen für Grundnahrungsmittel, deren Streichung irgend-

der Zeit werden Reorientierungsbeschlüsse über die Vergabe von Staatsaufträgen verabschiedet werden.“ (2).

Weiterhin wird es wohl trotz aller „Kontrolle“ vor allem durch folgenden Passus im Gesetz den Ministerien möglich sein, sich weiterhin ins laufende Betriebsgeschehen einzumischen: „Während der Planerstellung sorgen Ministerien, Behörden oder ein anderes übergeordnetes Organ gemeinsam mit den Betrieben für die komplexe Koordinierung ihrer Vorstöße.“ (3) Damit kann infolge der traditionellen zentralen Machtstellung der Ministerien logischerweise jede Unternehmensautonomie so absurdum geführt werden. Im Text selbst sind auch auf dem Hintergrund schwankender Kräfteverhältnisse in der Führung — genügend Konzessionen an jene konservative Fraktion eingebaut, der diese Art Marktsozialismus zu weit geht. Ihre Warnungen vor den unabsehbaren Folgen einer Marktararchie (4) verweist darauf, daß hier bestimmte Interessen verletzt werden. Mehrere Verwaltungsapparate auf verschiedenen Ebenen werden einschneidende Kompetenzverluste hinnehmen müssen, vielleicht sogar ganz abgeschafft werden.

### Die Technik und die Kader entscheiden alles!

In einigen Details des Gesetzes liegt sozialer Sprengstoff. Die Hauptzielgruppe, die der Modernisierungsausschlag der sowjetischen Führung ansprechen soll, bilden

### Die neue Freiheit

Um möglichst wenig Mittel in Konsum und Dienstleistungssektor streifen zu lassen, setzt die sowjetische Führung auf Kleinstunternehmertum. Die neuerdings legalisierte Privatunternehmung in Handwerk und Dienstleistungsbereichen der Landwirtschaft wird zwar bessere Versorgung zur Folge haben — aber eben nur zu hohen Preisen.

Das Gesetz über die individuelle Ar-



## Unter Aquinos antikommunistischem Aktionshammer

## Bleierne Zeiten für die philippinischen Nichtregierungsorganisationen

von Rainer Werning

Vorweg etwas Erheiterndes mit ernstem Hintergrund. Wenn Kardinal Jaime Sin sich nicht gerade seinen pastora- lischen Aufgaben als Oberhirte der Erzbischöfe von Manila widmet, versteht er sich auch schon mal auf säkulare Späße. Deftig-Duftig geschied er im Frühjahr verlauten, nach Berichten der britischen Nachrichtenagentur Reuters wies er seinen von einer ganz besonderen Art der Geißel heimgesuchten „Schäfchen“ wie folgt Wege zur grünen, saftigen Weide. „Wer hungrig ist“, so befand der Kardinal, „hat Visionen, deshalb ist mein erster Rat: essen“.

Jeder, der diesen pfiffigen Kirchenmann leihhaftig erlebt hat, glaubt ihm auf's Wort, daß er als ältester noch klugen Ratschlag befolgt. Zur schillernden Gestaltung des indischen Jammers, in dem der Kardinal „heute zu viele Menschen mit Visionen von Gott und der Jungfrau Maria“ ausmacht, schuf er gar eine „Ständige Visionen-Kommission der Kirche“.



Widerstand auf den Philippinen

## Statt Visionäres

„Wir leben in einem gewaltsamen Frieden, der dem Zustand eines permanenten Krieges entspricht!“ — mit dieser „Mischschüttelung“ fassen die meisten NROs ihre im Lande aktuellen Arbeitsbedingungen zusammen. Nur wenige ihrer führenden VertreterInnen verzichten auf — teilweise bewaffnete — Bodyguards. „Ein erforderlicher Selbstschutz“, versichern sie und fügen hinzu: „Zu Marcos Zeiten war das nicht nötig. Wenn seine Schergen zu schlugen, dann landete man meist im Gefängnis. Heute hingegen wird kurzer Prozess gemacht, viele unserer Mitarbeiter sind tagsüber auf offener Straße verhaftet worden. Nur eines hat Frau Aquino mit Herrn Marcos gemein — Aufständische und Untersuchungen ihrer Verurteilung soll es geben. Doch inzwischen geht das Mitleid weiter!“

## neue Regierung alte Probleme

Wie konnte es dazu kommen? Erhielten nicht gerade die Volksorganisationen beziehungsweise die gegen Marcos opponierenden Zielgruppen (sach z.B. für die Beseitigung der US-Basen und des ersten Atomkraftwerks) auf der Halbinsel Bataan und für den Aufbau eines Umwelt- und Stadtentwicklungssystems einsetzenden) NROs durch die „People Power Revolution“ eine neue Machtbasis? Zudem ist aber die Rückendeckung? Präzise nachkommen kann man nicht — mit und durch Aquino — auch die NROs ihr eigentliches Ziel feiern nämlich als jetzt staatlich anerkannte und oder staatlich anerkannte Kämpferin geworden zu sein? Wie ist es schließlich zu erklären, daß heute nicht nur eine vitale

und keinesfalls ausschließliche Rosenkranz hochhaltende und Gebete sprechende Nonnen, Priester und Gläubige — hatten in Koordination mit der JUSMAG, der seit Ende der 60er Jahre geschaffenen mächtigen Vereinigten US-Militärberatergruppe, die Panzer auf Manilas mehrgliedriger Stadtautobahn zum Stillstand gebracht? Dieses „Eingekommen“ hatte seinen Preis, den die neue Machthaberin bei Strafe ihres Untergangs in Raten zahlen mußte.

Als „buwaya“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die „Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

## Mit „People Power“

## gegen das Volk

Bereits im Sommer 1986 hatte Frau Aquino ein knapp 50 Mitglieder zählendes Gremium mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung betraut. In bewährter Marcos-Manier: diese verfassunggebende Versammlung (ConCom) war nicht demokratisch legitimiert, sondern von „Cory“ handverlesen worden. Auffällig war, daß die zu der Zeit noch weibliche „People Power“ zum Schwängebildung des Volkes wurde. Die Regierenden betrafen sich gern darauf, beschworen es gar. Doch bis auf knapp eine Handvoll stammten sämtliche ConCom-Mitglieder nicht aus der Bauern- und Arbeiterschaft, nicht aus den Slumbewohnern und nicht aus den ethnischen Minderheiten. Über 90 Prozent der Bevölkerung hatte demnach die „People Power“ außen vor gelassen, „vergessen“.

Mit Annahme der neuen Verfassung (Februar 1987) und den wenige Monate später (im Mai) durchgeführten Kongreß- und Senatswahlen war in Manilas und des westlichen Auslands Sicht die Inselrepublik re-demokratisiert. Nun sind Wahlen, das hat die Geschichte überreichlich gelehrt, ein vielleicht hin- und her, aber kein ausreichendes Kriterium für demokratische Verhältnisse. Sollte dieser Einwand im Falle der Philippinen unter Aquino, deren Verfassung und Kandidaten qua Plebiszit und Wahlen eindrucksvoll bestätigt worden waren, mit einem Mal hinfällig geworden sein?

Keineswegs. Schließlich war es Frau Aquino höchstpersönlich, die noch Monate nach ihrem Amtsantritt als Hauptproblem ihrer Regierung die Lösung der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme bezeichnete. Gelänge es, so die Präsidentin damals, die Bevölkerung (circa 70 Prozent leben in Armut) ausreichend zu ernähren, zu kleiden, ihr

Jobs und angemessene Wohnungen zu verschaffen sowie den feudalen Großgrundbesitz aufzubrechen, so erledige sich das „Problem des kommunistischen Aufwuchs“ sozusagen von selbst. Das war eine Position, mit der sich die NROs und die legale wie illegale Linke anfreunden konnten.

Doch spätestens mit dem Anfang 1987 staatlich gelenkten Aufbau der als „neue Verkörperung von People Power“ wiesenen sogenannten „Vigilantes“ An Teilschwärmen, mit denen

erstmals landesweit über 200.000 Frauen Aquino die

Hand gegeben. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

## Hilfe nach Hanoi

„Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

Hans Dietrich Genscher war der sich nach seinem Philippinen-Besuch im Frühjahr 1986 für das Deutsch-Philippinische Wirtschaftssymposium im Oktober desselben Jahres einsetzte, hatte unter anderem damit zu tun, die vom damaligen Botschafter in Manila, Dr. Klaus Zeller geschlagene Scharte wettzumachen. Zeller nämlich hatte noch kurz vor dem Sturz des Diktators Marcos und dessen Premier- und Finanzminister Cesar Virata öffentlich beschimpft: „das Land durch ein striktes Befolgen der wirtschaftspolitischen Auflagen internationaler Glaubiger zu sanieren und aus der Krise zu führen. Diese nachgerade eklatante Fehleinschätzung war um so peinlicher, als bereits in Washington intensive Debatten darüber entbrannt waren, wie sich ein Nach-Marcos-Szenario am günstigsten herstellen ließe“.

Die westdeutschen Direktinvestitionen auf den Philippinen betrugen 1976 15 und im Jahre 1983 56 Mio. DM, während der aktuelle bilaterale Handel gut 1 Mrd. DM umfaßt. Im pazifisch-asiatischen Raum machten die Investitionen mit 1,3 (1976) beziehungsweise 5 Mrd. DM (1983) etwa fünf Prozent des Gesamtvolumens bundesdeutscher Direktinvestitionen aus, wobei der Anteil des südostasiatischen Staatenbündnisses ASEAN in den Dritte-Welt-Ländern von 4,9 (1977) überproportional auf 7,5 Prozent (1983) anstieg. „In diesem aufstrebenden asiatisch-pazifischen Markt ist größeres Engagement vorzuziehen“, befand denn auch Entwicklungshilfeminister Hans Klein als Gouverneur der Asiatischen Entwicklungsbank Ende April in Manila.

Insgesamt aber schätzt die Behörde der Herr Klein vorsieht, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), die deutsch-philippinische Kooperation zufriedenstellend ein. „Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen“, so

schrub der Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Dr. Wilfried Kohler im Sommer 1987, „besteht seit langem eine enge und intensive Zusammenarbeit“. Seit 1961/1963, als die technische beziehungsweise finanzielle Zusammenarbeit mit Manila einsetzte, stellte Bonn an öffentlichen Leistungen 824 Mio. DM zur Verfügung. „Im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit“ so Kohler, „bildet der Sektor Infrastruktur mit 42,8 Prozent den Schwerpunkt. Daneben wurden unter anderem städtische und ländliche Stadtentwicklungsprogramme (15,8 Prozent) finanziert. (...) Im Bereich der Technischen Zusammenarbeit dominiert der Landwirtschafts- und Forstsektor (45,7 Prozent), zum Beispiel Pflanzenschutz, Baumwollanbau, Aufforstungsmaßnahmen“.

Paradestück Bonner Unterstützung für „die junge philippinische Demokratie unter Aquino“ ist heute der Aufbau eines landlichen Infrastrukturprojekts auf der Halbinsel Bondoc im südlichen Teil der Hauptinsel Luzon. Als dessen Komponenten gelten Infrastrukturmaßnahmen (Straßenbau, Wasserversorgung), Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Intensivierung von Selbsthilfegruppen im sozialen und Erziehungsbereich. Voraussichtlicher Umfang rund 35 Mio. DM an finanziellen und gut 5 Mio. DM an technischen Hilfen. Sowie die offiziellen Pläne und wohnungswirtschaftlichen Absichten des BMZ.

Diensten beispielsweise in der Vergangenheit. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

## für Manilas „Aufstandsbekämpfung“?

„Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

erregte zusätzliche Aufmerksamkeit durch die Verhaftung dreier ausländischer Besucher — darunter der aus Köln stammende Pastor und Mitarbeiter von „Dienste in Übersee“, Klaus Schmidt — im Juni. „Ich hoffe sehr“, so hatte Klaus Schmidt kurz nach seiner Gelangennahme durch Einheiten des philippinischen Militärs in Bondoc erklärt, „daß dieses von der bundesdeutschen Regierung unterstützte Projekt nicht in der geplanten Form durchgeführt wird“.

Was also läßt BIRD ins Kreuzfeuer der Kritik geraten? In dem Projektgebiet leben 400-350.000 Menschen — hauptsächlich von der Koprageinnahme. Etwa 120 Großgrundbesitzer teilen nahezu zwei Drittel des kultivierten Bodens unter sich auf. Um den Lebensstandard der armen Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter zu heben, haben sich dort bereits vor Jahren etliche Selbsthilfegruppen gebildet, die heute überwiegend im regionalen Dachverband der Bauernvereinigungen der Provinz Quezon zusammengeschlossen sind. In Eigeninitiative wurden — als einkommensschaffende Maßnahmen — Fischteiche, kleine Dämme und Gesundheitstechniken eingerichtet und traditionelle Formen gegenseitiger Hilfe (bayanihan) als Vorstufe zu Projektbegünstigten geschaffen. Außerdem haben sich Beginn der 80er Jahre in Quezon etwa 20.000 Bauern der NPA angeschlossen. Ihr gelang es in unterschiedlichem Maße, die Pachttaten zu senken und die andere Geißel des Dorflebens — Wucherpraktiken der Geldverleiher — einzudämmen.

Das allerdings schürte unter den Großgrundbesitzern die Furcht, auf Dauer Land und Pflünde einzubüßen. Seit 1982 missteten sich Militärs als ungebetene Daueräste ein. Die Region wurde eines der zahlreichen stark militarisierten Gebiete in der Inselrepublik. Systematische Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung (Niederbrennen von Häusern, Vergewaltigung,

gen, Folter und Morde) häuften sich, so daß eine so renommierte Menschenrechtsorganisation wie die 1974 gegründete Task Force Detainees of the Philippines (TFDP) mehrfach dagegen protestierte. Bis heute — jedoch ohne Konsequenzen.

Gerade weil diese schwer zugängliche Region aus Sicht der Herrschenden „unruhig“ blieb, entwarfen schon Marcos' Militärs und Technokraten Pläne, die dortigen „Sicherheitsbelange“ wieder in den Griff zu bekommen. Als Zauberformel galt fortan „civic action“, womit sogenannte auf Bürgernahe bedachte Projekte (wie Straßenbau, Einrichtung sanitärer Anlagen, Reihenimplantationen) gemeint sind, von denen man annahm, daß sie in der Bevölkerung auf Sympathien stießen und sie letztendlich den NPA-Einheiten entfremdet. Denselben Plan hat nun die Aquino-Regierung übernommen. Mit dem Ziel, die Projekte sollen heute als „volksnah“ verpackt und mit aufgestockten Truppenkontingenten (circa 2.000 Mann, darunter Einheiten der Armee) „geschützt“ werden.

Tatsächlich ist es heute das Militär, das weitreichende „Sonderaufgaben“ übernimmt in Bondoc — und nicht nur dort — agiert es faktisch auch als Exekutive und Initiative in einem Getreue der Anfang 1987 vom Innenministerium (Ministry of Local Governments and Community Development) erlassenen Direktive, selbst auf unterster administrativer Ebene (in den Barrios oder Barangays) „Vigilantes“ aufzustellen, haben sich auf Bondoc mehrere solcher Todeswachen gebildet. Für Frau Aquino verkörpern sie die „neue Demokratie“, und ihr engster Vertrauter Verteidigungsminister Fidel Ramos steht in ihrer das militärische Schutzmantel „zwischen der militärischen und zivilen Kampfgruppen“ „schafft gegen den Kommunismus“ „(Philippine Vigilantes)“ „(Philippine Vigilantes)“ — heißt Jean auch im Militärglossar dieses „Exponenten neuer Herrschaft“. Für Training und Ausrichtung sorgt das jeweilige militärische Regionalkommando. In Camp Nakar in Quezon Provinzhauptstadt Laocan sind in den vergangenen Monaten mehrfach Mitglieder von Vigilantengruppen getötet und in die Kerkerhaft von Tausenden untergebracht worden.

„Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

„Mischschüttelung“ — Krokodile — hatte der Volksmund das unter Marcos aufgetauchte „Mischschüttelung“ bezeichnet. „Nur diese“ — so lautet der Spruch — „versteht die Macht, derer denen im In- und Ausland zu werden daran gelegen war, das von „Die stabilisierung“ gereinigte Land wieder zu besetzen. Bisher zogen sich die

Auch sind diejenigen, denen BIRD angeblich zugute kommen soll, die landlichen Armen und ihre Selbsthilfegruppen weder konsultiert noch in die Planung des Projekts einbezogen worden. So verwundert es nicht, daß die Kritiker des Projekts unerwarteten Flankenschutz erhielten. Der australische Außenminister B.I. Hayden bezweifelte die Durchführbarkeit dieses Projekts in der vorgesehenen Form und verwies dabei auf eigene Erfahrungen, die man vor Jahren auf der weiter östlich gelegenen Insel Samar mit einem ähnlich konzipierten Reißbrett-Plan machte. Das Nord-Samar Integrierte Ländliche Entwicklungsprogramm, einst immerhin Australiens größtes Einzelprojekt in Übersee, stieß seitens der Bevölkerung und der NPA auf solch massiven Protest, daß dessen Experten nach Manila abgezogen und die Weiterarbeit eingestellt wurde.

Aus diesen Erfahrungen scheint das Aquino-Regime kaum Lehren gezogen zu haben. Allenfalls diese — Projekte mit Scheinlösungen und ausstehendem Bestand durchzuführen — anstatt die wirklichen Probleme — z.B. eine Landreform im Sinne der Betroffenen — anzugehen. Wer immer das einklinkt, gilt als „Verschwörer“ und vogelfrei. Was also ist neu im „Land der 7.000 Inseln“, aus dem zwar ein Marcos fliehen mußte, doch sein Geist al gegenwärtig bleibt?

## Literaturhinweise

Tim Kuschners/Rainer Werning, „Die Philippinen unter Aquino — Facetten eines Machtwechsels“ lap-Verlag, Pfm. 1987, 145 Seiten, 17,90 DM



# Auf der Suche nach neuen Freundbildern oder Perestrojka auf philippinisch

Jose Maria Sison im Gespräch über den neuen außenpolitischen Kurs der KP der Philippinen

**Werning.** In ihren Anfängen schien die CPP stark von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) beeinflusst zu sein. Wie beurteilen Sie die sog. Drei-Welten-Theorie und wie schätzen Sie die Veränderungen in der Volksrepublik China nach Mao Tse-tungs Tod ein?

**Sison.** Lassen Sie mich zunächst auf Ihre erste Feststellung eingehen. Tatsächlich war die CPP zunächst stark von der Kommunistischen Partei Chinas beeinflusst und zwar in erster Linie aufgrund der Ähnlichkeiten zwischen Chinas frühem semikolonialen und semifeudalen Gesellschaftssystem und der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung auf den Philippinen und aufgrund der großen Siege, welche die chinesische Partei und das chinesische Volk bei der Verwirklichung der neuen demokratischen und sozialistischen Revolution unter Mao Tse-tung erzielten.

Aber ich muß gleichzeitig darauf hinweisen, daß auch andere kommunistische und Arbeiterparteien sowie andere revolutionäre Bewegungen starken Einfluß auf die CPP ausübten, so etwa die von Lenin geführte bolschewistische Partei bzw. die Kommunistische Partei der Sowjetunion, die kommunistische Partei Indonesiens, die Vietnamesische Arbeiterpartei (heute Kommunistische Partei Vietnams) und andere südostasiatische kommunistische Parteien, die Koreanische Arbeiterpartei, die Kubanische Revolution und andere. Es war uns möglich, einen großen Teil ihrer Literatur und Veröffentlichungen zu studieren, und wir lernten eine Menge daraus.

Was die sog. Drei-Welten-Theorie angeht, so sahen wir darin eine diplomatische Linie und ein Weltbild, mit denen die chinesische Außenpolitik die Politik der friedlichen Koexistenz gemäß ihrer Interpretation vorantreiben wollte. Kern der sog. Drei-Welten-Theorie ist es, hinsichtlich nationaler Unabhängigkeit in erster Linie auf die Länder der Dritten Welt zu setzen (die ja die überwiegende Mehrheit bilden), die untergeordneten kapitalistischen Länder zu mehr Unabhängigkeit zu ermutigen und die beiden Supermächte als Ausgangspunkt von Kriegsgefahr und Hegemoniestreben zu bekämpfen.

Daß die chinesischen Genossen die Drei-Welten-Politik (wie sie insbesondere Deng Xiaoping in seiner 1975 vor den Vereinten Nationen gehaltenen Rede dargestellt hat) als diplomatische Linie verstanden, wurde durch die wiederholten Erklärungen deutlich, alle Länder mußten unabhängig und gleichberechtigt sein, und keinem einzelnen Land falle eine Führungsrolle in der Dritten Welt zu. Die Drei-Welten-Theorie war eine Weiterentwicklung des Schlagworts „Länder wollen Unabhängigkeit“ und der umfassenden Lösung „Völker wollen Revolution, Nationen wollen Befreiung, und Länder wollen Unabhängigkeit“.

Kritiker der Drei-Welten-Theorie werfen China und der KPCh vor, das grundlegende Prinzip des proletarischen Internationalismus über Bord geworfen zu haben und die Unterstützung der einen revolutionären Kampf führenden Völker und für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationen durch Diplomatie zu ersetzen.

Einige Kritiker gehen dabei sogar so weit, Mao Tse-tung für die Drei-Welten-Theorie verantwortlich zu machen und ihn völlig zu verdammen. Die Gültigkeit der Formulierung „Dritte Welt“ bestreiten sie allerdings nicht unbedingt und zwar vor allem deshalb, weil in ihr der alte Bezug zu den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegeben bleibt. Aber sie wehren sich gegen die Neudefinition von „Erster Welt“ und „Zweiter Welt“ als die Welt der Supermächte bzw. der untergeordneten kapitalistischen Staaten im Unterschied zu den früheren Bedeutungen kapitalistische bzw. sozialistische Länder.

Ist die Zusammenfassung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der „Ersten Welt“ heute auch ein sehr fragwürdiges, wenn nicht gar unhaltbares Unterfangen, so gebührt Mao Tse-tung doch das Verdienst, die internationalistische Unterstützung für die Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika befürwortet und ausgeweitet zu haben.

Vor und nach Maos Tod waren China und andere sozialistische Länder bemüht, in Übereinstimmung mit der Politik der friedlichen Koexistenz, die ja ein Hauptbestandteil sozialistischer Außenpolitik ist, Beziehungen zu allen Ländern und Staaten ohne Ansehen ihrer Gesellschaftsordnung und Ideologie zu entwickeln, die dazu bereit waren.

**„Das Projekt Befreiung. Widerstand auf den Philippinen — José Maria Sison berichtet“** — lautet der Titel des von Rainer Werning herausgegebenen und in mehrere Sprachen übersetzten Buches, dessen deutsche Ausgabe im September im Paht-Rugenstein Verlag (Köln) erscheint.

In dieser politischen Biographie schildert der Mitbegründer und einstige Vorsitzende der CPP, „Joema“ Sison, erstmals und umfassend seinen Werdegang sowie die Innenansicht der revolutionären Bewegung in seinem Land.

Desweiteren bezogen sich die ausführlichen Gespräche, die R. Werning zwischen dem Herbst 1987 und Frühjahr 1988 mit Sison führte, auch auf den künftigen außenpolitischen Kurs der CPP und Aspekte der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir veröffentlichen Gesprächspassagen, die nicht in dem Buch enthalten sind, exklusiv in vollem Wortlaut.

Da sie den vorläufigen Stand der CPP-Diskussion widerspiegeln und ihnen deshalb mehr Leitliniencharakter für vertiefende Auseinandersetzungen und vorwärtsgerichtete Rückbesinnungen zukommt, wird über das Thema im besonderen sowie über die Problematik „Kommunismus in Südostasien“ im allgemeinen noch einiges zu berichten und zu debattieren sein. Die Red.

Kritiker behaupten, China und die KPCh seien — insbesondere nach Maos Tod — nur mehr darauf aus, ein friedliches Umfeld für den Aufbau der chinesischen Wirtschaft zu schaffen, und dafür sogar bereit, sich mit den USA zu verbünden und die Unterstützung revolutionärer Kämpfe anderer Völker aufzugeben. Sie sehen darin eine Abkehr nach rechts vom ultralinken Weltmodell Lin Baus, nach dem China als Zitatelle der Revolution und die gesamte Dritte Welt als das Hinterland der „Weltstädte“ in einer einzigen bewaffneten Weltrevolution betrachtet wurden.

Ob China oder die KPCh revolutionäre Bewegungen unterstützen, ist etwas, was sie selbst am besten wissen. Und zudem könnte es ja sein, daß sie ihre Unterstützungsmaßnahmen nicht an die große Glocke hängen wollen.

**Welche Revolution erregte Ihre größte Aufmerksamkeit? Aus welcher konnten Sie die wertvollsten Lehren ziehen? Gibt es für Sie eine Revolution mit Modellcharakter?**

Weder die CPP noch ich sehen Revolutionen im Ausland als Modelle, die unkritisch übernommen oder nachgebaut werden könnten. Aber wir beobachten Revolutionen in anderen Ländern aufmerksam, und sie bieten uns die Möglichkeit, in Theorie und Praxis eine Menge dazu zu lernen.

Für uns kann nicht eine Revolution in einem anderen Land die einzige Quelle sein, aus der wir Lehren für unsere Kämpfe ziehen. Wir sollten instande sein, aus allen erfolgreichen Revolutionen zu lernen — und auch aus den fehlgeschlagenen. Es gilt, sowohl aus positiven wie aus negativen Erfahrungen zu lernen.

Die philippinischen Revolutionäre können die Revolution nur zum Sieg führen, wenn sie die Theorie auf die konkreten Bedingungen in ihrem Land anwenden. Sie sollten in der Lage sein, durch einen eigenen Beitrag die revolutionäre Theorie und Praxis insgesamt zu verfeinern.

Wir haben aus Revolutionen in mehreren Ländern wertvolle Erfahrungen gewonnen. Hier will ich nur auf den Prozeß der Machtergreifung eingehen und mich auf wenige Länder beschränken. Die Oktoberrevolution war die erste Revolution, die vom Proletariat zum vollständigen Sieg geführt wurde. Sie bewies die Gültigkeit der Lehren von Marx, Engels und Lenin, mündete in der Errichtung des Sozialismus und leitete die neue weltgeschichtliche Epoche der proletarischen sozialistischen Revolution ein.

Die Oktoberrevolution zeigte, daß die bürokratische Militärmaschine des reaktionären Staates zerschlagen werden muß, damit das Proletariat und seine Partei die Oberhand über die Großbourgeoisie und andere Reaktionskräfte gewinnen. Die CPP sieht, daß es den Bolschewiki gelungen ist, zuerst in den Städten die Macht zu ergreifen, daß sie aber den Kampf letztendlich doch während des Bürgerkrieges und des Interventionskrieges im wesentlichen auf dem Land gewinnen mußten.

Auch die Revolutionen in China, Vietnam und Korea wurden von der CPP eingehend studiert. Der bewaffnete Kampf wurde über lange Zeit hinweg gemäß nationalen demokratischen Grundsätzen geführt und beinhaltete das Prinzip, von der Generaloffensive die Städte vom Hinterland her einzukreisen.

Die Werke der Genossen Mao Tse-tung, Ho Chi Minh, Kim Il Sung, Vo Nguyen Giap und anderer vietnamesischer Genossen waren sehr lehrreich. Natürlich stellten die Werke Mao Tse-tungs die fortgeschrittenste, reichste und am besten zugängliche Quelle von Wissen und Erfahrung in Bezug auf die neue demokratische Revolution und den Volkskrieg dar, die für den revolutionären Kampf der CPP und des philippinischen Volkes relevant waren.

Besondere Bedeutung und Anregung geht meiner Meinung nach von den bewaffneten revolutionären Bewegungen aus, die wegen, ohne direkt von einem Krieg zwischen imperialistischen Mächten zu profitieren. Ihre Siege markierten eine neue Etappe in der Weltrevolution. Nicht ein Weltkrieg machte sie möglich, sondern die Tatsache, daß die Kräfte des Sozialismus und der nationalen Befreiung dem US Imperialismus eine Niederlage nach der nächsten brachten.

Ich spreche von den siegreichen Revolutionen in Kuba, Algerien, Vietnam (vor allem in seinem Südtail), Laos, Kambodscha, Guinea-Bissau, Angola, Mosambik, Nicaragua und anderen Ländern.

Es gibt Leute, die der Meinung sind, die USA seien so mächtig, daß sie den Sieg der Revolution auf den Philippinen verhindern können. Aber weil ihrer Niederlage in Vietnam und im übrigen Indochina haben die USA sehr viel Macht eingebüßt und damit ihre Verwundbarkeit demonstriert.

**Eine ganze Zeit lang bezeichneten Sie die Sowjetunion und die KPdSU als „sozialimperialistisch“ bzw. „revisionistisch“. Worauf basierte diese Charakterisierung? Ist das auch heute noch die Position der CPP?**

Eine ganze Zeit lang bezeichneten Sie die Sowjetunion und die KPdSU als „sozialimperialistisch“ bzw. „revisionistisch“. Worauf basierte diese Charakterisierung? Ist das auch heute noch die Position der CPP?

Die CPP betrachtet heute die Sowjetunion als Land, das dabei ist, den Sozialismus aufzubauen und bezeichnet sie nicht mehr als sozialimperialistisch. Sie hat auch aufgehört, die KPdSU als revisionistisch einzustufen.

In Anerkennung der Tatsache, daß sich die wesentlichen Produktionsmittel in der Sowjetunion in Gemeineigentum befinden, betrachten wir die Sowjetunion als sozialistisches Land.

Dieser Wandel in der Einschätzung ist nichts Außergewöhnliches. So haben die Sowjeten und chinesischen Kommunisten 7. August 1976 als sozialistisch eingestuft, nachdem sie es zunächst über lange Zeit hinweg hartnäckig als „antisozialistisch“ betrachtet hatten. Heute wird anerkannt, daß man beim Aufbau des Sozialismus, vor allem in seiner Frühphase, entsprechende den unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Länder verschiedene Wege beschreiten kann.

In der Vergangenheit bestritten Artikel in Parteiveröffentlichungen nicht, daß sich die wesentlichen Produktionsmittel in Gemeineigentum befinden, argumentierten aber, daß die Sowjetunion staatskapitalistisch sei, weil sich die damals als bürokratische Monopolschicht bezeichnete — sowjetische Bürokratie über persönliche Privilegien und andere kapitalistische Wege die Profite aneignete.

In diesen Artikeln verteilten Positionen waren nicht Ergebnis eigener Untersuchungen der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft durch philippinische Revolutionäre sondern basierten auf Informationen aus zweiter Hand von Partnern, mit denen wir ab 1963, als die

große ideologische Auseinandersetzung tobte, verbündet gewesen waren.

Umgekehrt wurde die CPP in Veröffentlichungen der KPdSU mit allen möglichen Etiketten belegt, weil sich die KPdSU bezüglich der Philippinen und der kommunistischen Partei der Philippinen auf Informationen der Lava-Gruppe stützte.

Lassen Sie mich nun auf den Begriff „sozialimperialistisch“ eingehen. In Veröffentlichungen des ZK der CPP wurde er in Bezug auf die Sowjetunion im Zusammenhang mit ihrem Vorgehen in der Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979 verwendet. Die sog. Breschnew-Doktrin (1969) wurde kritisiert.

Man könnte einwenden, dieser Begriff sei eine unangemessene Etikettierung der Sowjetunion gewesen. Da man damals zu oft auf eine eingehende Analyse verzichtete, führte dies zu immer neuen derartigen Etikettierungen. Doch in erster Linie ging es um sowjetische Aktionen über die sich die CPP eine Meinung gebildet hat. Die kommunistischen und Arbeiterparteien in den verschiedenen Ländern gingen zu unterschiedlichen Einschätzungen. Sogar einige Parteien, die von der KPdSU als Bruderparteien betrachtet wurden, kritisierten das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei und in Afghanistan.

Die CPP behält sich das Recht vor, zu grundlegenden Prinzipien und Fragen ihre Meinung offen zu äußern, und sie wird dies auch weiterhin unterhalb des von ihr als angemessen und notwendig erachteten Rahmens und auf der Basis der ihr zugänglichen Fakten und deren Analyse tun. Sie erkennt an, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien einerseits aufgrund ihrer unterschiedlichen Bedingungen aber auch unterschiedlicher Meinung sein können. Darüber hinaus hat es sich die CPP zum Prinzip gemacht, kein Urteil über andere Parteien zu fällen, und deshalb spielt sie sich auch nicht als Richter über das Vorgehen der KPdSU auf.

Der Begriff „revisionistisch“ wurde während der Chruschtschow Ära zum ersten Mal auf die KPdSU angewandt. Daß die CPP die KPdSU heute nicht mehr als revisionistisch bezeichnet, bedeutet allerdings nicht, daß die CPP nunmehr die gesamte Politik Chruschtschows gutheißt, selbst die KPdSU hat ihn in einigen Punkten kritisiert.

Sie sprechen ideologische Fragen an. Der beste Weg, eine Kartung herbeizuführen, sind bilaterale Diskussionen zwischen CPP und — in diesem Fall — KPdSU. Sofern diese sich einverstanden erklären über ideologische Fragen zu diskutieren. Soweit ich weiß, ist es Politik der CPP, Gemeinsamkeiten zu suchen, Konfliktpunkte zurückzustellen und eine Wiederherstellung oder Verbesserung der Beziehungen mit anderen Parteien anzustreben und mit allen Parteien Kontakte zu pflegen, die ihrerseits bilaterale Beziehungen mit ihr wünschen.

**Wie sehen die Beziehungen der CPP zu den kommunistischen Parteien Südostasiens aus? Wie ist es um die Kontakte mit jenen Ländern bestellt, die im Verlauf eines langen Befreiungskampfes ihre Unabhängigkeit errungen haben — also Vietnam, Laos und Kambodscha?**

Die CPP unterhält zur Mehrheit der kommunistischen Parteien in Südostasien ausgezeichnete Beziehungen. Ich spreche von den kommunistischen Parteien Indonesiens, Malaysias, Kalimantans, Vietnams, Thailands, Birmas.

Vor 1979 hatte die CPP auch ein gutes Verhältnis zu den kommunistischen Parteien von Vietnam und Laos. Anfang 1979 erschien ein Artikel im Zentralorgan Ang Bayan (Das Volk), in dem das vietnamesische Vorgehen in Kambodscha kritisiert wurde. Seitdem sind die Beziehungen, vor allem mit der vietnamesischen Partei, nicht mehr sehr gut. Doch die CPP bemüht sich, das Verhältnis zu den beiden genannten Parteien wieder zu verbessern.

**Wie beurteilen Sie die Anwesenheit vietnamesischer Militärs in Kambodscha?**

Die CPP kritisierte das von ihr als „vietnamesische Invasion“ bezeichnete Eingreifen in Kambodscha, auch wenn sie gleichzeitig einräumte, daß einige schwere Fehler gemacht wurden, die dann zu dem Chaos in Kambodscha führten. Seit damals wünscht sich die CPP, daß sich die vietnamesischen Truppen aus Kambodscha zum beiderseitigen Vorteil der Völker Vietnams und Kambodschas und in Respektierung nationaler Souveränität und Integrität zurückziehen.

Heute tritt die CPP nachdrücklich für eine friedliche Lösung des Problems in Verhandlungen zwischen den vor allem am bewaffneten Konflikt unmittelbar beteiligten Parteien ein. Sie möchte nicht zu einer Verschärfung des Konflikts beitragen und damit dem US-Imperialismus unnötig Freude bereiten.

Die CPP ist an guten bilateralen Beziehungen zu allen Parteien Indochinas interessiert. Es gibt keinerlei direkten Konflikt zwischen ihr und einer der Parteien, sehr wohl aber Möglichkeiten zur Verbesserung der Beziehungen.

Wie Sie wissen, waren es die revolutionären proletarischen Kader, die zunächst der alten Vereinigten Partei angehörten und später die CPP neu gründeten, welche die Massenorganisationen konsequent führten und den revolutionären Kampf des vietnamesischen Volkes und anderer Völker Indochinas in den sechziger und siebziger Jahren aktiv unterstützten. Unvergleichlich sind die Massenaktionen von Kambatsung Mukabayon (der Ende 1964 gegründeten Patriotischen Jugend, die heute eine Mitgliedsorganisation der NDF (ur RW) und der Bewegung für Demokratische Philippinen gegen die US-Aggression in Vietnam und dem übrigen Indochina.

Wir möchten, daß die vietnamesische Partei und das vietnamesische Volk und alle anderen Parteien und Völker Indochinas die Früchte ihrer hartenkämpften Befreiung vom US Imperialismus genießen, sich auf den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft konzentrieren und ihren Lebensstandard erhöhen können. Sie selbst haben diese Ziele bekräftigt. Und wir unterstützen sie in ihren Bestreben, sie zu verwirklichen.

**Und was ist mit dem sowjetischen Engagement in Afghanistan?**

Anfangs hat die CPP auch die Sowjetunion wegen der Entsendung von Truppen nach Afghanistan und der Verletzung der afghanischen Souveränität und territorialen Integrität kritisiert (obwohl sie wußte, daß der US Imperialismus und die Reaktionäre die fortschrittlichen Kräfte in Afghanistan und eine Flanke der Sowjetunion bedroht).

Wie im Fall Kambodschas tritt die CPP heute nachdrücklich für eine friedliche Lösung des Problems zwischen den direkt beteiligten Parteien ein. Die CPP will den Konflikt nicht weiter schüren und den US-Imperialisten keinen Anlaß zur Hume verschaffen.

Sie ist mit Generalsekretär Gorbatshew der Meinung, daß sich die Sowjetunion auf den Aufbau ihrer Wirtschaft und eine Hebung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung unter den Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens der Länder und Völker aller Welt konzentrieren muß.

Fortsetzung nächste Seite

## Anzeige

### südostasien informationen

148 Nr. 2/88

#### Gewerkschaftsbewegungen

Entstehungsbedingungen Gewerkschaften in Thailand Gewerkschaften in Singapur Gewerkschaften in Indonesien Gewerkschaften in den Philippinen

und wie immer

erschienen in der Liberalen Zeitschrift zusammengefasst in einem Teil zweifach zugänglich: bei den Gewerkschaften, die insgesamt nicht zu den Gewerkschaften in Indonesien, Thailand und Malaysia gehören, sondern in Indonesien, Vietnam, Philippinen

Siehe auch das nächste Heft 2/88 Medien

### südostasien informationen

Informationen und Vertriebsstellen: Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Vietnam, Philippinen







# Über die Unmöglichkeit des „sauberen Krieges“

Eine Betrachtung der politischen und moralischen Probleme des irischen Befreiungskriegs

Seit November letzten Jahres hat die militärische Kampagne der IRA 17 nordirische Zivilisten das Leben gekostet. Es ist nun mittlerweile gute zehn Jahre her, daß die Kriegsführung der republikanischen Guerilla in einem derart kurzen Zeitraum eine derart hohe Zahl von zivilen Opfern kostete. Die letzten Taten bringen die Zahl der Zivilisten, die seit 1969 von der IRA getötet wurden auf 310. Weitere 263 Zivilisten wurden Opfer von Aktionen anderer republikanischer Organisationen für die restlichen 912 der insgesamt 1.485 Zivilisten, die seit 1969 im Zusammenhang mit dem Konflikt getötet wurden, zeichnen die offiziellen „Sicherheitskräfte“ (britische Armee, Royal Ulster Constabulary/RUC = Polizei und Ulster Defence Regiment/UDR = eine nordirische, zu über 95% protestantisch-loyalistische Einheit der britischen Armee) wie die protestantischen/loyalistischen Paramilitärs (Ulster Defence Association/UDA und Ulster Volunteer Force/UVF) verantwortlich.

Unter den 310 von der IRA getöteten Zivilisten befinden sich nicht nur am Konflikt unmittelbar Opfer von IRA-Bombenanschlägen, Identifikationsverwechslungen etc., sondern auch sogenannte Informanten, Firmeninhaber, die in irgendeiner Weise die „Sicherheitskräfte“ unterstützen etc. (Die Daten sind einer Studie der „Irish Information Partnership“ entnommen).

Die Ereignisse der letzten Monate verfesten offensichtlich zu wüsten Spekulationen, die allesamt gemein haben, daß sie fern der Wahrheit liegen und bereits mit einem sinnvollen Verweis auf statistisches Material widerlegbar sind. Den Vögel schloß diesbezüglich tragischerweise ein Bericht des „Irish Times“-Korrespondenten der „TAZ“ ab, dessen Berichterstattung sich in der Vergangenheit oftmals wohlwollend von dem klischeehaft und der britischen Schreibfolgenden Irland-Journalismus anderer bundesdeutscher Blätter abgehoben hatte (siehe „TAZ“ v. 25.7.88).

Die wesentlichen Aussagen des „TAZ“-IRA sei auf „soft targets“ (d.h. „weiche Ziele“) also Zivilisten beschränkt, da die „Sicherheitskräfte“ über detaillierte Erkenntnisse über die republikanische Guerilla verfüge, somit diese zu Angriffen gegen Armee und Polizei nicht länger in der Lage sei. (1) Desweiteren habe die IRA ihre militärische Kampagne intensiviert, da ansonsten die Gespräche ihres politischen Flügels, Sinn Féin, mit der Social Democratic and Labour Party (SDLP) demotivierende Folgen für ihre Basis zeitigen würde. Tatsache ist, daß im Zeitraum Januar 1988 bis Ende Juni/Anfang August 1988 seitens der IRA mehr Angriffe auf militärische (= harte) Ziele erfolgten, als im gesamten Jahr 1987 und in den gleichen Zeiträumen der Jahre 1980 bis 1987. Die nordirischen und britischen Medien sind sich darin einig, daß Nordirland zu 2/3 die größte Offensive der IRA gegen Armee und Polizei seit 1979 erlebt. Die britische Armee hat in diesem Jahr nicht nur ihren 400sten Soldaten seit 1969 in Nordirland verloren (die Verluste von RUC und UDR sind zusammen genommen noch etwas höher, sondern auch bereits die fünfjährige Zahl an Soldaten wie 1987 verloren (inklusive der Attacken auf britische Soldaten in England und auf dem Kontinent). Das UDR hat bislang in diesem Jahr den Tod von zehn Mitgliedern zu beklagen (im gesamten Jahr 1987 betrug diese Zahl acht).

Das Spektrum der Operationen gestaltete sich äußerst vielfältig, war keineswegs, wie Stöckel suggeriert, auf weiche und weiche (etwa UDR Soldaten innerhalb der Dienstvernehmung) Ziele reduziert. Mörser- und Bombenattacken auf die Festungen der Armee und Polizei, der Abschluß eines Armee-Helikopters-Handgriffs gegen Armee- und Polizeifahrzeuge, Schüsse auf Fußpatrouillen der „Sicherheitskräfte“, Landminen, Angriffe auf die Basen und das Personal der britischen Armee auf dem Kontinent wie in England etc. Wie dies alles möglich war, wenn der britische Geheimdienst über „detaillierte Erkenntnisse“ über die IRA-Planungen verfügt, bleibt bei unserer „Militärfachmann“ ungeklärt.

Allerdings hat die Behauptung eine Vorgeschichte: 1987 wurden in East Tyrone acht Mitglieder der IRA von der britischen Sondereinheit SAS bei dem Versuch eine Polizeikaserne in die Luft zu sprengen, erschossen. Seinerzeit wurde gemunkelt, die britische Armee verfüge über einen Maulwurf innerhalb der IRA. Später gestanden höhere britische Militärs allerdings ein, die Aktion wäre eher ein „Zufallsstreifer“ gewesen. Aufgrund der zahlreichen IRA-Angriffe auf Polizeistationen in dieser Gegend hatte die brit-



Demo der „Troupsoul“ Bewegung in London, Juni 1988

tische Armee in nahezu jeder Kaserne SAS Personal stationiert. Die IRA ist — kaum ein Jahr nach diesem Rückschlag — in East Tyrone wieder „back in the business“. Der signifikante Anstieg der IRA-Aktionen im Juni/Juli August 1988 ging insbesondere auf die Geschäftigkeit der East Tyrone Brigade der Organisation zurück.

Daß die hohe Zahl der toten Zivilisten in einem Zusammenhang mit den IRA-Aktionen steht, ist schon deshalb fragwürdig, weil 12 der Zivilisten getötet wurden, noch bevor die Gespräche stattfanden. Abgesehen davon ergibt die „TAZ“-These nur dann einen Sinn, wenn man die IRA-Mitglieder als „mindless terrorists“ betrachtet, unpolitische Kriminelle und Gewalttäter, die nichts mehr fürchten als die politische Diskussion und eine politische Lösung. Diese Auffassung wird jedoch nicht nur von John Hume, dem Vorsitzenden der SDLP, sondern selbst seitens klugerer Köpfe innerhalb der britischen Armeeführung, betrachtet man deren Studien, bestritten.

## Nimmt die IRA zivile Opfer billigend in Kauf?

### Nimmt die IRA zivile Opfer billigend in Kauf?

Ed Moloney, der Befürworter „Sunday Tribune“-Korrespondent, konstatiert eine Korrelation zwischen der Quantität von IRA-Operationen und der Zahl der zivilen Opfer im nordirischen Krieg. Dies sei schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu beobachten gewesen, als sich die militärische Kampagne der IRA auf einem Höhepunkt befand. Die Feststellung Moloneys sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob die IRA zivile Opfer billigend in Kauf nimmt oder nicht. Sie liefert allerdings einen Hinweis darauf, daß es unter den spezifischen Bedingungen Nordirlands sehr schwierig ist, einen „sauberen“ Guerillakrieg zu führen, und von daher mit jeder Intensivierung einer militärischen Kampagne das Risiko für Zivilisten steigt. Diese spezifischen Bedingungen sind dadurch gekennzeichnet, daß die IRA innerhalb eines von britischen Kontrahenten militärisch besetzten Raumes zu operieren hat, daß es sich bei den Zentren der Auseinandersetzung nicht zuletzt um urbane Gebiete mit dichtester Infrastruktur und dicht besiedelten Wohngebieten handelt, die relative Enge des nordirischen Territoriums etc. Bezeichnenderweise hat es seit dem Beginn des Krieges im ländlichen South Armagh, einem Schwerpunkt von IRA-Aktivitäten und von den Briten „Banditenland“ genannt, kaum zivile Opfer gegeben. Hier war die IRA in der Lage, einen nahezu völlig sauberen Guerillakrieg zu führen, und traf geographisch auf die Bedingungen, wie sie Guerillakrieg in der Dritten Welt vorfinden.

Anders gestaltet sich die Statistik für Städte wie Belfast, Strabane, Newry, Enniskillen etc. Armee und Polizei errichten ihre Basen mit Vorliebe inmitten von Wohngebieten, um so das politische Risiko, das für die IRA mit Angriffen verbunden ist, zu erhöhen. Aufgrund der Gefahr ziviler Opfer fordert die IRA immer wieder dazu auf, Einrichtungen der „Sicherheitskräfte“ (Patrouillen etc.) fern zu bleiben. Im Zusammenhang mit der „Internationalisierung“ ihrer Kriegsführung (s.o.) wurde der Geltungsbereich dieser Aufforderung mittlerweile auch auf Ein-

richtungen der Armee in England und anderen europäischen Stationierungslandern ausgeweitet. Dazu gewillt sich noch die Bürgerkriegskomponente des anglo-irischen Konfliktes, d.h. die inner-nordirische Auseinandersetzung zwischen Republikanismus und Loyalismus.

In den 70er Jahren waren viele der IRA-Eigenen dem schlichten Umstand geschuldet, daß die reorganisierte und an der Basis von sehr jungen und relativ unerfahrenen Leuten dominierte Guerilla erst eine Kriegsführung erlernen mußte, für die kein brauchbares, kopierbares historisches Beispiel existierte. Dennoch zeigte sich die IRA auch schon damals darum bemüht, zivile Opfer weitestgehend zu vermeiden. So berichten die Journalisten Bishop/Mallin in ihrem Buch „The Provisional IRA“ (London 1987) die Autoren sind sich einig, daß Martin McGuinness, der damalige IRA-Führer von Derry und heutige Sinn Féin-Vizepräsident, seine Leute angewiesen habe, jede Bombenmission abzuheben, wenn sich auch nur die geringste Gefahr für unbeteiligte Zivilisten ergeben sollte und das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperrung der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jahre im Gefängnis zu verbringen. Moloney weist diesen „sauberen“ Guerillakrieg ab, indem er behauptet, daß die IRA zivile Opfer billigend in Kauf nimmt, weil sie die geringste Gefahr für unbeteiligte Zivilisten ergeben sollte und das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperrung der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jahre im Gefängnis zu verbringen.

Die Autoren sind sich einig, daß Martin McGuinness, der damalige IRA-Führer von Derry und heutige Sinn Féin-Vizepräsident, seine Leute angewiesen habe, jede Bombenmission abzuheben, wenn sich auch nur die geringste Gefahr für unbeteiligte Zivilisten ergeben sollte und das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperrung der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jahre im Gefängnis zu verbringen. Moloney weist diesen „sauberen“ Guerillakrieg ab, indem er behauptet, daß die IRA zivile Opfer billigend in Kauf nimmt, weil sie die geringste Gefahr für unbeteiligte Zivilisten ergeben sollte und das Stadtzentrum samt dem Sprengstoff durch die Sperrung der Armee und Polizei zu verlassen, auch auf die Gefahr hin, dabei festgenommen zu werden und für Jahre im Gefängnis zu verbringen.

In anderen Studien war die IRA diesbezüglich allerdings weniger erfolgreich, weshalb Ende der 70er Jahre die Angriffe auf ökonomische Ziele deutlich reduziert wurden und die Autobombe vorübergehend aus dem Verkehr gezogen wurde. Auf die Autobombe wurde erst vor einigen Jahren wieder zurückgegriffen, wobei die seither gezündeten Bomben dieser Art und ihre Folgen darauf schließen lassen, daß die IRA heute erheblich „sauber“ mit dieser Technik hantieren kann. Repräsentanten Sinn Féins (wie Gerry Adams), aber auch der IRA (wie etwa Mairead Farrell, die von dem SAS in Dublin ermordet wurde) haben in den letzten Jahren immer wieder betont, daß sie keine militärischen Operationen rechtfertigen würden, bei denen Zivilisten ums Leben kämen. Andererseits widersprach Gerry Adams der Illusion, es existiere die Möglichkeit einer „völlig sauberen“ Kriegsführung.

## Eigentore und ihre Hintergründe

Die Hintergründe der einzelnen IRA-Eigentore der letzten Monate sind 71 hochst-unterschiedlicher Art und verhielten sich allem schon deshalb anders, wie die „TAZ“ sie formuliert. Nicht bei einem einzigen der Eigentore läßt sich ein Zusammenhang mit „detaillierten Erkenntnissen“ des britischen Geheimdienstes, dem Sinn Féin/SDLP Dialog etc. ausmachen.

Im November 1987 wurden in Enniskillen elf protestantische Zivilisten getötet, nachdem eine IRA-Bombe, die eigentlich für eine Anticorruption vorgesehene war, vorzeitig explodierte. Die IRA behauptete später, sie habe zwar die Bombe

deponiert, indessen nicht gezündet. Bezüglich ihrer Explosion wurde der britischen Armee die Verantwortung zugewiesen. Diese Behauptung wurde später von einer Reihe von „Bombenexperten“, die 2 T. früher für die britische Armee gearbeitet hatten, bestätigt. Auch die „TAZ“ schenkte der IRA-Version nachträglich Glauben. In technischer Hinsicht bestanden die von der IRA gezogenen Konsequenzen darin, die Zündmechanismen ihrer Bomben besser zu sichern.

Die IRA übernahm dennoch die volle politische Verantwortung und erklärte, es wäre bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu platzieren, da das Risiko für Zivilisten in jedem Falle zu hoch gewesen wäre.

Die IRA übernahm dennoch die volle politische Verantwortung und erklärte, es wäre bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu platzieren, da das Risiko für Zivilisten in jedem Falle zu hoch gewesen wäre. Die IRA übernahm dennoch die volle politische Verantwortung und erklärte, es wäre bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu platzieren, da das Risiko für Zivilisten in jedem Falle zu hoch gewesen wäre. Die IRA übernahm dennoch die volle politische Verantwortung und erklärte, es wäre bereits ein Fehler gewesen, eine Bombe an diesem Ort zu platzieren, da das Risiko für Zivilisten in jedem Falle zu hoch gewesen wäre.

Während bei diesen beiden fahrlässigen Operationen ganz offensichtlich ein politisches Defizit im Kopfe der Ausführenden vorlag, gestaltete sich der Hintergrund der folgenden beiden Eigentore ganz anders.

Am Anfang Juli wurden in West Belfast zwei katholische Zivilisten vor dem Falls-Bad getötet, als ein IRA-Mitglied durch eine ungeschickte Handbewegung die vorzeitige Explosion einer Bombe auslöste, die eigentlich einem „harten Ziel“, einer Anticorruption, galt. Die in einer nur wenige Meter vom Tatort entfernten gelegenen Baracke untergebracht war. Um Zivilisten nicht zu gefährden, hatte die IRA an der Schwimmbad zuvor evakuiert. Eine derartige Operation hat die IRA in der Vergangenheit in West Belfast, Derry und anderswo wiederholt durchgeführt, ohne daß dabei Zivilisten zu Schaden kamen. Was sich am Juli am Falls-Bad ereignete, erinnert an den berühmten Lokführer, der seit über 20 Jahren zuverlässig die gleiche Strecke fährt, um dann plötzlich — allerdings gleich mit verheerenden Folgen — ein Signal zu übersehen. Gemeinhin wird so etwas als „menschliches Versagen“ qualifiziert. Ähnlich verhielt es sich auch mit der Bombe vor den Toren Newrys, die Ende Juli 1988 eine dreiköpfige Familie aus Hillsborough tötete. Der IRA war es gelungen, an der stärksten kontrollierten Straße Nordirlands eine Bombe zu deponieren. 15 Monate zuvor war von der IRA an der gleichen Stelle und in der gleichen Weise der zweitgrößte nordirische Richter, Lord Justice Gibson, getötet worden. Die „Sicherheitskräfte“ reagierten seinerzeit, indem sie ein 3 km langes Stück der Dublin-Newry-Road zur „Control Zone“ erklärten (was bedeutet, daß hier der Autofahrer nicht anhalten und aussteigen darf) einen permanenten Kontrollpunkt und neue Beobachtungstürme auf den umliegenden Bergen errichteten sowie die Fußpatrouillen auf der Straße verstärkten. Daß es der IRA dennoch gelang, hier erneut aktiv zu werden, bereitet den „Sicherheitskräften“ nun heftiges Kopfzerbrechen. Dieses mal galt die Bombe einem nordirischen Richter mit Namen Higgins. Ungeklärt ist noch, wie die IRA von dem Zeitpunkt, zu dem Higgins die Route fuhr, erfahren konnte. Die gängigste Vermutung (wie schon seinerzeit im Fall Gibson) lautet, daß entweder im südlichen oder im nordirischen Sicherheitsapparat ein Leck existiert. Die IRA wurde dadurch irritiert, daß die süd-irische Polizei zeitweise auf dem Weg bis zur Grenze den Wagen der Hanna-Familie begleitete. Die mit dem gleichen Flugzeug wie Higgins in Dublin gelandet war. Auch bei diesem Eigenloz handelte es sich um eine im Prinzip gut vorbereitete Operation, wie sie in der Vergangenheit der IRA Reputation eingebracht hatte.

Sinn Féin und die IRA liegen somit gar nicht so falsch, wenn sie ein verhängnisvolles Zusammentreffen von politischen Fehlern und Pech konstataren. Oder, wie es Sinn Féin-Pressesprecher Danny Morrison formulierte „Alles, was die IRA in der letzten Zeit anpackte, geriet zu einer Tragödie“.

Bei den beiden protestantischen Arbeitern, die die IRA in der ersten Augustwoche in Belleek tötete, handelte es sich eindeutig um „soft targets“. Die IRA hatte die beiden Arbeiter zuvor wiederholt aufgefordert, ihre Reparaturtätigkeiten auf der örtlichen Armee- und Polizeibasis einzustellen. Unabhängig davon, wie man das Vorgehen der IRA moralisch beurteilt, handelte es sich bei dieser Aktion um keine neue Tendenz. Ihren Höhepunkt erlebte die IRA-Kampagne gegen die katholische Infrastruktur bereits 1986. Damals zeitigten ihre Drohungen gegen Prioren, die in irgendeiner Weise den „Soft Targets“ zugeordnet waren, die Wunden, die von der IRA zerstörten Polizeistationen zu gewöhnlichen, mußten zusätzliche Truppen wie Bauarbeiter von der britischen Insel eingeflogen werden. Aus der Logik des nordirischen Krieges heraus betrachtet sind die Drohungen und Taten der IRA verständlich. Man wird von der IRA nicht erwarten können, daß sie tatenlos zusieht, wie der Gegner seine Infrastruktur (inklusive Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc.) weiter ausbaut. Dichter Ju-

nicht erwarten können, daß sie tatenlos zusieht, wie der Gegner seine Infrastruktur (inklusive Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc.) weiter ausbaut. Dichter Ju-

Da die katholische/nationalistische Minorität der irischen Infrastruktur abseits sektorieller Charakteristika abgrenzt, sind in diesem Sektor vorrangig Protestanten beschäftigt. (2) Die Expansion dieses Sektors konnte seit dem Ausbruch des Konfliktes die steigende Arbeitslosigkeit in anderen Kernbereichen der protestantischen Beschäftigung wie der Industrie teilweise kompensieren. Wenn das Wohl und Wehe der nordirischen Ökonomie davon abhängt, daß möglichst viele Armee- und Polizeikaserne, Verhör- und Folterzentren, Gefängnisse etc. existieren, dann ist dies moralisch zumindest ebenso fragwürdig, wie die Kampagne der IRA gegen Leute, die an der Repression verdienen. Im deutschen Faschismus wäre es sicherlich hilfreich gewesen, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, KZ-Baubetrieben mittels glaubwürdiger Exekutionsdrohungen von ihrem Tun abzuhalten.

## Die IRA intensiviert ihre militärische Kampagne

Tatsächlich hat die IRA mit Beginn dieses Jahres ihre militärische Kampagne deutlich intensiviert (s.o.), ohne daß bislang von einer Absicht abzuweichen „low level“ Strategie und Rede sein kann, die die Lasten des Krieges für die Bevölkerung weitestgehend reduzieren und somit mit der republikanischen Guerilla für weitere Dekaden Duldung und Unterstützung garantieren soll. Die „low level-campaign“ wurde Ende der 70er Jahre zur offiziellen IRA Strategie, nachdem evident geworden war, daß sich kurz- bis mittelfristig —



Fortsetzung von vorheriger Seite

unabhängig vom Ausmaß der Gewaltanwendung — kein Erfolg einstellen würde und ein militärischer Sieg für beide Kriegsparteien keine realitätsfähige Option darstellt. Die IRA-Kampagne verfolgt so ihrerseits primär den Zweck der „bewaffneten Propaganda“. Sie soll dem Konflikt im britischen Sinn nicht möglich ist und es deshalb einer politischen Lösung bedarf. Die IRA-Kampagne stellt nicht auf eine (nicht gewinnbare) Entscheidungsschlacht ab, sondern darauf, die britische Regierung und die britische Öffentlichkeit in Sachen Nordirland müde zu machen.

Der Serie von Fehlschlägen und verhängnisvollen Entgegnungen sind mittlerweile eine Reihe von spektakulären und politisch wie militärisch erfolgreichen Operationen gefolgt, die — wie die SDLP-nahe „Irish News“ schreibt, die Glaubwürdigkeit der IRA und ihre politische Stärke in den republikanischen Gegenden wiederhergestellt haben. „Resurgence“ (= Wiederaufbau) titelte die Sinn Féin-Zeitung zu Recht.

Die Hintergründe für die Intensivierung der militärischen Kampagne sind die folgenden:

— Die Thatcher-Administration hat sich dem Ziel eines militärischen Sieges über die IRA verschrieben, kritischen Stimmen aus dem britischen Establishment zum Trotz. Mit einer bloßen Reduzierung der Gewalt, wie sie ihre Vorgänger anstrebten, gibt sich Thatcher nicht zu. Auch das anglo-irische Abkommen ist — zum Leidwesen Dublins und der SDLP — in diesem Zusammenhang

Irland. Auch das anglo-irische Abkommen ist — zum Leidwesen Dublins und der SDLP — in diesem Zusammenhang zu sehen. Dublin soll in die britische Offensive gegen die IRA eingegeben werden, um den militärischen Druck auf die IRA zu erhöhen (durch die Verweigerung eines andrücken logistischen Hinterlandes) und die Republik politisch zu neutralisieren bzw. zu verhindern, daß sie sich von der britischen Brutalität kritisch absetzen kann. Symbolisiert wurde die Beendigung von der Idee des militärischen Sieges — die Erneuerung von Sir Stanley zum Staatskanzler als „Sicherheitspolitik“ in Nordirland — die Erneuerung von Sir Stanley zum Staatskanzler als „Sicherheitspolitik“ in Nordirland — die Erneuerung von Sir Stanley zum Staatskanzler als „Sicherheitspolitik“ in Nordirland.

Im August 1987 jährt sich zum zwanzigsten Male die Intervention der britischen Armee in Nordirland. Gegenüber der „Irish News“ benutzten IRA-Quellen, daß die IRA beabsichtige, durch die Intensivierung ihrer militärischen Kampagne den Konflikt rechtzeitig zum historischen Datum wieder breiter in die Medien zu bringen. Nicht nur in Großbritannien selbst, sondern auch international. Wie immer zu denartigen Jahreszeiten, wird man die Geschichte Revue passieren lassen, Bilanz ziehen und Perspektiven eröffnen. Die Intensivierung der IRA-Kampagne intendiert die Unfähigkeit der britischen Regierung, den nordirischen Konfliktsschauplatz zu befrieden, klar ersichtlich werden zu lassen, um so die „Troops Out“-Stimmung zu befördern. Vor dem gleichen Hintergrund ist auch zu sehen, daß sich die Aktionen der IRA in den letzten Monaten stärker als dies in den letzten Jahren der Fall war auf die britische Armee konzentrieren. Ein toter englischer Soldat bewegt die britische Regierung und Öffentlichkeit weit mehr, als ein totes Mitglied der protestantischen „Ulster Defence Regiment“.

Des weiteren hat die IRA ihre Kampagne erneut auf Einrichtungen der britischen Armee in England wie auf dem Kontinent ausgeweitet. Die Auslandskampagne der IRA hatte zunächst mit einem militärischen Fehlschlag begonnen, der Exekution von drei IRA-Mitgliedern durch das SAS in Gibraltar. Malerweit hat sie allerdings eine Reihe von Erfolgen verbuchen können, die der Armeeführung verdeutlicht haben, daß ein garantierter Ruheplatz für ihre Truppen nicht existiert, solange Mitglieder dieser Armee in Nordirland Krieg führen. Das Problem der Armee besteht darin, daß sie sich in England und auf dem Kontinent kaum in der gleichen Weise verbarrikadieren kann, wie in Nordirland. Abgesehen von den technischen Problemen liegt dies darauf hinaus, ihrerseits den Krieg in Nordirland optisch ersichtbar ins Heimatland und andere Stationierungsländer zu transportieren.



Besessen von der Idee eines militärischen Sieges über die IRA, Maggie Thatcher. Der linke Labour-Historiker Geoffrey Bell schreibt über ihre Nordirland-Haltung: „... der Hungerstreik (der IRA/INLA-Gefangenen von 1981) und seine Konsequenzen waren in der Tat ihre größte politische Niederlage — vielleicht die einzige bedeutende, die sie in den letzten Jahren erlitten hat. (...) Sie liebt es nicht, nicht zu gewinnen, und weil ein Sieg in Nordirland für sie besonders ‚auß‘ wäre, wird sie sich kaum mit einer Eindämmungspolitik und einem ‚akzeptablen Level der Gewalt‘ zufrieden geben.“

## Kommentar: Imperialismus und Gewalt

Als Gewalt entgegnet und verteidigt, ist die gewalttätige katholische Unterwerfung aus dem irischen Konflikt, um nicht dementsprechend protestantische Gesellschaft auszuweisen. Mit Gewalt unterbanden sie die Ausübung der gälischen Kultur. Die sogenannte „glorious revolution“ bedeutete für Irland Terror und religiöse/kulturelle Inquisition. Mittel einer von außen über die strukturelle Gewalt des Imperialismus induzierte Hungerkatastrophe versuchten sie im 19. Jahrhundert, die gälische Bevölkerung auf ein reproduzierbares Maß zu reduzieren. Die Devotion Kommission war zu dem Ergebnis gelangt, daß es aus politischen und ökonomischen Gründen einer Reduzierung der Bevölkerung um 1/3 bedürfte. In der Tat starben die Hungernden nicht etwa aufgrund einer stofflichen Knappheit an Nahrungsmitteln, sondern weil sie zu arm waren, diese zu erwerben, und diese auf den britischen Markt exportiert wurden. Eine weitere Million Iren hatte zu emigrieren.

Auch die jüngste Eskalation der Gewalt wurde von den Briten eröffnet. Bevor die IRA den ersten britischen Soldaten erschoss, hatte die britische Armee zuvor bereits katholische Zivilisten getötet. Die Auseinandersetzung eskalierte vollends, als die britische Armee im Januar 1972 nach einer Demonstration der Bürgerrechtsbewegung 14 katholische Zivilisten erschoss. Der „Bloody Sunday“ war keineswegs dem Überlebenskampf einzelner Soldaten geschuldet, sondern eine bewußte Gräueltat und eine Verletzung der Menschenrechte. Die britische Armee wurde als „Mörderarmee“ bezeichnet, die die irischen Zivilisten in die Irre geführt werden sollte.

Vor einigen Monaten, nach den Ereignissen in Gibraltar und auf dem Belfaster Militärfriedhof, schrieb ein Kolonnenführer in der südlichen „Sunday Tribune“: „Was die irische Unterwerfung angeht, wird es eine weitere Eskalation geben, da es das Fehlen eines gesellschaftlichen Grundkonsens in Großbritannien bezüglich der Verurteilung von grausamen, mörderischen Attacken, von Verbrechen wider die Humanität. Nach Enniskillen, als die IRA II protestantische Zivilisten unbeabsichtigt tötete, attackierten alle Katholiken Iren — Nordirland wie der Republik Irland —. Wir, Trauer und tiefe Betroffenheit, einschließlich der IRA, die sich für die Tat in aller Form entschuldigte. Die britische Regierung hat sich bis heute nicht für die 14 Toten von

Enniskillen bedauert. Und die irische Unterwerfung wird weiter eskalieren.“ Die IRA-Mitglieder, die nicht im Sinn der irischen katholischen Öffentlichkeit nach Enniskillen reagierte, die britische Öffentlichkeit auf die Eskalierung der drei unbewaffneten IRA-Mitglieder in Gibraltar und den loyalistischen Anschlag auf deren Überführung, dem die Trauerzüge zum Opfer fielen. Nach Gibraltar applaudierten die britische Tagespresse und das britische Unterhaus (inklusive Labour, die erst später kalte Felle bekamen den „Irishmen“ vom SAS. Die Attacke auf dem Milltown-Friedhof wurde pfeifend mit dem nächsten Atemzug etwas halt gemacht. Wenn man die „Sicherheitspolitik“ des West-Belfast verbannt, loyalistische Aktivitäten sind „Irishmen“ oder kurzum: Opfer. Zum Mond promoviert durch die IRA-Republikanische Aktivitäten und hingegen „kalteblutige Mörder“.

Seit Beginn dieses Jahres haben die loyalistischen Todeschwadronen II katholische Zivilisten und ein IRA-Mitglied getötet. Die IRA tötete im gleichen Zeitraum 6 Zivilisten aus Versehen und zwei weitere, weil sie für die „Sicherheitskräfte“ arbeiteten. Das nichtdiskriminierende d.h. wahllos (aber bewußt) auf katholische Besucher der Belfaster „Avenue Bar“ gerichtete Maschinengewehrfeuer auf das Parlament, dem ein Besucher zum Opfer fielen, fand nicht halb soviel Beachtung und stieß auf nicht halb soviel Empörung wie die nichtbeabsichtigte Tötung von 3 Mitgliedern der Hanna-Familie durch die IRA. Der Grund: die protestantische Presse schenkt dem Parlament, dem irischen Parlament, aber tagelang über eine der IRA und die katholischen und irischen Blätter hatten es nicht anders. Katholiken/Nationalisten fühlen sich von Mitgliedern der eigenen „Community“ verraten. Die IRA ist für die „andere Seite“ verantwortlich zeichnet.

Bei der Beisetzung eines IRA-Mannes, der zwei Tage nach dem Tod der Hanna-Familie von loyalistischen Paramilitärs erschossen wurde, schloß Sinn Féins Danny Morrison die Opfer der IRA-Fehlerte in seine Trauerrede mit ein. Ein entsprechendes Verhalten der britischen und protestantischen/loyalistischen Seite ist bislang unbekannt. Das Verhältnis der britischen Gesellschaft zur Gewalt — Massaker mit eingeschlossen — ist weit aus taktischer und weitaus weniger von

emotionalen Faktoren bestimmt. Der Malwienkrieg war für die britische Gesellschaft etwas wie ein reiner Kollateralschaden. Sie hat sich kein Verbrechen des Charakters eines reellen Verbrechens verschrieben. Der linke Labour-Historiker Geoffrey Bell spricht von einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die der des Folterkriegs verwandt ist.

Mit dem Malwienkrieg erfüllt nicht nur die Auflage des Boulevardblattes „SI“ (Motto: „Macht Großbritannien wieder stark“) gegen die sich die hiesige „Bild“ noch liberal ausnimmt, sondern auch der Fußball-Fanatismus.

Ein befehltes, immer wieder strapaziertes Erklärungsversuch für den Fußball-Fanatismus ist die soziale Verdrängung. Hier handelt es sich hierbei jedoch lediglich um die halbe Wahrheit. Der Fußball-Fanatismus gedeiht im Milieu eines sozial geförderter Chauvinismus. Bei den Europameisterschaften in der BRD stellte die Republik Irland das Teilnehmerland mit der höchsten Arbeitslosigkeit und der ärmsten Bevölkerung. Dennoch waren die irischen Fans nicht nur die friedlichsten, sondern auch die unchauvinistischsten. Die irischen Fans waren die einzigen, die beim Abspielen der Nationalhymne des Gegners nicht in ein Pfeifkonzert ausbrachen.

Als im Mai dieses Jahres die Mannschaften von Derry (die in der nordirischen Liga nicht spielen darf) und Dundalk das südliche Fokalelement bestreiten, können nicht weniger als 18000 Fans aus der nordirischen Konfliktstadt Nr. 2 und deren Ghetto, die zu den sozial depriviertesten in Westeuropa zählen, nach Dublin gereist. Obgleich das Spiel durch einen äußerst zweifelhafte Elfmeter zugunsten von Dundalk entschieden wurde, konnte die Polizei nicht den geringsten Zwischenfall notieren. Dundalk und Derry-Fans verließen nach dem Schlupf II Arm in Arm das Stadion für britische und bundesdeutsche Verhältnisse eine unvorstellbare Szene.

Jackie Charlton, der ehemalige englische Internationale und heutige Teamchef der irischen Fußball-Nationalmannschaft, ist seinem guten Abschieden der Iren in der BRD auf der „grünen Insel“ ein Volksheld. Und Charlton über sein Team und dessen Fans: „Es gibt keine besseren Jungs, um eine anständige Feiern zu feiern.“ Die koloniale Geschichte und Gegenwart war für seine Krönung kein Hindernis. Hingegen ist es unvorstellbar, daß eine Iren das Amt des Trainers der englischen Nationalmannschaft bekleidet. Das Hindernis heißt Chauvinismus.

Die Tatsache, daß das anglo-irische Abkommen und die Erhöhung des militärischen Druckes auf die IRA (Verstärkung der SAS-Präsenz, die Stationierung von Sondereinheiten entlang der Grenze wie der Ausbau der grenzübergreifenden Kooperation mit den südrischen „Sicherheitskräften“) bislang nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben, läßt aktuell, einmal mehr den Ruf nach der Wiedereinführung der Internierung laut werden. Gefordert wird dies zu Zeiten der nordirischen Polizeiföderation wie den beiden großen unionistischen/loyalistischen Parteien. Aber auch im Nordirlandinternierung soll es Belohnungen der Rückkehr zur Internierung geben. Die Thatcher-Administration sieht sich an diesem Punkt noch, da dies dem Eingeständnis ihres Scheiterns gleichkäme und zudem ihrer Kriminalisierungspropaganda widerspräche. Die Internierung (= Möglichkeit der Verurteilung von Verdächtigen ohne richterlichen Haftbefehl wie auf unbestimmte Zeit) ist Bestandteil des Kriegsrechts. Ihre Einführung würde damit für alle Welt ersichtlich machen, daß in Nordirland Krieg tobt. Zudem perlet 1971 die Einführung der Internierung für die britische Regierung zum politischen Bumerang, der die britische Regierung in der Nordirlandfrage vorübergehend international isolierte.

### Verliert die IRA an Unterstützung?

Die demartige Behauptung, wie von der „JAZ“ postuliert, verkennt die Bewegungslage des Nordirlandkonflikts und ist bestenfalls dazu geeignet, den Autor

„JAZ“ postuliert, verkennt die Bewegungslage des Nordirlandkonflikts und ist bestenfalls dazu geeignet, den Autor zu belächeln. Die IRA hat sich schon so manche politische

Nicht immer einsam wäre es gewesen, wenn die Iren in Gibraltar die Unterstützung aufwiegen, die IRA gewinnbringend an Unterstützung gewinnen. Die Unterstützung für die IRA ist jedoch nicht so einfach zu gewinnen. Die IRA hat sich schon so manche politische

In gerade genug mal an die Unterstützung der IRA. Die IRA hat sich schon so manche politische Unterstützung gewonnen. Die Unterstützung für die IRA ist jedoch nicht so einfach zu gewinnen. Die IRA hat sich schon so manche politische

verhielt und verhält es sich immer noch wie folgt. Eine starke Minderheitsgruppe der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe (die in deren Unterklasse wiederum eine Mehrheit stellt) unterstützt die IRA mehr oder weniger „voluntarily“. Eine Mehrheit der katholischen/nationalistischen Bevölkerungsgruppe betrachtet IRA-Mitglieder nicht als Terroristen, sondern als „Patrioten“ und „Idealisten“ und duldet sie, wobei heute unverändert nahezu die gesamte „community“ nicht bereit ist, die Unterstützung der „Sicherheitskräfte“ bei der Bekämpfung der IRA. Das Wesen der britischen Herrschaft ändert sich nicht mit den Eigentümern der IRA. Die Art und Weise, wie die IRA mit ihren Fehlern umgeht, wird von den Katholiken/Nationalisten ernst genommen und die „Provos“ werden nicht als „amoralischer Terrorismus“ betrachtet, sondern als die „boys“ die Jungs von nebenan, mit denen man zwar ab und an heftig schelten muß, die man jedoch auf keinen Fall denunziert. Nach Enniskillen behaupten die kommunistischen, die IRA habe nun bis weit in den harten Kern des Republikanismus hinein an Unterstützung eingebüßt. Der IRA drohe nun die Isolierung. Katholische Bischöfe sahen gar den Zeitpunkt gekommen, wo man die katholische/nationalistische Minderheit zur Unterstützung der

„Provos“ in einer UTW, „Fortnight“-Umfrage wieder auf dem Vor-Enniskillen-Niveau. Nach Gibraltar waren die Straßen des Südens wie des Nordens schwarz von IRA-Sympathisanten.

In den 70er Jahren hatte die damals noch relativ unerfahrene IRA bekanntlich erheblich schwerere (und vor allem, häufiger) Kämpfe gegen die britische Regierung in London deshalb gelang, sie in die Knie zu zwingen und ihr auch nur mittelfristig die Unterstützung zu entziehen. Während sich eine dubiose und von London indirekt gesponserte Friedensbewegung als kurzfristiges Phänomen erwies, blieb die „Provos“ ein kontinuierlicher Faktor in der politischen Landschaft der Provinz.



### Eine abschließende Bemerkung

Die IRA befindet sich stets dann in den hiesigen Schlagzeilen, wenn ihre Kampagne zivile Opfer gefordert hat. Gelungene Operationen finden nur dann Erwähnung, wenn sie besonders spektakulär ausfallen oder aber sich auf dem Kontinent zeitigen. Dieses Muster gilt im übrigen auch für große Teile der linken Öffentlichkeit. Obgleich die IRA-Kampagne — unter extrem schwierigeren Bedingungen — nicht mehr zivile Opfer fordert, als die des ANC und anderer Guerillazusammensetzungen in der Dritten Welt und obgleich die Fabrique der IRA zu einer relativ „sauberen“ Kriegsführung von diesen Guerillazusammensetzungen (sowohl der ANC wie die FMLN sollen sich von der IRA in die Führung des urbanen Guerillakrieges einweisen lassen haben), aber auch von der britischen Armeeführung anerkannt wird, werden die „Provos“ vielfach als „unqualifiziert gewalttätig“ betrachtet. Zuweilen treten diese Sichtweise skurrile Blüten. So äußerte ein mit politisch habeshender Mensch vor einigen Jahren, nachdem eine IRA-Bombe im Londoner Hyde Park ein Ge-Soldaten und deren Pferde getötet hatte, „das mit den Pferden“ ginge aus „doch wirklich zu weit“, sei „geschmacklos“. „Das mit den Soldaten“ (= Menschen) nicht! Die Gründe für diese Sichtweise dürften folgender Art sein: 1. Die Kriegsführung der IRA ist nicht halbherzig und schmutz-

Die britische Regierung knipst mit Z. das Gericht, daß die IRA mit der RAF bei der Bombardierung der irischen Buren in der BRD zusammen gearbeitet habe. Konkret wird der Name von Werner Lenz genannt, der angeblich für die IRA die Rheinbahn-Brix aussterniert habe.

Ein kürzlich hat die bawische Regierung eine Broschüre über die internationalen Verbindungen der IRA veröffentlicht, in der die gleiche Behauptung aufgestellt wird. Dieses wurde von Sir Peter IRA heutigas bestreiten und von „IRA-Experten“ als ungenutz zurückgewiesen. In der Worthaus von Sir Peter IRA wurde es auch bei der RAF um „qualifizierte Mittelkäufer“ ohne politische und soziale Busen. Eine Zusammenarbeit mit ande

von 5 in Fein-IRA handelt es sich bei der RAF um „radikalisierte Mitleidkämpfer ohne politische und soziale Basis“. Eine Zusammenarbeit mit anderen „terroristischen Organisationen“ wird zudem auch aus Gründen der Konspiration und militärischen Erwägungen prinzipiell abgelehnt. Serbische Journalisten waren sich deshalb auch stets darin einig, daß die — wo immer sie außerhalb Nordirlands aktiv wurde — ausschließlich auf „eigene Rechnung“ arbeite und im Ausland ein eher „isolationistisches“ Dasein fristete. Auch von der Bundesanwaltschaft wurde dies in einer Mitteilung demontiert. Die Behauptung einer Zusammenarbeit mit der RAF bzw. eines „internationalen Terrorringes“, mit der IRA als Zentrum, soll die westeuropäischen Regierungen und Öffentlichkeit — durch das Suggestivum von angeblich gleichartigen Problemen — zum Schlußschuß mit der britischen Regierung veranlassen und den kolonialen Charakter des antiterroristischen Kampfes betonen. Im weiteren soll sie die IRA bei den Bündnispartnern (bzw. diese selbst in England diskreditieren, die ihr am wichtigsten sind. Linke Labour-Kräfte und Gewerkschafter

ziger als die anderen Guerillaorganisationen in der Dritten Welt, aber aufgrund der geographischen Nähe in der sich diese abspielt, sind die „unschönen Elemente“ (als ob es schöne Elemente des Krieges gäbe) unmittelbarer erfahrbar. 2. Der nordirische Krieg findet in Westeuropa statt, wo – so gemeinhin die Auffassung – barbarische (= gewalttätige) Formen der politischen Auseinandersetzung längst überwunden sind. So tritt der nordirische Krieg der linken Öffentlichkeit als etwas Fremdes und Anachronisches entgegen. Zusätzlich wird der nordirische Krieg zwar im Zentrum Europa ausgetragen, weist von seinem Inhalt her seiner Austragungsweise her jedoch mehr Gemeinsamkeiten mit Konflikten in der Dritten Welt (z. B. kolonialistische Siedler versus kolonialisierte Ureinwohner, schiefes Machtverhältnis, Aggressionen in der Dritten Welt) auf, als das man denken möchte.

IRA – wie jede Guerilla – trägt eine „hohe politische und moralische Verantwortung“ Zivilis Opfer „sind nicht zu rechtfertigen“ aber die „Verantwortung“ sei es etwa wie einen „anderen Krieg“, ist „eine Illusion“ Krieg als solches – und Krieg bedeutet immer, das „Moralische“ (und was es „kann keine“)

Der bewaffnete Kampf ist „keine glückliche“ „eine Angelegenheit“ „wird“ „in“ „eine“ „schrecklich“ „N“ „wendigkeit“, die von einer externen imperialistischen Macht aufgegriffen wurde (3)

124112

අනුමාන, ප්‍රභූත

[illegible]

...weshalb handelt es sich bei ihm um ein wesentl. Ziel? Heißt das, daß die IRA ein – immer wenn ...

[illegible][illegible]

Tatsächlich war es nicht das RA kein Problem der Protestanten aus ihren Strukturen heraus zu lösen, sondern die ihnen mitgeteilten Informationen. Der Bischofswahlversuch der „N.“ da eine „Existenzfrage“ für die Kirche, die die IFA verbanden, als etwas, das „den guten Ruf der Kirche“ gefährden könnte, kam der angestrebten West-Befreiung nicht Hutz. Nachdem es im Jahr 1940 gelungen war, möglichst viele Protestanten zu überzeugen, wurde diese Zielvorgabe wieder aufgegeben. Die Regierung suchte die protestantische Staatlichkeit gegenüber der katholischen Staatlichkeit zu verankern, indem sie die Protestanten zu einer „nationalen Kirche“ zu formen wollte. Dies geschah teilweise auf Veranlassung der „nationalen Kirche“ und wurde durch das Gesetz über die nationalsozialistische Kirche (1939) ermöglicht. Die IFA ist ein Akt der nationalsozialistischen Politik, der die Protestanten zu einer „nationalen Kirche“ zu formen wollte. Die IFA ist ein Akt der nationalsozialistischen Politik, der die Protestanten zu einer „nationalen Kirche“ zu formen wollte.

Am 27. u. 28. abends nach er Seils

[illegible]

## Nach dem heißen Herbst die bleiernen Jahre

Der Arbeiter hat ein Recht, seine Stimme zu erheben. Er hat ein Recht, seine Interessen zu vertreten. Er hat ein Recht, seine Forderungen zu äußern. Er hat ein Recht, seine Meinung zu sagen. Er hat ein Recht, seine Stimme zu erheben. Er hat ein Recht, seine Interessen zu vertreten. Er hat ein Recht, seine Forderungen zu äußern. Er hat ein Recht, seine Meinung zu sagen.

Während die in Bewegung gesetzten Arbeiter hin und wieder den Werkseingängen oder auch mal ihren Chef für ein paar Stunden in seinem Büro einsperren, antwortet der Kassenfremd mit blühender Tinte: Am 12. Dezember 1969 starben 16 Monichen bei einem Bombenanschlag auf der Mailänder Piazza Fontana. Nicht zuletzt „Lotta continua“ ist es zu verdanken, daß Teile der Wahrheit ans Licht kommen: die Bombenleger sind Putschisten, ihre Auftraggeber sitzen in Polizei, Armee und Geheimdiensten. „Strage ist tot“, lautet die Botschaft. Wird zu

Die Polizei ermittelte zunächst zu-  
schleichend in vier Wohnungen, welche  
nach dreitägigem Verhör fällt der alte  
Talverdächtiger festgenommene Ein-  
bahner und Anarchist Giuseppe „Pio-  
Pinelli aus dem vierten Stock der Maia-  
de in der Via Feltrina von  
Sels war. Der verdächtige wurde  
kommissarisch verhaftet und abgeführt.  
Nach einer ersten Vernehmung wurde  
sein Befinden durch einen polizeilichen  
Arzt untersucht. Der Verdächtige be-  
traute sich, sich selbst zu bezeugen,  
weder etwas bemerkt, noch zu  
Nichting zu tun. Am 1. April 1907  
wurde er in Begleitung seines Kom-  
missars in ein Gefängnis in der Nähe  
von Turin inhaftiert. Die Anwesenheit  
des Verdächtigen in der Gefängnis-  
kammer wurde gegen seinen Willen zur  
Öffentlichkeit gebracht.

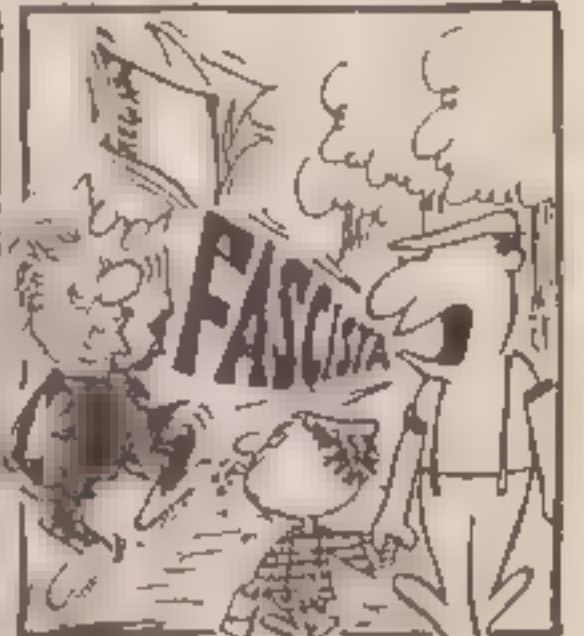
### „Gasparazzo und der Professor“

Die Exkursion der Liebenauer Entschlössen eine unterworfene (Exkurs) zu erkunden und die Gegend nach 10 Jahren mit Hilfe der Pächter ge-  
einer besser als dem was sie da vor hat  
E nach habe Marne der umgibtete A-  
beiter aus dem Süden - strengen ein-  
Mischung aus Bewässerung und Neid  
der I (Fahren) aufgeschoben. Die Be-  
wunderung war so groß, daß er seine So-  
ne nach den von ihm am meisten verheir-  
ten Gelehrten nannte. Aufträge nach A-  
Sofia und Gungui nach C. Pfaffenm-  
nen, den er jetzt ebenfalls der Müste-  
schall an der Erfindung (Lachens b-

### Gasperezzo: Klasseninstinkt hilft Gedanken lesen



„Diese Typen mit dem Sudan sollte man alle rausschmeißen.“



„Fecht ab!“

schuldigt.) Und der Neid wäre nach dieser illustrierten-Version über die Jahre immer mehr angewachsen. Marino, nach der Auflösung von „Lotta continua“ seiner vertrauten Subkultur beraubt, bei FIAT geblieben, danach Krankenwagenfähiger Skifahrer und Crepe-Verkäufer, mußte mit ansehen, wie die einst um ihn angelegten Revolutionäre auch in der bürgerlichen Gesellschaft ihren Weg fanden. Für den durch fortwährende künstlichechtenkonkurrenz geschulten Illustriertenleser ist es absolut naheliegend und plausibel, daß der kleine Mann, der niemand kennt, es den ewigen Gewinnern eines Tages zeigt, indem er die dunklen Punkte ihrer Vergangenheit verrät.

(L'Espresso) und le 11 novembre 1980

Marino war der Erste von vier „Caporazzo“ wie wir es nennen uns, das heißt „Lotta Mannchen“ aus der Feder des LC-Karikaturisten Roberto Zamarini: ein Kampferscher, mit wenig Bildung, aber unfehlbarem Klasseninstinkt: ausgenutzte FIAT-Arbeiter aus Sud Italien, der zumindest immer genau wußte, wenn er was in die Presse haufen durfte. Kaum zu glauben, daß Caporazzo sich jemals zu irgendwelchen Demonstranten hätte hinreißen lassen.

## Die staatsstreue Linke ist verstört

Die „Taz“, die mit Werner Rauh eine wohllich gut informierten Italien-Korrespondenten für sich arbeiten läßt, befragte mich für die Kommentierung der Verhaftung einen Spezialisten. Alexander Langer, früher Chefredakteur „Lotta continua“, seit Jahren Landtagsgeordneter der AL Sudtirol und Fraktionsführer der bündnisdeutschen grünen Region, kommentiert herzerzitternd: „Auslösung der Feindbilder“ — unter dem Titel sprach Adriano Sofri vor Jahren auf einem Kongreß in Bozen sprach von der Schwerekeit und So-

bricht in der Schwärzen und in den Tönen des menschlichen und moralischen Abenteuers, das einer erlebt, der sich die Welt und die Menschen, die er trifft, tatsächlich ein Akt und sich von alten Mustern befreit — insbesondere von den Kategorien „Feind“ und „Lage“, dankt ist nun mal der Welt Lohn. „Ein stimmiger Teil der Justiz und der Politik will anscheinend (..) alte Rechnungen begleichen und jedes wieder auf seinen angestammten Platz setzen“ (2). Was er genützt der Abschied vom Frieden war die demonstrative Friedfertigkeit die Festlegung auf den parlamentarischen Weg? Gerade Adriano Sofri wirklich einiges an einseitigen Aussagenvorlesungen erbracht. Seit 1977, als er noch LC-Sekretär war, betrieb er sehr eifrig um die Abkehr von vormaligen Irrwegen. Seine Berater kennen die PS dürfte noch zu zentralen Themen der Integration über die Organisation einbezogen haben. Die ersten sind fast wie zum guten Beispiel zu Partito radicale, zu Democrazia proletaria und zu den Grünen beim

## „Geheime Interventionen, obskure Manöver“

Die Verhaftung Sofris und seiner enossen trifft — neben den Verhafteten zwei politische Lager. Zum einen die ke. „Ich glaube ein Revolutionär zu den, aber sie haben aus mir einen Rä und Mörder gemacht“, habe Marin

leider zu spät — erkennt, so zittert ihn todentzitternd sein Anwalt mit Tränen in den Augen immer wieder aktuell die sound-sovielle Abrechnung mit dem inhumanen, gewalttätigen Linkradikalismus.

Betroffen ist aber auch der PSI, der „10 einen“ gegen — vermutlich ansehnliche — Bezahlung für sich arbeiten läßt. Sind, anders herum, diejenigen, die von dieser Kampagne profitieren, auch deren Drahtzieher?

Adriano Sofris Kollegen von „Parosma“, die sich mit ihm solidarisch erklären, scheinen – im Unterschied zu einigen geflüchteten Ex-Linken – bei der Analyse des Falles einwundern kühlen Kopf zu bewahren. So weist z. B. Giorgio Gall die These zurück, LC könne den Anschlag gegen Cu absetzen tatsächlich organisiert haben – aus Konstanz zu den Roten Brigaden? („10. Mai 1977“ in „Lotta continua“ nicht in Konkurrenz zu den Roten Brigaden, und die Linke ist in Schwierigkeiten, die Mitte rekonstruiert sich und der MSI (Frankisten, Arm. AK) ist fast zu stark wie der PSI. Das ist der politische Kontext, in welchem man all die derzeitigen Kommentare der heute perplexen und verwundigten holländischen – z. B. linken – verstehen muß.“)

er aber hinsichtlich der Verfassung von Adriano Solari in die „geheimen Interventionen, die obskuren Manöver“ der vergangenen zwanzig Jahre, deren blutiger Höhepunkt der Bombenanschlag auf

von Adriano Sofri an die „geheimen Institutionen, die obskuren Mäowen“ vergangener zwanzig Jahre, deren Höhepunkt der Bombenanschlag am Bahnhof von Bologna im April 1980 war: 85 Menschen starben, 130 Ausführenden, nicht aber die Auftraher wurden zur Rechenschaft gezogen. Das Leben folsther Spuren, so viel wie immerhin im Bologna-Prozess deutlich gehört zu den leichtesten Übungen der italienischen Geheimdienste. Neben Cui, dem Chef der Geheimloge P2, den dafür auch zwei Agenten des „Sizipio per le informazioni e la sicurezza militare“ (SISMI) zu jeweils zehn Jahren verurteilt. Daß deren M. M. niemals nur ein Recht und Gerechtigkeit, können nur Menschen mit einer esoterischen Glauben an das Unmögliche halten.

Jr., Hamburg

## „IRLAND-INFORMATIONEN“

**Zeitschrift über Politik, Ökonomie  
und Kultur auf der „grünen Insel“**

Suchen erschienen. Ausgabe Nr. 6  
52 Seiten (A4-Format), DM 6,-  
(zuzagl. DM 1,- Verpackung und Porto)

**Inhalt:** Irische Turbulenzen Eine Revue der vergangenen 12 Monate + Umweltverschmutzung und Umweltschutz in Irland + Nordirland Eine sektorierte Ökonomie + Die Krise der Loyalisten + Stadtplanung und „Sicherheitskräfte“ in Belfast + Porträt der Sängerin Mary Coughlan + Platten- und Bücherbesprechungen

Bestelladresse:  
„IRLAND-INFORMATIONEN“  
Postfach 301248, 1000 Berlin 30

Anmerkungen:  
1) Alle nicht anders gekennzeichneten Zitate aus  
„Panorama“ vom 14.8.88  
2) „Jaz“ vom 30.7.88

\*\*\*


**LOTTA CONTINUA**

Laumento dei prezzi senza interruzione, finanziamenti disastrosi, inflazione, carenze, legge antitrust, ordine alla Chiesa di separarsi e  
alla Chiesa di separarsi, finanziamenti ai partiti e  
ulteriori aumenti della linea dell'ordine in tutto l'orlo

**QUESTO È IL PROGRAMMA DEI PADRONI**

Andremo a fare, mettiamo alla presidenza della repubblica,  
e faremo politica che impedisca sempre questo programma.

**BATIAMO IL PROGRAMMA DEI PADRONI  
SÌ, AL PARLAMENTO  
PRENDIAMOCI LA LOTTA**





# Her mit den Bolschewisten!

## Hermann Rappe im Kampf für Freiheit und Demokratie

1988 Gewerkschaftsausschlüsse bei Boehringer in Mannheim. Die nach der IG Bergbau am meisten zentralistische DGB-Gewerkschaft mit dem Innenleben einer Klosterschule beherrscht ihre Mehrheitlich von der Basis gewählten Funktionäre, daß Demokratie ist, wenn eine Mehrheit der Mehrheit gehorcht. Die Mehrheit aber ist immer der Hauptvorstand egal, was die Basis in Mannheim sagt: „Wer dies so nicht will, will eine andere Gewerkschaft“, so die IG Chemie. Wer aber eine andere Gewerkschaft will, der greift die Grundlagen unseres Staates an, denn Feinde der Gewerkschaften sind Feinde der Demokratie. lautet das Erste Gebot von Rappe & Company.

Dieses hat der Vorsitzende der IG Chemie, der eine einflussreiche Position in der SPD hält, in einer nur kurze Zeit vor den Mannheimer Vorgängen erschienenen Broschüre bekräftigt (1). Sie enthält für die Funktionäre der Gewerkschaft eine chronologische Darstellung des heidenhellen Kampfes gegen den „politischen Extremismus von links und rechts“ im DGB und der IG Chemie seit 1948. Die im reichhaltigen Materialen versetzte Broschüre dokumentiert dem interessierten Leser vor allem eindrucksvoll das harte Klima des „kalten Krieges“, in dem jede Opposition für sozialistische Politik erstarrte wurde. So weit ist sie historisch interessant. Doch das ist nicht das Motiv des IG Chemie Hauptvorstands für die Veröffentlichung gewesen. Statt dessen sollen die Gewerkschaftsfunktionäre in Stil und in Geis des „kalten Krieges“ für die Auseinandersetzungen gegen die heutigen Extremisten von Grünen bis zu Kommunisten ausgerichtet werden. Selbstverständlich ist der Rechtserkenntnis in der Broschüre und der dort dokumentierten Rede von Bolschewisten (Herr Rappe hat eine Abtabelle am Rand) keine ganz auf den Kampf gegen links. Denn dort steht sich die Verfechtung gegen jegliche antikapitalistische Opposition zu den aktuellen Vorjahren im Mann-

die den DGB als antikapitalistische Organisation konstituieren wollten, wird bei Rappe abgelehnt „als erfolgreicher Streit zwischen zwei politischen Modellen. (...) Im Westen ging es um Demokratie und Parlamentarismus, um soziale Marktwirtschaft und Prinzipien für einen Sozialstaat. Im Osten ging es um die Überwindung des Kommunismus, um Staatspartei und Planwirtschaft“ (...). „Gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltung unseres Landes und an den wirtschaftlichen Erfolgen der Unternehmungen ist gleichbleibendes Ziel, nicht Umsturz oder Diktatur der Partei entspricht unserem Willen und Denken, sondern Durchsetzung unserer Forderungen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Dies war in den Anfangsjahren der Republik, dies ist auch heute unsere Überzeugung.“

Dem „Freien Westen“ derart versprochen, entwickelten sich die Gewerkschaften zu willkommenen Verbündeten der „kalten Krieger“ und waren ihrerseits das ihnen Mögliche um mit der Drohung vor Verhältnissen wie jenseits des „Eisernen Vorhangs“ antikapitalistische und soziale Zielsetzungen zu diskreditieren. Die bis heute hinfällig bekannte Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus als totalitäre Systeme und Gefahr für die Demokratie erlebte Ende der vierziger Jahre eine 1945 kaum für möglich gehaltene Koalition. In seiner Sorge um die demokratische Entwicklung, wie Rappe es nennt, forderte der im Oktober 1949 gegründete DGB schon im März 1940 von der Adenauer-Regierung „alle antidemokratischen Elemente aus Stellen, in denen sie Einfluß auf Verwaltung oder Wirtschaft ausüben können zu entfernen.“

Im DGB führte dieser „demokratische Vertiefungskampf“ zuerst bei der Jugend zu antikapitalistischen Maßnahmen. Der Entbehrung sich nicht an von der FDJ („Freie Deutsche Jugend“, KPD-Jugendorganisation) organisierten Pfingstmarkt zu beteiligen, folgte der Beschluß, die Zusammenarbeit zwischen FDJ und Gewerkschaftsjugend einzustellen, weil diese unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungszone stehe. Konkret angekündigt wurde der FDJ West, daß die bei der Einführung des Bundesgesetzes über die Vertretung der Gewerkschaften in der Bundesversammlung des Grundgesetzes (Artikel 101) der Gewerkschaften beschlossene von 1940 der

schaften hinzukommen, in ihnen zu treiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.“ Dieses Ziel erscheint gleich mehrmals in der Dokumentation und scheint auch Rappes Vorstellung von „bolschewistischer Mentalität“ hinreichend zu charakterisieren. Die Kommunisten, einmal daran denunziert, waren für jede antikapitalistische Herze gut. So werden Ausführungen von Hans Jahn, dem damaligen Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft, wiedergegeben. „Die KPD ist imperialistisch, denn sie ist wie die SED ein Teil der Kommunisten, ist ein Instrument in den Händen der Sowjets, deren Imperialismus in Korea aller Welt offenbar wurde. Die kommunistische Partei ist weiterhin militaristisch. Das zeigt schon der Aufbau der Armee in den von ihr beherrschten Ländern. Das beweist auch die ...“

schlossen wurden, ist in höchstem Maße kapitalistisch. Nicht zuletzt ist die kommunistische Partei faschistisch, denn sie unterdrückt Freiheit und Menschenwürde und errichtet zu diesem Zweck Konzentrationslager.“

Eine Liste von „bolschewistischen“ bzw. „getarnten bolschewistischen“ Organisationen fehlte ebenso wenig wie die Androhung von Gewerkschaftsausschlüssen für die Funktionäre des DGB, wenn ihnen gewerkschaftswidrliches Verhalten nachgewiesen würde. An die Einzelgewerkschaften erging die Aufforderung:

„Eine Liste von „bolschewistischen“ bzw. „getarnten bolschewistischen“ Organisationen fehlte ebenso wenig wie die Androhung von Gewerkschaftsausschlüssen für die Funktionäre des DGB, wenn ihnen gewerkschaftswidrliches Verhalten nachgewiesen würde. An die Einzelgewerkschaften erging die Aufforderung: ...“

zenden Gefeller „Die Organisationsstatuten bedingen, daß jeder Schödling aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird. Die Vernunftgebiete auszumerzen, was schädigend ist.“

### Die KPD-These 37

Die auf dem Parteitag der KPD im März 1941 verabschiedete These 37 führte zu einer weiteren Eskalation. Reihenweise Ausschlüsse von hauptamtlichen Funktionären folgten. Insbesondere die Einführung von Reversen erleichterte die „Säuberung“ der Gewerkschaften. Die These 37, entscheidend geprägt von der sich abzeichnenden und vom DGB nicht konsequent bekämpften Remilitarisierung, warf dem rechten Gewerkschaftsführern vor, die Gewerkschaftsorganisation in den Diensten der Kriegsvorbereitung zu stellen. Deshalb sollte der Widerstandswille der Arbeiter gestärkt sowie Kampfhandlungen auch gegen die rechten Gewerkschaftsführer organisiert werden. Die Kommunisten wurden aufgefordert, verstärkt in den Gewerkschaften zu arbeiten. Betriebsausschüsse, Komitees usw. zu gründen und im Bündnis mit sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern für die Beteiligung der Gewerkschaften an der Friedensbewegung aktiv zu werden.

Rappe kümmert sich nicht um diesen Kontext. Er stellt klar, daß die These 37

„auf eine Veränderung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzielen“, auch wenn dies gar nicht der

war. Die IG Chemie schloß daraufhin allen Bezirksleiter von Südbaden, Paul Huber, aus. Er hatte, so die IG Chemie, in Anlehnung an These 37 einen Aufruf zur Bildung von Aktionsausschüssen unterschrieben. An dessen hatte er an einer Kon-

mit dem Ausschluß geahndet. Im November 1952 wurde dem Bezirksleiter und zwei weiteren Sekretären in Nieder-

nen blieben es, auch wenn an deren Spitze Namen wie Pastor Niemöller stünden, der diente nur als Konzeptionshilfe, wo der damalige IG Chemie-Vorsitzende laut Vorstandsprotokoll

Im Januar 1953 erweiterte die IG Chemie die „Fuldaer Beschlüsse“. Namentlich wurde mit Ausschluss bedroht, „wer antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Personengruppen, Parteien oder deren Tarnorganisationen in Wort oder Schrift bzw. durch ihr Verhalten“ untermauert. Desweiteren wurde eine „Loyalitätsbekräftigung“ an die Funktionäre geschickt. Wer sie nicht unterschrieb, wurde automatisch ausgeschlossen. Rappe begrüßt die in diesem Zuge vorgenommenen Ausschlüsse von hauptamtlichen Funktionären als „personelle Bereinigung“. Mit diesen klärenden personalen Maßnahmen waren die Weichen für eine vernünftige politisch ausgewogene, sachbezogene Arbeit gestellt. Denwegen ist das Jahr 1953 für die IG Chemie-Papier-Keramik von wichtiger Bedeutung. bildete es doch den Endpunkt der

Die Auseinandersetzungen der siebziger Jahre mit Unversöhnlichen Beschlüssen und zahlreichen Gewerkschaftsausschlüssen gegen die (weitgehend eingegangene) „Neue Linke“ findet bei Rappe nur am Rande Erwähnung. Wichtig ist ihm die Reaktivierung der seit Republikgründung gelegentlich antikomunistischen Grundlagen als innergewerkschaftliches Grundgesetz. So wie sich diese in den fünfziger Jahren gegen die KPD, in den sechziger Jahren gegen die „K-Gruppen“ richteten, so werden sie heute gegen alle im Gewerkschaftsbereich aktivierten, was in Opposition zum prokapitalistischen Kurs und Unterstützung für die Umweltverschmutzer, Pharma-Gigantischer und Nuclearwerke im Bereich der IG Chemie steht. Bemerkenswert wie Rappe

buchene Kontinuität sowohl in der

geleitet.“ Die damaligen Parolen finden sich heute wieder. „Aktionsbündnisse, gemeinsame Komitees, wo andere ihren Namen hergeben, und die im Hintergrund dann kommunistisch beeinflusst werden. Aber wir kennen es auch aus Betriebsratwahlen. In der glorreichen Zukunft der DGB wird dann eingeführt, daß beliebige Parteien für die Öffentlichkeit z.B. Die beiden Gewerkschaften in den Betriebsrat oder wir müssen ultra tun um den fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen und. Heute heißen sie Aufrechte Gewerkschaftler“ oder „Die Durchschaubaren.“ Die Strategie bleibt gleich, nämlich der Ansatz auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene zur Veränderung unseres demokratischen Staates — auch wenn sich der Parteiname ändert! (...)

Ich denke, daß bei aktueller Betrachtungsweise deutlich zu sehen ist, daß sich heute diese kommunistische Unterwanderung teilweise auch in der Partei der Grünen festmachen läßt. Fundamentaltypischer als Begriff und Inhalt ist übertragbar in die These 37 der KPD. Ging es hier um die Zerschlagung der sogenannten rechten Gewerkschaftsstrukturen, die nur erreichbar waren durch die Einschleusung in die Gewerkschaften selbst, vollzieht sich dies teilweise heute über eine Partei, die mit der Öffentlichkeit leicht beeinflussbaren Themen versucht, systemförmig dernde Mehrheiten zu erreichen. Auch hier ist wiederum der Ansatzpunkt im Bereich der Jüngeren, insbesondere der Jungwähler deutlich. Ablehnung des Sozialmonopolismus des demokratischen Staates ebenso wie bündnispolitische Neutralität sind dabei die Synonyme zur Veränderung des Standortes unseres Landes.“ Innergewerkschaftliche Demokratie ist für die IG Chemie die Diktatur sozialdemokratischer Grundpositionen Rappescher Prägung.

im. Hamburg

Anmerkung: Die Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus von links und rechts im DGB und der IG Chemie Chronologische Darstellung am Beispiel der Fuldaer Beschlüsse der IG Chemie-Papier-Keramik. Herausgegeben vom Hauptvorstand der IG Chemie.

### „Tummefelder und Tarnkappen“

Den umfangreichen Materialien der IG Chemie aus den Zeiten der Gründungsphase der Nachkriegsgewerkschaften ist eine Referat von Hermann Rappe vorangestellt. Im Juni 1987 vor dem Beirat seiner Gewerkschaft gehalten, läßt dieses Papier in der für Rechte typisch plumpen Macht in Deutschland nichts vermissen. In chronologischer Folge seit 1948 versucht Rappe, die „dauernden Versuche politischer Unterwanderung von radikalen Kräften vor allem aber von Kommunisten“ an die Wand zu malen. „denn unsere Organisationsgeschichte ist ein Lehrbeispiel von vor 1943 und nach 1943.“

Die Aktualität des Themas speist sich für Rappe aus Auseinandersetzungen im DGB zu Fragen der Bündnispolitik. Deutlich über kommunistische Unterwanderung erleben im DGB immer dann Konflikte, wenn politische Entwicklungen den Vorstellungen der Funktionäre zu widersprechen. In bezogter Materialsammlung zur jüngeren Vergangenheit werden solche Äußerungen exemplarisch erwähnt. So beispielsweise die Ablehnung eines Antrages zur Solidarität mit Rudolf Bahro (damals noch DDR) auf dem DGB-Bundesjugendkongreß 1978. Im weiteren die sich daran anschließende Debatte um die DGB-Jugendpolitik, die Auseinandersetzung um die historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft auf dem DGB-Bundeskongreß 1981 und vor allem die vorsichtige Öffnung des DGB gegenüber der Friedensbewegung, gegen die die IG Chemie intervenierte. Überhaupt „Friedenspolitik“ und „fortschrittliches Image“ sind nach Rappe die beliebtesten „Tummefelder bzw. Tarnkappen“ kommunistischer Betätigung. Nur logisch, daß für Rappe und Freunde eine nicht zu überschende Parallele zwischen „Kriegsder Appel“ und dem Kampf verschiedener Komitees Anfang der fünfziger Jahre gegen die Reaktivierung der Bundesrepublik besteht. Die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften, vor allem die rigide Zurückdrängung aller Kräfte,

### 1950: „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie“

Im Oktober 1950 veröffentlichte der DGB die Broschüre „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie“. Mit dieser Broschüre, so Rappe, sei die Unterwanderungsthese durch die Kommunisten belegt. Die Sprache der damaligen DGB-Führer kniffte nahezu an die kommunistischen Feinde der Weimarer Republik und schloß immer noch an die Nazis an. Der damalige DGB-Vorsitzende Bockler führte im Vorwort der Broschüre aus: „Die vorliegende Sammlung von Tatsachen und Dokumenten soll die unterirdischen gewerkschaftsfeindlichen und antidemokratischen Bestrebungen der Kommunisten, oder besser gesagt Bolschewisten, offenlegen. Sie soll auch der letzten Kollegin und dem letzten Kollegen vor Augen führen, daß es den Bolschewisten darum geht, die deutschen Gewerkschaften für die imperialistischen Ziele des bolschewistischen Staatskapitals zu mißbrauchen. Die Sammlung von Tatsachen und Dokumenten soll den Agenten Moskaus die von gewerkschaftlicher Solidarität und von Demokratie reden. In Wahrheit aber die Zerschlagung der Gewerkschaften und den Totalitarismus meinen, die Mäster vom Gesicht reißen. Jeder von uns aber — und jetzt wende ich mich an jeden aufrechten Gewerkschaftler, ob Frau oder Mann — ist vor der Gewissensfrage gestellt, für ein Leben in Freiheit einzustehen oder ein Dasein in Sklaverei zu erdulden.“

In diesem Stil geht es über nahezu 55 Seiten. Veröffentlichungen von KPD-Schriftverkehr dienen als Beweis für die von „gewerkschaftsfeindliche, bolschewistische antidemokratische, unsozialistische“ Wahl-Untergrund-Agententätigkeit. Besonders angeht man sich von einem Lenin-Zitat aus dem „Linken Radikalismus“ zur Gewerkschaftsarbeit: „Man muß zu allem und jedweden Opfern entschlossen sein und sogar — wenn es sein muß — zu allen möglichen Kniffen, Listen, illegalen Methoden, zur Verhinderung der Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewer-

**Chronologische Darstellung**  
am Beispiel der Fuldaer Beschlüsse der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik

**Feinde der Gewerkschaften**  
**Feinde der Demokratie**

Tatsachen und Dokumente

IG-Chemie-Dokumentation mit Nachdruck der Anti-KPD-Broschüre des DGB von 1950



## Die „Fuldaer Beschlüsse“ der IG Chemie

Im Bundesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden am 1. April 1952 die bis dahin in der Bundesrepublik bestehenden Gewerkschaften in einen Bundesverband und 21 Landesverbände eingegliedert. Der Bundesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber der Bundesregierung und den Bundesländern zu vertreten und die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgeberverbänden zu vertreten. Der Bundesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der einzige Gewerkschaftsverband, der in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist. Der Bundesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist der einzige Gewerkschaftsverband, der in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist.

[illegible]

Wer als Mitglied oder Funktionär unserer Verbände (in Wort und Schrift) oder durch seine Handlung das Bestehen der gemeinsamen Gewerkschaftszentren, das dahin geht die Freiheit und Geschlossenheit unserer Organisation zu stärken, unterstützt hat, mit keinem Ausschluss aus unserer Organisation bzw. seiner früheren Einflussung zu rechnen. Delegationen und Vertretungen außerhalb der Grenzen des Bundesgebietes bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes. („Funder Beschlüsse“)

Max Kappeler was impressed by the fact that the same group was the one that had been the most active in the past. He had been told that the group was the most active in the past, but he had not seen it. He had been told that the group was the most active in the past, but he had not seen it. He had been told that the group was the most active in the past, but he had not seen it.

Niedersachsen November 1942

Wegen der Beteiligung des Bezirksjugendsekretärs Rollmann am von der KPD mitgetragenen „Deutsches Jugendkongress“ werden Rollmann und die sich wandringierenden Bezirksleiter

festgenommen und in das Gefängnis in der Stadt eingeliefert. Die Angehörigen der KPD werden wegen

„Verstoßes gegen das kaiserliche Heil“

ebenfalls in das Gefängnis eingeliefert. Die Angehörigen der KPD werden wegen

„Verstoßes gegen das kaiserliche Heil“

ebenfalls in das Gefängnis eingeliefert.

Willy Gekeler (IG Chemie Wissenschaftler) brachte denselben einen Aufruf des Kolligen Bau haben in einer Zeitung zur Verlesung. Dieser Aufruf behandelt die Volksbefragung und Bildung von Aktionärsausschüssen nach der Thise 37 des KP Programmes. Zur Orientierung verlas Kollege Gekeler 8 nachlesen aus dem KP Programm das u.B. für die zu bildenden Komitees vorzulesen, sich mit Unorganisierten zu verbinden und die „rechten Gewerkschaftsführer zu heben“ (1)

**1953: Reverse gegen Kommunisten**  
In der Folge verschärfte die IG Chemie die „Ausmerzung der Schuld“ („Gefeller). Am 26. Januar 1951 fasste der Beirat in Wiesbaden den Beschluss (72 gegen 4 Stimmen):  
**Mag jeder der Industrieverwerke Chemie, Papier, Keramik, die atom-molekulare oder angewandtschaftliche ... ..**

(Der Rest des Textes ist unlesbar.)

Die ersten vier Kationen waren die Arbeiter, die gegen den Antrag des Ausschusses, die Arbeiter in der Gewerkschaftsfunktion keine Rücksicht mehr auf Plätze sei und man sich strikt an den Beschluß von Fulda halten müsse, ohne erst auf einen Beschluß des Hauptausschusses zu warten. Es wurde vom Kollegen Weiss zum Antrag erhoben, vom Gesamtvorstand zu beschließen, daß Kollege Faulhaber sofort seines Amtes zu entheben ist, da er gegen die Fuldader

ten. Es wurde vom Kollegen Weiss zum Antrag erhoben, vom Gesamtvorstand zu beschließen, daß Kollege Faulhaber sofort seines Amtes zu entheben ist, da er gegen die Fuldader Beschlüsse verstoßen hat. Kollege Dr. Klös machte darauf aufmerksam, daß sich dieser Aufruf nicht gegen die Gewerkschaft selbst richtet, sondern daß der Vorstand Faulhabers darin liegt, daß er dessen Aufruf mit seinem Titel als Bezkörte der Gewerkschaft unterschrieben hat. Der Gesamtvorstand einigte sich nach Zurückziehung des Antrages durch Kollegen Weiss dahingehend, dem Kollegen Faulhaber letztendlich eine Rüge zu erteilen und ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß ein Antrag auf Amtsenthebung in der Vorstandssitzung vorzulegen habe.

18. Februar 1953 erhielten alle IG-Chemikondore einen Revers zur Unterschrift, die beständige Herrschaft, daß ich durch Schreiben des Hauptvorstands vom den Beschluß des Betriebs – betreffend die Zersetzungsarbeit totalitärer Parteien und deren Hilfsorganisationen in den Gewerkschaften – zur Kenntnis genommen habe.

Ich lehne alle Versuche ab durch eigene oder getarnte Maßnahmen der Gewerkschaften und Komitees der Gewerkschaften zur Schwächung der Betriebsgewerkschaften zu unterstützen. Ich werde mich wie sie durch die Parteiführung beauftragt ist, die DGB-Vorschriften befolgen und ihren Nachdruck wegen ihres gesetzmäßigen Charakters zu bekämpfen.

8. April 1933 resümiert der IG Chemie-Werk 12 Funktionäre erhalten noch eine Friständerung für die Unterschrift, fünf Hauptliche - darunter vier Verwaltungsausschleissenden - werden zu einer persönlichen Aussprache vorgeladen. Das Vorstandsprotokoll vom 22. Juni 1933 vermerkt dazu:

Die persönliche Unterschrift von Böhme ist nicht vorhanden, keinen für die große Mehrheit der Funktionäre liegt ihm persönlich bisher gegenüber die Erklärung zu unterschreiben. Die Kollege Zapf hat nach Aussprache die Unterschrift geleistet. Nach den Ausführungen des Kollegen Müller ist darauf zu rechnen, daß die Verwaltungsausschleissenden am 1. Juli 1933 dem Hauptvorstand Schwierigkeiten machen wird, so daß die Einsetzung eines Geschäftsführers nicht zu umgehen ist.

Chemie-Verwaltungsschule Wuppertal, naheliegt und Manag bekommen neue Hauptliche eingesetzt in Niederrhein wurde Apparat umgebaut mit neuen Warenpersone len Maßnahmen waren die Weis für eine vernünftige pürsch ausgewirke sahke zugehe Arhe gende st reumert rmann Ruzje

Die Aufsichtsratswahlen am 21. April bei Boehringer Mannheim, mit ca. 6.000 Beschäftigten einer der großen bundesdeutschen Pharma-Betriebe, endeten für die außerbetrieblichen IG-Chemie-kandidaten mit einem Fiasko. Die beiden vom Hauptvorstand der Gewerkschaft benannten Kandidaten konnten sich nicht durchsetzen, obwohl in keinem anderen Betrieb der Pharma-Branche der Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern so hoch ist wie bei Boehringer. Vor ausgegangen war dieser Plan: Ein monatelanger Streit zwischen dem IG-Chemie-Hauptverband und den betrieblichen Funktionären um die Kandidaten für den Aufsichtsrat. Der Vorstand löste den Konflikt schließlich auf seine Art: 13 führende betriebliche Funktionsträger wurden kurzerhand aus der IG-Chemie ausgeschlossen.

Immerhin ist Boehringer der größte „Frauenbetrieb“ Baden-Württembergs —, wurde die VL-Lentung ebenfalls aktiv und präsenzierte ihrerseits einen Vorschlag. Sie benannte die SPD-Europa-Abgeordnete Beate Weber, die aus dem Mannheimer Raum stammt und im Europa-Parlament im Bereich Umwelt- und Gesundheitspolitik tätig ist. Die Tatsache, daß Beate Weber nicht Mitglied der IG Chemie, sondern der IGW ist, hatte kein Minderungsgrund sein können. Der Rückgriff auf Mitglieder anderer DGB-Gewerkschaften ist bei externen AK-Kandidaten durchaus DGB-ähnlich.

Immerhin veranlaßte dieser Schritt den Hauptvorstand zu einem ersten Kompromiß für Platz 2 nominierte er drei, bei vor Ablauf der Anmelde-Frist Veronika Keller-Lauchner, im Geschäftsführenden Vorstand der IG Chemie zuständig für Frauenfragen An Gerd Andres für Platz 1 hielt der Hauptvorstand allerdings entgegen aller Warnungen fest

Neben dem Streitpunkt der Tantiemenverwendung und der Nominierung einer Frau stand für die Vertrauensleute-Leitung aber vor allem eines im Vordergrund: sie lehnte „die Art des Umgangs“ der Hauptvorstand mit den betriebl. Führungskräften pflege grundsätzlich ab. Es könne nicht anders, daß die Gewerkschaftsführung die Auseinandersetzung um die Kandidatur zur Frage des Gehalts der Führungskräfte an der Basis mache.“ (Ilyum extra, 26.2.88)

Wenige Tage vor Ablauf der Einheitschungsfrist war klar, daß der Hauptvorstand zu keinerlei weiteren Kompromissen bereit war.

In der Vertrauensleute-Sitzung am beschloß die Versammlung einen eigenen Kandidaten-Vorschlag und bestimmte in seiner Wahl die Kandidaten. Die letzte Entscheidung über die Einreichung einer eigenen Liste sollte die Leitung der Vertrauensleute treffen, die zugleich den Auftrag erhielt, bis zum letzten Tag nach einer Kompromißmöglichkeit zu suchen. In der entscheidenden Sitzung der Vertrauensleute-Leitung fand sich aber keine Mehrheit für diesen letzten Schritt. Um diesen Entschluß war offenbar hart gerungen worden. Das „forum extra“ dokumentiert in einem pro- und einem contra-Bertrag die unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der VL-Leitung. In der Pro-Stellungnahme heißt es: „... als Wahlmann, der für die Kandidaten und Kandidaten wählen, die ich schon zweimal abgelehnt habe. Ich will aber auch nicht zulassen, daß durch meine Enthaltung bei der Abstimmung Leute vom und Kandidaten wählen, die ich schon zweimal abgelehnt habe. Ich will also auch nicht zulassen, daß durch meine Enthaltung bei der Abstimmung Leute vom Verband der Angestellten Akademiker oder der DAG gewählt werden.“ Deshalb sei die Aufstellung eigener Kandidaten die einzige Alternative. Contra hielt dagegen, die Sache sei „nicht so wichtig, daß ich es auf die Spitze treiben müßte“. Der Hauptvorstand warnt nur darauf, daß wir eine Gegenliste zu seinem Vorschlag einreichen, um gegen uns wirken zu können. Die machen uns lieber kaputt, was wir bei BM geschaffen haben, als über die eigene Verhaltensweise nachzudenken.

Die VL-Leitung nahm die Kandidaten des Hauptvorstands „zähnekrachend zur Kenntnis“, ließ aber das eigene Abstimmungsverhalten bei der AR-Wahl offen. In der Zeit vom 21. bis 25. März werden in den Betrieben die Wahlkreise und die Kandidaten von den Betriebsräten gewählt. Ob sie sich allerdings am 21. April, wiederum zähnekrachend, für die Kandidaten des Hauptvorstands entscheiden werden, oder ob sie auf Kandidaten einer anderen Liste ausweichen, ist im Augenblick ungewiß.“ (forum extra, a.a.O.)

Tatsächlich gaben nur ein Teil der IG Chemie-Wahldelegierten den Kandidaten des IG Chemie-Vorstands ihre Stimme. Beide waren durch Unwohl der DAG nur mit fünf Wahldelegierten vertreten war wurde ihr Spitzenkandidat mit 45 Stimmen in den Aufsichtsrat gewählt. In weiterer Mandat fiel an den Verband Angestellter Akademiker.

Nach dieser Ohrrunde sah die IG Chemie Führung nur Am 15. steuerte der geschäftsführende Hauptvorstand „Ausweitung Anstieg“ gegen die gesamte eiskalte Leistung der Bechinger Vertrauensleute. Am 27. Juli stimmte der (Gesamt)

Hauptvorstand einstimmig für den Ausschluss. Betroffen hiervon sind u. a. der Betriebsratsvorsitzende (zugleich AR-Mitglied), sein Stellvertreter, sechs weitere BR-Mitglieder (davon drei Freigestellte), sowie zwei BR-Beratungsmitglieder. Einige der Kollegen haften auch außerbetriebliche Funktionen in der Gewerkschaft: drei Mitglieder des örtlichen Verwaltungsausschusses, zwei Delegierte für den Gewerkschaftstag, zwei Mitglieder des Frauenausschusses und eines der Tarifkommissionen der IG Chemie.

Die (unvollständige) Liste der Funktionen der Boehringer-Kollegen ist Ausdruck der Tatsache, daß sie in den vergangenen zehn Jahren eine äußerst erfolgreiche Arbeit geleistet haben. Mit der von den Vertrauensleuten herausgegebenen Betriebszeitung „forum“ stellen sie vor allem eine lebendige Information und Diskussion der Belegschaft. Dabei hielten sie auch mit Kritik an der offiziell en IG Chemie-Politik nicht hinterm Berg. So opponierten sie gegen die Atomenergie-Politik des Vorstands, kritisierten die Abkehr von der Basis ausgedehnte Tarifabschüsse oder die Pharma-Politik der Gewerkschaft.

Durch aktive Vertrauensleute-Arbeit gelang es, die Zahl der Mitglieder von 1.400 auf 2.100 zu erhöhen; der Organisationsgrad von 34,4 Prozent liegt damit deutlich über dem Schnitt der Pharma-Branche von 25 Prozent. Dies ist umso bemerkenswerter, als von den 6.000 Beschäftigten 4.500 Angestellte sind, darunter 1.000 Akademiker.

Die Belegschaft honorierte diese Arbeit auch bei den Betriebsratswahlen. Nachdem 1981 erstmals ein ge der nur Ausgeschlossenen in den BR gewählt wurden, konnten sie die IG Chemie-Papier zu einer sicheren Mehrheit in diesem Gremium von 20 zu 9 aufbauen. Für die Belegschaft wurden wichtige Erfolge errungen

- obligatorischer Freizeiturlaub gleich bei 1 bestehenden
- Abwehr eines betrieblichen Personal-datenersparungssystems
- Nichtanwendung des arbeitnehmerfeindlichen "Beschäftigungsänderungs"-gesetzes usw

Im vergangenen Jahr be Rat gei dauerten schon mal mehrere Tage und waren ein Forum lebendiger Diskussion über Themen wie Umweltschutz, Pharma-Politik oder Autonomie am Arbeitsplatz

Mit einer von den Vertrauensleuten organisierten Aktion verhinderte die Belegschaft 1986 die Stilllegung eines Betriebszells

Mit einer von den Vertrauensleuten gesteuerten Aktion verhinderte die Belegschaft 1986 die Stilllegung eines Betriebsteils.

Aber auch auf innergewerkschaftlicher Ebene mischten die Boehringer Kollegen kräftig mit. Nach Jahren der politischen Isolation in der Verwaltungsstelle gelang es ihnen, gemeinsam mit anderen kollektiven Kollegen die Hälfte der ehrenamtlichen Sitze im Mannheimer (Orbis-)

Das Datum dieses Erlingens, 16.4.88, also fünf Tage vor der unklaren Aufstufungswahl bei Boehringer, verdeutlicht nur seine Bedeutung. Selbst in der Zeit nach der Aufstufungswahl äußerten sich Hauptvorstandsmitglieder durchaus respektvoll. „Mitglieder der IG Chemie im Betrieb bei Boehringer werden in Hannover sichtbar als sehr selbstbewußt charakterisiert. Ihnen wird gute Arbeit im Unternehmen bescheinigt“ (Stuttgarter Zeitung, 23.4.88).

In der Ausschluss-Begründung schlägt der Hauptvorstand andere Taten neben den Vorgängen um die Wahlen zur Ausschusswahl wird eine Reihe von Konflikten aus den vergangenen Jahren gelistet und gipfelt in dem Vorwurf "Syndikalismus". "Syndikalismus ist der größte Feind der verbandorientierten demokratischen Arbeiterbewegung, bei der es für die Beurteilung unerheblich ist, ob es sich um rechts- oder linksorientierten Syndikalismus handelt oder ob es eine Mischung unterschiedlicher politischer Positionen aus Basissozialismus, Kommunisten und Grünen" "Basissozialisten", "Kommunisten", "Grüne". Hatte der organisierte Hauptvorstand der IG Chemie je größere Feinde?

si

Die angekündigte Dokumentation wird zu b  
hen sein über  
Beiratsrat der Boehringer Mannheim GmbH  
Sandhofer Str. 115, 6800 Mannheim 31  
Tel 0621/755-3334-7

IG Chemie-Hauptvorstand am 17.10.1951:  
Der Vorstand beschließt, Faithaber die folgenden Fragen vorzulegen:

1. ob ihm die Fuldaer Beschlüsse bekannt sind.
2. ob er in der Zeit vom 27 bis 29 7/8 an einer Konferenz in Dresden teilgenommen hat und
3. ob auf dieser Konferenz Gewerkschaften besprochen wurden.
- Auf Beantwortung mündlicher Fragen mit „Ja“ war sich der Gesamtvorsitz einig, den Kollegen Faulhaber fristlos zu entlassen und aus der Organisation auszuschließen. Nachdem Kollege Faulhaber herabgehoht war, wurden beschlußgemäß diese Fragen an ihn gerichtet. Dabei wurde vom Kollegen Oeffe vor allem besonders auf die Bedeutung der Fuldaer Beschlüsse hingewiesen, Kollegen Faulhaber wurde mitgeteilt, daß ein Protokoll über die genannte Konferenz in Dresden vorliegt, welches klar darüber Aufschluß gibt, daß auf dieser Konferenz in starker Maße gewerkschaftliche Angelegenheiten behandelt wurden mit der Tendenz die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu schwächen, wenn nicht zu vernichten. Kollegen Faulhaber wurde weiter hin darauf hingewiesen, daß er in dieser Konferenz zu Referat gehalten hat mit der Zielsetzung



Justiz ermittelt gegen 357 Frauen

# Hexenjagd in Memmingen

Memmingen, eine beschauliche Kleinstadt im Unterallgäu, erlebt derzeit eine bislang beispiellose Strafverfolgung von Frauen, die abgetrieben haben. Nach der Beschlagnahme der Patientinnenkartei des Frauenarztes Dr. Theissen, dem illegale Abtreibungen vorgeworfen werden, wurden bisher 357 Ermittlungsverfahren eingeleitet; knapp 200 Frauen sind bereits zu Geldstrafen zwischen 900 und 3200 DM verurteilt. Dies ist der Stand Anfang August, die Zahlen erhöhen sich laufend. Am 8. September beginnt der Prozess gegen Dr. Theissen, 32 Prozeßtage sind angesetzt und 156 Frauen als Zeuginnen geladen.

Memmingen, eine Kleinstadt, 37.000 Einwohnerinnen, die meisten sind katholisch und wählen CSU. Hexenverfolgung hat in dieser Gegend Tradition, die letzte Hexenverbrennung in Deutschland fand 1775 im nahegelegenen Kempten statt. Frauen, die ungewollt schwanger werden, befinden sich hier — wie auch sonst im bayerischen Hinterland — in einer fast ausweglosen Situation.

— Für eine Abtreibung nach Notlagenindikation schreift das bayerische Beratungsgesetz drei Instanzen vor: Beratungsstelle, indizierende Ärztin und abtreibende Ärztin.

— Ambulante Abtreibungen sind in Bayern nicht erlaubt.

— Die einzige anerkannte § 218 Beratungsstelle in Memmingen ist die der Caritas, die nur bis zur Phase der Beratung gehen darf. Sie ist ca. 100 km weit weg in Augsburg oder München.

— Die einzige Beratungsstelle, die bis ca. 100 km weit weg in Augsburg oder München

Arztinnen, die Indikationen ausstellen, sind kaum zu finden.

— Kritiken, die Abtreibung durchzuführen gibt es nur in München oder Ravensburg. Die Ravensburger Privatklinik wird zum 1. Oktober nach jahrelanger Hetze der „christlichen Lager“ geschlossen.

Die katholische Doppelhelix ist ein altes Gebot. Da die Abtreibung oft auch im engsten sozialen Umfeld der Frauen nicht bekannt werden darf, müssen die Frauen die weiten Fahrten für den

die Frauen „in Bedrängnis“ handeln, und daß er selbst nur eine Ordnungsgewirkung begehrt. Denn es handelt sich letztlich nur um Formfehler. Den Beratungsnachweis hatten die Frauen von der Beratungsstelle in jedem Fall bekommen, unabhängig vom Inhalt des Beratungsgesprächs, und eine Notlagenindikation hat seiner Meinung nach in jedem Fall vorgelegen.

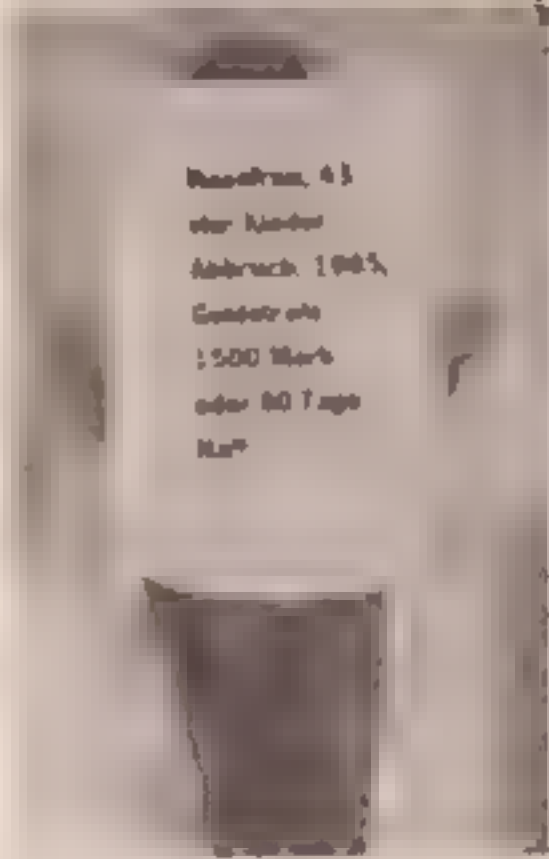
## Die Ermittlungen

Nach einer anonymen Anzeige 1986 kam zunächst die Steuerfahndung in die Praxis des Frauenarztes. Die Patientinnenkartei wurde beschlagnahmt und landete bei der Staatsanwaltschaft. Ein grünes „I“ auf der Karteikarte wurde als Hinweis auf einen Schwangerschaftsabbruch gewertet. In der Folgezeit setzte ein regelrechtes Kesselreiben gegen die Patientinnen ein. Ermittelt wurde gegen den Arzt und gegen die Frauen. Zu Hunderten wurden Frauen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichtern vernommen — und die gingen nicht gerade zimperlich vor.

Ein Streifenpolizist klingelte an der Tür und begrüßte die Frau mit „Wissen Sie eigentlich, daß Sie gemordet haben?“ Ein anderer fragte eine Frau, warum sie so schlammig verhält habe (nach „Stern“). Die Staatsanwaltschaft legte den Frauen einen Fragenkatalog mit 32 Fragen vor. Sie wollte genaue Details wissen über Feststellung der Schwangerschaft, Beratung, Indikationsfeststellung und Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs. Besonders interessiert sich die Staatsanwaltschaft für alles, was in der Praxis gesprochen wurde. z. B. ob Dr. Theissen zuhört ein hohes Hörtgerät, ob die Frauen zum Schwangerschaftsabbruch kommen.

Die Frauen das Leid für die Abtreibung, die sie von anderen Abtreibungen

hätten, ob sie von anderen Abtreibungen wußten. Bei Verneinungen wurden Frauen nicht über ihre Rechte aufgeklärt (als Beschuldigte können sie die Aussage verweigern), sie konnten nur im Benehmen der Anwälte mit ihren Anwälten telefonieren. Eine Frau, deren Abtreibung bereits verurteilt ist, wußte die Aussage verweigern. Der Ermittlungsrichter drohte ihr daraufhin mit einem halben Jahr Gefängnis. Der Sprecher des bayerischen Justizministeriums, Günther Huber, findet dies auch völlig in Ordnung: „Es ist so, daß Zeugenaussagen erzwungen werden können.“



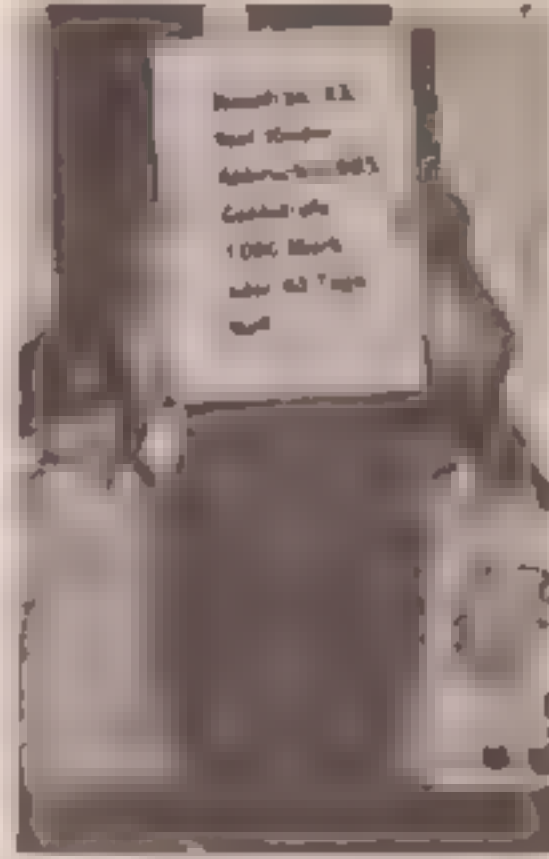
zich gegen Dr. Theissen als Belastungszeuginnen geladen sind.

## Die Urteile

Bei einem Widerspruch gegen den Strafbefehl kommt es zu einer mündlichen Verhandlung. Dabei sind bisher alle Frauen vom Amtsgericht Memmingen in der ersten Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden.

Die Strafbefehle sind in der Regel gleich. Die Urteilsbegründung ist in der Regel von unterschiedlichen Richterinnen unterschrieben. In Bayern wird jedoch fast ausschließlich von einem Richter unterschrieben. Zumeist wird bei den Urteilen festgestellt, daß keine Beratung durchgeführt wurde.

ged. und die Beratung durchgeführt wurde.



lich anerkannte Beratungsstelle stattgefunden hat. Dann geht der Richter auf die Gründe ein, die die Frau selbst für das Vorliegen einer Notlagenindikation vorbracht hat. Die Gründe sind für ihn natürlich keine. Dabei wird regelmäßig anerkannt, daß es sich um eine wirtschaftlich, beruflich und/oder familiär schwierige Situation gehandelt habe. Die psychische Situation der Frau interessiert die Richter sowieso nicht. Die Lage sei aber nicht aussichtslos gewesen.

z. B. bei einer Frau, die bereits ein Kind hat und bei einem weiteren Kind ihren Alltag noch hätte aufgeben müssen, so daß die damit verbundene finanzielle Situation sehr schwierig wäre.

Die Urteile sind in der Regel gleich.

— z. B. bei einer ledigen Frau, die bereits ein Kind hat und bei einem zweiten Kind ihren Alltag aufgeben und von Sozialhilfe leben mußte.

— z. B. bei einer Studentin, in deren Situation eine Fortsetzung des Studiums als Schande empfunden wird.

Es folgt jeweils ein lapidarer Satz, in der Art „Soziale Indikation ist nicht gegeben“ (Obwohl der Gesetzgeber von einer „sonstigen schweren Notlage“ spricht, verwendet der Amtsrichter Bochum in geradezu penetranter Weise den Begriff „soziale Indikation“). Begründet wird dies jeweils mit dem Hinweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.1975 und im Anschluß daran einer Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichts von 1978, nach denen eine Notlagenindikation nur dann vorliegt, wenn eine ganz besonders geäußerte Ausnahmeindikation festzustellen sei. Wirtschaftliche oder familiäre Schwierigkeiten reichen dafür nicht aus. Die Überforderung der Schwangeren durch die Schwangerschaft müsse so groß sein, daß eine gleichwertige Rechtspflicht derjenigen zum Austragen gegenüberstehe. Gemeint ist damit, daß eine Frau nach diesen Urteilen solange zum Austragen einer ungewollten Schwangerschaft verpflichtet ist, solange sie noch einigermaßen in der Lage ist, ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter zu erfüllen. Erst wenn die Versorgung ihrer Kinder oder des Ehemannes oder z. B. pflegebedürftiger Verwandter ernsthaft gefährdet ist, darf sie eine Abtreibung vornehmen.

Die Urteile sind in der Regel gleich. Die Urteilsbegründung ist in der Regel von unterschiedlichen Richterinnen unterschrieben. In Bayern wird jedoch fast ausschließlich von einem Richter unterschrieben. Zumeist wird bei den Urteilen festgestellt, daß keine Beratung durchgeführt wurde.

Fortsetzung nächste Seite

# Staatliche Abnahmegarantie bei ungewollten Schwangerschaften

Während die Bundesregierung nach einem Beratungsgesetz zur Abtreibung hat, ist die bayerische Staatsregierung längst schon wieder einen Schritt voraus.

Ein bayerisches Beratungsgesetz ziemlich deckungsgleich mit dem geplanten Bundesgesetz — gibt es schon seit 10 Jahren, jetzt scheint die Zeit reif, die Notlagenindikation bayerweit de facto abzuschaffen. Da — wie das bayerische Sozialministerium bedauernd merkt — „in absehbarer Zeit Änderungen im Bereich des Strafrechts nicht erreichbar sind“ (1) hat man sich einen neuen Trick einfallen lassen. In Vorbereitung ist ein Gesetz zur „Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch“, das eine staatliche Abnahmegarantie vorsieht.

Nach dem Gesetz ist eine Abtreibung nach Notlagenindikation nur dann möglich, wenn eine „sonstige schwere Notlage“ vorliegt, die „nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann“ (§ 218a Abs. 2 Nr. 3 Buchst. b).

Das bayerische Justizministerium geht nun einfach davon aus, daß „derartige Notlagen durch eine Adoption in zumutbarer Weise abgewendet werden können“ (2), und schlägt vor:

„Der werdenden Mutter könnte im Rahmen der nach § 218 b StGB vorgeschriebenen Beratung über öffentliche und private Hilfen zur Abwendung einer sozialen Notlage die verbindliche Zusage gegeben werden, daß ihr Kind — wenn dies innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt beantragt und die Einwilligung in eine daraufhin angebotene Adoption erklärt wird — mit dem Ziel der Adoption in die Obhut von Adoptivbewerbern, Pflegeeltern oder einer geeigneten Einrichtung genommen und die Mutter dadurch von ihrer Beratungs- und Unterhaltungspflicht freigestellt wird. Diese Zusage soll nach dem Antrag auch dem Ehemann als Vater des Kindes begünstigen, da von einer sozialen Notlage bei der Ehefrau hergeleitet wird. Dies gilt nicht für den Vater eines nichtehelichen Kindes. Die gesetzliche Regelung eines sozialen Freiheitsentzugs könnte in das bayerische Schwangerschaftsabbruchsgesetz aufgenommen werden.“ (2)

Die staatliche Abnahmegarantie wird für notwendig gehalten, da sich z. B. für behinderte Kinder keine Adoptiveltern finden. Ursprünglich war sogar geplant, daß die Schwangere bereits vor der Ge-

## Schwangerschaftsabbrüche in Bayern

Jahr	Insgesamt	davon: sonstige schwere Notlage	davon an den Universitätskliniken (sonst nicht)	davon: sonstige schwere Notlage
1985	6.160	3.646	125	1
1986	6.088	4.343	139	2

Der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst: „Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst ist nicht der Auffassung, daß an den Universitätskliniken in Bayern eine größere Anzahl von Frauen besteht, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen.“

Zahlen und Zitat aus der Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom 30.6.1987 auf eine Anfrage der Landtagsfraktion der Grünen.

burt ihre Adoptionseinstellung geben können soll. Darauf wurde jedoch verzichtet, da eine pränatale Adoptionseinstellung gegen geltendes EG-Recht verstößt und vor allem nicht zweckmäßig erscheint. Denn es geht gar nicht darum, das die Kinder wirklich zur Adoption freigegeben werden sollen. „Entscheidet sich die Mutter auf der Grundlage der vorgeschlagenen Zusage zur Fortsetzung der Schwangerschaft so gewinnt sie und ihre Umgebung Zeit, sich auf die Geburt des Kindes einzustellen. Hierdurch und vor allem durch die während der Schwangerschaft und nach der Geburt erwachsene Bindung zu dem Kind werden sich voraussichtlich viele Mütter schließlich dafür entscheiden, von der Zusage keinen Gebrauch zu machen und stattdessen das Kind selbst aufzuziehen. In vielen Fällen wird so die im Interesse des Kindes beste Lösung erreicht.“ (2) Nach der Meinung eines Sprechers des Justizministeriums „dokumentierte die Bereitschaft der Mutter, das Kind nach der Geburt zu behalten, daß die ehemals für eine Abtreibung angeführten Argumente letztlich wohl doch nicht so schwerwiegend gewesen sein können.“ (3) (2) 27.8.88.

So freiwillig, wie es sich anhört, ist die Entscheidung der Frau für die Fortsetzung der Schwangerschaft natürlich nicht, denn — so das Justizministerium, „Probleme bei der Schwangerschaftsberatung erschweren bei sachgemäßer Handhabung in einem erheblichen Teil der Fälle überwindbar. Sobald erkennbar wird, daß das vorrangige Ziel, in der werden

den Mutter den Wunsch nach einem Austragen und Behalten des Kindes zu wecken, nicht erreicht werden kann, sollte es möglich sein, der werdenden Mutter behutsam, aber mit der gebotenen Deutlichkeit nahezubringen, daß eine Freigabe des Kindes zur Adoption im Vergleich zur Tötung der Leibesfrucht das geringere Übel darstellt.“ (2)

Der Vorgang selbst soll ungefähr so aussehen. Die Beratungsstelle meldet den Fall an die zentrale Adoptionsstelle, diese entscheidet über das Freistellungsangebot und teilt das Ergebnis der Beratungsstelle mit. Diese wiederum teilt es der Schwangeren mit und vermerkt es auf dem Beratungsschein als Hinweis für die Ärztinnen, die die Indikation ausstellen bzw. den Abbruch vornimmt.

Für die Frau heißt dies, sie muß nicht nur mehrmals zur Beratungsstelle, was den Abbruch erheblich verzögern kann, sie wird vor allem kaum eine Ärztin finden, die trotz dieses Vermerks eine Indikation ausstellt oder den Abbruch durchführt. Dafür wird die bayerische Justiz (siehe Memmingen) schon sorgen.

Gy/KB Nürnberg



Lebhafte Diskussion vor dem Amtsgericht, dem Schauplatz der Prozesse gegen die Frauen.

Beratungsschein und die Indikationsbescheinigung und vor allem einen mehrstägigen Klinikaufenthalt vertuschen.

In dieser Situation war Dr. Theissen für viele ungewollt schwangere die letzte Möglichkeit für einen medizinisch sauberen Schwangerschaftsabbruch. Nach eingehender Beratung und Beschäftigung mit der Situation der Frau nahm er ambulante Abtreibungen in seiner Praxis vor, zum Teil ohne Beratungsnachweis und Indikationsbescheinigung. Die Frauen mußten eine Erklärung unterschreiben: „Hiermit erkläre ich mich mit der medizinisch/ethisch/sozial indizierten Intervention einverstanden“ (laut Urteilsbegründung, Aktenzeichen CS 23 Js 374/87) und hatten für den Abbruch 250 bis 900 DM zu bezahlen; soviel schwache Frauen brauchten nichts zu bezahlen (AZ, 23/24 788). Dr. Theissen fing davon aus, daß die Frauen sich nicht strafbar machen, wenn der Abbruch innerhalb der 12 Wochenfrist stattfindet und

nen. Ich kann daran nichts Verbotenes finden.“ Im Grunde ist ein solcher Prozeß natürlich eine Inquisition, denn es geht ja darum, mittels der zulässigen Beweismittel die Wahrheit herauszufinden.“ (AZ, 4.8.88).

Gegen alle Frauen, deren Abtreibung nicht verjährt ist — die Verjährungsfrist beträgt drei Jahre — wurde ermittelt. Bisher sind 357 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden (AZ, 4.8.88). Vorgewiesen wird den Frauen, daß sie ohne Notlagenindikation eine Abtreibung vornehmen ließen.

Knapp 200 Frauen sind bisher per Strafbefehl verurteilt worden — zu Geldstrafen zwischen 900 und 3.200 DM. Nur zehn Frauen haben Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt; die meisten Frauen haben die Strafe schweigend bezahlt aus Angst davor, in einem öffentlichen Prozeß gebrandmarkt zu werden. Es sind aber gerade diese Frauen — insgesamt 156 —, die jetzt für den Pro-

(1) Schreiben des bayerischen Staatsministeriums an Arbeit und Soziales an die Wahlrechtsverbände Träger der Beratungsstellen etc. vom 25. 6. 88.

(2) Stellungnahme des Staatsministeriums der Justiz, Stand 14.2.87. Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens, Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch.



# Schwarze raus?

## Die „Frankfurter Rundschau“ gegen afrikanische Flüchtlinge

Der in der „FRANKFURTER RUNDschau“ für den Bereich Innere Sicherheit zuständige Redakteur Karl Heinz Krumm startete eine unglaublich rassistische Kampagne gegen Menschen aus Afrika, um eine Verschärfung des Asylrechts zu fordern

Die Sache begann, wie man sie wohl in vielen Lokalteilen von Tageszeitungen bundesdeutscher Großstädte lesen kann. Wieder einmal ist die Rauschgiftszene Frankfurts durch die Polizei von Platz A in Park B verdrängt worden. Artikel dieser Art erscheinen immer mal wieder und sind in der Regel kaum der Rede wert. Neu war in diesem Jahr einmal nur, daß ab und zu ein Foto den Beweis für die Richtigkeit der Angaben liefern sollte. Denn die „Szene“ hatte sich angeblich gewandelt. Heute, so hieß es, werde der Rauschgifthandel in Frankfurt von Afrikanern betrieben. Und die Fotos zeigten deutsche Polizisten im Gespräch mit Schwarzen, die dicke Balken vor den Augen trugen.

Daß diese Artikel nur das Vorspiel für eine ekechalle Kampagne waren, zeigte



„Ich habe nichts gegen Ausländer, nur ich mag sie nicht“

„Ich habe nichts gegen Ausländer, nur ich mag sie nicht“

Kar Karat, Karl Ma Britter

Mark, auch gutes Geld verdienen

Senegalesen über die „Rahmentheke“

stets informiert sein, daß sie nur kleine Mengen Heroin mit sich tragen und weil sie wußten, daß sie bei den „Deutschen“ einen guten Markt finden würden. „Wir müssen machen müssen“, nach der Festnahme jede Auskunft verweigern würden. Weiter klagt er: „Mit dieser einschüchternden Methode machen die fremden Dealer nicht nur ihre natürlichen Nachteile im konspirativen Geschäft (dunkle, aufjährlige Hautfarbe, kaum Schickensinn), sondern auch das Risiko für alle Beteiligten.“

Holt schreit KHK beim Kriminalrat von Afrikanern voran: „Im Jahre 1987, rechnet Jürgen Jeschke vom BKA waren von genau 57973 Asylbewerbern 6,2% Schwarzafrikaner, von denen rund die Hälfte als Rauschgiftverdächtige ermittelt wurde“, schreibt er am 25.6. um schon neun Tage später zu behaupten, daß „rund 50% der etwa 3.500 Schwarzafrikaner die 1987 Asyl begehrien, von der Polizei als Rauschgiftfänger ermittelt wurden.“ Wie leicht es auch der „Frankfurter Rundschau“ fällt, Andersfarbige den Weg zum Späthandel zu weisen.

### Helze gegen „Straftäter“

Um den künstlichen Zusammenhang zwischen Asylrecht und Drogenhandel nutzen zu können, genügt es für KHK natürlich, erwachte Dealer, wenn sie denn tatsächlich als Asylbewerber hier in der BRD sind, als Straftäter zu behandeln. „Wenn KHK sich ausgerechnet hat, daß ein Flüchtling aus Senegal, der in der BRD Asyl begehrt, eine schnelle Abschiebung gefordert und härtere Strafen drohen zumindest, er träumt werden. „Wir können doch die Senegalesen, gibt Schäfer zu bedenken, nicht als Straftäter behandeln.“ Wenn KHK sich ausge-rechnet hat, daß ein Flüchtling aus Senegal, der in der BRD Asyl begehrt, eine schnelle Abschiebung gefordert und härtere Strafen drohen zumindest, er träumt werden.

„Wir können doch die Senegalesen, gibt Schäfer zu bedenken, nicht als Straftäter behandeln.“ Wenn KHK sich ausge-rechnet hat, daß ein Flüchtling aus Senegal, der in der BRD Asyl begehrt, eine schnelle Abschiebung gefordert und härtere Strafen drohen zumindest, er träumt werden. „Wir können doch die Senegalesen, gibt Schäfer zu bedenken, nicht als Straftäter behandeln.“ Wenn KHK sich ausge-rechnet hat, daß ein Flüchtling aus Senegal, der in der BRD Asyl begehrt, eine schnelle Abschiebung gefordert und härtere Strafen drohen zumindest, er träumt werden.

großen „Humanisten“ wie dem Westberliner Abschiebesenator Kewenig, der Palastinsens trotz Abschiebeskop, wenn sie „strafällig“ geworden sind, in den Libanon abschieben läßt und Familien die Aufenthaltserlaubnis verweigert, wenn ihre strafunmündigen Kinder wiederholt beim Klauen erwischt wurden. Ohne sich im Geringsten um die Hintergründe und Motive für Diebstahl und Dealerie zu kümmern, wüben Leute wie Krumm und Kewenig mit dem Hinweis auf „Straftaten“ jede Willkür im Umgang mit Flüchtlingen durchsetzen.

### Ungereimtheiten

Die Artikelserie suggeriert, daß ein Asylantrag vor Strafverfolgung schützt. Mal heißt es, daß ein (Klein-)Dealer häufig nicht einmal befrachten müsse, in Untersuchungshaft zu kommen, mal wird gemault, daß es im Durchschnitt nur vier Monate auf Bewahrung gebe. Um aber die Justiz zu loben, läßt man andererseits durchblicken, daß es „in mehr als 80% der Fälle, in denen Beweismittel sicher gestellt werden, auch bei Senegalesen Haftbefehle (gibt)“. Die Visumspflicht – Versuche der BRD, sich gegen Flüchtlinge abzuwehren und das Recht auf Asyl durch faktische Schließung der Grenzen außer Kraft zu setzen – habe laut Jürgen Schenk „die Bundesregierung auf Druck der Frankfurter Polizei im Oktober vergangenen Jahres für die Senegalesen eingeführt.“ Das hört sich bei KHK schon viel dramatischer an. „Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“

„Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“ Das hört sich bei KHK schon viel dramatischer an. „Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“

„Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“ Das hört sich bei KHK schon viel dramatischer an. „Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“

Krumm und Schenk wissen selber, daß es sich bei dem von ihnen konstruierten Zusammenhang von Asylrecht und Drogenhandel um ein Scheingebilde handelt. Heißt es doch bei ihnen u.a. „Seitdem eine Abschiebung nach abgeschlossener Asylverfahren erfolgt, das hat die Erfahrung gezeigt, wachst der Mann unter einem anderen Namen wieder in der Bundesrepublik auf.“ Also ist es doch nicht so leicht mit der Asylverfahren. Darüber hinaus ist es wohl kein Zufall, daß für die behaupteten Methoden – Mehrfachdelikte, Folgeanträge, erneute Einreise unter falschem Namen – keine Zahlen genannt werden. Neugierisch schrebt KHK: „Die Rauschgiftkriminalität der Senegalesen in Frankfurt oder der Gambianer in Hamburg hat mit den Grundsätzen des Asylrechts nichts zu tun“, um gleichwohl zu dem Schluß zu kommen: „Daß aber der Schlüssel des Problems im Asylrecht und dessen rigorosem Mißbrauch liegt, wird von allen Rauschgiftexperten bekräftigt.“ Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich um Polizeixperten handelt.

### Gauweiler in Hessen

Was soll eigentlich diese Artikelserie, worauf will man hinaus? KHK, das muß betont werden, ist nicht irgendein Im-

pressum der FR ist es als der für die Reporter zuständige Redakteur ausgewiesen. Er selbst meidet sich bei der nicht bei jedem Thema zu Wort. Nein, er kommt immer nur dann, wenn es um Dinge wie Terrorismus, Waffengesetze, die RAF, um Autonomie und immer wieder die RAF geht. „Innere Sicherheit“, das ist sein Metier. Und nur das gehört für ihn das Thema Flüchtlinge hin. In diesem Kontext fordert er auch vehement eine Verschärfung des Asylrechts.

Während das Saarland, NRW und Bremen die Reisebeschränkungen für Asylbewerber aufheben bzw. lockern (FR 25.4 und 5.8.88) und Schleswig-Holstein die Zwangsunterbringung in Heim und Lagern aufgeben will (FR, 21.6.), schwebt KHK eher eine gauweiserische Lagerkonzeption vor. Im ersten Anlauf schützt er noch Zurückhaltung vor. In dem er andere auf nachdenken läßt: „Mir dem Gedanken, jene Senegalesen, die immer wieder das Asylrecht umheben, fügen verlassen um in Frankfurt ungeniert zu deuten, in besonders gezielte Unter-künfte einzuräumen, schreie Schäfer freilich zurück: „Wir können doch keine scharf bewachten Internierungslager einrichten“, meint er nachdenklich. „Aber zum (bisherigen) Ende dieser Kampagne wird KHK doch deutlich: „Da diese Schem Bewerber bewußt die erzwungene Gastfreundschaft mißbrauchen, wird möglicherweise, so flüsternd das auch klingen mag, nichts anderes übrig bleiben, als bei der Unterbringung von Asylbewerbern künftig zu differenzieren. Wer eine einschüchternde Belehrung immer wieder andächtig wird, sollte strengere Kontrollen und eine intensivere Überwachung annehmen müssen.“ Man sieht noch einmal klar, daß KHK dabei nicht vom Kaut und also auch nicht von strafrechtlich relevantem Handeln spricht, denn wer tatsächlich „immer wieder straffällig“ wird, landet im Knast.

„Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“ Das hört sich bei KHK schon viel dramatischer an. „Bedrohung von der immer größeren Zahl von Schwarzafrikanern, die als Geschäftsleute bis sechs Heroin Eier mit je achtzig Gramm Heroin im Darm transportieren oder als ganz normale Touristen in die Bundesrepublik kommen, um hier als Dealer schnelles Geld zu machen, hat die Bundesregierung im Januar 1988 für Senegalesen die Visumspflicht eingeführt.“

KHK fordert auch eine Beschleunigung des Asylverfahrens. Aber natürlich nicht für die Leute, die trotz guter Aussichten auf Anerkennung jahrelang in Lagern und Heimaten leben müssen, nicht arbeiten und weghören dürfen. Für diese ist die Länge des Verfahrens ja bewußt als „Abschreckung“ gedacht. Er fordert nachdrücklich eine Beschleunigung des Verfahrens nur für die Menschen, deren Asylanträge sowieso als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt würden, damit sie schneller abgeschoben werden können. Also in diesem Land mit Abschiebung in den Fällen, in denen das möglich ist, lange gefackelt würde.

Im „bürgerlich-liberalen“ Lager macht Krumm nur seinen Hetztrick: nicht nur den Propagandisten für die Kewenigs und Gauweiler, sondern auch gleich für den GBA Rebmann, der „vermutet, daß eine zu großzügige und an unseren Sicherheitsinteressen nicht orientierte Asyl- und Ausländerpolitik langfristig zu einem Faktor der Instabilität werden könne“ (FR, 22.7.88). Gewollt oder ungewollt endet seine Staatsschutzarbeit mit den zynischen Worten: „Die paar hundert senegalesischen Dealer in Frankfurt unter dem Schutz des Asylrechts können zu neuen Verurteilungen und steigender Ausländerferndlichkeit führen. Das aber wäre die unerfreuliche Folge.“ Bei Krumm ist sie schon eingetreten.

In einer Zeit, in der die Grenzen für die Flüchtlinge dichtgemacht werden und sogar über Menschen aus Polen wieder hergegriffen wird, ist es bezeichnend, wenn sich die FR zur Aufheizung der Bevölkerung gegen Flüchtlinge und zur Verschärfung des Asylrechts hergibt. Das Verlogene des westdeutschen Rauschgiftproblems in einen Kontext, der in diesem Geschäft tatsächlich keine Rolle spielt, das Anprangern der althergebrachten Fiktion und die riesigen Polizeizahlen, um die Visumspflicht für einen ganzen Kontinent zu legitimieren, der Ansatz, „Straftäter“ außerhalb jeder Rechtsordnung zu stellen und die Erweiterung der bereits erfolgreich etablierten Gedankenketten „Schwarze – Heroin – AIDS“ um den Zusatz „Asyl“ und schließlich „Innere Sicherheit“ – all das kann nur als stockreaktion bezeichnet werden. Wo so schnell hat Apartheid im Kopf und was sind nicht nur die Republikaner oder die „Nationalzeitung“

Fortsatzung von vorheriger Seite

die Schwangerschaft zumutbare Weise abgewendet werden kann.“ Die Amtsrichter in Mommungen sind hier der Meinung, daß das Austragen und die anschließende Freigabe des Kindes zur Adoption einer ungewillt schwangeren Frau durchaus zu zuzulassen sei. „Das Argument, ein Kind ist kein Argument dafür, weilendes Leben zu zerstören. Die Angeklagte hat sich in eine Lage gedrückt, ohne die Rechte des Kindes in Erwägung zu ziehen“, meint Freiherr von Castelli. Richter am Amtsgericht Mommungen, in einer Urteilsbegründung.

Mit dieser Argumentation greifen die Richter der Bayerischen Staatsregierung vor, die ein Gesetz zur „Adoption als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch“ plant (siehe nebenstehende Artikel). Den Frauen wird so eine Leihmutterschaft staatlich und gerichtlich verordnet.

Bislang hat nur eine einzige Frau Berufung gegen das Urteil eingelegt.

Für Ausländerinnen sind die Folgen eines solchen Urteils besonders gravierend. Neben der Bezahlung der Geldstrafe, die für fast alle Frauen ein großes Problem ist, müssen sie die Ausweisung befürchten. Von der Auswanderbehörde wurde ihnen mitgeteilt, daß die Verurteilung einen Ausweisungsgrund darstelle. „großzügig“ wurde hinzugefügt. „Ich habe aber davon noch einmal ab“, so behauptet die Makuhre daran. Wenn eine Ausländerin, weil sie ein Kind bekommt und ihren Job deshalb aufgeben muß, längere Zeit auf Sozialhilfe angewiesen ist, so ist auch dies ein Ausweisungsgrund!

Einige Ehemänner und Freunde der Frauen, die mit den Frauen über die Abtreibung gesprochen, die Frauen zur Arzt gefahren und/oder die Abtreibung bezahlt hatten, sind inzwischen ebenfalls verurteilt worden – wegen Beihilfe zum Schwangerschaftsabbruch.

Der Prozeß gegen den Arzt beginnt am 8. September. Dr. Theissen ist angeklagt, illegale Abtreibungen in 56 Fällen vorzunehmen zu haben. Was ihn erwartet, dürfte klar sein, denn bereits im letzten Herbst hat er sechs Wochen in Untersuchungshaft gesessen und wurde nur gegen eine Kaution von 300.000 DM auf freien Fuß gesetzt.

Und was läuft dagegen? Solidaritätsaktionen kommen nur ganz mühsam in Gang. Bislang sind zwei Spendenkonten für die verurteilten Frauen eingerichtet worden, eines vom Memminger Frauenzentrum und eines von der SPD. Was die Protestaktionen von SPD, Grünen, Pro Familia und anderen Verbänden wert sind, wird sich am 10. September zeigen. Dann nämlich findet eine Demonstration zu der bayernweit mobilisiert wird, in Memmungen statt.

Gy/KB Nürnberg

Spendenkonto:  
§ 218 Frauen in Not 521 418  
BLZ 731 607 44  
Raiffeisenbank Memmungen



Die herrschende Behördenpraxis, Flüchtlinge, die ihrer Auffassung nach nicht den immer enger gezogenen Kriterien für die Asylgewährung entsprechen, über ökonomischen Druck zur Aufgabe ihres Asylverlangens zu bewegen, ist seit mehreren Jahren Gegenstand heftiger Kritik. Auch die Grünen haben in der Regel Forderungen nach Beendigung dieser Praxis in ihre jeweiligen Programmkataloge aufgenommen. Ebenso mußte unter fortschreitendem Menschenkonsens über die Ablehnung der demagogischen Parole der „Bekämpfung des Wirtschaftsasylantentums“ herrschen. Dies sollte gerade auch in einer Stadt wie Bremerhaven gelten, in der die rechtsradikale DVU bei den Wahlen im vergangenen Jahr unter anderem mit ausländerfeindlichen Parolen gegen „Scheinasylanten“ 5,4% der Stimmen gewinnen konnte.

Ein großer Teil des Bremerhavener Kreisverbandes der Grünen — der als Erbe der „Bremer Grünen Liste“ (BGL) von Olaf Dinné schon immer für ausgefallene Positionen gut war — hat nun jüngst auch diesen altlinken Ballast über Bord geworfen. Anlaß war der Zuzug von insgesamt 600 Roma aus Südjugoslawien, die aufgrund ihrer vielfachen sozialen, kulturellen und politischen Diskriminierung hier um Asyl nachsuchten. Die Gegenmaßnahmen der Stadtverwaltung liefen nach schon im vergangenen Jahr gegenüber libanesischen Flüchtlingen erfolgreich erprobtem Muster ab: Sammelunterbringung in leerstehenden öffentlichen Gebäuden unter völlig unzureichenden Bedingungen und Aufteilung der Sozialhilfe in Sachleistungen (Verpflegung, Hausrat) und lächerlichen 10 DM pro Person und Woche an Geldleistungen.

Die Betroffenen wehrten sich insbesondere gegen die zunächst völlig unzureichende Verpflegung und fanden dabei Unterstützung bei einigen zu ihrer Betreuung eingesetzten Sozialarbeitern. Außer Verbesserungen beim Essen blieb die Stadtverwaltung aber bei ihrer harten Linie — mit dem Ergebnis, daß inzwischen etwa die Hälfte der Flüchtlinge entnervt abgereist ist.

Unterstützung im politischen Bereich fanden die Flüchtlinge nicht — im Gegenteil: Vorstand und Stadtverordnetenfraktion der Bremerhavener Grünen verurteilten nicht eine von der Presse begünstigte Fiktion in der sie ursprünglich — die Maßnahmen der Stadt zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ begrüßen und ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß die „Scheinasylan-

## „Wir sind für uneingeschränktes Asylrecht — aber nicht für jeden“

Grüne Lokalpolitiker in Zimmermanns Spuren

ten“ möglichst bald wieder verschwinden. Um solche handelt es sich nach der von den Grünen im Schnellverfahren gewonnenen Erkenntnis nämlich Kritik wird in dieser unglücklichen Erklärung nicht etwa an der Kasernierung der Flüchtlinge in alten Schulräumen und dergleichen geübt, sondern nur die fehlende „langfristige soziale Integration“ gerügt. Zusätzlich — wir haben es ja mit Grünen und nicht mit herkömmlichen Rechten zu tun — wurde die Verpflegung als „ökologisches Plastikessen“ bemängelt.

Gemessen an der politischen Bedeutung dieses Vorgangs — die Lokalpresse

berichtete täglich — fiel die grün-interne Bewältigung des Skandals eher beschaulich aus. Deutlich war das Bemühen aller Beteiligten, die Angelegenheit möglichst schnell zu begraben, um nicht die durch persönliche Streitereien, Alleingänge prolinarischer Parlamentarier finanziell „Unregelmäßigkeiten“ und dergleichen mehr schon recht desolaten Situation des Kreisverbandes völlig außer Kontrolle geraten zu lassen. Ein Mitglied trat demonstrativ aus, ansonsten verabschiedete die Mitgliederversammlung eine ebenso ästhetisch wie inhaltlich gehaltene Erklärung gegen eine restriktive Flücht-

lingspolitik. Der einzige konkret auf die aktuellen Maßnahmen bezogene Satz der auch als Kritik an der Haltung der eigenen Fraktion und des Vorstands verstanden werden kann, erhielt mit 11 zu 8 Stimmen nur eine knappe Mehrheit. Konsequenzen für die Beteiligten forderte nur eine Minderheit. Daß Mitglieder des Vorstands und Fraktionsmitglieder inzwischen ihre Posten los wurden, hängt weniger mit ihrer Haltung in der aktuellen Affäre als vielmehr mit jetzt beglichenen alten Rechnungen zusammen.

Interessanter noch als diese für die Grünen nicht untypische Bewältigung des

Problems ist der Blick auf den sichtbar werdenden Zustand der im weitesten Sinne als ehemalige Linke zu bezeichnenden Gruppierungen in den Grünen. Daß die Gruppe um die ehemaligen BGLer im Rahmen ihrer verantwortungsvollen „Opposition“ (Vorstandsmitglied Bernd Vogel) sich mehr Sorgen um die städtischen Finanzen macht als um die Interessen von Minderheiten, ist sicherlich keine Sensation. Diese Gruppe ist aber in der Regel ohne Unterstützung nicht mehrheitsfähig. Diese bekommt sie zunehmend von einigen ehemaligen KBWlern, die bei den Grünen zu Amt und Würden gekommen sind. Hier findet nicht nur eine taktische, sondern eine inhaltlich begründete Annäherung an konservative Positionen statt — so stammt der Autor der letzten Erklärung aus diesem Kreis.

(Grundsätzliche Opposition findet dagegen nicht mehr statt. Die nach einigen Austritten dezimierte und demoralisierte, als eher „fundamentalistisch“ zu charakterisierende Minderheit der Grünen ist dazu nicht willens und nicht in der Lage, die im Landesverband dominerende „Mittelströmung“ bemüht sich in erster Linie um interne Konfliktregelung und Schadenbegrenzung und war sichtlich bemüht, die Angelegenheit herunterzuspielen (Vorstandsmitglied Mitzburg eine „Provinzposse“).

a./Bremerhaven

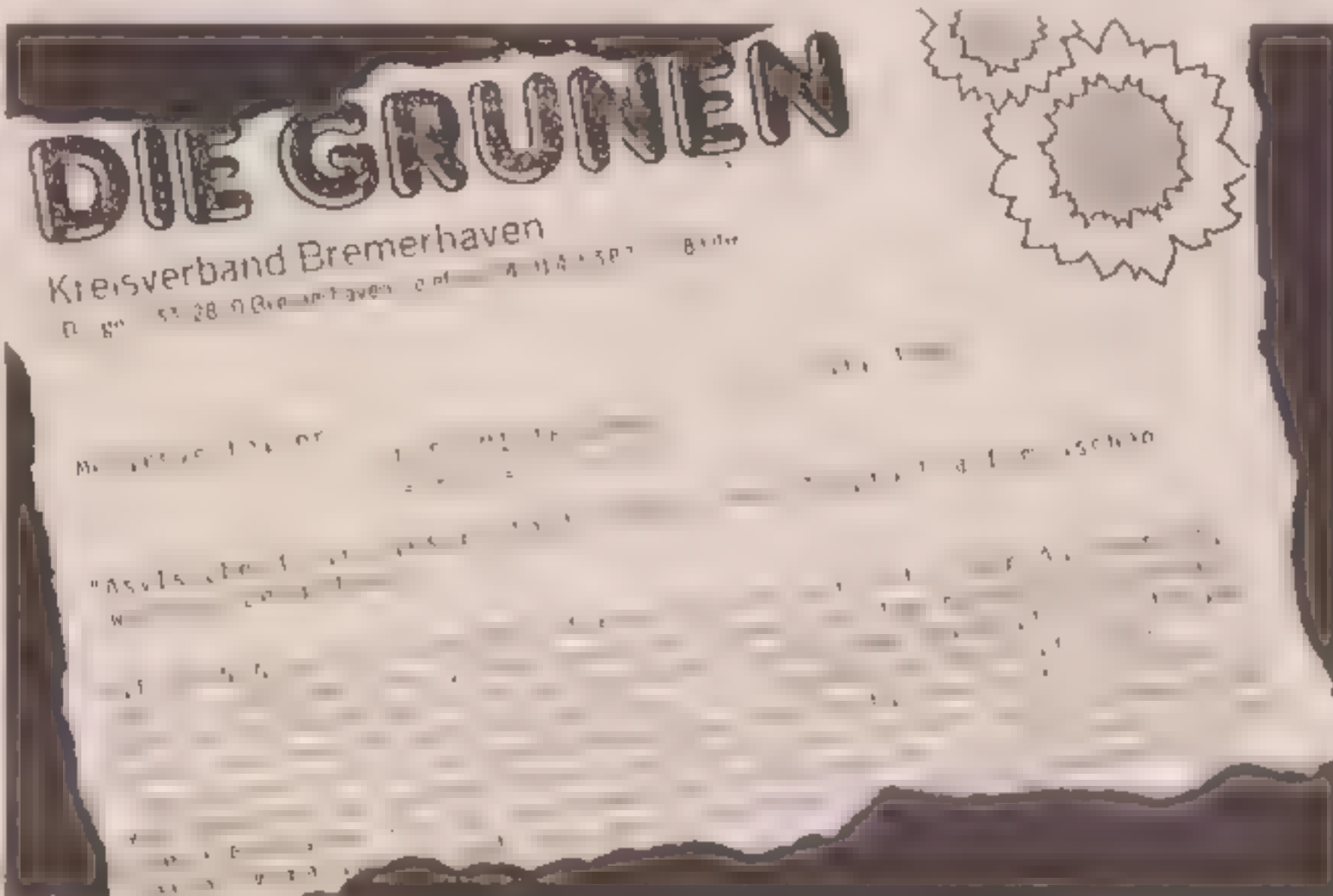
„Wir haben die Vermutung, daß die nur hierher gekommen sind, um Geld abzuzucken.“ (Stadtverordneter Peters)

„Man muß Politik mit den Deutschen machen, nicht gegen sie.“ (Vorstandsmitglied Vogel)

„Der Entscheidungsprozeß muß abgekurzt werden, damit wir solche Leute nicht monatelang auf Kosten der wirklich notleidenden Familien bezahlen müssen.“ (Stadtverordneter Böhm)

Die Bremer Grünen haben eine Liste von 1000 Unterschriften gesammelt.

Wir wissen die beiden Gruppen nicht. Die Leute, die hierher kommen, um abzuzucken, und die, die wirklich Asyl verdient haben.“ (Stadtverordneter Böhm)



## AIDS aktuell: Neue Fakten, alte Politik

kaum vorbei, diente die Londoner Konferenz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Januar dem bayerischen Innenminister als Stoff zu „Ärztchen auf Binn“. Es sei alles noch „schlimmer als unsere bisherigen Prognosen“, erklärte Gauweiler-Chef Lang. „Der Seuche muß bundesweit der Kampf angeordnet werden.“ (drogen-report 2/88) Dabei war der Tenor der Konferenz — ganz im Gegensatz zur marxistischen Gauweiler-Linie — auf Information und Aufklärung statt auf Panikmache und Repression gestimmt gewesen (siehe ak 292).

Die harte Fraktion um Gauweiler und seinen Doktor Michael G. Koch und die Frankfurter Professorin Helmi witterte weiterhin Unheil, in einem in die „Zeit“ lancierten AIDS-Report der Katastrophen-Richtung wurde Öffentlich gemunkelt das Bonner Sozialministerium unterdrücke womöglich Studien, um „das wahre Ausmaß der Krankheit zu verschleiern, um Panik zu verhindern“. Außerdem wurde die „Kultstellung“ (Helmi) der Katastrophen-Expertin LAGE Siehr beklagt, der vom Bundesgesundheitsamt (BGA) „wertende gesundheitspolitische Äußerungen“ untersagt wurden. Helmi: „Ein Skandal“ (Zeit, 17.6.88).

Diese Bearbeitung der Meinungs-Macher Meinung (Zeit, 17.6.88) — „Leben mit der Todeskurve“ war präzise geteilt, so lie doch auf eine weitere WHO-Konferenz eingestimmt werden, die im Juni, in Stockholm abgehalten wurde (7000 Teilnehmer, 3000 Vorträge in 4 Tagen): die „Vierte Internationale AIDS-Konferenz“ für Wissenschaftler

### WHO-Konferenz in Stockholm. Skepsis und Hoffnung

Statt der „Todeskurve“ (im Sinne immer komplizierterer mathematischer Spekulationen, wie sie die hiesige Katastrophen-Fraktion so schön) bildeten in Stockholm jedoch „die sozialen und humanitären Aspekte der Krankheit“ — den eigentlichen wichtigsten Schwerpunkt“ (faz, 16.6.88).

In Afrika vor allem (aber auch in sozialökonomisch vergleichbaren Teilen der USA zum Beispiel) stellt sich vorrangig die Frage nach praktikablen Aufklärungsstrategien. Inzwischen ist deutlich genug: daß AIDS eine Krankheit ist, die „gezielt das wirtschaftliche Elend sucht“, wie die jüngste Studie des Londoner Paton-Instituts („Aids, Rasse und Vorur-

te“) formuliert. „Aids schafft sich ein Zuhause in einer globalen Unterklasse“, heißt es dort („Zeit“, 8.7.88). Während aber 1,5 Millionen Afrikaner Wissenschaftler über AIDS auf der Suche nach einem Heilmittel sind, ist die Aufmerksamkeit der USA auf die Aufklärung und Prävention vorrangig und — angesichts der zunehmenden Infektionen der Mittelschicht — der öffentlichen Versorgung hat die weiche, d.h. offizielle US/westeuropäische Forschung von Anfang an die Möglichkeit der avancierten Medizintechnologie gesetzt, die bei enormen Forschungskosten und — gegebenenfalls — weit enormeren Pharmazie-Profiten zu einem AIDS-Heilmittel bzw. zu einem vorbeugenden Impfstoff führen soll.

Die entscheidende Hochforschung hat sich das Ergebnis von Stockholm bislang zu keinen entscheidenden Fortschritten gelassen. Vieles ist noch unbekannt über die Art und Weise, wie die genetische Struktur von Viren, Retroviren, die Entdeckung immer neuer HIV-Varianten, neue Ko-Faktoren der Immunschwäche etc. sind freilich in raschem Tempo aufgedeckt worden. Die Stimmung der Wissenschaftler-Gemeinde ist dadurch aber keineswegs allgemein gehoben worden. „Die Aids-Forschung wird immer komplizierter“, klagt beispielsweise Prof. Kurtz, Frankfurt (h. „Zeit“, 24.6.88) — soll heißen, was eigentlich los ist und wie zu heilen ist weiß niemand. So lassen sich beliebig viele Experten-Stimmen aufhören, die Skepsis und Pessimismus vermitteln. „Ich könnte mir kein schmerzhafteres Virus für die Entwicklung eines Impfstoffs (Impfstoffe, ak) vorstellen“, so L. Arthur vom Nationalen Krebs-Institut der USA („Zeit“, 27.6.88). Als Fazit von Stockholm wird leinendstehend davor berichtet „Die Hoffnungen auf einen wirksamen Impfstoff sind eher gesunken als gestiegen, die Aussichten auf eine erfolgreiche medikamentöse Bekämpfung (...) sind alles andere als rosig.“ („Zeit“, 24.6.88).

Auf der optimistischen Seite der Experten-Gemeinde kreist in Stockholm der französische Professor Giraud die Entwicklung eines Impfstoffs, der Meerkatzen vor HIV-Infektionen schützt, als einen „gigantischen Schritt vorwärts“. Dies sei der „Beweis“, daß ein Impfstoff entwickelt werden kann.“ (faz

16.6.88) Experimente mit Schimpansen sollen nun folgen. US-Spitzenexperte Gallo hatte schon zuvor einen „rascheren“ Weg, die „Entwicklung eines Impfstoffs grundsätzlich (für) möglich“, trotz diverser Schwierigkeiten (drogen-report 2/88).

Bereits im April meldeten Wissenschaftler des Münchner Max-Planck-Instituts die Entdeckung eines Stoffes, der geeignet sein werde „die Vermehrung des HIV-Virus (zu) hemmen“, d.h. zwar nicht die Infektion aber den Krankheitsausbruch zu verhindern. „Mit Glück“ werde ein AIDS-Hemmer „in drei bis fünf Jahren auf dem Markt sein“ (FAZ, 15.4.88).

Die zur Zeit bestehenden medikamentösen Behandlungsmöglichkeiten beschränken sich nach wie vor weitgehend auf AZT. Dazu M. Koch vom BGA: „Wir wissen heute, daß es entgegen allen Erwartungen noch möglich ist, den Verlauf der Krankheit zu bremsen, nämlich nur um bestimmten Ausmaß hin. Das erlaubt uns die Hoffnung, in der Zukunft eine noch besseren Medikamenten zu erhalten.“ AZT hat erhebliche Nebenwirkungen und ist nicht auf Dauer einsetzbar (faz, 24.6.88). Selbst für Koch, der von einem „zunehmend erstaunlichen“ Wissensstand spricht, „es gibt kein Virus, über das man so etwas weiß“, bleibt die zentrale Frage ungeklärt: „Wie sieht es mit dem Virus aus, das Leute krank macht?“ (faz, 24.6.88). Sollte der US-Virologe Prof. Duesberg (Berkeley University) mit seiner These richtig liegen, die gesamte HIV-Forschung werde AIDS ohne Grund nicht erklären können. Da aus virologischen Gründen dieses Virus nicht Ursache dieser Krankheit sein könnte, wäre die Vermutung insgesamt komplett — und die Forschungslage festgefahren. Einweisen wird Duesberg von Galle wie den meisten AIDS-Experten „als verrückt angesehen“ (faz, 24.6.88) siehe Discovery, the World of Science, New York 6.88, auch „profil“ 7.88.

### Katastrophen-Hochrechner widerlegt

Eine gemessene Sprache sprechen die belegten Zahlen der Krankheitsverbreitung in der BRD. Katastrophen-gestimmt ließ es

noch unlängst, „von einem Abflauen der Seuche geschweige denn von einem Rückgang kann nirgendwo die Rede sein“ („Zeit“, 17.6.88). Die neuesten offiziellen Zahlen des BGA dagegen beweisen das Gegenteil. „Der massive Einbruch in die Gesamtbevölkerung, den ich selbst und viele andere befürchtet haben, ist bis jetzt nicht erkennbar geworden.“ (...) Da findet man zur großen Verblüffung, daß nur einer von 100.000 oder in Großstädten einer von 20.000 infiziert ist. Und wenn man genauer nachforscht, ist festzustellen, daß diese wenigen Infizierten wiederum einer Risikogruppe angehören (...). Soweit BGA-Koch im Juli. Erstmals gibt Koch auch zu, daß selbst die nicht vergrößerten Zahlen des „nennenswerten“ bzw. des BGA-relevanten Risikopopulations nach oben getrieben sind. Die offiziell angegebene auf Test-Ergebnissen beruhende Zahl von 20.000 HIV-Infizierten erweist sich nämlich als insofern fragwürdig, als dabei offen bleibt, „wie viele Doppel- oder Dreifach-Testungen vorliegen.“ Die Zahl 20.000 ist also eine Höchstzahl der ermittelten Infektionen.“ Was darüber hinaus über Dunkelziffern (und eine mögliche Infizierten-Zahl von 30.000 bis 100.000) spekuliert wird, ist auch in Kochs Augen Ergebnis „halbbrichtlicher Rechnungen“. In Richtung Gauweiler die Ergänzung: „Ich kann mich nur am heutigen Wissensstand orientieren (...) und danach sind alle Visionen von einer unaufhaltsamen Ausbreitung von AIDS bis zur Entwertung der Bundesrepublik dummes Zeug.“ (faz, 7.7.88, faz, 20.7.88).

### AIDS-Politik wie gehabt

Die Hard-Liner in Bayern (aber keineswegs nur dort) lassen sich durch derlei nicht erschüttern. Schließlich geht es nicht etwa um Medizin sondern um Politik. Als wolle er sich zum Gespräch machen, wies im Mai der bayerische Innenminister seine Polizei an, bei einer infizierten Demo in München sich „mit Gummihandschuhen“ und „fester Kleidung“ auszurüsten und eines „besonders vorsichtigen Vorgehens“ zu befleißigen (faz, 21.5.88). Oder Gauweiler: In einer unter seiner Federführung in 100.000er

Auflage gedruckten Touristen-Broschüre wird, unter dem Slogan „AIDS macht keine Ferien“, schwarz auf weiß fabuliert, „auch bei einem intimen Zungenkuß (bei) eine Infektion nicht ausgeschlossen.“ (faz, 28.7.88). Dieses Unkraut aus der Schreckenskammer ist aber nur das propagandistische Pendant zur bayrischen Justizpraxis, die in einer immer länger werdenden Reihe von Fällen Anklagen und Urteile inszeniert hat, in denen HIV-Infizierte wegen „aufgezwungenen Geschlechtsverkehrs“ kriminalisiert werden. Darunter der Fall eines „Infektions-üblers“, dessen Partnerin durch Infektion und Risiko-Beschuldigung wußte. Mach nichts, so der Staatsanwalt in Kempten, „durch die Körperverletzung“ (IR, 10.7.88). Oder in München — eine Frau wurde durch den Partner nicht angesteckt — „Macht nichts, so das Gericht, „gefährliche Körperverletzung“ (ein Jahr ohne Bewährung). Bemerkenswert außerdem, was das Gericht verlangte: „Die Straf-kammer appelliere an den Gesetzgeber, daß eine gesetzliche Regelung (...) gefunden werde“, damit ein Infizierter auch dann keine „Verletzung“ begehen könne, verurteilt werden könne. (faz, 21.4.88). Neben der Gauweiler-Politik und der Gauweiler-Wissenschaft natürlich auch die Gauweiler-Justiz.

Zur Korrektur aber bei an zwei ergänzende Meldungen erinnern: „Anders als Bayern setzt Hessen (...) auf die vorbeugende Aufklärung, Beratungs- und Betreuung“ etc. pp. erklärte der hessische Sozialminister ganz bismarckisch: „Tatsächlich: ganz, denn, wie es weiter heißt: „Träger der Infektion ist die „Absonderung von sogenannten uneinsichtigen Prostituierten, in Einzelfällen gut.“ (faz, 6.5.88). Und fast zeitgleich wurde ein „absonderliches Rumhanteln“ bekannt wonach die gewerkschaftseigene Versicherung „Volksfürsorge“ ein verdecktes AIDS-Raster führt, um AIDS-Verdächtige auszusondern. Nach Branchenjargon geht es darum, den „Gesundheitsfrei von AIDS-Risiken zu halten“ (faz, 13.5.88).

R. Antifa-Kommission, Hamburg



# Die Katastrophe ist schon passiert

## Eine NS-Firma und ihre Kritiker

Es kommt nicht sehr häufig vor, daß Kapitalisten aufgrund von Protesten ihre Koffer packen und abhauen. Noch seltener sind solche Erfolge zu verbuchen, wenn es sich um eine Firma handelt, die nicht nur eine Menge Geld, gute Beziehungen zu den Behörden, bis vor kurzem „namhafte“ Anteilseigner (Degussa, Bayer AG), sondern auch eine 60jährige Firmengeschichte zur Verfügung stehen. Die Rede ist von der „Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung“ (Degesch), die der SS seinerzeit 23.000 kg Zyklon B verkaufte (wir berichten in AK 285). Ein kleiner Erfolg ist es wohl, daß die Degesch nun den Antrag auf Erweiterung ihrer Produktionsanlagen in Frankfurt zurückgezogen und die Verlagerung ihrer gesamten Produktion aus der Stadt angekündigt hat. Freilich produziert die Degesch nach wie vor in Laudenbach (Odenwald) und auch außerhalb der BRD, darunter in Südafrika und Chile.

Von der Öffentlichkeit praktisch unbekannt, existierte die Degesch still vor sich hin, bis sie sich mit dem Antrag auf Erweiterung im Frühjahr 1987 selbst ins Gerde brachte. Es passierte das, was heute häufig passiert, wenn Chemiefirmen, noch dazu solche, die wie die Degesch giftige Gase produzieren, erweitern wollen. Umweltschützende Menschen stellen Recherchen an, warnen vor Gefahren usw. Das Ökoinstitut in Darmstadt listete die Giftstoffe auf, schnell waren 600 Unterschriften gesammelt. Bürgerversammlungen bewerkstelligten die Gegenüberstellung von Degesch und Frankfurt-Rundschau sowie zur Berichterstattung.

Weitgehend überrascht von der Existenz der Degesch reagierte aber auch ein Teil der antifaschistischen Szene in Frankfurt. Eine Degesch-Initiative trug z.T. seit langem existierendes Material über die Firma zusammen, wie kam das Zyklon B in die Vernichtungslager, was wußte die Degesch über die Verwendung des Gases, wer waren die Verantwortlichen was passierte mit ihnen nach dem Krieg?

Während die Forderungen der Umweltschützer darauf hinausliefen, der Degesch die beantragte Erweiterung zu ver-

sagen, kam die antifaschistische Initiative zu dem Schluß, daß die Existenz dieser Firma unabhängig von irgendwelchen aktuellen Umweltgefährdungen ein Skandal sei und die Degesch verboten werden müsse. Während die Bedenken der Ökologen und ihre Forderungen abgedruckt wurden, hat es z.B. die FR bis heute geschafft, nicht ein einziges Mal die Erwähnung nach einem Verbot der Degesch auch nur wiederzugeben.

Die Recherchen über die Firma ergaben, daß die Degesch-Geschäftsführung sehr wohl über die Verwendung des Gases Bescheid wußte. So wurde auf Drängen der SS ein normalerweise der Blausäure beigemischter Geruchswarnstoff entfernt, damit die Tötungsrate erhöht werden konnte. In einem 1949 gegen ihn angestrengten Prozeß rechtfertigte der damalige Degesch-Geschäftsführer Peters dieses Verfahren damit, es habe den Tod im Gas „humaner“ machen sollen. Während der Geschäftsführer und der Prokurist einer Degesch-Vertriebsfirma 1946 von einem englischen Militärgericht in Hamburg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, ging es Peters vor der deutschen Justiz besser, er beschäftigte bis 1955 sieben Instanzen, dann hatte er seinen Freispruch in der Tasche. Danach erwarb er Patente am Katalysator-Bau und wurde schließlich in eine „Bundeskommission zur Bekämpfung der Luftverschmutzung im Ruhrgebiet“ berufen. Vom Vorsitzenden des „Arbeitsausschusses Raumordnung und Epidemiebekämpfung“ im Nazi-Kriegsministerium und Zyklon-König zum Umweltschützer — eine beispiellose Karriere!

Mit den Gewinnen aus den Zyklon-Geschäften und den bewährten Geschäftspartnern ließ sich für die Degesch nach 1945 trefflich weitermachen. Die Degussa blieb Anteilseigner (57,5%), den ebenso großen Anteil der inzwischen (und seit 1971) Farben Ltd. sowie überliefert die alte Familienfirma Hoyer AG. Die Degussa stellte in Hanau-Wolfgang, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Atombetrieben, ein Gelände zur Verfügung. Formell eine selbständige GmbH blieb die Degesch bis 1985, was sie seit ihrer Gründung in den 20er Jahren stets gewesen war: eine ausgegliederte Giftgas-Spezialabteilung der Degussa. Auch die Produktionspalette änderte sich nicht, es hatte sich ja alles bewährt. Zyklon wird „mit Rücksicht auf die Geschichte“, so die FR, in der Geschäftsführung, heute in der FR, unter dem Namen Cyanosil vermarktet. Als „und weitet als Zyklon“. Es ist eine zurecht ein behändlich genehmig-

tes „Schadungsbekämpfungsmittel“. Gas zur Beseitigung von wasserhaltigen Schadstoffen in Gesteinsproben, Massen etc. eingesetzt wird.

Antifaschismus haben in Hessen — und viele anderen Abte — auch noch an der Endlösung verdient zu haben und dafür in keiner Weise zur Rechenschaft gezogen worden zu sein, das läßt nur einen Schluß zu: hier hat sich sogar Auschwitz gelohnt! Die Konsequenzen aus den ganzen Recherchen der antifaschistischen Initiative lagen auf der Hand: es muß endlich Schluß sein mit der Degesch und ihrem Zyklon und zwar für immer. Solange diese Firma existiert, ist sie wie ein nachträglicher Hohn auf die im Gas ermordeten Menschen, denn eine irgendwie geartete Wiedergutmachung kann es für dieses Verbrechen nicht geben.

Während die Befürchtungen der Umweltschützer die Erörterungen über die Gefährlichkeit roten und weißen Phosphors, die Brandgefahr, die Lager- und Transportrisiken usw. verhältnismäßig breit publiziert wurden, blieb die Degesch-Vergangenheit nahezu völlig außen vor. Sämtliche Bemühungen der Degesch-Initiative, die Ergebnisse ihrer Recherchen und die Forderung nach einem Verbot einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, prallten an einer großen Koalition des Schweigens ab. Ob in der regierenden CDU oder der SPD, in der Frankfurter Rundschau oder über weite Strecken auch in der taz, im Ökoinstitut Darmstadt oder in den Bürgerinitiativen und in Teilen der Frankfurter ÖRÜNEN, man war sich einig, die technisch-ökologischen Bedenken zu diskutieren, aber die Vergangenheit rauszuhalten. Die Bürgerinitiative äußerte in entwerfender Öffentlichkeit die Befürchtung, ihre Argumente gegen die Degesch würden in den Hintergrund gedrängt werden.

Das Verdienst diesen Konflikts auf den Punkt gebracht zu haben gebührt jedoch den ÖRÜNEN im Frankfurter Rundschau. Während sich die drei fundamentalistisch orientierten PalamentarierInnen den Forderungen der Degesch-Initiative angeschlossen, erstellte die Real-Mehrheit der Fraktion einen eigenen Antrag. Der Magistrat wird dann aufgefordert, gegen die Erweiterungsanfrage der Degesch vorzugehen. Ferner forderten die Realen: „Der Magistrat entwickelt in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Vorschläge für eine Produktionsumwandlung der Fa. Degesch und unterstützt diese bei der Umsetzung.“ In der Begründung zu dem Antrag heißt es: „Angeichts der ökologischen Unverträglich-

keit und Sinnlosigkeit der Produkte und Produktion sowie der NS-Vergangenheit der Fa. Degesch ist hier die einmalige Weraussetzung für ein Modellprojekt gegeben, von ökologisch unverträglicher zur verträglichen Produktion überzugehen.“ Man kann es kaum klarer ausdrücken: Tausche NS-Vergangenheit gegen „ökologisch sinnvolle“ Produktion. Die Ökologie als Modell grüner Versöhnungswünsche und als Gipfel grüner Vergangenheitsbewältigung, die Erwartung, die Degesch möge — mit staatlicher Hilfe, versteht sich — endlich etwas „verträglicher“ produzieren. Aus der FR schlossen Fraktionen des Kapitals, die man sich vorstellen kann, aus Auschwitz Profitieren macht man Hersteller „sauberer und sinnvoller Produkte“ und die Welt ist wieder in Ordnung!

Eine herausragende Rolle bei der Verdrängung der Degesch-Vergangenheit aus der öffentlichen Diskussion spielte die Frankfurter Rundschau. In 13 Artikeln zwischen Juni 1987 und Juli 1988 hat es die FR nicht ein einziges Mal fertig gebracht, die Tatsachen, auf deren Basis sich die Degesch-Initiative in detailierten recherchierten Vergangenheiten der Degesch zu berufen. Diese beachtliche Verdrängungsleistung ist um so bemerkenswerter, als umkehr der heutigen Degesch-Geschäftsführung nicht nach Gelegenheit gegeben wurde, sich gegen angeblich „ungerechtfertigte Vorwürfe“ zu verteidigen. Stattdessen hat die FR in ihrer Berichterstattung fast ausschließlich die ökologischen Bedenken wiedergegeben und obendrein noch Antifaschisten beschimpft. So nahm das Blatt den offiziellen Erörterungstermin über die Degesch-Erweiterungspläne zum Anlaß für einen Bericht „Unter der Überschrift: „NS-Opfer und junge Empörung“ erwähnt der Autor verständnisvoll den Auftritt von Peter Gogol, Jude, VVN-Mitglied und Mitglied der Lagergeheimhaltung Auschwitz, der einen Entwurf seiner Familie in den Gaskammern der Nazis verloren hat. Anschließend notiert sich der Artikel jedoch über „junge Empörung“, die es mit „lauter Stimme“ oder empörender Gestus nicht lassen konnten, immer wieder auf die Degesch-Vergangenheit zu kommen, die natürlich auf einem Erörterungstermin über die Ausbaupläne der Firma nichts zu suchen habe. Zeitgeist ist la FR. Das heuchlerische Verständnis gegenüber den Opfern dient nur dazu, die Sache selbst — die Anlage — um so heftiger zurückzuweisen.

Mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus wird — als

lich akzeptiert, Schuldbekennnisse abzugeben (die freilich überhaupt keine Konsequenzen mehr haben), zu gedenken, zu trauern usw. Aber wer heute noch einseitig anklagt, denunziert, kapitalistische Interessen und Verbrechen im Nationalsozialismus enthält und auf etwas so Eitlichem wie Rache oder Genußgung besteht, der befindet sich völlig im Abseits. Es ist diese von Weizsäcker gerade für liberale Publikum so trefflich gebaute Schlußstrich Mentalität, die sich wie ein roter Faden durch die Degesch-Berichterstattung der FR zieht, einer Zeitung immerhin, die weit über die BRD hinaus antinazistisches Ansehen besitzt. Und es ist ein weiteres Phänomen, der mehr als ein Jahr dauernden Diskussion über die Degesch in Frankfurt, daß sich die neudeutsche Versöhnungsmentalität so ausgezeichnet mit der Ökologie verbindet. Diesen Gedanken hat gerade die FR, sozusagen bis zum Ende, krampfhaft beibehalten.

Die Degesch hat das Handtuch geworfen und baut zumindest aus Frankfurt ab. Ihr wichtigstes Kapital, das sie nach 1945 besessen hat, ist zerstört worden: die Anonymität. Selbst diejenigen, die sich seit einem Jahr krampfhaft die Ohren zugehalten haben und nichts hören wollten, wissen es natürlich längst: es geht nicht um ein Chemieunternehmen XY. Um auch noch bei ihrem Abzug das Publikum zu narren, erklärt die Firma, es seien die „chemiefeindlichen Strömungen“, die hierzulande Neuanvestitionen unmöglich machen. Außerdem habe die Stadt Frankfurt eine seit Monaten fällige Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren verschleppt. Der CDU-Magistrat als Hort „chemiefeindlicher Strömungen“ — da wird man von Hochstuf bis Wallmann herzlich gelacht haben.

In dem förmlichen FR-Bericht über die Abwanderungspläne wird am Schluß in fünf Zeilen berichtet, der Degesch sei „u.a. wegen der NS-Vergangenheit“ aus der Stadt vertrieben worden. „Der NS-Regime das Blausäuregas Zyklon B für die Todeslager geliefert zu haben.“ So wird das wichtigste zur Nebensache erklärt, und es wiederholt sich ein bei Politiker-Redaktionen einstudiertes Ritual: der Schein muß gewahrt bleiben. Ehrenwort Leute, es war nicht das Zyklon B, es waren die „chemiefeindlichen Strömungen“.

Über der ganzen Degesch-Diskussion hat immer die Frage gestanden, was eigentlich gefährlicher und skandalöser ist: daß diese Firma überhaupt noch existiert oder daß infolge des Umgangs mit hoch-

Fortsetzung auf Seite 30

# Greisen-Kabinett im Hörsaal

Die Frankfurter Uni entspricht leider schon lange nicht mehr dem Ruf, eine „Ansammlung von Systemkritikern und Chaoten“ zu sein. Heute gehen die 30.000 Studenten, die sich unter dem Namen Johann Wolfgang v.G. einschreiben lassen, ernst und gewissenhaft ihren Fachstudium nach und bemühen sich, die in sie gesetzten Erwartungen ordentlich zu erfüllen. „Es ist an der Zeit“, so eine Perspektivstudie der Unileitung, „daß die Frankfurter Universität die Chance erhält, ihre Entwicklung der Bedeutung der Stadt und der Region wieder mehr angleichen zu können, als dies in der Vergangenheit möglich war. Die Hochschule kann heute wieder auf das Interesse und die Unterstützung durch die Frankfurter Wirtschaft, das Bürgertum und die Politik zählen. Dies gibt der Universität die Hoffnung, wieder die Integration in ihr Umfeld erreichen zu können, die sie einst innehatte.“

Um diese noblen Zwecke bemüht sich eine Vereinigung von Freunden und Förderern (VFF) der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main e.V. Ihr gehören so illustre Vorstandsmitglieder an wie:

- Dr. Hanns C. Schroeder-Hohenwarth (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Berliner Handels- und Frankfurter Bank)
- Prosper Graf zu Castell-Castell (ehem. Vorsitzender des Vorstandes der Frankfurter Versicherungs-AG)
- Dr. Manfred Schiedemair, Rechtsanwalt und Notar

- Dr. Karl Feldmann (Mitglied des Vorstands der Degussa AG)
- Dr. Horst Burgard (Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank)
- Dr. Volker Grellert (Direktor der Metallgesellschaft AG)
- Herbert Wolf (ehem. Generalbevollmächtigter der Commerzbank AG)
- Präsident, Vizepräsident und Kanzler der Uni Frankfurt
- für den Bewilligungsausschuß des Sonderausschusses für Forschung: Dr. Toralf Blydt Hansen, Vorsitzender des Geschäftsbereiches Marine- und Sonar-technik der AEG

Diese schwerintellektuellen Kreise präsentieren der Studentenschaft eine Vortragsreihe „Beruf als Erfahrung“ (also nicht etwa zum Lustgewinn, wie man vielleicht denken könnte). Mit von der Partie ist der Suhrkamp-Verleger Siegfried Unseld. Als „spiritus rector“ der Reihe kommentiert er die eingeladenen Vortragsredner: „Personen, die in ihrem Beruf erfolgreiches, Prägendes, Vorbildliches geleistet haben, lebendig zur Anschauung zu bringen.“ Dem völlig zu Unrecht progressiv als „neugewonnen“ eingetragene Verleger schwebt nachfolgende Personfiktur an als Vorbild vor:

Prof. Dr. Lazarus Philipp, der an der Frankfurter Universität ein Jahr ausgerechnet auf dem NS-Zugkreuz zum Besten gab, daß in der NS-Zeit „der akademische Unterricht an den Universitäten ... erheblich weniger gestört oder verzerrt“ gewesen sei, „als die Öffentlichkeit sich das heute vorstellt.“ (Sartre —

Ein Kongreß, Rowohlts Enzyklopädie 1988, S. 40).

H.L. Merkle, 1985 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank und der Bankhausgenossenschaft GmbH Stuttgart, stellvertret. Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Linoleum Werke in Bietighausen, der Allianz-Versicherung in München, Aufsichtsratsmitglied der BASF von VW und Präsidiumsmitglied des BDB.

— Bundesgeneral Wolf Graf von Baudissin, früherer Generalinspektor der Bundeswehr, heute nach eigenen Aussagen „Freier Unternehmer“.

Ein FAZ-Lehramtsler Hermann J. Abs, Ex-Chef der Deutschen Bank, des deutschen Kapitals, der deutschen Politik und überhaupt, heute Mäzen der schönen Kunst.

— Exzentrischer, heute Russenmusikant, ehemals Benz- und besessener „Sieg a Demokratie“.

Zur Einleitung des „neuen“ Verbindens der Studenten in bewährte Bahnen zu neuen. Dazu bedarf es einer einmaligen ethischen Grundidee. Prof. Gadamers letzte die Veranstaltungsreihe mit einem Vortrag ein, der u.a. die „Vorbilder und ihre Funktion“ zum Thema hatte. Am 12. folgte H.L. Merkle mit seinem Auftritt. Dieses Vorbild war „ab 1942 Hauptgeschäftsführer des Zwangs-kartells „Reichsvereinigung Textilveredlung“ und ab 1943 Mitglied der „Arbeits-schweren Rafelberger“ im Reichsministerium für Rüstung und Kriegswirtschaft.“ Der Linken Liste, die diese Nebensach-

lichkeiten zu bedenken gab, antwortete Unpräzident Ring mit dem Verweis auf die wichtige Funktion des berufserfahrenen Vortragenden in der deutschen Wirtschaft. Die Veranstaltung selber sollte demnach erst recht ohne kritische Diskussion über die Bühne gehen. So hatte die Universitätsleitung für Merkle einen 20köpfigen Sicherheitsdienst angeheuert, der potentielle Kritiker, die sogenannten „Störer“, per Gesichtskontrolle vor der Tür halten sollte. Eine Hundertschaft der Polizei verewaltständige das Bild. Als sich daraufhin Protest vor der Tür ankündigte und sogar Professoren das Vorgehen des Präsidenten für „hochgradig unsensibel“ erklärten, wurde es Ring ungemütlich. Er forderte die Polizei, auf das Feld zu räumen, war aber nicht mehr Herr des Geschehens. Wenn es um verdiente Wirtschaftsführer geht, entscheidet sich die Polizei schweigen Herzens für die Redefreiheit. Sie blieb und Merkle redete.

Hatte die Presse zunächst in gewohnter Manier und voraussetzendem Gehorsam den Polizeibericht differenziert gegeben, folgte tags darauf etwas differenziertere Darstellungen des Geschehens. Die Argumente der Kritiker, von Ring zuvor als „terroristisches Verhalten“ diffamiert, fanden zum Teil Eingang in die Berichterstattung.

Möglicherweise steht der Frankfurter Öffentlichkeit noch einige Erregung um diese Vortragsreihe ins Haus. Insbesondere die geplanten Auftritte von Bankchef Hermann J. Abs und Mercedes-Boß Ed-

zard Reuter dürfen den Debatteverfreudigen Gesprächsstoff und den Polizei- und Sicherheitsdiensten Überstunden beschaffen. Die Deutsche Bank, die mächtigste der BRD, hatte in der Nazi-Zeit kräftig an „Arisierungen“ jüdischer Unternehmen und jüdischen Privatbesitzes profitiert. So lag es auch ganz in der Nachkriegslogik, daß ausgerechnet Hermann J. Abs die Verhandlung über westdeutsche „Wiedergutmachungsleistungen“ mit Israel und der Conference on Jewish Material Claims against Germany Inc. im Namen der Bundesregierung führte und in deren Verlauf die jüdischen Forderungen von 3 Mrd. Dollar auf 715 Mio. Dollar drückte. Eine der lehrreichen Berufserfahrungen dieses Herrn, aber fraglich ist dennoch, ob die Frankfurter Studenten bereit sind, sich solches in aller Ergebenheit anzuhören wie die Kommilitonen Kohl oder Waumann.

Die Aktionen, die an der Uni von der Linken Liste getragen wurden, haben anscheinend schon Wirkung gezeigt, indem Abs nach Meldung der „FAZ“ vom 17. wieder eingeladen wurden ist. Die Zeitung, hinter der nicht zuletzt die Deutsche Bank steht, meldet bereits ihre Zweifel an der „Glaubwürdigkeit“ der Universität an. Wird wohl doch aus der Forderung. Wie das letzte Wort in Sachen Abs auch ausfallen wird, auch dem Rüstungsboß Reuter möge ein Uni-Auftritt zuteil werden, der eine neuartige Berufserfahrung ist.

KB-Gruppe FFm.









Quellen:

- (2) Zeit Magazin v. 11.3.88
- (3) Susan Wright: Die Sozialgeschichte der Kon-  
troversen um die Racialdramen D45 in den USA  
um Gleichheit der Chancen und Rassen 10  
Die ungeklärten afroamerikanischen de- GT  
Dokumentation eines Symposiums ? 8.3.86 in  
Heidelberg
- (4) Neue Register 43. März 1978
- (5) aus E'terica Barbara Meeling, Behende Ma-  
ryland August 1976 Transkript 44.45
- (6) Tintenbräutchen Jahrgang der 11. Tagung des  
Recombinant Molecule Program Advisory Com-  
tee NIH 27.284.5
- (7) Susan Wright 51
- (8) Susan Wright 50







Vertrieb: Straßenmedizin, c/o FUU,  
Hohenesch 63, 2 Hamburg 50

den zugewandt, eines halbjährigen Programms durch Aktionen in einzelnen deutschen Städten (Hamburg, Rhein-Main und anderswo) und in Berlin durch ein Konzept des „BÜro ungewöhnliche Maßnahmen“ unter Motto: „Die Schein-Heiligen kurieren“, in dessen Mittelpunkt Dollar-tragende Bankier stehen sollten.



## Internationale Schuldenkrise, Teil III:

## Über mehr oder weniger alternative Krisentherapien

Jenseits des konservativ-neoliberal geprägten imperialistischen Krisenmanagements zur Bewältigung der internationalen Schuldenkrise mit dem Ergebnis einer weiteren Krisenverschärfung (vgl. AK 296, S. 6) existiert inzwischen ein recht anspruchsvoller Markt über mehr oder weniger alternative Lösungsmöglichkeiten. Die bevorstehenden Jahreshauptversammlungen von IWF und Weltbank in Westberlin veranlassen auch ein relativ breites Spektrum der westdeutschen Linken, sich mit Ursachen, Verlauf und möglichen Auswegsszenarien zu befassen. Im folgenden soll daher ein kritischer Überblick über diese Diskussion und mögliche Auswege aus der Schuldenkrise gegeben werden.

## Die Sozialdemokratie — auf den Spuren der Konservativen

In einem Bundestag-Antrag formulierte die SPD-Fraktion ihre „alternativen“ Angebote zur Lösung der internationalen Schuldenkrise (vgl. „Frankfurter Rundschau“, 2.10.87). Darin erkennt die SPD die Schulden der Länder der „3. Welt“ unstrittig an und fördert für den Bereich der öffentlichen Schulden einen Teilschritt bis völligen Schuldenerlass für die ärmsten „Entwicklungsländer“ in den Saharastaten Afrikas — übrigens in voller Übereinstimmung mit den Positionen der Bundesregierung.

Gegenüber den Ländern Lateinamerikas befürwortet die SPD eine „reduzierte“ Schuldentilgung.

Die SPD fordert eine „reduzierte“ Tilgung der Zahlungs- (Geldtransfers) und Zinsbelastungen (Zinsbelastungen) um eine Gefährdung des gesamten Kapitalismus zu vermeiden. Darüber hinaus werden Zinsobergrenzen sowie eine Koppelung des Schuldendienstes an 20% der jährlichen Exporte der Schuldnerländer vereinbart.

In Einzelfällen und im Rahmen eines umfassenden Konzepts tritt die SPD auch für die „debt-to-equity-swap“ Geschäftskreis der Umwandlung der Schulden in Aktien.

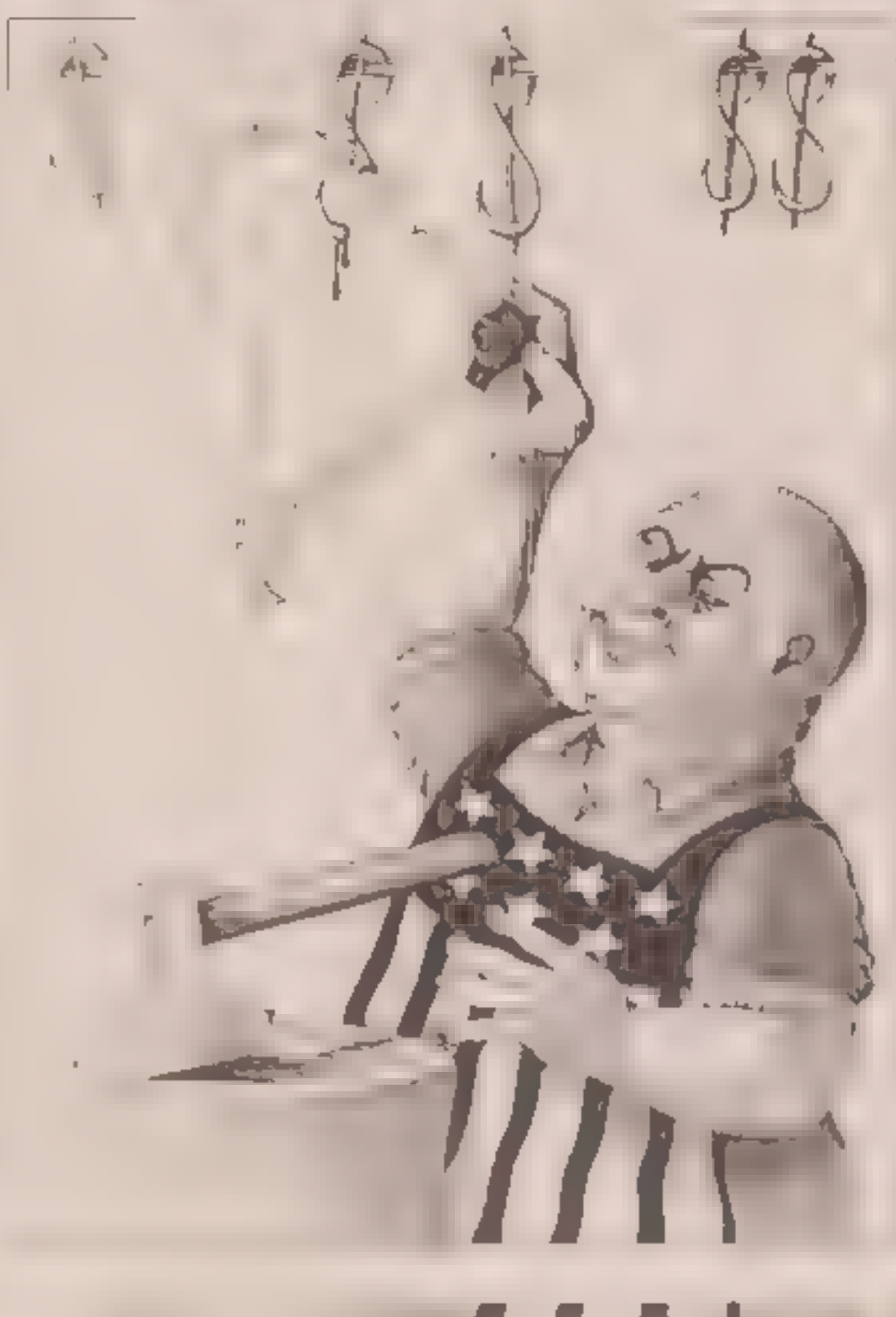
Die SPD fordert, ein „während des Schuldnerlebens“ eingehaltene, in ihren Schuldenverhältnissen „Grundbedürfnisse“ der Menschen dort „berücksichtigt“ werden müssen.

Die bisherige Außenpolitik von IWF und Weltbank lehnt die SPD zwar ab, aber die Schuldnerländer müssten gewisse „soziale Kriterien“ für die IWF u.a. „soziale Mindeststandards“, die Einstellung der Rüstungsexporte und die Bekämpfung der Kapitalflucht an. Im Gegenzug dazu sollten die imperialistischen Länder ihre Märkte öffnen, Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise ergreifen, den EG-Agrarmarkt reduzieren, die Entwicklungshilfe erhöhen und die ausländischen Direktinvestitionen auch noch verstärken. Ziel dieser Maßnahmen sei es, mehr Kooperation zwischen Gläubigern und Schuldner herzustellen.

Die der Schuldenkrise zugrundeliegenden Machtverhältnisse sollen also nicht angetastet, das ganze imperialistische Außenmanagement jedoch in eine mehr oder weniger konsensuale mit den Ausgebeuteten gesichert werden.

Dazu hat die SPD eine weitere Stärkung von IWF und Weltbank für erforderlich, um die langfristigen Wachstumsbedingungen bei „sozialer Verträglichkeit“ in den Ländern der „3. Welt“ sicherzustellen. Die SPD fordert nichts geringeres als eine stärkere Kontrolle der Politik der Gläubigerländer durch den IWF, also eine Art „Selbstkontrolle“, die Rüstungshaushalte der Schuldnerländer münden stärker in die Außenpolitik einbezogen werden, der IWF müsse seine Quoten erhöhen und das Stimmrecht der „Entwicklungsländer“ sei im IWF „zu verbessern“.

Den privaten Gläubigern, also den Banken, wird empfohlen, zumindest teilweise auf Zins- und Tilgungseinnahmen aus den Schuldnerländern zu verzichten und stattdessen mehr finanzielle Mittel für ausländische Direktinvestitionen der Kapitalisten bereitstellen. Um einen langfristigen Kapitaltransfer von Nord nach Süd sicherzustellen, sei mehr „Markteffizienz“ erforderlich. Dazu befindet sich die SPD in bester Gesellschaft mit dem Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Konkret auf die BRD bezogen



stellt die SPD folgenden Forderungen in der BRD:

— den ärmsten „Entwicklungsländern“ Afrikas sollten die öffentlichen Verbindlichkeiten erlassen werden.

Die Rückflüsse aus gegebenen öffentlichen Darlehen sollten von 10% auf 5% gesenkt werden, die öffentlichen Darlehen sollten von 10% auf 5% gesenkt werden, die öffentlichen Darlehen sollten von 10% auf 5% gesenkt werden.

Die BRD sollte 1 Mrd. DM aus dem Auslandskredit abzurufen und der Weltbank zur Verfügung stellen.

Alles in allem knüpfen die SPD Vorschläge zum Teil an die Forderungen der Bourgeoisie in den Ländern der „3. Welt“ an (Aufstocken der Zinsquoten bei IWF und Weltbank, bessere Rückzahlungsmodalitäten), zum Teil entsprechen sie den herrschenden konservativen Konzeptionen (Linschuldungen, Teilschuldenerlass für die ärmsten Länder Afrikas, Stärkung der Direktinvestitionen, Festhalten an einer „sozialdemokratischen“ Außenpolitik usw.). Die bestehenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Imperialismus und „3. Welt“ bleiben unangetastet, die existierenden Widersprüche und Machtverhältnisse sollen möglichst kooperativ geregelt werden.

## Ein „keynesianischer“ Ex-Banker sorgt sich um „seine“ Banken...

Weitergehend sind da schon die Vorschläge des Sozialdemokraten Wilhelm Haniel, ehemaliger Chef der Hessischen Landesbank und Währungspezialist. Prof. Haniel setzt sich für eine weitgehende Schuldentilgung ein, die der Einsicht folgt, daß die Schuldnerländer ihre Verbindlichkeiten nur aus riesigen Exportüberschüssen tilgen können. Um diese riesigen Exportüberschüsse in jährlicher Höhe von ca. 160 Mrd. US-Dollars zu erzielen, müssen die imperialistischen Staaten umgekehrt wachsende Importüberschüsse und negative Zahlungsbilanzen in Kauf nehmen und obendrein binnenwirtschaftliche Wachstums- und Arbeitsplatzverluste. Da dieser Weg illusorisch sei, tritt Haniel für ein Modell der partiellen Schuldentilgung im Einvernehmen zwischen Gläubigern und Schuldner nach dem besten wirtschaftlichen Vergleichswertverfahren ein.

Haniel argumentiert, daß die Kredite an die „3. Welt“ ihrer Funktion nach Entwicklungshilfe Kredite gewesen seien. Daraus folgt er, daß die Regierungen der Gläubigerländer den Banken ihre For-

derungen über die Entwicklungshilfe-Einnahmen abkaufen sollten. Der Staat übernimmt also für eine gewisse Zeit den Schuldendienst mit „ausreichenden Folgen für die Bankwelt“, die ihre „faulen“ Kredite nicht mehr abwickeln müssen. Die Banken wären aus dem Schneider der Verluste und zu Lasten der Bevölkerung in den imperialistischen Metropolen sozialisiert. Die jährliche Entwicklungshilfe beläuft sich derzeit auf etwa 50 Mrd. US-Dollars, und um diese Summe wären die Länder der „3. Welt“ zunächst entlastet. Haniel fordert von den Banken allerdings auch einen Preis: sie sollen die bisher schon wertberichtigten Forderungen endgültig abschreiben, was jährlich ungefähr 50 Mrd. US-Dollars ausmachen würde, so daß summa summarum ca. 100 Mrd. US-Dollars jährlich entschuldet würden.

Entscheidender Punkt bei Haniels Vorschlägen ist, daß die staatlichen Entwicklungshilfe-Einnahmen der Gläubigerländer zwar den Devisentransfer mit den Banken übernehmen, ohne den Ländern der „3. Welt“ jedoch die Schulden zu erlassen. Die Schuldtilgung soll vielmehr in nationaler Entwicklungsbudgets fließen, um in heimischer Währung das dortige Wachstum anzukurbeln.

Die Frage, wie eine Neuauflage des Verschuldungsprozesses nach längerer weggehabener Entschuldigung ausbreiten werden könnte, beantwortet Haniel mit der Feststellung: Diese Warnung ist die herrschenden Klassen in den Ländern der „3. Welt“ wichtig, weil sie sonst Gefahr laufen, sich selbst zu vernichten. Die Regierungen der Länder der „3. Welt“ als Gegenleistung für die Abnahme ihrer Schulden durch die Entwicklungshilfe-Einnahmen der Gläubiger, ihren Schulden und aus dem wachsenden Importüberschüssen und negativen Zahlungsbilanzen, die die Banken wiederum den Staatshaushalten jedoch durch Minuereinnahmen belasten. Dabei ist der Bankenkongress Haniel, das heutige Bankengeschehen nicht an. Das ist die entscheidende Frage, die die Öffnung und ökonomische Kontrolle der Bankenbilanzen, die die Sozialisierung der Bankenverluste auf eine bloße staatliche Subventionierung der Banken hinausführt. Ein Vergleichsverfahren hätte also nicht nur zwischen Gläubigern und Schuldner zu gehen, sondern zwischen Staat und Banken. Eine Milderung der

Auch Haniels Verweis auf den damaligen „Marschall Plan“ für Westeuropa, bei dem sich ein solches Programm unter den heutigen stagnativen Wachstumsbedingungen in den Ländern der „3. Welt“ kaum wiederholen ließe.

Denn auch wenn Kapitalfonds vorhanden wären, so würde dieses Kapital erst dann produktiv investiert, wenn entsprechende Profitraten erzielt werden könnten. Die immer wieder angeführte und als „rangerne Kapitalflucht“ aus den verschuldeten Ländern ist jedoch eher ein Beleg dafür, daß sich produktive Investi-

tionen in den Ländern der „3. Welt“ nicht lohnen, da sich dort kein Kapital anlagern kann.

Die zweite Hälfte der sich so realitätsfremd darstellenden Forderungen der Memo-Gruppe stellt sich dem Problem einer internationalen Organisation, die den privaten Schuldenberg übernehmen würde. Eine solche auch von Altvater befürwortete internationale Schuldenagentur ist jedoch nicht in Sicht, weil (1) die Regierungen der imperialistischen Staaten darauf vorzogen, daß die Privatschulden auch Privatsache der Banken seien, (2) die der Staat nicht hätte und (3) die imperialistischen Staaten eine globale Schuldenregelung wegen ihrer bevorzugten „case-by-case“ Behandlung ablehnen.

Außerdem wurden die Gläubiger mit noch einem Schritt die Unerschütterlichkeit der Forderungen eingestrichen, was ihre politische Verhandlungsposition schwächen würde.

Wie bei Haniel, so fehlt auch bei der Memo-Gruppe vollkommen der Hinweis darauf, daß eine solche internationale Entschuldigungsstrategie eine Offenlegung der entsprechenden Bankenbilanzen voraussetzen würde, um eine vollig unkontrollierte Banken-Subventionierung zu verhindern. Geschähe das nicht, würden die Banken solchen Plänen unter Umwandeln und unter anderen Bedingungen als heute zustimmen, denn sie könnten dann ihre Verluste an die Staatshaushalte ihrer Regierungen weitergeben, deren Kosten die Bevölkerungen in den Metropolen zu tragen hätten. Die Banken wären aus dem Schneider.

Problematisch erscheint auch der Vorschlag der Memo-Gruppe, die ursprünglichen Forderungen in Zwangsausleihungen umzuwandeln und die Nutznießer der Schuldenkrise in der „3. Welt“ zur Kasse zu bitten. Zum einen existieren bzw. kursieren völlig unterschiedliche Zahlen über die Größenordnung der Kapitalflucht aus den Schuldnerländern, die von der Memo-Gruppe angeführte Zahl von 200 Mrd. US-Dollars — Auslandsguthaben gibt das derzeit geschätzte Maximum wieder.

Zum zweiten jedoch erfolgte die „Kapitalflucht“ aus unterschiedlichen Gründen. Zum Beispiel die wirtschaftlichen knappen Devisenreserven dem Zugriff des IWF zu entziehen. Nicht unerhebliche Devisenbestände befinden sich u.a. auf osteuropäischen Bankkonten, wo sie vor Zugriff der Gläubiger geschützt sind. Wo es sich um reine Schutzmaßnahmen und wo es sich um spekulative Finanzanlagen zur Bereicherung der herrschenden Eliten handelt, ist nur schwer auszumachen.

Neben dieser Entschuldigungsstrategie schlägt die Memo-Gruppe im Rahmen weiterer Perspektiven eine Neuorganisation der internationalen Währungs- und Finanzsysteme, eine Stabilisierung der

Auch die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ Memo-Gruppe, knüpfend an die Thesen Haniels, in ihrem Memorandum 88 Vorschläge zur Lösung der internationalen Schuldenkrise unterbreitet. Wie Haniel geht die Memo-Gruppe davon aus, daß eine vollständige Bedienung der Auslandsschulden nicht zu erwarten sei und ohnehin „die Weltwirtschaft auf lange Sicht belastet“ würde. Auch hier wird aus der Sicht eines idealen Gesamtinteresses von Schuldnern und Gläubigern argumentiert und nicht aus der Schwäche der heimischen Völker der „3. Welt“, die schon heute mehr als „belastet“ sind.

Die Memo-Autoren ziehen der Fall zu Fall Regelung eine multilaterale Vergleichsordnung vor, ein „international ausgeglichenes Gesamtkonzept“ müsse folgende Punkte umfassen:

— Die öffentlichen Forderungen sind zu streichen, die Kosten tragen die noch aufzustockenden Entwicklungshilfe-Einnahmen der Gläubigerländer (vgl. Haniel).

— Die Entschuldigung der privaten Bankforderungen soll über eine neu einzurichtende internationale Schuldenagentur abgewerkelt werden, in denen die jeweiligen Kapitalgeber vertreten sind, die wiederum parlamentarischen Kontrollen unterliegen.

Diese Schuldenagentur erwirbt alle privaten Forderungen der Banken und die Banken geben ihre Forderungen mit einem 50%igen Abschlag des ursprünglichen Buchwerts ab. Die Refinanzierung dieser Bankforderungen erfolgt über die Ausgabe von Wertpapieren, die wieder im Zwangsweise von denjenigen Schuldner in der „3. Welt“ erworben werden sollen, die sich durch Kapitalflucht usw. bereichert haben. Angeblich würden den ca. 400 Mrd. US-Dollars Auslandsschulden Lateinamerikas 200 Mrd. US-Dollars ausländisches Vermögen gegenüber. Durch diese Schuldenumwandlungen à la Mexico (vgl. AK 296, S. 6) würden sich die gesamten Verhältnisse der Schuldnerländer auf ganze 240 Mrd. US-Dollars und einem jährlichen Schuldendienst von 24 Mrd. US-Dollars reduzieren, die finanzierbar wären.

Voraussetzung ist die Teilnahme an einem internationalen Entschuldigungsprozess, was die „Anleihe“ durch die UN-Menschenrechtscharta durch die Schuldner and.

Wie Haniel will also auch die Memo-Gruppe eine Trennung des Transfers im Devisenmarkt von den anderen Vermögenswerten und die Banken mit umgewandelten Wertpapieren ausstatten, wobei sie einen durchschnittlichen Wertverlust von 50% zu schlucken hätten. Der Kapitalverlust der Gläubigerländer ist also ein Verlust, der die Gläubigerländer zu einem Verlust von 50% führt.

Die zweite Hälfte der sich so realitätsfremd darstellenden Forderungen der Memo-Gruppe stellt sich dem Problem einer internationalen Organisation, die den privaten Schuldenberg übernehmen würde.

Eine solche auch von Altvater befürwortete internationale Schuldenagentur ist jedoch nicht in Sicht, weil (1) die Regierungen der imperialistischen Staaten darauf vorzogen, daß die Privatschulden auch Privatsache der Banken seien, (2) die der Staat nicht hätte und (3) die imperialistischen Staaten eine globale Schuldenregelung wegen ihrer bevorzugten „case-by-case“ Behandlung ablehnen. Außerdem wurden die Gläubiger mit noch einem Schritt die Unerschütterlichkeit der Forderungen eingestrichen, was ihre politische Verhandlungsposition schwächen würde.

Wie bei Haniel, so fehlt auch bei der Memo-Gruppe vollkommen der Hinweis darauf, daß eine solche internationale Entschuldigungsstrategie eine Offenlegung der entsprechenden Bankenbilanzen voraussetzen würde, um eine vollig unkontrollierte Banken-Subventionierung zu verhindern. Geschähe das nicht, würden die Banken solchen Plänen unter Umwandeln und unter anderen Bedingungen als heute zustimmen, denn sie könnten dann ihre Verluste an die Staatshaushalte ihrer Regierungen weitergeben, deren Kosten die Bevölkerungen in den Metropolen zu tragen hätten. Die Banken wären aus dem Schneider.

Problematisch erscheint auch der Vorschlag der Memo-Gruppe, die ursprünglichen Forderungen in Zwangsausleihungen umzuwandeln und die Nutznießer der Schuldenkrise in der „3. Welt“ zur Kasse zu bitten. Zum einen existieren bzw. kursieren völlig unterschiedliche Zahlen über die Größenordnung der Kapitalflucht aus den Schuldnerländern, die von der Memo-Gruppe angeführte Zahl von 200 Mrd. US-Dollars — Auslandsguthaben gibt das derzeit geschätzte Maximum wieder.

Zum zweiten jedoch erfolgte die „Kapitalflucht“ aus unterschiedlichen Gründen. Zum Beispiel die wirtschaftlichen knappen Devisenreserven dem Zugriff des IWF zu entziehen. Nicht unerhebliche Devisenbestände befinden sich u.a. auf osteuropäischen Bankkonten, wo sie vor Zugriff der Gläubiger geschützt sind. Wo es sich um reine Schutzmaßnahmen und wo es sich um spekulative Finanzanlagen zur Bereicherung der herrschenden Eliten handelt, ist nur schwer auszumachen.

Neben dieser Entschuldigungsstrategie schlägt die Memo-Gruppe im Rahmen weiterer Perspektiven eine Neuorganisation der internationalen Währungs- und Finanzsysteme, eine Stabilisierung der

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Rohstoff- und Agrarpreise über Ausgleichsfonds und den Abbau protektionistischer Schranken in den imperialistischen Metropolen vor, um damit eine „kontrollierte Einbindung dieser Länder der Schuldner, Ann. d. Verf.) in die internationale Arbeitsteilung zu verbessern“ (Memo '88). Auch hier wird die bestehende Weltwirtschaftsordnung sowie die gegebenen Machtverhältnisse („kontrollierte Einbindung“) akzeptiert.

Für die Zukunft halten die Linkskynemisten eine Neukreditierung der Länder der „3. Welt“ für erforderlich, weil diese nach wie vor einen hohen Importbedarf nach Investitionsgütern beanspruchten würden. Diese neuen Auslandskredite sollten jedoch überwiegend aus öffentlichen Mitteln bei niedrigen Zinsen und ohne Auslagen gewährt werden. An die Stelle des IWF wird vorgeschlagen, projektbezogene und soziale Auflagen „in Zusammenarbeit mit demokratischen Institutionen des Schuldnerlandes“ zu erarbeiten.

Vorsichtiger und kritischer, aber in die gleiche Richtung mit dem Ziel einer Art Vergleichslösung, argumentiert auch Elmar Altvaer. Er plädiert für eine „gemischte Strategie“, in der bei der Lösung der internationalen Schuldenkrise sowohl den jeweiligen Besonderheiten des Schuldnerlandes ebenso Rechnung zu tragen sei wie den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Solange hat keine wie auch immer geartete „Neue Weltwirtschaftsordnung“ existieren sollte „auf einer Art „Schuldenkonferenz“ zwischen den Beteiligten (Schuldnerländer, Industrieländer, IWF, UNO) eine Lösung in Richtung Begrenzung des Schuldendienstes der verschuldeten Länder gesucht werden“ (Altvaer 1988, S. 326). Dabei müßten die Schulden zumindest partiell erlassen werden, wobei mit Verweis auf Fidel Castro auch zwischen „legitimen“ und „illegitimen“ Schulden zu unterscheiden wäre (siehe dazu weiter unten).

Aberdings sorgt sich Altvaer auch um das Wohl der Banken, es müsse eine „politische Lösung“ dafür gefunden werden, daß aufgrund ausbleibender flows (Zinseinnahmen, Ann. d. Verf.) Banken nicht plötzlich auf Einnahmen verzichten müßten, die ihre Reserven oder Refinanzierungsmöglichkeiten übersteigen, da ansonsten Liquidationsschwierigkeiten zu einer internationalen Kreditkrise führen könnten. Inwiefern sei nicht nur die Situation der Schuldner, sondern auch die der Gläubiger zu berücksichtigen (Altvaer 1988, S. 326).

Nicht nur in diesem Beitrag Altvaers, auch in anderen Beiträgen, etwa der Ökonomen tauchen konsensuale Lösungskonzeptionen zwischen Gläubigern und Schuldern auf mit dem Hinweis, eine all zu einseitige Lösung zugunsten der Banken würde ein allgemeines weltweites Finanzpolitisches Chaos, eine internationale Kredit- und Finanzkrise auslösen, die niemanden nütze und allen schade.

Als zu ängstlich und besorgt sollten sich gerade Linke nicht über das internationale Finanzkapital äußern, ganz abgesehen davon, daß dieses Meier nicht gerade zu den Feinden der Linke zählt. Der Börsen-Crash vom 19. Oktober letzten Jahres, wo auf einen Schlag Wertverluste in Höhe der derzeitigen Gesamtverschuldung der Länder der „3. Welt“ zu bewältigen waren, hat veranschaulicht, daß das internationale Finanz- und Kreditssystem mit Unterstützung staatlicher Zentralbanken ohne weiteres in der Lage ist, solche Wertverluste wegzustechen, ohne daß der allseits beschworene Zusammenbruch der feingegliederten Finanznetze eingetreten wäre.

Die genannten Lösungsstrategien in Form international vereinbarter Vergleichsverfahren, die auf einen teilweisen bis vollständigen Schuldenerlaß mit „alternativen“ Konditionen hinauslaufen und die damit verbundene „Sozialisierung“ der Schulden seitens der Gläubigerstaaten haben den entscheidenden Nachteil, sich ausschließlich auf der monetären, finanztechnischen Ebene zu bewegen, die die Schuldenkrise allein nicht erklären. Dabei wird kaum problematisiert, warum die auf den ersten Blick einsichtig klingenden und scheinbar realitätsfähigen Konzepte in der Praxis keine Rolle spielen, ausschlaggebend für die schroffe Ablehnung selbst partieller Schuldenerlasse seitens der Gläubiger sind zum einen die Preisgabe der Schuldensklaverei, das heißt der politischen Beherrschung der Länder der „3. Welt“ durch die imperialistischen Staaten, die sich in diesem Punkt sehr einig sind, zweitens müßte die Konsequenz dieser Entschuldungsstrategie mitbedacht werden. Es sind die USA, die bei all diesen Modellen die Hauptlast der Folgekosten von Entschuldungen und Wertverlusten zu tragen hätten, weil sie auch am stärksten in die internationale Schuldenkrise als Gläubiger involviert sind, andererseits die pre-

Der kubanische Staatschef und Revolutionäridee Castro, die heute an uns vor, als Anwalt der Schuldnerländer. Schon im 1984 in seinem Bericht an die VI. Gipfelkonferenz der nichtkapitalistischen Länder betont er die Verschuldung als wichtige Ursache der Krise in den unterentwickelten Ländern.

Die Auspressung erfolgt jetzt nicht nur durch den ungleichen Austausch und auslandische Privatinvestitionen, sondern auch durch typische Finanzmechanismen. Ich über den Weg der Auslandsverschuldung. Die Verschuldung der Schuldnerländer kann jedoch nicht die tiefen liegenden wirtschaftlichen Probleme lösen. Castro: Die Senkung der Auslandschulden von Lateinamerika für sich genommen, wird unsere Probleme nicht lösen, sondern nur eine Atempause von einigen Jahren ermöglichen.

Insbesondere die Länder Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Mexiko würde ein Schuldenerlaß den Effekt einer echten Atempause erzielen können. In anderen Fällen würde eine Schuldenerleichterung allein nicht die geringste Wirkung hervorrufen, da weitere Mechanismen (wie geringe Weltmarktpreise für Exporte, hohe Preise für nötige Importe) die wirtschaftliche Erholung dieser Länder nicht zulassen, selbst bei Aufhebung der Zinsknechtschaft.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß es solange keine endgültige Lösung der Probleme gibt, wie das Gesetz der fortschreitenden Verschlechterung der Austauschrelationen wirkt, solange die produktivsten Produkt der kapitalistischen Industrie nicht fließen, solange die Praxis der Dumping-Exporten fortwährend besteht, die Märkte und Exportpreise niedrückt, von denen viele Länder der 3. Welt leben. Solange sie uns Geld von einem bestimmten Wert gehen und auch einen Anreiz zu weiteren Investitionen bieten, solange der Betrag zurückverlangt, solange sie uns Methoden und Rezepte wie die der Chinesen geben, die wir nicht annehmen können.

Man muß sich nicht vorstellen, daß die Schuldnerländer sich selbst in die Sackgasse führen. Die Schuldnerländer werden genauso wenig zurückgezahlt werden können wie die daraus resultierenden Zinszahlungen. Diese These wird mit realistischen Wirtschaftsszenarien untermauert. Der Hauptfehler: „Nicht einmal im Traum sind die Schuldner bezahlbar.“

#### Imperialistische Weltwirtschaft in der Sackgasse?

Welchen politischen Ausweg sieht Castro für die unterentwickelten Länder, um aus der Verschuldungssackgasse herauszukommen?

#### Imperialistische Weltwirtschaft in der Sackgasse?

Welchen politischen Ausweg sieht Castro für die unterentwickelten Länder, um aus der Verschuldungssackgasse herauszukommen?

## „Generalstreik der Schuldner!“

Fidel Castro ruft zur Einheitsfront der Schuldner auf

In einer globalen Neuverhandlung auf Regierungsebene — in einer Neuverhandlung die politisch bei der Unerschöpfung zwischen legitimer und illegitimer Schuld beginnen muß. Erstere muß bezahlt werden, letztere annulliert werden.

6. Grundlage für Castros Verhandlungslösung soll ein Plan sein, der im Interesse aller Beteiligten ist, der aber Vorteile sowohl für die Schuldner als auch für die Gläubiger bringen soll. Ein Rettungsplan für den Kapitalismus, bevor sich der Zusammenbruch nähert, spätestens 1988.“ (7)

„Der count down der „debt crisis“ kann 1988 zu Ende gehen. Falls es den Verschuldeten gelingen sollte, die 1985 fälligen Zinsen zu honorieren, werden sie ihre Importrechnungen nicht bezahlen können. Also wird der Bruch 1987 zum Vorzeichen kommen und der Palast über dem Kopf des Königs zusammenbrechen.“ (8)

Was aber sagt Castro? Meinung nach im Falle einer Schuldenerleichterung der Vorteil für die Gläubiger? „In der Neuordnung der Ökonomien der Verschuldeten, dies würde mit den Industrieländern die Wiederherstellung der Wirtschaften bedeuten. Je sie mit Rohstoffen versorgen sowie einen großen Handel mit den sich entwickelnden Ländern (die wieder zu wachsen beginnen würden) und eine Ausweitung der Beschäftigung. Man kann sich vorstellen, daß den aktuellen Schulden der Kapital- und Entwicklungsprozesse Lateinamerika keine ungesunde Spielwiese ist, wie jetzt auf dem amerikanischen Markt. Dies würde helfen, die Arbeitslosigkeit in den amerikanischen Staaten — die gesamte politische Lage in der Region — zu verbessern.“ Nach meinen Berechnungen würde die Kaufkraft der dritten Welt auf den europäischen, japanischen und amerikanischen Märkten in den nächsten zwölf Jahren um fast 100 Mrd. Dollar zunehmen. Ein nicht zu verachtender Betrag.“ (9)

Castro ergänzte seinen Appell an das aufgeklärte Eigeninteresse der kapitalistischen Gläubiger mit düsteren Vorhersagen, sofern sich diese starrsinnig weiterhin jeglichen Verhandlungen verweigern. „Die „debt crisis“ wird ihren Höhepunkt 1988 erreichen und bis zu diesem Zeitpunkt muß ein Lösungsmodell gefunden werden. Ob im Guten oder im Schlechten, die Dinge müssen verändert werden. Das ist ein historisches Gesetz. Spätestens 1988 werden die utopischen oder phantastischen Vorschläge von der Neuverhandlung der Auslandsschulden außerhalb der Rettungsringe in den ausgewählten Wegen treiben.“ (10)

#### Die Schuldnerfront

Nicht nur die vorausschauende Einsicht und der darauf gegründete Verzicht der

Gläubigerländer, sondern darüber hinaus das gemeinsame Vorgehen der Schuldnerländer sei — so Castro — entscheidend, um den Weg für die erhofften globalen Neuverhandlungen über ein Schuldenmoratorium bzw. eine neue Weltwirtschaftsordnung zu ebnen. Dies sei eine unverzichtbare Vorbedingung und deswegen auch als erstes zu proklamieren. „Die Bildung eines Schuldnerclubs durch die von dieser Situation betroffenen Länder der Hemisphäre. Schließlich sind alle Gläubigerländer aufs engste im IWF beziehungsweise im Club von Paris zusammengeschlossen. Ein Club, ein Komitee, eine Gruppe oder wie immer man das nennen will, ist unverzichtbar. Wenn die Länder jedes für sich vorgehen, können sie keine wirkliche Lösung ihrer Probleme erreichen, sondern nur Beruhigungspflaster, die Schwierigkeiten lindern eine kurze Schonfrist für die Rückzahlung des Kapitals, eine kleine Senkung der zusätzlichen Zinsen über der Liborrate hinaus.“ (11)

Der kubanische Revolutionär ist sich jedoch im klaren darüber, daß die Verschuldeten nicht die gleichen Interessen haben. „Sie ziehen nicht in die gleiche Richtung, sie machen das Spiel des Gläubigerblocks mit und bevorzugen noch immer eine bilaterale Lösung, die Einzelfallprüfung. Ich meine, daß gerade jetzt der Moment für diesen Kampf gekommen ist. Es ist eine derart schwierige Krise entstanden, daß die Länder der dritten Welt gezwungen sind, nachzudenken, sich zusammenzuschließen und Lösungen zu suchen, unabhängig von der militärischen und politischen Ideologien, einfach aus elementarem Überlebenswillen (Hervorhebung AK). Die Länder Lateinamerikas müssen diesen Kampf führen. Die haben hierfür glücklicherweise die besten Bedingungen. Aber der Kampf für die Lösung des Schuldenproblems wird allen Ländern der dritten Welt nützen.“ (12)

In den Ländern Südamerikas hat sich eine demokratische Bewegung erhoben, die in Lateinamerika und der restlichen Welt mit Sympathie aufgenommen worden ist. Die demokratische Öffnung hat sich gleichzeitig in den so wichtigen Ländern wie Argentinien, Uruguay und Brasilien vollzogen. (13) Die Administration der Vereinigten Staaten proklamiert und stellt es geradezu als einen Erfolg ihrer Politik dar, daß die Demokratie in Lateinamerika Fortschritte mache. Aber was wirkliche Fortschritte macht, ist die Krise. Diese demokratischen Öffnungen haben sich natürlich teilweise aufgrund der Kämpfe der Völker und ihres Widerstands gegen die Militärdiktaturen vollzogen, aber dazu hat auch beigetragen, daß die Wirtschaftskrise so tiefgehend ist, daß die Militärs in ihrer Demoralisierung und Verwirrung sich nicht mehr in der Lage sehen, die Situation zu meistern. Die Militärs sind dabei, sich aus der öffentlichen Verwaltung zurückzuziehen, stands gegen die Militärdiktaturen vollzogen, aber dazu hat auch beigetragen, daß die Wirtschaftskrise so tiefgehend ist, daß die Militärs in ihrer Demoralisierung und Verwirrung sich nicht mehr in der Lage sehen, die Situation zu meistern. Die Militärs sind dabei, sich aus der öffentlichen Verwaltung zurückzuziehen, wenn die Wirtschaftslage weniger schlimm gewesen wäre, hätten sie weiter Widerstand geleistet, hätten sie versucht sich länger an der Regierung zu halten. (...) Wir behaupten, daß ohne eine Lösung für die aus dem Auslandschulden resultierenden Wirtschaftsprobleme diese demokratischen Prozesse ebenfalls in die Krise geraten werden.“ (13)

Es gibt — so seine Schlussfolgerung — „in diesem Moment etwas wichtigeres als die soziale Umwälzung selbst, und das ist die Unabhängigkeit unserer Länder.“ (14) Kritikern denen diese Schwerpunktsetzung zu weit rechts drifft, hält Castro entgegen: „Wir gehen von zwei Fronten aus, die wir berücksichtigen müssen, wollen wir — die Pyramiden — den Kampf gegen den Kolonialismus, gegen den Imperialismus führen, eine interne und eine externe Front in der Bandenpolitik. Als erster Grundsatz hingegen gilt: daß es in der internen Front Ausnahmen gibt. Ich sage es klipp und klar: Eine länderinterne Front ist unmöglich im Falle von Paraguay, Chile, El Salvador, Haiti und Guatemala.“ „Dort, wo die Bedingungen für eine interne Front der demokratischen und revolutionären Kräfte nicht gegeben sind, heißt es, die Diktaturen mit der Forderung nach Schuldenerleichterung zu konfrontieren.“ „Pinochet“ — so Castro — Überzeugung — „wird verschwinden, und das wird früher oder später passieren. Daran hege ich nicht den geringsten Zweifel. Nach einer demokratischen Öffnung wird sich eine neue demokratische Regierung ebenso mit der monströsen wirtschaftlichen Situation auseinandersetzen müssen.“ (15)

Alles in allem gesehen, wendet Castro viele Worte auf, um die Gläubigerländer von der Vernünftigkeit einer Schuldenerleichterung zu überzeugen. Fürsterklärter den anscheinend bevorstehenden Zusammenbruch des Finanzsystems aus. (16) Er belehrt sie: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß die Hauptpro-

bleme der Industrieländer in diesem Moment weder die Staatsverschuldung noch die Auslandsverschuldung sind, sondern die Geißel der Arbeitslosigkeit, die im größten Teil der westlichen Länder konstant anwächst.“ (17) „Die Armen haben nichts mehr zu verlieren.“ „Eine wirtschaftliche Blockade gegen die Dritte Welt oder Interventionen zum Einreiben der Schulden, wie sie es Anfang des Jahrhunderts in Haiti, der Dominikanischen Republik und anderen Ländern gemacht haben — die Neuauflage der Welt zur Sicherung der Versorgung mit Rohstoffen und der Märkte, wie es in anderen Epochen geschehen ist — all das ist heute absolut unmöglich.“ (18)

#### Einige Anmerkungen

Ausgehend von der objektiven Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens zur Rettung der nationalen Ökonomien Lateinamerikas fordert Castro den Zusammenschluß der lateinamerikanischen Schuldnerländer in einer Front gegen den Imperialismus. Aber ist diese Front überhaupt möglich, oder gibt es entscheidende Faktoren, welche die angepeilte Schuldnerfront aus inneren Gründen heraus wenig wahrscheinlich machen?

Castro geht von „nationalen Wirtschaftsinteressen“ seiner potentiellen Bündnispartner aus. Er problematisiert in diesem Zusammenhang an keiner Stelle, daß die herrschenden Eliten Lateinamerikas (auch in Brasilien, Argentin etc.) nicht entscheidend vom Schuldenkrisis betroffen werden. Sie haben ihre Schäfchen Ungeht auf ausländischen Konten ins Trockene gebracht. Teils verdienen sie sogar heute noch an der Verschuldung mit. Politisch haben sich diese Bourgeoisien in der Vergangenheit nicht gerade durch Patriotismus und Antimperialismus ausgezeichnet. In wichtigen historischen Phasen paktierten sie mit dem US-Imperialismus gegen die Volksbewegungen. Die von den Dependenztheoretikern geprägten Begriffe „Lumpenbourgeoisie“, „kontra-revolutionäre Bourgeoisie“ spiegeln deren historische Unfähigkeit zum Aufbau eines nationalen Kapitalismus wider.

Will man Bündnisse mit diesen Bourgeoisien, so wären deren gegenwärtige wirtschaftliche und politische Interessen sowie die Reichweite der Bündnisarbeit zu klären, um nicht Illusionen über die Standfestigkeit dieser Kräfte aufzusetzen. Darüber hinaus wäre die Rolle der revolutionären Kräfte in diesem Spiel herauszuarbeiten. Die Bourgeoisien werden im Falle einer Schuldnerfront Zugeständnisse der Linken fordern. „Ruhe im Land“, Zusammenarbeit der Linken mit Anti-IWF-Regierungen könnten wichtige Forderungen sein. Es wäre also denkbar — sofern die Linke das Bündnis will — daß eine Wiederbelebung der traditionellen Strategien der KP's ins Haus stünde.

Fälle einer Schuldnerfront Zugeständnisse der Linken fordern. „Ruhe im Land“, Zusammenarbeit der Linken mit Anti-IWF-Regierungen könnten wichtige Forderungen sein. Es wäre also denkbar — sofern die Linke das Bündnis will — daß eine Wiederbelebung der traditionellen Strategien der KP's ins Haus stünde, die stets das Bündnis mit den fortschrittlichen Teilen des Bürgertums gesucht hatten. Die kubanische Revolution, Nicaragua, El Salvador etc. entstanden aber gerade aus der praktischen und theoretischen Kritik dieser Strategie. Castro äußert sich zu all diesen Fragen nicht.

Auch wenn das propagierte Schuldnerkartell undurchführbar scheint, so haben die diesbezüglichen Aktivitäten Kubas doch erheblich politisch-diplomatische Früchte getragen. Der strenge Isolationskurs der lateinamerikanischen Regierungen gegen Kuba ist beträchtlich aufgebrochen worden. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Castro lateinamerikanische Interessen deutlich formulieren kann. Da mit Kuba weiterhin der große Störfaktor der US-Politik auf dem amerikanischen Kontinent.

Auch wenn das propagierte Schuldnerkartell undurchführbar scheint, so haben die diesbezüglichen Aktivitäten Kubas doch erheblich politisch-diplomatische Früchte getragen. Der strenge Isolationskurs der lateinamerikanischen Regierungen gegen Kuba ist beträchtlich aufgebrochen worden. Dies liegt nicht zuletzt daran, daß Castro lateinamerikanische Interessen deutlich formulieren kann. Da mit Kuba weiterhin der große Störfaktor der US-Politik auf dem amerikanischen Kontinent.

#### He., Al., KB-Nürnberg

- Anmerkungen:  
1) Castro am 5.8. 1985 auf einer Frauenkonferenz in Havanna, zitiert nach Granma. Resumen Semanal — 16.8.1985.  
2) Fidel Castro Ruiz. Wenn wir überleben wollen. Dortmund 1984.  
3) Ebenda, S. 16.  
4) Interview mit der mexikanischen Zeitung „Excelsior“ Mexico D.F. vom 21.3.1985, deutsche Übersetzung in: Wilms, Schuldenkrisen Frankfurt/M. 1987, S. 60.  
5) Ebenda, S. 61.  
6) Frankfurter Rundschau, 11.12.1985, S. 13.  
7) Ebenda.  
8) Ebenda.  
9) Ebenda.  
10) Ebenda.  
11) L. Wilms, a.a.O. S. 68.  
12) Ebenda, S. 62.  
13) Ebenda, S. 42.  
14) Ebenda, S. 57.  
15) Castro auf dem IV. Kongreß der lateinamerikanischen Journalisten in Havanna am 6.7.1985, Nachgedruckt in Granma. Resumen Semanal, vom 14.7.1985.  
16) FR, a.a.O.  
17) L. Wilms, a.a.O. S. 67.  
18) Ebenda, S. 73.



Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

klare Lage der US-Oekonomie selbst solche vorgeschlagenen Lösungen derzeit in der Tat als vernünftig und konsensuales Einigungsspielraum zwischen Gläubigern und Schuldern würde also darauf hinauslaufen, die hegemoniale Stellung der USA in der Weltwirtschaft zu schwächen, während Japan und die BRD aus einem solchen Krisenmanagement gestärkt hervorgehen würden.

Eine „keynesianistische“ Entschuldungsstrategie würde (i) voraussetzen, daß sich die imperialistischen Gläubiger zuvor auf eine Verteilung der anfallenden Kosten dieser Unternehmungen einigen würden und (ii) daß sie sich auf ein neues System des Krisenmanagements verständigen, das die gegebenen Macht- und Kräfteverhältnisse zwischen „Nord“ und „Süd“ mit anderen Mitteln als den derzeitigen sicherstellen.

Alle „reformistischen“ Vergleichslösungen münden in der reinen Illusion auf, daß der Imperialismus aufgrund eigener Einsichten zu einem Kompromiß mit den Ländern der „3. Welt“ kommen müßte. Eine von SPD bis zu den Grünen favorisierte „Internationale Schuldskonferenz“, bei der alle Beteiligten wie auf einem Basar über (partielle) Schuldensicherungen oder -erlasse verhandeln, könnte unter anderen Umständen und Bedingungen von den Gläubigern selbst einberufen werden, wobei die dort getroffenen Vereinbarungen jedoch neue Methoden und Formen der Ausbeutungsverhältnisse beinhalten, die die deutliche Handschrift der imperialistischen Länder tragen würden. Etwas anderes ist unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht zu erwarten.

Mit solchen Vergleichslösungen ändern sich also allenfalls die Methoden imperialistischer Herrschaft über die neokolonialen Länder der „3. Welt“, nicht aber die Neustrukturierung der kapitalistischen Weltwirtschaft zugunsten der Letzteren, wie das in den Parolen einer „Schuldenerklärung“ zum Ausdruck kommt.

Die originellste und überprüfbarste Form solcher Vergleichslösungen schlug der marxistische Ökonom André Gunder Frank in der „Wirtschaftswache“ vor. Er nahm die geltenden juristischen Regeln der kapitalistischen Marktgesetze beim Wort und schlug die Lösung der Schuldenkrise in zwei Schritten vor:

— Die mündertischen und variablen Zinssätze seien nach dem bürgerlichen Gesetzbuch rechtlich unwirksam, da sich die Vertragssparten über den vollen Inhalt ihrer damaligen Kreditvereinbarungen nicht im klaren waren. Würde also das „Kriegsdruck“ annulliert, würde der Schuldendienst bei erheblich niedrigeren Zinssätzen geringer ausfallen.

Die verschuldeten Schuldner der Länder der „3. Welt“ seien wieder zu repräsentieren, um dann das bürgerliche Recht kurzfristig auf die privaten Schuldner anzuwenden („Wirtschaftswache“ 48, 20.11.87).

## Die Vorschläge der Grünen

Eine grüne Positionsbestimmung

### Die Vorschläge der Grünen

Eine grüne Positionsbestimmung zur Frage der internationalen Schuldenkrise liegt in Form eines Antrags der Bundesfraktion vom 6.10.87 unter dem Titel „Bundendeutsche Beiträge zur Lösungsansatz für die internationale Schuldenkrise“ vor. Schon bei der Ursachenbeschreibung begehen die Grünen den Fehler nicht nur die „übergrößte Liquidität der Geschäftsbanken“ und deren „aggressive Kreditpolitik“ für die Schuldenkrise verantwortlich zu machen, sondern auch „zahlreiche Regimes in den verschuldeten Ländern selbst“, weil sie „dem westlichen Industrialisierungsmodell folgend die erhaltenen Kredite fehlinvestiert haben“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Die zu krisierende Verwendung der ausländischen Kredite seitens der herrschenden Eliten in den Ländern der „3. Welt“ für Rüstungsmaßnahmen, Ausbau der Repressionsapparate, der Bereicherung der dort herrschenden Oberschichten, Kapitalflucht usw. hat ursächlich



nichts mit der Schuldenkrise zu tun, denn auch bei einer „alternativen“ Verwendung dieser Kredite zugunsten der dortigen Bevölkerung wäre das Verschuldungsproblem aufgetreten.

Die falsche Ursachenklärung der Schuldenkrise schlägt sich in den grünen Lösungsvorschlägen nieder. Im Mittelpunkt der grünen Forderungen steht eine „umfassende Schuldensicherung“ globaler Art unter Zulassung „länderpezifischer Innovationen“, die die „Eigenschaft an der Misere“ wie Kapitalflucht, Rüstungsimporte sowie die „hemmende Bereicherung der Eliten mit ausländischen Mitteln“ (Grüne 1987).

Zwar lehnen die Grünen eine „alternative Konditionalität“, das heißt die Koppelung der Schuldensicherung an „alternativen“ Auflagen wie Einhaltung der Menschenrechte, soziale und ökologische Standards usw. wie sie u.a. von Amnesty und der Mensa Gruppe gefordert werden, ab, lehnen aber andererseits, daß der Verhandlungsprozeß einer umfassenden Schuldensicherung im Rahmen einer internationalen Schuldskonferenz „die Demokratisierung der verschuldeten Länder, die Bekämpfung von Korruption und übermäßiger Bürokratisierung zum Ziel haben“ müsse. Auch durch eine „alternativ Kreditkonditionalität“? Deutlicher wurde Ludwig Wolmer in einem Beitrag, wo er die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“ näher begründet. Unter „umfassend“ versteht er „Restbetrag“ Schulden ohne viele Schuldnerregime, sondern „umfassend“ sei „umfassend“ (Wolmer 1988, S. 149).

Die Grünen und auch Wolmer verwenden die nicht für sozial und ökologisch verteilbare Maßnahmen seitens der dort herrschenden Bourgeoisien verwendet wurden (Wolmer 1988, S. 149f).

Doch die Widersprüche nehmen noch weiter zu. Die nur doch nicht so „umfassende Schuldensicherung“ ist eine „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Die grüne Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“ sei „finanzierbar“, wobei die Banken ihre fälligen Abschreibungsverluste durch ihre Rücklagen abdecken. Falls der Staat einspringen muß um Liquiditätsschwierigkeiten einer Bank zu überbrücken, dann nur unter der Bedingung, daß die Eigentums- und Kontrollrechte an die öffentliche Hand übertragen werden. Zur Sozialisierung der Verluste sollten nicht die Entwicklungshilfe-Etats, sondern die Rüstungsetats der imperialistischen Länder herangezogen werden.

Die Grünen und auch Wolmer behaupten, daß eine Schuldensicherung, die den fälligen Zinsen eine „Umkehr“ (Grüne 1988, S. 149) bedeutet, im Falle der Währungs- und Finanzpolitik „den Bruch mit der Welt bedeuten kann“ (Grüne 1988, S. 149). Die Währungs- und Finanzpolitik „den Bruch mit der Welt“ bedeutet, daß die „nationalen Regime“ von der Bourgeoisie „entfremdet“ werden. Eine „umfassende Schuldensicherung“ müsse daher Hand in Hand mit der politischen Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Demokratisierungsbewegungen gehen, um die durch die Entscheidung freiwirtschaftlichen Spielräume nicht den reaktionären Regimes oder Diktaturen

zu überlassen, wobei eine „alternative“ Auflagenkonditionalität abgelehnt wird. Daß dieser Ansatz nicht durchgehalten wurde ist gerade gezeigt worden.

Die Grünen lehnen die jetzige Funktion des IWF ab, fordern für jedes Land eine Stimme und eine neue Funktionszuweisung, die allerdings erst im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu realisieren sei.

Im Unterschied zu den Forderungen der Regierungen der „3. Welt“ lehnen die Grünen eine Quotenreduzierung des IWF ab, da die Krise mit einer Ausweitung der liquiden Mittel nicht zu lösen sei. Diese Forderung wäre nur dann, unmanent gedacht, sinnvoll, wenn das von den Grünen geforderte sofortige Schuldensicherungen oder die „umfassende Schuldensicherung“ wirksam wären, denn dann würde der Teil des Kreditbetrags, den die fälligen Zinsen an die Gläubiger zu überweisen. Die Politik der Weltbank, im Rahmen des IWF wird von den Grünen abgelehnt. Die Weltbank wäre nur sinnvoll, wenn sie sich „entscheidend entwicklungsökonomischen Zielen“ widmet. Die Grünen fordern eine „Dezentralisierung“ der Weltbank in drei regionale Entwicklungsbanks für die jeweiligen Kontinente vor, die eine Mittelvergabe nicht nach rein ökonomischen Gesichtspunkten vornimmt.

Die Grünen fordern eine „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Abschließend betonen die Grünen, daß eine Schuldensicherung allein die Entwicklungsprobleme der Länder der „3. Welt“ nicht löst, sondern allenfalls einen „Beitrag“ leisten kann. Die „umfassende Schuldensicherung“ ist eine „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

und die heutige Problematik einzig und allein in der Rückzahlung der Zinsen auf die geliehenen Kredite beruht (Castro 1987, S. 59-60).

Die Schuldensicherung ist in sehr dramatischer klarer Art und Weise, daß sich die Völker der „3. Welt“ bei der internationalen Weltwirtschaftsordnung, die von den imperialistischen Gläubigern und den imperialistischen Regimen der „3. Welt“ selbst und das ist die Unabhängigkeit unserer Länder“ (Grüne 1987, S. 59-60). Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Aus dieser Situationsbeschreibung leitet Fidel u.a. die Forderung nach der Bildung von Schuldnerkartellen ab, um die politischen Verhandlungspositionen der Schuldner gegenüber ihren Gläubigern zu verbessern. Ein solcher Schuldnerclub, an deren Zustandekommen der Imperialismus kein Interesse hat, wäre erst die Voraussetzung dafür politische Verhandlungen mit den imperialistischen Ländern auf die Tagesordnung zu setzen, denn Castro erkennt besser als ein Großteil der hiesigen Linken, daß es nicht um ein finanzielles, sondern um handfeste politische Probleme und Kräfteverhältnisse geht.

Wäre nämlich unter den gegebenen Bedingungen eine solche Schuldnerkonferenz stattfinden, so wäre damit überhaupt nichts gewonnen.

Aus dem Umstand, daß allein die anfallenden Zinszahlungen auf die aufgelaufenen Auslandskredite nicht bezahlbar sind, fordert Fidel, daß die Schuldner auf ihr „getrennt“ werden müssen, was die Gläubigerländer ohne weiteres kräftigen könnten. Die Sozialisierung der Zinslasten ist das Anliegen der Militärdiktaturen, wobei gleichzeitig ein Beitrag zur Abwertung geleistet würde.

Castro betont jedoch, daß die Schuldensicherung allein die Probleme nicht lösen wird, solange die übrigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändert werden. Die verschlechterten

Bedingungen der „3. Welt“ sind die Folge der imperialistischen Politik der USA, die hohe Zinssätze, die Devalas Aufwertung im Verhältnis zur Preisabwertung in den Ländern der „3. Welt“ (Castro 1987, S. 60).

Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

den Streikungen freigesetzten Ressourcen für die nationale Entwicklung verwendet werden.

Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Hier unterschätzt Castro die bestehenden Klasseninteressen der nationalen Bourgeoisien, die infolge ihrer Klassenlage, ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus, den IWF-Direktoren die in ihren Finanzministerien und Notenbanken sitzen, um die Auflagenpolitik zu überwachen usw., weder umwände noch widens sind um ihre nationale Souveränität zu kämpfen. Mehr noch: es sind ja nicht sie, die die Krisenlasten zu tragen haben, sondern die unterdrückten Schichten und Klassen in diesen Ländern. Es ist bereits gezeigt worden (vgl. S. 296, S. 6) daß die Regierungen der Länder der „3. Welt“ nicht mehr fordern als eine Verbesserung ihrer Zahlungsmodalitäten. Daraus ergibt sich, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit untrennbar mit dem Kampf um soziale Umwälzungen verbunden ist. Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Daraus folgt zweitens die große Skepsis gegenüber der von Fidel geforderten Bildung eines Schuldnerkartells. Es ist bereits gezeigt worden, daß die regionalen Organisationen und Institutionen der Regierungen der „3. Welt“-Länder (OAL, Cartagena-Gruppe usw.) sich allenfalls auf den Minimalkonsens verbesserter Rückzahlungsbedingungen einigen können, um dann bei nächster Gelegenheit

aus der gemeinsamen Front wieder auszubrechen, wenn für ein solches Schuldnerkartell Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigern anstehen (vgl. S. 296, S. 6). Die meisten Regimes in der „3. Welt“ müssen sich also der „case-by-case“-Behandlung seitens der Gläubiger unterwerfen. Und wenn in sehr vielen verschuldeten Ländern die Direktoren des IWF in den dortigen Ministerien und Zentralbanken sitzen, um den Vollzug der Auflagenpolitik zu überwachen, ab und an auch die dortigen Finanzminister zu stürzen, dann bleibt es nur die Tatsache, daß viele dieser Regierungen aufgrund der neokolonialen Abhängigkeit zu einer „nationalen“ Politik gar nicht fähig sind.

Im Falle Mexikos handelt es sich beispielsweise um ein Kompradorengeme, das sich als „Musterschuldner“ gegenüber den USA profilieren hat und sich wohl kaum jemals einem Schuldnerkartell anschließen dürfte.

Klasseninteressen der nationalen Bourgeoisien plus neokoloniale Abhängigkeit vom Imperialismus geben und geben auch immer wieder den Ausschlag dafür, daß alle bisherigen Anstrengungen der Regierung Kubas nach dem Zustandekommen eines lateinamerikanischen Kartells letztlich kläglich scheiterten, ja scheitern mußten.

## Die Autonomen auf der Suche nach einem „Neuen Antilperialismus“

Das buntschillernde und breite Spektrum der Autonomen lehnt die von Fidel Castro, den Grünen und dem Anti-IWF Weltbank Bündnis erhobene Forderung nach Schuldensicherungen als „reformistisch“ ab. So etwa argumentiert Hauke Benner (Westberlin), daß die sozialen Verhältnisse in den verschuldeten Ländern auch ohne Verschuldung kaum ändern ausweichen würden, die Massenarmut wäre dadurch nicht beseitigt usw. Er bezeichnet eine Schuldensicherung als „Anpaß der Macht und Herrschaftsverhältnisse in diesen Ländern an „Aussenverhältnisse““. Letztlich wurde eine Schuldensicherung mit der „Entwicklung“ in diesen Ländern nicht vereinbar (Benner 1987).

Über die über die Tatsache hinaus, daß (mit Ausnahme Südamerikas) so ziemlich alle Befreiungsbewegungen, die in den verschuldeten Ländern entstanden sind, nur eine Schuldensicherung anstreben und übersehen, daß selbst die Grünen mit der Schuldensicherung nie behauptet haben, daß damit alle weiteren Probleme gelöst seien, wobei die weiter existierenden Ausbeutungsformen, noch die Massenarmut, noch die Beseitigung reaktionärer Regime. Allenfalls wäre da eine vorübergehende Atempause verbunden, eventuell erweise man sich einige Spielräume, wenn die verschuldeten Länder wieder von entscheidenden Mächten befreit würden.

Die Forderung nach „umfassender Schuldensicherung“, die die Grünen erheben, wobei die Lasten ausschließlich die imperialistischen Gläubiger (Banken) zu tragen hätten, ist „an sich“ positiv und unterstützenswert. Sie kann sich nicht nur auf die imperialistischen Gläubiger beschränken, sondern auch auf die imperialistischen Regime, die in ihren Ländern die Schuldensicherung als „umfassende Schuldensicherung“ (Grüne 1987). Diese Erklärung deckt sich zwar mit denen der Deutschen Bundesbank, die Schuldner und Gläubiger gleichermaßen für die Misere brandmarkt, ist aber dennoch falsch. Denn bei der internationalen Schuldenkrise handelt es sich um eine ganz klassische Kreditkrise die einzig und allein von den imperialistischen Gläubigern zu verantworten ist. Die Zahlungsfähigkeit zu nächst Mexikos (1982) wurde durch das „crowding-out“, einer Umlenkung der Kapitalströme weg von der „3. Welt“ hin zu den USA ausgelöst, die selbst mittels hoher Zinsen einen enormen Kapitalbedarf beanspruchten, während die Kapitalströme in die Länder der „3. Welt“ nahezu versiegen. Die internationale Schuldenkrise ist also Teil einer internationalen Kreditkrise, in der die USA mittels ihrer Hochzinspolitik ausländisches Kapital und ausländische Waren zu sich umlenkten, während die Länder der „3. Welt“ in eine tiefe Krise stürzten.

Aus den zahlreichen Veranstaltungen und Diskussionen und einer wahren Flut an Diskussionspapieren lassen sich grob zwei konträre Positionen herauskristalieren. Zum einen erheben die Thesen Detlef Hartmanns aus der „Autonomie“ Nr. 14 eine gewisse Rechtfertigung. Im Zentrum seiner sehr umstrittenen Thesen steht die Behauptung, daß es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder die subproletarischen Unterklassen und landwirtschaftlichen Subsistenzproduzenten waren, die die kapitalistische Akkumulation „blockierten“ (Hartmann 1988). Diese zahlreichen Revolven zwangen das internationale Kapital immer wieder zu Angriffen gegen die Unterklassen. Ein ausdifferenziertes „Weltproletariat“ würde einem „transnationalen Kommando aus den Weltkathedralen des Monopols“ gegenüberstehen usw.

Kritikwürdig an diesen sehr undifferenzierten Thesen sind, neben der Nichtbeachtung innerimperialistischer Widersprüche und neben einer an die alten KBW Thesen erinnernden Sichtweise eines auf Revolutionen aller Art „reagierenden“ und „gezwungenen“ internationalen Kapitals, vor allem die „nationalrevolutionäre“ Optik. Denn da werden die alten und neuen „Hungerrevolten“ in den „Triton-Ländern“ mit den Aufständen in den rückständigen osteuropäischen halbkommunistischen (Hartmann) „Diktaturen“ gleichgesetzt, ohne nachzudenken, daß diese sehr unterschiedlichen politischen Zielsetzungen zu differenzierten Hartmann hat diese Sichtweise auf den Bremer Internationalismus-Tagen auch ausdrücklich verteidigt, indem er sich an den unterschiedlichsten Revolutionen berauscht, „zuletzt wenn sie nicht die richtigen Parolen haben“ (laut „ taz“, 19.4.88).

Fortsetzung auf Seite 37



„Die GRÜNE Politik gegenüber Afghanistan war in den letzten Jahren unstritten – besonders in der Bundestagsfraktion – bei einer allgemeinen und unmissverständlichen Ablehnung und Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Die Hauptkonfliktpunkte in der Einschätzung der Mujaheddin und ihrer Siebener-Allianz in Peshawar. Sind diese Organisationen unserer Meinung nach Befreiungsbewegungen, die wir in ihrem nationalen Befreiungskampf unterstützen sollten, oder handelt es sich um Organisationen, die durch ihre Praktiken (Tötenscheitlerverletzungen, Mord- und Missetaten, Frauenhandel etc.) für uns nicht zu unterstützende nicht in Frage kommen.“

## Altparteienresolution zu Afghanistan

## Zwei Grüne in Afghanistan

## Wer ist unser Partner?

Doch wer sind die Mujahedin? Wen soll  
 en wir unterstützen? Im Lande gibt es  
 rund 750 bis 1.200 Kommandanten (4)  
 die bis auf wenige Ausnahmen sich auf  
 die jeweiligen alten gesellschaftlichen  
 Verhältnisse stützen, seien es Mullahs,  
 Herrscher eines Nomadenstammes, eines  
 Bergjals oder feudale Großgrundbesitzer,  
 etc., etc. Daneben gibt es die Wider-  
 standsparteien. Diese werden einmal  
 vom und über den Iran versorgt. Für alle  
 übrigen Unterstützung ist die Anlaufadres-  
 se Pakistan bzw. die Parteien in Peshawar,  
 über die der Nachschub organisiert und  
 die dorthin gelieferten Waffen verteilt  
 werden. Mit diesen Parteien muß sich natür-  
 lich jeder in Afghanistan operierende  
 Kommandant verbinden, wenn er etwas  
 abbekommen will, politische Überein-  
 stimmung setzt das nicht voraus. Und  
 selbst in den zur sogenannten Siebene-  
 r-Khuthun zählenden, gegen die so-  
 genannten Widerstandsparteien gerichteten  
 Widersprüche, die sich aus dem ge-  
 meinen auch mit Mord und Totschlag aus-



Für den Fotog. von gestellt: Umgang der Mudjahedin mit sowjetischen Kriegsgefangenen

gegründet werden. „Aufgrund der Tatsache, daß die Massen von Unzufriedenheit und Wut mit sich selbst und mit der Regierung“ wird ein Führer einer Partei in Paris zitiert: 14) In der Schöneren Alternative gibt es eine Mehrheit von fundamentalistischen Parteien, die in Afghanistan den heiligen Krieg zur Verwirklichung der Umayyaden führen und einen islamischen Zentralstaat errichten wollen. Bedeutendster und bekanntester Führer in Gulistan ist Hekmatyar. Daneben gibt es drei „traditionistische“ Parteien, die eine Machtteilung auf der gesellschaftlichen Basis favorisieren.

## Fischer für die Traditionalisten

### Fischer für die Traditionalisten

Wiedereinsetzung der „Loya Djuje“ der alten Volksversammlung aus Stammes-, Clan- und geistlichen Führern (2) Fischers damaliger Vorschlag ist spricht ziemlich genau dem Standpunkt mit dem der UNO-Vertreter Cordovez heute aktuell um eine politische Lösung in Afghanistan verhandelt, um darnach einem Waffenstillstand ab November die Rückkehr der Flüchtlinge zu ermöglichen. Immerhin erklärte inzwischen der von Saudi Arabien finanzierte „Prinze Sahur Schah in seinem Kommentar: „Ich bin bereit, mich Afghanistan zur Verfügung zu stellen.“ (3) Das Konzept scheitert nicht an der Sowjetunion und auch nicht an Nadibullah. Nadibullah hat inzwischen die verschiedensten Pläne einer Machteidung in Afghanistan auch unter Einschluß der Peshawa-Parteien vorgelegt oder unterstützt soweit seine Partei an der Macht beteiligt bleibt. Auch zwei traditionell-schische Parteien sollen dem Vorschlag nicht abgeneigt sein. Das Sagen hat aber in Peshawa die fundamentalistische Mehrheit die einen islamischen Zentralstaat in Afghanistan errichten und vorher das Nadibullah-Regime ersatz bis zum letzten Mann vernichtet haben wollen.

## Lippekt für die Fundamentalisten

Der heutige grüne Bundestagsabgeordnete Helmut Lippelt übertrifft Fischer um Längen, für ihn muß auch erst Nadijula verschwinden. Ihn zufolge würde

„Die Partei der Machthaber in Kabul, die Afghanistan bis jetzt auch nur unvollkommen frei, ungehinderten Will (die dann natürlich auf der Basis der jeweils dort vorhandenen Gewehre ausgeübt werden mußte – Anm. AK) mit Sicherheit zu politischer Bedeutungslosigkeit verdammt (s. J.), die Existenz des Regimes (wäre) im Falle des Abzugs seiner Schutzmacht auch heute noch keine Frage von Minuten, sondern beinahe von Sekunden.“ Helmut Lappeli schloß sich der Forderung der Peschawa Parteien an, daß die Sowjetunion „direkte Verhandlungen mit dem afghanischen Widerstand aufzunehmen“ habe. (b) Diese Position fand später auch Eingang in eine grüne Fraktionserklärung. (7)

## Der Endsieg läßt auf sich warten

Von hat diese Lippelt Vorstellung gleich mehrere Haken. Nach willigenem Abzug der Hälfte des sowjetischen Truppen bis Mitte August und dem Rückzug auf sechs (von insgesamt dreißig) Provinzen (8), haben sich die Kämpfe im Lande erheblich verschärft. Im Juni konnten die Mudjahedin zwar erstmals eine Provinz hauptsächlich einnehmen (Qusat), aber auch erst zwei Monate später, nachdem die sowjetischen Truppen die Stadt verlassen hatten. Dem folgte auch weitere Eroberungen. (9) Doch in der Regel konnten die Mudjahedin solche Städte nicht länger als 48 Stunden halten (10), obwohl man inzwischen davon ausgehen kann, daß Nadjibullah den Mudjahedin bestimmte Regionen überlassen will. Inzwischen mehren sich die Warnungen vor allzu großem Optimismus über den schnellen Untergang der Kubulet Regierung. Man geht davon aus, daß Nadjibullah sich wohl mindestens bis zum Februar 89 bis zum Abzug sämtlicher sowjetischer Truppen wird halten können und Nadjibullah könnte mit seinem noch keineswegs überliefertem militärischen Ansehen, dem Rückzug der sowjetischen Truppen und der Unterstützung der Allergemeine. (11) Alle großspornigen Ankündigungen der Mudjahedin haben sich bisher nicht erfüllt. Die Aufforderung Pakistans, nach dem Abkommen die Waffen nach Afghanistan zu versenden, könnte ebenso gut ungelesen werden wie die Aufforderung der von der internationalen Koalition ausserzeichneten Regierungschefs Ahmed Shah vom Mai dieses Jahres, der schon längst, d.h. damals „in weniger als zwei Monaten (...) mit all seinen Ministern in Afghanistan sitzen“ wollte. (12)

## Die Parteien und Ihre Geldgeber

Lippelt „übersieht“ und übergeht in seiner Konzeption außerdem, daß nicht nur Nadjibullah von ausländischer Hilfe abhängig ist, sondern das gleiche auch für die Peshawa-Parteien gilt. Wenn Raschid nicht genug sperrt der pakistanische Geheimdienst unfalls ein bestimmtes Bankkonto oder halt Waffenlieferungen an die betroffene Partei zurück, heißt es: (4) Wieviel die Fundamentalisten in Afghanistan durchsetzen könnten, vor allem: sie könnten Nadjibullah aus dem Amt noch leichter ausgrenzen. Als prominentestes das an der Figur, die derzeit als neuer Regierungschef vorgestellt wird. Ahmed Shah ist ein in den USA ausgebildeter Ingenieur, der später nach Saudi-Arabien ging und dort zum Wahhabismus, zur Reihung der dortigen Machthaber, überwechselte. Das ist in Afghanistan nun wirklich kein Markenzeichen für eine religiöse Integrationsfigur, sondern mehr ein Hinweis auf seine Gefügbarkeit. Die Proklamation Ahmed Shais als Chef einer Gegenregierung macht mehr die Linie klar in der Siedener Allianz deutlich.

## Mudjahedin gegen politische Lösung

Unabhängig von der Einschätzung des Kahlverhältnisses in Afghanistan ist die Forderung Luppelts nach Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Mudjahedin für eine „gerechte Lösung“ in Afghanistan und die Begrenzung, daß der Westen diese Forderung nicht unterstützen, bestenfalls eine alberne Dummheit, die im Ernstfall nur die Mudjahedin im Verlegenheit brachte. Denn auf der derzeitigen Basis gibt es für sie gar nichts, worüber sie verhandeln können. Oder wollen sie die Sowjetunion um Unterwerfung zur Unterwerfung aller Ungläubigen bitten? Außerdem wollen die Mudjahedin in Asien zu ihrem Fußstap jede Rückkehr der Flüchtlinge verhindern und, wiehen dabei auch vor in russischer Gewalt nicht zurück. Selbst der LNO-Vertreter Aga Khan bestätigte hier jünpi die Angaben der Sowjetunion in den Regionen, die sie verlassen haben, ihre Minenfelder abgebaut zu haben und er fügte hinzu: „Die verbleibenden Minen stammen von den Mudjahedin“ (14).

## BHA gegen Fundamentalisten

primär in eindeutig von der Unterstützung der Fundamentalisten unter den Mudjahedin begrenzt sich der Bundeshaushaltswunsch der Grünen in einer Erklärung ab (15) Es heißt dazu: „Nach allen vorliegenden Informationen scheinen innerhalb des afghanischen Widerstands die islamischen Fundamentalisten die stärkste Gruppe zu sein. (...) Im Fall des Sieges der islamischen Reaktionen drohen auch in Afghanistan die Verunsicherung von Strafgefangenen, die verstärkte Unterdrückung der weiblichen Hälfte der Bevölkerung, die Steigerung von „Terrorchancen“, die Destabilisierung der Region durch den Export der islamischen Revolution usw. DIE GRÜNEN urteilen daher die Praxis der Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer Hilfenlieferungen 1979/ 660 Mio. US-Dollar) besonders die islamischen Fundamentalisten-Gruppen zu unterstützen und fordern die USA und die UdSSR auf ihre Waffenhilfe tatsächlich, wie vereinbart, mit Wirkung vom 15. Mai 1988 einzustellen.“

Ganz zum Schluß kriegt die Erklärung noch die Kurve für die Einstellung aller Waffendelieferungen, aber Unterstützer der traditionellen Mudjahedin saßen offenbar mit am Tisch.

**Mudjahedin — Kein Projekt für GRÜNE**

Generelle Kritik an der Umwertung der Mudjahedin aus den Reihen der Grünen findet man offenbar nur noch bei einzelnen Personen. So schrieb Jochen Happler an Helmut Lippelt: „(.) Ich halte die Mudjahedin nicht nur für völlig unakzeptabel wegen ihrer Menschenrechtspraxis (die bekannten Massenerschießungen sind ja nur die Spitze des Eisberges), sondern auch wegen ihrer insgesamt (wiederum) nicht bis zur letzten Person und zum letzten Gruppenmitglied eingehenden politisch-moralischen Ausrichtung. Dies gilt eben nicht nur für die Vorzeigeböswichter aus der Hez und ihre militanten Fundamentalisten, sondern auch für die sog. gemäßigten Gruppen der Sebeenerallianz. „Geduldig“ heißt hier nicht er-

maßigt im normalen Wortsinn sondern eher „traditionalskeptisch-fundamentaltisch.“ [4] Ein Versuch der Relativierung einer überkommenen bis Überwundenen traditionellen Form einer islamischen Gesellschaft (sowas an Stammenbeziehungen orientierten) die darüberhinaus auf unakzeptable Sozialstrukturen reorientiert (Grundbesitz, Frauenrolle etc.) kann für uns kein unterstützenswürdiges Projekt sein.<sup>4</sup>

## Endsteg oder politische Lösung?

Jochen Hippler geht noch weiter: er fordert trotz der offensichtlichen Unversöhnlichkeit der Gegensätze in Afghanistan ausdrücklich das Eintreten der GRÜNEN für eine in der Praxis chancenlose politische Lösung zum jetzigen Zeitpunkt. „Schließlich wird endlich, die zukünftige Entwicklung in Afghanistan. Hier bin ich der Meinung, daß die offene Endstieß-Strategie der Mudsch für uns völlig untragbar ist. Wenn dadurch verursacht werden sollte, daß eine politische Lösung erst nach dem Sieg über Kabul in Erwägung zu ziehen ist, ist das genaue Gegenteil einer politischen und friedlichen Konfliktlösung.“ Nur der Dialog und die Verständigung zwischen den Kriegsparteien bieten Aussichten für eine politische Lösung. Die Mujaheedin werden durch die massiven Waffenlieferungen (300) Mill Dollar nur in den letzten vier Monaten, an jeder friedlichen Lösung desinteressiert.

Ganz im Gegensatz dazu bot das Afghanistan-Hearing der Grünen am 13. und 14. Juni 1988 in Bonn das Bild einer ziemlich einheitlichen Unterstützung der Landesregierung der Mudjahedin, nur Einzelpersonen bzw. ein Referat beklagten, daß der Ablauf dieses Hearings „praktisch auf der Linie der Reagen-Atomstrahlung gelegen habe“ (Das schob man auf eine noch keine Extra-Dokumentation an weit (s. oben/nachstehenden) Afrika).

## Die humanitäre Hilfe

Zum Schluß wollen wir uns noch den Forderungen nach humanitärer Hilfe für Afghanistan zuwenden. Die bereits erwähnte Revolutionärer Bundestagpartei von 1974 kündigt von der Bundesregierung ausdrücklich humanitäre Hilfe an die Mujaheddin. Auch das grüne Hefting verlangte humanitäre Hilfe an die „Afghanen selbst.“ (2) Selbst der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN verlangte neben seiner Kritik an den Mujaheddin von der Bundesregierung „größtmögliche humanitäre Soforthilfe zur Linderung der Not.“ (15) Als den Grünen dieses Jahr wie der eine Altparteieresolution zu Afghanistan zur Unterschrift vorgelegt wurde fragte in ihrer Kritik daran die grüne Abgeordnete Ellen Olms „Demnach bleibt die Frage offen: wer denn in Afghanistan fragte in ihrer Kritik daran die grüne Abgeordnete Ellen Olms „Demnach bleibt die Frage offen, wer denn in Afghanistan die im Entschließungsantrag geforderten Gelder für humanitäre und Entwicklungshilfe erhalten soll. Der der Sowjetunion nahestehende Nachbuhilf? Die zum Teil vom Iran unterstützten islamischen Kräfte des Widerstands? Die Siebener Fraktion? Oder die in Afghanistan tief verwurzelten Feudalherren, die sich historisch jeder Zentralregierung widersetzt haben? An welche politischen oder humanitären Institutionen sollen die geforderten Gelder also gehen?“ Man könne natürlich Spenden an die UNO leihen, meint Ellen Olms, die UNO betreibt Flüchtlingsversorgung in Pakistan und soll laut Abkommen die Flüchtlingsrückkehr organisieren. Dafür liegt ein Programm vor, das in den ersten zwei Jahren 1,6 Mrd. Dollar kosten soll und später noch einmal soviel. (18) Während die Sowjetunion 300 Mio. Rubel zur Verfügung stellte, die aber über Kabul bzw. die im Lande errichteten Empfänger ihres verteilt werden sollten (100.000 Flüchtlinge sollen schon zurückgeschickt sein). (19), haben die USA (42 Mrd. Dollar für dieses Jahr an Nahrungshilfe zugesagt, wenn sie nicht über Kabul verteilt werden. Die Peshawa Parteien haben der UNO sogar eine Warnung zukommen lassen, Gelder über Kabul zu verteilen. (18) Der Kommandant Abdul Haq veranlagte von der UNO, „die internationale Wirtschaft für sein Land so lange blockieren, bis die Sowjetunion den Truppenabzug abgeschlossen habe und die von Moskau unterstützte Regierung Nudibullah zurückgetreten sei.“ (...) An Wiederaufbau solle erst gedacht werden, wenn das politische Problem gelöst sei. Im Krieg könne ein Land nicht wieder aufgebaut werden. (2) Sowjetische Aushilfsleistungen, die sich unterstützen Institutionen richtet, (1) dieser Aufruf „überflüssig.“ Mercedes Benz liefert zwar an beide Parteien, aber ansonsten ist uns humanitäre Hilfe an Kabul nicht bekannt, obwohl auch die Regierung über







# „Waffen für El Salvador“ Eine alte, aber nicht überholte Kampagne

Auf einem Bundestreffen der El Salvador-Solidaritätsgruppen im März dieses Jahres wurde an die TAZ die Aufforderung gestellt, das Konto „Waffen für El Salvador“ in die Hände eines neuen Trägervereins zu übergeben. Begründet wurde dies mit scharfen Angriffen auf die Berichterstattung der TAZ und dem Vorwurf, diese boykottiere das Konto.

Seit nunmehr acht Jahren wird unter dem Motto „Waffen für El Salvador“ eine der — zumindest in materieller Hinsicht — erfolgreichsten Solidaritätskampagnen für den nationalen Befreiungskampf betrieben. So wie der vietnamesische Befreiungskrieg Ende der sechziger Jahre, der antikolonialistische Kampf in Afrika Mitte der Siebziger, so bestimmte Anfang der achtziger Jahre die Auseinandersetzung in Zentralamerika die Diskussion innerhalb der hiesigen Linken. Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua befeuerte 1979 die Vorstellung, die Befreiung der mittelamerikanischen Nationen von der US-Herrschaft stelle unmittelbar bevor. Die gerade gegründete TAZ rief in dieser Si-

tuation unter dem Eindruck einer erstarrten Guerilla und eines immer brutaler werdenden Vernichtungsfeldzuges der salvadorianischen Armee zur Kampagne „Waffen für El Salvador“ auf, denn: „Der Krieg in El Salvador ist in eine entscheidende Phase getreten. Die Militarisierung unterstützt von den USA, Guatemala und Honduras, hat mit ihren Truppen und den von den USA bezahlten, ausgerüsteten und befehligten Söldnerkontingenten eine verheerende militärische Offensive zur Aufzählung der Opfer begonnen.“ Doch „noch ist die Guerilla nicht stark genug, den Kampf bestehen zu können. Was das entscheidende ist: Es fehlt an Waffen, um eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Kampf ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen.“ Diese Orientierung auf die Waffenfrage wurde damit begründet, daß „das Volk El Salvador nur überleben (kann), wenn es siegt. Ein anderer Frieden ist nicht möglich — es würde bedeuten, die ganze Bevölkerung schütze einem Regime auszuliefern, das nicht zögert, Hunderttausende zu ermorden, um seine Herrschaft auf Jahrzehnte zu sichern.“ Gegen die Kampagne, die zunächst noch geunkelt hatten, da können doch nicht mehr als ein paar Mark zusammen, sahen sich sehr schnell eines besseren belehrt. 14 Tage nach Einführung des Kontos waren die ersten 100.000 Mark eingegangen, nach

drei Wochen 300.000, und in diesem Tempo ging es weiter. Mogen sich politische Psychoanalytiker oder psychanalytische Kritiker darüber den Kopf zerbrechen, weshalb diese Spendenfreudigkeit ausbrach, Tatsache ist jedenfalls, daß dies eine der erfolgreichsten Solidaritätskampagnen gewesen ist. Vergleichbar ist nur die Kampagne der KSW Mitte der sechziger Jahre zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zambabwe. Man muß dies nicht einmal nur auf die materielle Seite einschränken, denn soziale Solidarität kann auch dann zustande kommen, wenn politische Überzeugung damit steht.

Ohne Widerspruch blieb diese Kampagne aber schon damals nicht. In vielen Leserbriefchen spiegelte sich die wachsende Polarisierung der Linken im Zuge der Grundidee wieder. Beschrieben wurde auch war noch der Widerspruch aus der TAZ selbst, in der sich vor allem Stimmen meldeten, die vor einer parteiischen Stellungnahme für eine Bewegung warnten, deren Ausgang man nicht voraussagen könne. Beschworen wurde sicherlich auch schon in dieser Debatte der allseits bekannte „Frankfurter Spontimillionär“, den es nach seiner Bekehrung zum grünen Realo schmerzt, einmal für den Vietnamkrieg gespendet zu haben. Diesen Einwänden hielt die TAZ damals entgegen: „Wenn wir nach langer und kontinuierlicher Diskussion diesen Aufruf an Euch rich-

ten, so ist uns die politische Problematik bewußt. Die Entwicklung, die Widersprüche, auch das Scheitern oder die Perversion von Befreiungsbewegungen und Revolutionen, die in den letzten Jahrzehnten unsere Solidarität gefordert haben, muß die Linke sehr kritisch diskutieren. Aber hier in Deutschland im Warmen sitzt und sagt: „Wer gibt mir die Garantie, daß die salvadorianische Revolution nicht ebenso in bürokratischen Sozialismus oder in weiterem Blutvergießen endet wie andere zuvor?“, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu mißachten — und zwar auch auf Selbstbestimmung über den Charakter der Revolution und auf die Bewältigung der Widersprüche in der Revolution.“ (Zitate aus dem Aufruf vom 3.11.1980)

Die Kampagne setzte auf Sieg und so kamen innerhalb eines Jahres insgesamt 2,5 Millionen Mark zusammen. Dieser Schwung flachte mit der gescheiterten Großoffensive der FMLN Ende 1981 ab. Die Guerilla hatte noch nicht die Kraft, den Krieg für sich zu entscheiden. Aber immerhin kamen bis 1983 noch einmal fast 1 Million Mark zur Unterstützung zusammen. Im gleichen Jahr trat die FMLN eine Tragödie: Eine führende Kommandantin wurde bei Weisung eines ebenso führenden Kommandanten ermordet, der anschließend Selbstmord beging. Die

Umstände und Motive sind bis heute noch immer nicht geklärt. Dies ist der bis dahin und bis heute einzige wirklich schwarze Fleck auf der Weste der salvadorianischen Guerilla — für diejenigen, die schon immer wußten, daß es mit der Guerilla nicht gehen könne, aber Grund genug, nun die Abkehr von der Waffenkampagne zu fordern. Nach einer Zeit des Schweigens läutete Thomas Schmid am 15.1.88 das Ende der TAZ-Kampagne ein. „Der Schock (bezüglich des eben geschilderten Ereignisses) Anm. ab) auf tief. Daß man nun nicht einfach weitermachen kann, war in der letzten Konsens-Diskussion war angesagt. Wir können doch nicht die Mörder bewaffnen“, hieß es am Redaktionsstisch. Betroffen war sicherlich nicht nur Thomas Schmid von diesem Vorfall, niemand in der Solidaritätsbewegung hat diesen Mord jemals gerechtfertigt. Nicht einmal die betroffene Organisation der FMLN hat einen Rechtfertigungsversuch unternommen. Aber darum ging es auch gar nicht mehr. Denn Thomas Schmid steuert in diesem Kommentar zielstrebig auf die Aussage hin, daß es fürderhin sinnlos sei, die Guerilla zu unterstützen, weil der Rüstungswettlauf (Waffenkonto gegen US-Unterstützung) nicht zu gewinnen sei. Ein Sieg sei

Fortsetzung nächste Seite

## Waffen für El Salvador

### Aufruf der Solidaritätsgruppen

Seit acht Jahren reden die USA von Frieden und Demokratie für Mittelamerika und führen Krieg, meinen die Zerschlagung und Zermürbung der nationalen revolutionären Volksprojekte und deren Unterwerfung unter ihren Hegemonieanspruch. Ein zweites Nicaragua soll es in ihrem „Hinterhof“ nicht geben. Die Lektion, die sie allen um Befreiung kämpfenden Bewegungen erteilen wollen, lassen sie sich in El Salvador zwei Millionen Dollar täglich kosten, womit dieses Land die viergrößte Militär- und Finanzhilfe der USA weltweit erhält. Für die Bevölkerung bedeutet diese Politik acht Jahre Krieg und Terror, 70.000 Tote, Massenexodus, Hunger und Verelendung. Doch es zeichnet sich immer deutlicher ab, daß die US-Strategen — wie schon in Vietnam — den Widerstand des Volkes unterschätzt haben.

Gegenüber 1980 — zum Zeitpunkt des ersten Aufrufs „Waffen für El Salvador“ — haben sich die Bedingungen des Krieges jedoch geändert. Damals fehlte es der Guerilla an Waffen. Es galt: „eine Bevölkerung, die nur noch im bewaffneten Aufstand ihre Überlebenschance sieht, zu bewaffnen.“ Die Volksorganisationen waren zerschlagen.

Nach der gescheiterten Generaloffensive 1981 konsolidiert die FMLN (Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional), ihre militärischen Kräfte, baut in den von ihr kontrollierten Zonen kollektive Strukturen auf und hält so die Perspektive revolutionärer Veränderungen wach. Die Befreiungsfront schafft die Voraussetzung, daß die Bevölkerung ihr Repressionsrauma von 1980/81 überwinden und an die politischen Erfahrungen in den Volksorganisationen der siebziger Jahre anknüpfen kann. Diese Tatsache wird ab 1983 zum entscheidenden Faktor bei der Reorganisation der Massenbewegung.

1988 — nach acht Jahren Befreiungskampf — ist die Situation in El Salvador zugespitzt. Dies ist das Resultat einer Strategie, die den bewaffneten Kampf mit dem politischen, gewerkschaftlichen und diplomatischen Kampf effektiv zu verbinden wollte. Durch den von der FMLN systematisch ausgeweiteten Kampf haben sich in den vergangenen Jahren Guerilla und Volksbewegung zu einem hohen militärisch-politischen Niveau entwickeln können, das beispielhaft und von großer Bedeutung für die revolutionären Kämpfe in ganz Lateinamerika ist. Die FMLN hat ein Netz aus Stadtguerilla, Landguerilla und MZOs über das gesamte Territorium aufgebaut. Aber nicht nur die FMLN hat mit der Ausweitung ihrer Strukturen und äußerst flexiblen Taktiken auf die US-Kriegskonzeption geantwortet, die Bevölkerung hat trotz Repression und Kriegsbedingungen begonnen, große Bereiche des politischen, sozialen und kulturellen Lebens zu organisieren.

Die Massenbewegung konnte sich nicht nur verbessern, sondern auch radikalisieren. Enteignungsaktionen in Supermärkten, Lebensmittelverteilungen in Armenvierteln, Land- und Fabrikbesetzungen, Streiks, Demonstrationen und militante Straßenaktionen, die eindeutig Sabotagecharakter haben, sind zu neuen Kampfformen geworden. In den Flüchtlingslagern entwickeln sich kollektive Strukturen, Flüchtlinge setzen ihre Rückkehr in ihre Herkunftsdörfer durch. Die Bewohner aus den Elendsvierteln San Salvadors und die Opfer des Erdbebens vom Oktober 1986 beginnen sich zu organisieren und gegen die

Repression zu wehren. Der vor zwei Jahren gegründete Gewerkschaftsverband UNTS mit 180 Einzelgewerkschaften und über 400.000 Mitgliedern schließt neue, breitere Bündnisse auf der Basis sozialer Plattformen, die Überzeugend und für alle von der Wirtschaftskrise Betroffenen.

Die FMLN-FDR (Frente Democrático Revolucionario) konfrontiert die Regierung Duarte seit Jahren mit ihrer Dialogbereitschaft. Duarte antwortet mit der absurden Aufforderung, die Waffen niederzulegen und sich in den „demokratischen“ Prozeß einzufügen. Das Volk will den Dialog, aber ohne Vorbedingungen. Es weiß sehr genau, daß die FMLN/FDR als legitime Vertreterin seiner Interessen den Dialog nur aus der Position der Stärke führen kann. Eine gesellschaftliche Perspektive, die die Ursachen des Krieges beseitigt, ist die einzige Lösung des Konflikts. Um dieser Perspektive zum Durchbruch zu verhelfen, braucht die FMLN Waffen.

Die US-Administration beantwortet die Forderungen des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit einem ausgeklügelten Aufstandsbekämpfungskonzept, das das Marionettenregime und seine Armee ausführen. Sie reagiert in El Salvador — wie in Guatemala, den Philippinen, Haiti und überall dort, wo Widerstand wächst — mit einer integrierten Strategie der „Kriegsführung niedriger Intensität“, die auf ökonomischer, politischer, militärischer und sozialer Ebene unterhalb der Schwelle des Einsatzes regulärer US-Truppen und auch unterhalb der Reizschwelle westlicher Medien interveniert. Es ist ein Konzept, das von der Unterwanderung der Gewerkschaften, der Bestechung und schließlich der Ausschaltung ihrer Führer, über Pseudoagrarreformen und „Hilfsprogramme“ für die Bevölkerung bis zur psychologisch-ideologischen Kriegsführung mit Hilfe der Medien geht. Die klassischen Mittel der Aufstandsbekämpfung — Bombardierung der Zivilbevölkerung, Terror und Mord — werden in El Salvador jedoch weiterhin angewendet. Die Installation scheinodemokratischer Regierungen ist ein wesentlicher Faktor dieser Aufstandsbekämpfungsstrategie. In El Salvador ist dieses Modell, das die Regierung des Christdemokraten Duarte repräsentieren sollte, gescheitert.

Die völlige Anbindung an die Interessen der USA und die Aufgabe jeglicher nationaler Souveränität, Korruption, Konkurrenzkampf, Perspektivlosigkeit und interne Spaltung der Christdemokraten sowie die Unfähigkeit Duartes, das Land aus der ökonomischen Krise zu führen und dem Volk den versprochenen Frieden zu bringen, führten zu einer weiteren Polarisierung im Land, die sich in der Niederlage der Christdemokraten bei den letzten Wahlen ausdrückt. Dieses Machtvakuum kann die FDR als Verbündete der FMLN zusammen mit der neugegründeten Convergencia Democrática besetzen und damit verhindern, daß die US-Strategen eine neue politische Mitte herstellen.

Das Scheitern des US-„Demokratisierungs“-Modells wird die USA zu einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzungen zwingen, d.h. zur Erhöhung der US-Militärhilfe, Eskalierung der Kriegstechnologie und zu verstärktem Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Für die internationale Solidarität kommt es in dieser Situation darauf an:

- die materielle und politische Unterstützung der FMLN zu verstärken
- die Militär- und Finanzhilfe für das Regime zu blockieren
- die politische und ökonomische Unterstützung durch die europäische Christdemokratie — an ihrer Spitze die BRD-Regierung — anzugreifen

Das Waffenkonto ist ein praktischer Ausdruck unserer Unterstützung der FMLN. Über 4 Millionen DM hat die Solidaritätsbewegung der BRD in acht Jahren auf das Waffenkonto gespendet. In den letzten Jahren ist diese Unterstützung politisch wie materiell zurückgegangen. Das kann nicht nur durch das Verschweigen des Waffenkontos und eine die Befreiungsbewegungen ablehnende Berichterstattung erklärt werden. Es hat auch damit zu tun, daß viele damals nach dem Sieg der Sandinisten auf einen schnellen Sieg der FMLN hofften. Sie wandten sich enttäuscht ab, als der Krieg vor allem durch die US-Intervention verlängert wurde, und sich ein mühsamer Prozeß von Aufbau revolutionärer Strukturen und Gegenmacht entwickelte, in dem es auch zeitweise zu harten internen Auseinandersetzungen kam.

Für uns geht es aber nicht darum, von hier aus die erwünschte Gradlinigkeit und Makellosigkeit des revolutionären Prozesses in El Salvador zu überwachen, sondern dessen Dynamik zu begreifen, davon zu lernen und ihn solidarisch zu begleiten. Kontinuierliche Solidarität bedeutet für uns, die Zusammenhänge von Ausbeutung und Unterdrückung hier und in der „Dritten Welt“ aufzuzeigen und das internationale Kapital und seine Instrumente — wie IWF/Weltbank — zu bekämpfen.

In El Salvador haben das Volk und die FMLN die Machtfrage gestellt. Das Konto „Waffen für El Salvador“ zwingt uns zur Auseinandersetzung mit dem Recht der Völker, den Kampf für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit bewaffnet zu führen. Es ist unsere Antwort auf den Versuch der Herrschenden, Klasseninteressen weltweit zu verwischen, Spaltung statt Solidarität zu fördern, uns die Form unserer Solidarität vorschreiben zu wollen. Wir wissen, daß der Sieg in El Salvador international neue Handlungsspielräume für revolutionäre Bewegungen eröffnet. Jede Schwächung des gemeinsamen Feindes — egal wo — wirkt sich international aus. Jeder Sieg eines Volkes gegen den Imperialismus ist auch unser Sieg und stärkt unsere Kraft.

**NICARAGUA HAT GESIEGT — EL SALVADOR WIRD SIEGEN!**

**WAFFEN FÜR EL SALVADOR — WAFFEN FÜR DIE FMLN!**

El Salvador-Solidaritätsgruppen BRD/Westberlin







Fortsetzung nächste Seite







# Die eine Hälfte der Wahrheit

Wie Bechers späte Erkenntnisse in der DDR verschwiegen wurden

Die eine Hälfte der Wahrheit

*Du bist die Menschheitsfeste  
Im Sturm der Barbare!  
Du bist der Welten beste,  
Denn dein Volk wurde frei!  
Sieh, deine Grenzen reichen  
Weit hin, o Völkertriumf!  
Es glänzt dein Sternzeichen  
Im grenzenlosen Raum.*

*Du bist, was uns läßt hoffen  
Und was zu stärken mag.  
Dein Wort ist frei und offen,  
Der Wahrheit Flügelschlag.  
In Stalins Blick zu lesen,  
Suchen wir sein Gesicht.  
Als wäre er ein Wesen,  
Das täglich zu uns spricht.*

(Anz. Johannes R. Becher,  
Hymne auf die UdSSR, 1950)

Der DDR loyalster Dichter und Kulturminister (von 1954 bis zu seinem Tod 1958) Johannes R. Becher soll nach Angaben der DDR-Zeitschrift „Sinn und Form“ (Heft 3/88) einen im Jahre 1956 — drei Jahre nach Stalins Tod, offenkundig unmittelbar unter dem Eindruck des XX. Parteitag — geschriebenen Text vor seiner Veröffentlichung 1957 um sieben Absätze gekürzt haben. Diese sind im Juni 1988 publiziert worden. Darin bekennt Becher, er habe „diesen Mann für ein Genie der Menschheit gehalten“. „Diesen Mann habe ich damals verehrt wie keinen unter den Lebenden“. (1) Die „Hymne auf die UdSSR“ ist nur eines von zahlreichen Zeugnissen dieser Verehrung (u.a. „Als Stalin sprach“ und „Auf einen Namen“). Er könne sich „nicht darauf hinausreden, daß ich dann nichts gewußt habe“, schreibt Becher über die Opfer von Verfolgungen und Politik der KPD unter Stalins Führung. Doch „das Einsetzen (nahm) gewissermaßen eine neutrale, abstrakte Gestalt an, ein Jenseits von Gut und Böse, etwas wie eine unausweichbare Notwendigkeit, die unserem Willen entzogen war.“ Das Wissen, aber nicht darüber Sprechen, „war unsere gesellschaftliche Heuchelei“. Die Zeit des Schweigens sei vorbei. „In uns selber ist ein unendlicher Konfliktstoff angehäuft, der immer weiter erfolgen seine Explosionen. Wir können nicht voraussagen, wie dieses „reinigende Gewitter“ verlaufen wird, aber daß es ein reinigendes ist, das steht fest jedenfalls. (...) Nur ein scholastischer Bürokrat kann verlangen, daß sich jetzt alles streng nach dem Reinigungsplan vollzieht und daß die Reinigung eine Sache der Reinigungsämtern, einer Reinigungskommission, sei und bleiben werde.“

Es wurde eine Sache der Reinigungskommission, Bechers mit „Selbstzensur“ überschriebener Text wurde nicht einmal ein Jahr nach Abfassung Gegenstand der Reinigung, ob erzwungen, oder per Selbstzensur, wissen wir (noch?) nicht. Infolge von Glasnost hat die 1957 abgebrochene Debatte um die kommunistische Geschichte in Anbetracht der DDR, in stärkerem Maße die DKP erreicht.

## Sind alle rehabilitiert?

Ende April dieses Jahres empfing ein Botschaftsrat der UdSSR in Bonn eine Delegation (u.a. Jakob Moneta, Hermann Weber, Ulrich Bräsig, Peter von Oertzen), die das Anliegen der vollständigen Rehabilitierung der Opfer der „Moskauer Prozesse“ von 1936-1938, die Wiederherstellung ihrer Ehre, die Entschädigung ihrer Familien und die Kennzeichnung ihrer Gräber vortrug (siehe den international unterzeichneten Aufruf in AK 288). Das besondere Anliegen der bundesdeutschen Delegation galt der Rehabilitierung deutscher KPD-Mitglieder — darunter bekannte KPD-Führer wie Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Renneke und Hans Kappenberger.

Das wiederum erregte Anfang Mai die UZ der DKP, die den Sprecher der Genesiskommission der Partei zu Wort kommen ließ (2). Günter Judick sah alle bekannten früheren KPDler als durch den XX. Parteitag rehabilitiert an und zeigte sich über die „Uninformiertheit“ der Delegation erstaunt. Judick nennt drei Beispiele für die politische Würdigung. Deren Erwähnung im biographischen Lexikon der DDR (wo es angedeutet heißt: „zu Unrecht verhaftet und in der Sowjetunion ums Leben gekommen“): die Thälmann-Biographie, in der eine „kritische politische Würdigung all der genannten Personen (...) sehr ausführlich erfolgt“ ist und die „Pflichtliteratur“ für DKP-Funktionäre war; schließlich die Tatsache, daß das Bild eines der Umgebrachten, Fritz Schulte, „lange Zeit“ in einer Parteischule aushing. Judicks Resümee: Es gebe keine „Weißen Flecken“,

den Opfern sei „in der Parteiarbeit (...) größte Aufmerksamkeit geschenkt“ worden, das Denken der Stalin-Zeit, wo alles ausgeklammert wurde, was ins Geschichtsbild nicht hineinpaßte, sei in der DKP „weit langem überwunden“.

Judicks Ausführungen blieben nicht unwidersprochen. Die UZ reagierte Ende Juni mit einem erneuten Judick-Interview auf „zahlreiche kritische Leserbriefe“ (3). Judick modifizierte seine ersten Aussagen etwas. Die juristische Rehabilitierung sei dadurch erfolgt, daß der XX. Parteitag die „Moskauer Prozesse“ insgesamt für unrechtmäßig erklärt habe. Eine Einzelrehabilitierung sei deshalb nicht erfolgt, da es keine Einzel-, sondern Pauschalverurteilungen gegeben habe. Die Rehabilitierung durch die Partei sei 1956 durch die Parteikontrollkommission der SED erfolgt, die in einer Vielzahl von Einzelurteilen (genauer äußert er sich nicht) die Parteirechte und Ehre der Opfer wiederhergestellt habe. Gegenüber dem ersten Interview schränkt Judick die Behauptung der politischen Rehabilitierung insoweit ein, daß es als notwendig ansteht, daß „wir die historisch entstandenen Bezeichnungen wie „Zugehörigkeit zu den Rechten“ oder zu den „Versöhnlichen“ unter heutigen Gesichtspunkten neu werten müssen“, was nicht nur für die Personen, sondern für die Parteigeschichte insgesamt gelte.

## Eine bemerkenswerte Rede

(... hielt das Hamburger Bezirksvorstandsmittglied Axel Lochner im Juni zur Geschichtsdebatte („Weiße Flecken“ oder „Weiße Wäster“, siehe nebenstehenden Auszug). Bemerkenswert, weil hier über die übliche Phrasologie hinausgehend ein Versuch der Diskussion um die Geschichte gemacht wird, die eine Auseinandersetzung auch mit nicht parteistrammen Strömungen zuließe. Lochner wagt es sogar, von zwei sich ausschließenden „Modellen“ der Geschichtsarbeit zu sprechen: dem sowjetischen und dem der SED, das vermutlich im DKP-Apparat noch nichtbühnlich Sympathie findet. Der Anlaß ist offenkundig. Zum Jahreswechsel jährt sich zum 70. Mal das Datum der KPD-Gründung. Die SED hat aus diesem Anlaß Thesen zur KPD-Gründung (4) herausgegeben, die alles andere darstellen, als nicht das vielproklamierte neue Denken. In einer Linie wird die KPD-Politik von der Gründung über den „fruchtbaren Lernprozeß“ der Ausschaltung der „kleinbürgerlich-anarchistischen, ultralinken und rechtsopportunistischen Kräfte“ bis zur Durchsetzung unter Führung des Thälmann-ZK 1926 beschrieben. Als hätte Thälmann nichts damit zu tun gehabt, wird von der von Anfang an falschen, sektiererischen Sozialfaschismus-These gesprochen, die erfolgreich überwunden wurde. Niederlagen und „Abweichungen“ erscheinen in der Darstellung als notwendige, erfolgreich überwundene Schwächen, die die Partei jedesmal gestärkt haben. Selbst im Sieg des Faschismus wird noch der Erfolg betont, da der KPD-Widerstand die Errichtung der Nazi-Herrschaft erschwerte und „verhinderte, daß die Nazi-Diktatur über eine kampffähige, durchwegswehende, demokratisierte Arbeiterklasse errichtet wurde“. Die Arbeit im Widerstand, die Befreiung vom Faschismus durch die Alliierten, die unter dem Schutz der Sowjetunion aus

ser Genossinnen und Genossen durch die Führung der verbotenen KPD bereits nach dem XX. Parteitag der KPD erfolgte. Neuerdings stellt sich diese Frage auch der Führung unserer Partei. Wir werden sie klären. Schon jetzt können wir sagen: In der DKP hatten und haben alle, die den kommunistischen Idealen verbunden sind, die das Programm der Partei und ihr Statut achten — unabhängig von ihrer Vergangenheit — ihren Platz.“ Wenn „Unrecht geschehen ist“ und wenn „sie von ihrer Rehabilitierung nicht wissen oder sie nicht erfolgte, dann werden wir das nachholen und uns bei ihnen entschuldigen.“

Holbert Mies auf der DKP-Parteivorstandssitzung am 12.08.88

der Ozone gegründete DDR, all das ist eine nahezu unaufhörliche, gradlinige Entwicklung hin zur SED als Staatspartei der DDR, der Krone der Schöpfung sozusagen. 70 Jahre KPD, 40 Jahre DDR, „das ist schöpferische Verwirklichung des revolutionären Programms, das vor sieben Jahrzehnten die Gründer der KPD erarbeiteten.“ Wer's nicht glaubt, hat's schwarz auf weiß. „Alle Macht den Räten“ steht da nirgends.

Um was könnte es bei der Geschichtsaufarbeitung und Diskussion gehen? Aufrechnung, Abrechnung? Das wäre allen billig, da es diejenigen umso leichter hüten, die jünger sind oder sich außerhalb der KPD-Tradition stehend definieren. Die Wiedergewinnung politischer Glaubwürdigkeit kann nur gelingen, indem nicht weiterhin die Wahrheit dem „Zweck“ gemäß verborgen wird. Die SED-Thesen sind geradezu ein Hohn auf ein differenziertes, die Widersprüchlichkeit der KPD und ihre Fehler erfassendes, materialistisches Geschichtsbild. Schließlich kann sich am kritischen (nicht besserwisserischen) Umgang mit der Geschichte auch erweisen, wie weit sich solche Lernprozesse in der Fähigkeit zur Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen niederschlagen. Dazu müßte auch die Wahrnehmung von Rückschlägen und Niederlagen für die Linke in der BRD gehören.

## Anmerkungen

- 1) Der Text wird nach der Wiedergabe in der UZ vom 24.6.88 zitiert
- 2) UZ-Interview, 4.8.88
- 3) UZ-Interview, 29.8.88
- 4) 70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden. Thesen des ZK der SED zum 70. Jahrestag der KPD-Gründung, in: Neues Deutschland, nachgedruckt in UZ, 18.8.88

## Leise Zwischentöne

„Auch die Geschichte der kommunistischen Bewegung unseres Landes nach 1945, die im wesentlichen auf einen hervorragenden Kampf verweist, war nicht frei von Schwächen, Fehlern und auch von tragischen Entscheidungen gegen einzelne hervorragende Genossinnen und Genossen. Was die Rehabilitierung solcher älterer Genossinnen und Genossen der KPD betrifft, die als Folge des Personenkultus um Stalin und der Verletzung von Leninischen Normen des Parteilebens diskriminiert wurden, so wissen wir, daß die Rehabilitierung dieser Genossinnen und Genossen durch die Führung der verbotenen KPD bereits nach dem XX. Parteitag der KPD erfolgte. Neuerdings stellt sich diese Frage auch der Führung unserer Partei. Wir werden sie klären.“

Schon jetzt können wir sagen: In der DKP hatten und haben alle, die den kommunistischen Idealen verbunden sind, die das Programm der Partei und ihr Statut achten — unabhängig von ihrer Vergangenheit — ihren Platz.“ Wenn „Unrecht geschehen ist“ und wenn „sie von ihrer Rehabilitierung nicht wissen oder sie nicht erfolgte, dann werden wir das nachholen und uns bei ihnen entschuldigen.“

Holbert Mies auf der DKP-Parteivorstandssitzung am 12.08.88

## „Gesundung“ der Partei durch Ausschlüsse

„Selbstenthaltungen“ eines Abtrünnigen“ überschrieb die UZ vom 25. April 1988 einen Artikel ihres Autors Feldmann (abgedruckt in AK 294), der das ausgeschlossene Erlanger Ex-Parteimitglied Volker Einhorn zum Feind der Kommunisten und möglichen „kostenlosen“ Verfassungsschutzagenten erklärte (wir haben über Erlangen in AK 293 und 294 ausführlich berichtet). „Dieser Artikel hatte kritische Fragen ausgelöst, unter anderem weil er vielen unverständlich blieb“, schrieb die UZ am 9. Juli. Zum Verständnis hat der DKP-Parteivorstand eine — interne — „DKP-Information“ Nr. 12/Julii 1988 (1) herausgegeben, die das absolut bürokratische Verfahren zum „absolut demokratischen“ erklärt, da es nach den Bestimmungen des Statuts, der Schiedsordnung und in den Gremien jeweils einstimmig erfolge. In DKP-üblicher Weise wird auch noch nachgeliefert: Weil Volker Einhorn sich nicht einfach in sein Schicksal ergab, sondern weiterhin für seine Ziele eintritt, wird er in den Informationen „zu einem Gegner der kommunistischen Partei der Bundesrepublik, der DKP“ erklärt.

Das ist der alte Stil, der trotz rituellen Beschwörens neuen Denkens in solchen Konfliktfällen vorherrscht. Ich schreibe dies nicht aus Haine oder weil ich der Tendenz anhängen, die im Karlsruher Artikel zum Ausschuß von Helmut Krebs (in dieser Zeitung) anklingt, der Berufsverbote und Parteiausschuß in Zusammenhang bringt. Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation muß nach meinem Verständnis nicht nur freiwillig sein, sondern auch die Trennungsmöglichkeit für beide Seiten einschließen, wenn die politischen Positionen nicht mehr zusammengehen. Das gilt für den heutigen Stand von Klassenkampf abgesehen. Allerdings ist es ein totaler Rückfall, wenn die banalste Auseinandersetzung, durch Inhaftierung und Exkommunikation aus der kommunistischen Bewegung „erlöset“ wird. Vielleicht könnte eine Lehre aus der Geschichte der kommunistischen Bewegung sein, daß man solche Trennungen als vorübergehend, wieder aufhebbar zu vollziehen versucht.

Der Erlanger DKP-Vorsitzende Werner Lutz legt von einer unseligen, die real existierende Krise seiner Partei nicht

Ganze 16 Jahre war Helmut Krebs Mitglied der DKP. In der Zerfallsphase der APO trat er 1972 ein — damals noch Schüler. Später wollte er Lehrer werden. Doch weil er mehrmals zu Landtags- und Kommunalwahlen kandidiert hatte, bekam er Berufsverbotsprozesse an den Hals (1976 und 1981). Er blieb standhaft, und deswegen mußte er schließlich seinen Lehrerberuf an den Nagel hängen und umschulen.

Für die Partei arbeitete er in der Friedensbewegung und in der Initiative gegen Berufsverbote. Er übernahm Funktionen bis zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden, wurde aber, wie er selbst sagt, 1980 „kaltgestellt“.

Im März/April 87 — nach den Bundestagswahlen — verließ Helmut Krebs ein Papier „Wie weiter DKP“ (siehe auch AK 295, S. 35). Seine jahrelangen Erfahrungen mit dem Parteileben wollte er darin aufarbeiten und darauf aufbauend die jetzige Situation einer kommunistischen Partei in der heutigen BRD analysieren. Vorschläge zur Umgestaltung der revolutionären Strategie und zur Verwirklichung von innerparteilicher Demokratie werden gemacht. Dies alles war gedacht im Rahmen der in der DKP begonnenen Diskussion über die Lage und das Weiterkommen der Partei.

Sein Papier übergab Helmut Krebs jedoch erst im Dezember dem hiesigen Kreisvorsitzenden der DKP. Er bat ihn, dafür Sorge zu tragen, daß seine Schrift in geeigneter Weise der Parteipublikation zugänglich gemacht werde. Anstatt dieser Bitte nachzukommen, erarbeitete das Kreissekretariat in einem Brief eine Stellungnahme. Helmut Krebs wurde vorgeworfen, die „DKP von einer revolutionären zu einer reformistischen Partei machen“ zu wollen. Der Widerspruch zu Programm und Statut der DKP sei offensichtlich. Aus der „gemeinsamen revolutionären Disziplin“ habe sich für Helmut Krebs zu ergeben, daß er mit seinem Papier nicht an die Öffentlichkeit gehen und es auch nicht weiter innerhalb der Partei verbreiten dürfe. Durch die „Nachdenk-Schrift eines einzelnen Mitglieds“ (Helmut Krebs) sah sich das Kreissekretariat von der Gefahr einer eigenständigen Plattform gegen die beschlossene Politik bedroht. Helmut Krebs erwiderte, daß er sich nicht an das Verbot, sein Papier innerhalb der Partei zu verbreiten, halten werde. Das wäre eine Beschneidung seiner Rechte als einfaches Mitglied, „an der Erarbeitung der Politik“ mitzuwirken. Daraufhin stellte der Kreisvorsitzende Karlsruhe einen Antrag auf ein Parteiordnungsverfahren gegen Helmut Krebs.

Nachdem ihm so mit dem drohenden Ausschuß aus der Partei „die Pistole auf die Brust gesetzt“ worden war, fand im Februar eine Kreisaktivtagung statt. Die Mitglieder in Karlsruhe wurden dazu eingeladen. Helmut Krebs sollte dort in eine „ethische Auseinandersetzung“ über

Nachdem ihm so mit dem drohenden Ausschuß aus der Partei „die Pistole auf die Brust gesetzt“ worden war, fand im Februar eine Kreisaktivtagung statt. Die Mitglieder in Karlsruhe wurden dazu eingeladen. Helmut Krebs sollte dort in eine „ethische Auseinandersetzung“ über sein Papier treten. Tatsächlich ähnelte die Kreisaktivtagung unter dem Vorzeichen des Verfahrens einem Tribunal. Ohne Scheu wurde Helmut Krebs, der langjährige Genosse und Berufsvorbestrafte, mit den Faschisten in Chile und den Russisten in Südafrika verglichen. Doch es gab auch andere Genossen. Klaus Lipps, Gerlinde Frommann und Reinhold Engel zum Beispiel wandten sich auf der Tagung gegen das angestrebte Verfahren. Alle selber Berufsverbotsgefährdete, hatten sie am eigenen Leibe erfah-

ren, was Ausgrenzung, ja „innerstaatliche Ausbürgerung“ (Klaus Lipps) bedeutet. Auch die DKP-Hochschulgruppe mißbilligte das Vorgehen, drei Mitglieder dieser Gruppe hatten zuvor schon in einem gesonderten Brief die Rücknahme des Parteiordnungsverfahrens gefordert.

Nichtsdestotrotz wurde Helmut Krebs zur Verhandlung der Bezirksschiedskommission Ende April geladen. Er unternahm daraufhin einen letzten Versuch, eine politische Klärung außerhalb des Verfahrens zu erreichen. Doch seine „erklärte Gesprächsbereitschaft“ und „Bereitschaft zur Selbstkritik“ sollte er laut Antwortschreiben der Kommission — gefälligst — in das Parteiordnungsverfahren einbringen.

Am 14. Mai erging denn auch das Urteil der Bezirksschiedskommission: „Helmut Krebs ist aus der Partei ausgeschlossen.“ Mit dem von ihm erarbeiteten und verbreiteten Papier „Wie weiter DKP“ hat er gegen beschlossene Politik, Programm und Statut der DKP verstoßen. Im wesentlichen ist das Urteil eine Neuauflage der Antwort des Karlsruher Kreisvorstandes auf das Papier von Helmut Krebs. Was in der Urteilsbegründung mit dem Vorwurf gemeint ist, Helmut Krebs verweigere die Diskussion, ergibt sich aus dem erklärten Ziel einer solchen Diskussion, „Korrekturen in den genannten Punkten zu erreichen, die der Programmatik widersprechen“. Mit der Verbreitung seines Papiers habe Helmut Krebs letztlich dem Klassengegner Material in die Hände gespielt, damit er sich in die inneren Angelegenheiten der DKP einmischen könne.

Doch nicht nur jedem Demokratieverständnis spricht dieses Urteil Hohn. Wenn ca. die Hälfte der Zitate aus „Wie weiter DKP?“ vom Original abweicht, muß die Frage erlaubt sein, welche Absicht verfolgt wurde — außer der einer plumpen Machtdemonstration. Nur ein Beispiel für verfälschtes Zitieren und Mißinterpretation: „... wir können noch nicht einmal voraussagen, ob in der Bundesrepublik jemals eine revolutionäre Situation eintreten wird“ — so das Zitat in der Urteilsbegründung. Im Original steht hingegen — viel relativierender — „Wir können noch nicht einmal mit wissenschaftlicher Bestimmtheit voraussagen, daß eine revolutionäre Situation in den kommenden Jahrzehnten, ja überhaupt jemals in der BRD eintreten wird“. Und mit messerscharfer Unlogik wird in der Urteilsbegründung dann geschlossen, wer das Entstehen revolutionärer Situationen nicht für „unausweichlich“ hält, verneint überhaupt die Möglichkeiten revolutionärer Veränderungen (Reformismusvorwurf).

Die gleichen Leute, die sich an die toten Buchstaben ihrer Dokumente als das Maßgebende halten, die gleichen Leute, die exakt und korrekt das Parteiprogramm und die Statuten zitieren, arbeiten mit verfälschten Zitaten und Mißinterpretationen, wenn es um das Papier eines „Abtrünnigen“ geht.

Solche hierarchischen Strukturen, diese Art von Verkettung und autoritärem Denken erinnern an das Mittelalter. Perestrojka und Glasnost haben — was die politische Praxis betrifft — keinen Platz in der DKP, sind von oben nicht erwünscht.

Christina

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Stadtzeitung „Gegendruck“, Karlsruhe)

Mittelpunkt der Parteiarbeit. Während in Erlangen gearbeitet wurde, „habe ich den Eindruck, daß an einigen wenigen überregionalen Punkten der Partei mehr über die Ausgeschlossenen gesprochen wird, als bei uns in Erlangen oder Nordbayern.“ „Stützpunkt“ mache zudem, „daß sich die bürgerliche Presse, auch Zeitungen wie „mit“ und „Arbeiterkampf“ so interessiert und wohlwollend über Einhorn und seinen „Aufbruch“ (2) äußern“. Womit das alte Bild wieder in Ordnung sein dürfte, dank Parteiordnungsverfahren.

## Anmerkungen

(1) Dokumentation zu drei Parteiordnungsverfahren in Erlangen, DKP-Informationen 12, Juli 1988. Enthält u.a. Anträge und Begründungen zum Verfahren sowie ein Referat des DKP-Bezirksvorsitzenden aus dem Jahre 1987. Darüber hinaus ein Gespräch mit dem Erlanger DKP-Vorsitzenden vom Juni 1988. Enthält keine einzige der zahlreichen Stellungnahmen der Angeklagten.

(2) Das Erlanger Info „Aufbruch“ mit Dokumenten und Materialien zur DKP-Diskussion ist mittlerweile eingestellt worden.



n! Mehr Dampf im Arbeiterkampf!

## Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Foto: R. Weyhahn

# In München ist immer was los

Der nachfolgende Leserbrief aus München erreichte uns anonym. Die Autoren beziehen sich auf AK 296.

### Leserbrief

Betrifft:  
„Sumpfböden grüner Realpolitik“

Hat der ak nicht nur sein Aussehen, sondern auch sein Konzept geändert? Die Grundregel der bürgerlichen Presse ist, ständig das zu schreiben, was die LeserInnen gerne lesen. Motto: Wenn ich schon eine Zeitung kaufe, möchte ich wenigstens meine Vorurteile bestätigt bekommen. Der Artikel „Sumpfböden grüner Realpolitik“ liegt genau auf dieser Linie. Wer die bayerischen Grünen kennt, weiß, daß der Widerstand gegen den schwarz/grünen Deal zu einem großen Teil aus dem Realolager kam. Der organisierte Teil der Fundis, Treffpunkt in einer Neuhausener griechischen Kellerkneipe, hat den Deal mitgetragen und in Gremien ausdrücklich verteidigt. Lediglich einige Grüne aus dem KV-Nord, die man als DKP-nahe Fundis bezeichnen könnte, haben den Deal bekämpft. Weiß dich M., vom KB Nürnberg nicht, oder versucht er seine Leser vorsätzlich zu täuschen? Wir empfehlen, daß M./Nürnberg in Zukunft derartige Artikel von M./München nicht mehr veröffentlicht. Die journalistischen Kompetenzen von M./München sind unumstritten. Außerdem würde es Übermut sein, M./Nürnberg nicht schaden mal einer Frau mehr Freiraum zu geben.

Mit revolutionären Grüßen  
Schneewittchen  
und die staatschutzlinken Zwerge

Geschrieben hat diesen Leserbrief Klaus Weise, seines Zeichens freier „Juz“-Mitarbeiter und enger Companion von Hans-Peter Buschheuer, Pressesprecher des Landesvorstands der bayerischen Grünen, als dessen Stellvertreter Weise (offiziell agiert Buschheuer und Weise sind die Hauptfiguren einer grünen Initiative, die die scheidende Mitgliedschaft der grünen Landesgeschäftsstelle in München, Miriam Lang, in der nachfolgenden (von uns gekürzten) Stellungnahme für die Zeitung der grünen Stadtratsfraktion in München geschrieben hat.

Meister Proper — ganz in grün

Meister Proper — ganz in grün

(...)

Ich bin seit einem Jahr als Redakteurin der „Grünen Zeiten“ in der Landesgeschäftsstelle (LGS) fest angestellt. Ende Juni dieses Jahres habe ich meine Stelle zum 1. September gekündigt, weil ich Bayern verlassen möchte. Einige Männer aus der LGS haben sich offensichtlich in den Kopf gesetzt, meinen Abgang durch einen kräftigen Treib von hinten zu beschleunigen.

Der Coup war durchschaut. Auf der Landesvorstandssitzung am 8. Juli in Donauwörth brachte der Landespressesprecher, Hans-Peter Buschheuer, einen Tagesordnungspunkt „Dubiose Vorgänge in der Landesgeschäftsstelle“ ein und erhob in diesem Zusammenhang eine Reihe von Vorwürfen gegen mich. Die Palette reicht von Spionage bis Geschäftsschuldung. Ich will die Anklagepunkte kurz im einzelnen ansprechen.

— Ich soll am Donnerstag, den 7. um 23.30 nachts den Telefax-Apparat der Landesgeschäftsstelle heimlich benutzt haben. An diesem Tag fand in der Universität eine Veranstaltung zum Thema Gentechnologie statt, an deren Vorbereitung ich beteiligt war. Das war für Buschheuer ein eindeutiger Tatnachweis. Obwohl ich ihm, auf den Sachverhalt angesprochen, versichert hatte, mit der Sache nichts zu tun zu haben und das, wenn nötig, auch beweisen zu können, behauptete Buschheuer meine Schuld vor dem Landesvorstand.

— Im Zusammenhang mit der gleichen Veranstaltung, für die ein Verbot des Kreisverwaltungsreferats zu erwarten war, hatte ich nach Rücksprache mit einem Kollegen aus der Geschäftsstelle nach Dienstschluß Kopien der geplanten Redebeiträge gemacht, um sie im Verbot-

fall an die BesucherInnen verteilen zu können. Die Grünen gehörten zu den politischen Unterstützern dieser Veranstaltung. Buschheuer brachte diesen Vorfall auf der LaVo-Sitzung so ein, als hätte ich ohne oder gegen die Absprachen gehandelt und für grüne Zwecke grünes Geld mißbraucht. Kulante Regelungen in politisch brisanten Fällen sind also nicht erlaubt.

— Der schwerwiegendste Vorwurf lautete, ich hätte vertrauliches Material aus der Pressestelle an „feindlich gesinnte Organisationen“ weitergegeben. Konkret handelt es sich um einen Artikel aus der Zeitung „Arbeiterkampf“ (AK), die vom Kommunistischen Bund (KB) herausgegeben wird. Der Artikel befaßt sich mit der Referentenwahl in München und insbesondere mit der Wahl von Hans Stitzle (CSU) durch grüne StadtratsInnen. Laut Buschheuer zitiert der Verfasser aus einem Brief, der nur an ihn selbst gegangen ist und von dem es insgesamt fünf Kopien gibt. Eine dieser Kopien habe ich gemacht, und zwar mit ausdrücklicher Einwilligung Buschheuers, um mir in dieser umstrittenen Frage eine fundierte Meinung bilden zu können. Das genügt hier wiederum für die Behauptung gegenüber dem LaVo, ich „müsse es einfach gewesen sein“. Alle anderen Möglichkeiten, wie der Brief an den „Arbeiterkampf“ gegangen sein könnte — z.B. eine der anderen vier Kopien — habe Buschheuer zwar nie überprüft, er könne sie sich aber nicht vorstellen.

Da ich mich weder für Buschheuers Phantasiegeschichten noch für seine Faulheit verantwortlich fühle, weigerte ich mich zunächst, zu dem Vorwurf Stellung zu nehmen. Es wäre ein geradezu unmögliches Unterfangen, bei solch unfundierten, dreisten Unterstellungen die eigene Unschuld beweisen zu wollen.

Daß die Intrige offensichtlich schon länger geplant war und der Artikel im „Arbeiterkampf“ für Buschheuer und Konsorten nur den erscheinenden Auslöser für einen Rundanschlag darstellte, erfährt ich erst dann, Alle wollten es schon, von München bis Sturnberg, vom Landesvorstand über die Fraktion zu den Kreisverbänden, was Buschheuer nach großen Anstrengungen herausgefunden hatte und was man leider, leider zum Zeitpunkt meiner Einstellung nicht ahnen konnte. Nur ich wußte nichts davon: Ich soll Mitglied der „feindlichen Organisation“, des Kommunistischen Bundes sein. Auch bei dieser Behauptung hat Buschheuer lieber auf seine alibekannte Intimfeindschaft mit

Behauptung hat Buschheuer lieber auf seine alibekannte Intimfeindschaft mit der Nürnberger Ortsgruppe des KB zurückgegriffen als auf das bewährte Mittel der Recherche. Der München-Artikel im „Arbeiterkampf“ war nämlich von Nürnberg aus geschrieben worden. Damit war — zumindest vordergründig — der logische Ringschluß vollbracht.

Der Rufmord ging jedoch noch weiter. Mein Redaktionskollege Michael Ther, der Buschheuers Behauptungen freudig aufgriff, setzte auf dem Landesaussschuß am darauffolgenden Tag gleich noch eins drauf: Ich hätte ein „autonomes und terroristisches Umfeld“, und solcherlei Gewalttäter würden mich ständig in der Geschäftsstelle besuchen und ihn so bei der Arbeit stören. Doch dazu später noch mehr.

Die Methoden, mit denen gegen mich vorgegangen wurde, sind eindeutig: nicht genug damit, daß die Behauptungen in meiner Abwesenheit vor dem Landesvorstand gebracht wurden, ohne daß ich etwas davon ahnte oder im Vorfeld irgendwie hätte Stellung nehmen können. Die Debatte um die „dubiosen Vorgänge“ im Zusammenhang mit meiner Person wurden auch noch in aller Öffentlichkeit geführt, und vorsorglich zeichnete sie mein zweiter Redaktionskollege Klaus Weise auf Tonband auf. Auch nach der Vorstandssitzung erhielt ich mehr durch Zufall im privaten Gespräch, daß es um mich gegangen war. Eine schriftliche Darstellung des Diskussionsverlaufs am 8.7. bekam ich, obwohl ich beim Vorstand darum gebeten hatte, ebenfalls nicht. Ein erstes Gespräch mit zwei LaVo-Mitgliedern, dem Betriebsobfrau und Buschheuer, Ther und mir, blieb ergebnislos. Die Behauptungen wurden mit immer augenfälliger werdender Dreistigkeit aufrechterhalten. Ich erklärte mich unter diesen Umständen für unfähig, zu arbeiten, bis der gesamte LaVo mir sein Vertrauen aus-

gesprochen hätte. Ein Klima, wo unbekannte MitarbeiterInnen überwacht und anschließend beim Arbeitgeber willkürlich diffamiert werden, entspricht weder meinen Vorstellungen von Zusammenarbeit noch im entferntesten Sinne der grünen Utopie.

(...)

Zu allem kam, als es um meine Nachfolge bei den „Grünen Zeiten“ ging, noch die Männersolidarität. Sie ist mindestens so unzerbrechlich wie Marmor, Stein und Eisen. Da schon länger bekannt war, daß ich die bayerischen Grünen nach dem Sommerloch verlassen würde, war der Kandidat der Triumviraten auch schon lange in die Startlöcher geschickt worden: Klaus Weise, bisher freier Mitarbeiter bei den „Grünen Zeiten“ und linienidentisch mit Buschheuer und Ther, sollte ein weiteres Element feindlicher Elemente in der LGS verhindern. Zu dumm, daß auf der Landesversammlung in Landsberg gerade das Frauenstatut verabschiedet worden war, wonach die Stelle von einer Frau besetzt werden mußte. Mit einem halbherzig gekauten Hinweis auf die bisher sehr zuverlässige Arbeit von Klaus Weise und die moralischen Verpflichtungen, die sich daraus ergäben, wurde die Stelle einfach geschlechtsneutral ausgeschrieben.

Pikant wurde die Situation, als nur eine einzige weibliche Gegenkandidatin auftauchte, die einen entscheidenden Makel hatte: Sie kam, wie ich seinerzeit, aus der Jungen Presse Bayern, und mußte also derselben Grünen-Feindschaft verdächtigt werden. Wenn es also gelänge, das ganze Spektrum mit mir zu diffamieren, hätte Mann in einem auch Klaus Weise, trotz seines fatalen Geschlechts und trotz Frauenstatus, auf den Putzen gehievt.

Dieses Vorgehen hatte jedoch unter anderem die Aufgabe der Landtagsfraktion und einiger Frauen geweckt, so daß der Landesvorstand beim Einstellungsantrag am 28. Juli entschied, die Stelle müsse trotz der gemischten Ausschreibung in jedem Fall von einer Frau besetzt werden. Dadurch wurde die Bewerbung von Klaus Weise hinfällig. Eine einzige gültige Bewerbung erschien jedoch dem LaVo zu wenig, so daß die Stelle nun zum 1. Oktober erneut ausgeschrieben wurde.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß selbst das „radikale Frauenstatut aller Landesverbände“ (wie Michael Ther in den „Grünen Zeiten“ 5/88 stolz verkündet) wenig hilfreich ist, wenn es direkt nach seiner Aufnahme in die Satzung der bayerischen Grünen derartig zielstrebig umgangen

Aufnahme in die Satzung der bayerischen Grünen derartig zielstrebig umgangen werden kann.

(...)

## Denunziant?

Betr.: Grüne Realos (AK 296)

In AK 296, S. 15, setzt sich ein Artikel mit grünen „Finanzskandalchen“ auseinander. Unter anderem geht es um Vorwürfe, die der heute in Wien lebende Journalist Walter Oswald gegen Manfred Zierin und Jutta Dittfurth erhebt und die frühere gemeinsame Aktivitäten bei den Frankfurter Grünen betreffen. In der Tat gehörte Oswald früher zu den Fundis, wenn er nicht gar — streng ökologisch betrachtet — der Prototyp, der ur-grüne Fundi schlechthin gewesen ist. Wer war schon (außer seinem Bruder) bereit und in der Lage, auf verbotenen nächtlichen Starbühnen-Demos hochmilitanten Mitdemonstranten zu erklären, welche seltene Schwalbe in diesem Busch nistet oder welcher außergewöhnliche Frosch über jenen Vorfluter hopst? Was Walter O. heute veranlaßt, Pressekampagnen gegen die Fundis loszutreten, den ehemals von ihm angeführten Realos Stichworte gegen seine ehemaligen Intimfeinde zuzuspülen usw. osf., weiß ich nicht. Sollte er wirklich, wie der AK-Artikel meint, zum „knallharten Realo“ geworden sein, so wäre das eine erstaunliche Laufbahn. Ein „Denunziant“, wie es in dem Artikel heißt, wäre er deswegen noch lange nicht. Diese persönliche und im übrigen durch nichts bewiesene Herabsetzung darf nicht unwidersprochen bleiben (und das gleiche gilt wohl auch für Lucas Beckmann, oder müssen wir heute selbstkritisch untersuchen, mit was für einem Menschen wir da in der Friedensbewegung so

manche Absprache und so manche Taktik durchgezogen haben?). Bei aller nachvollziehbaren Empörung der Frankfurter Fundis über ihren ehemaligen Mitstreiter, bei aller Durchsichtigkeit des Politmanövers, das die Chefetagen der Realos mit dieser Geschichte inszenieren, muß doch festgehalten werden, daß bisher niemand Oswalds Vorwürfen in der Substanz widersprochen hat. Sondern es geht um gegensätzliche Bewertungen der damaligen Vorgänge.

Der Begriff „Denunziant“ meint selber nicht, daß Oswald lügt. Vielmehr will man damit sagen: Der hat Geheimnisse an den Feind weitergegeben. Unglücklicherweise gehörte es zu den laut verkündeten basisdemokratischen Grundsätzen grüner Gründerzeiten, daß es solche Geheimnisse gar nicht geben dürfe! Heute natürlich wollen die Grünen von solcher Transparenz nichts mehr wissen. Und „BAG XY ... ungelöst“ in den Grünen“, der/die den AK-Artikel unterzeichnet hat, scheint wiederum von „Glasnost“ nicht viel zu halten.

de., Frankfurt

## Nationalismus

Betr.: Er gehört uns, und wir werden ihn behalten (AK 293)

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wg. Auslandsaufenthalt kam ich erst jetzt zum Lesen obg. Artikels. „Der in Ländern der Dritten Welt für die nationale Integration der gesamten Bevölkerung in vielen Fällen sehr wichtige Nationalismus wird besonders in Gesellschaften mit unbewältigter faschistischer Vergangenheit oft mißverstanden.“ Ein höchst gefährlicher Satz, der so nicht stehen bleiben darf. Man darf doch nicht glauben, daß so fortschrittliche lateinamerikanische Nationalisten wie Perón in Argentinien, Vargas in Ecuador, Noriega in Panama oder Garcia in Peru zögerten oder gezögert hätten, tausende von Genossen liquidieren zu lassen, wenn das ihrem US-feindlichen Nationalstaat dienlich war oder ist.

Wer hat hier Faschismus nicht bewältigt? Welch üble zersetzende Wirkung der Nationalismus hat, zeigt sich unter den Kämpfern an der vordersten Linie in Lateinamerika, den Nicaraguanern. Nicht etwa Liquidierung der Contras, genug zu fressen, bessere Wohnungen, mehr Maschinen und weniger Arbeit skandalisieren sie, nein, „Freies Vaterland“ soll es sein, „oder Tod!“, und da zu einem Vaterland eben alle Nicaraguaner gehören, nimmt man sogar eine Generalamnestie aller inhaftierten Faschisten in Kauf. Zuhause aber erwartet den tapferen cacho die tüchtige Hausfrau, die mit einer Politik der neuen Mütterlichkeit wieder an den Herd gelockt werden soll, statt endlich die Wehrpflicht auch für Frauen obligatorisch (und nicht nur freiwillige Stubendienst) zu machen.

Dieses Land steht seit neun Jahren im Krieg und hat als Folge des Krieges diese nationalstischen Geschwülste, die aber nichts Fortschrittliches an sich haben, sondern die letzten Reserven aus dem Volk noch herauslocken sollen, um den Contras nicht ein völlig unkontrolliertes

Volk noch herauslocken sollen, um den Contras nicht ein völlig unkontrolliertes Morden zuzulassen.

Der Autor dieses Artikels begeht den alten Fehler vieler 3. Welt-Gruppen, den dortigen Nationalismus einerseits zu betiteln, den hierigen aber als unbewältigt (= unbewältigbar?) abzutun.

M.Z., München

## Alte Fehler

Liebe Freundinnen und Freunde im KB, leider ist mein Anlaß, mich brieflich an euch zu wenden ein trauriger bis ärgerlicher.

So war es 1982, als ihr den AK 225 mit der Hauptüberschrift „Erdlösung der Palästinafrage!“ herausgegeben habt.

So war es auch vor zwei Jahren, als in AK 277 eine Besprechung von W. Broders Buch „Der ewige Antisemit“ erschien.

So handelt es sich auch dieses Mal wieder um die Frage des Verhältnisses von deutschen Kommunisten zum Staat Israel; und auch wieder anläßlich der Frage nach der Solidarität im Konflikt zwischen Juden und Palästinensern.

In eurer Broschüre „Ein unvermeidlicher Streit: Deutsche Linke zwischen Israel und Palästina“ schreibt ihr im Vorwort: „Bei keinem anderen Konflikt scheuen sich so viele Linke, einen eindeutigen, parteiischen Standpunkt zugunsten der Entrechteten und Unterdrückten wenigstens verbal zu bekunden. Es dominiert eine auf Kosten der Opfer gehende „Objektivität“, die den Konflikt nicht von seinem eigenen Wesen her, sondern aus der besonderen Optik der deutschen Schuld an jüdischen Volk betrachtet und interpretiert.“

Ich gehe davon aus, daß ihr mit diesen Sätzen ausschließlich die notwendige Solidarität der deutschen Linke mit dem unterdrückten und entrechteten palästinensischen Volk einklagen wollt. Genau in eurer Beschränkung auf dieses Eine sehe ich euch immer noch die alten verhängnisvollen Fehler machen.

— Ist die Parteinahme für das Existenzrecht eines jüdischen Staates nach 2.000 Jahren Antisemitismus kein Standpunkt zugunsten der Unterdrückten — in diesem Fall der Juden? Man muß schon allzu sehr von der noch nicht einmal 50-jährigen Stille des Antisemitismus nach Auschwitz und der Bündnispolitik der Zionisten mit den Großmächten beeindruckt und geblendet sein, um bei der Beurteilung der geschichtlichen Ziele der zionistischen Bewegung und der Existenz des Staates Israels von der zweitausendjährigen Verfolgungsgeschichte des jüdischen Volkes in Europa abzusehen.

Diese Verfolgungsgeschichte hatte in Auschwitz, in der industriemäßig organisierten Vernichtung des jüdischen Volkes auf deutschem Boden ihre tödliche Zuspitzung.

— Wer die Beurteilung des Staates Israel von der konkreten Geschichte des jüdischen Volkes trennt, der muß auch Auschwitz von der Staatsgründung Israels trennen. So kommt man automatisch zu einer Sicht des Konfliktes, die sich ausschließlich beschränkt auf das Unrecht, das dem palästinensischen Volk schon mit der zionistischen Besiedlung und heute durch die Militärpolitik Israels angetan wurde und wird.

Wer so selektiv Geschichte betrachtet, wird kaum für sich in Anspruch nehmen können, „den Konflikt von seinem eigenen Wesen her“ zu interpretieren. Was soll das für ein reines Wesen sein, das da herauskommt, wo ihr (!) zuvor das deutsche Unwesen (den deutschen Nationalsozialismus als Vernichtungsmacht) als irrelevant hernausgestülpt habt. Wer hat euch bloß diesen idiotischen Satz in die Feder diktiert? Als könnte sich die Erkenntnis des Wesens einer Sache einstellen, gerade nur in Absehung der eigenen (schuldhaften = Verantwortung beinhalten) geschichtlichen Verflochtenheit in sie hinein! Ist so eine von eigener Geschickte gesäuberte Theoriegewinnung marxistisch? Ist theoretische Erkenntnis unmoralisch, hat sie nichts mit geschichtlich entstandenen Verantwortungszusammenhängen zu tun? So deutlich habe ich von linken Theoretikern noch nie den Wunsch nach geschichtsfreier und verantwortungsfreier Theorie formuliert gefunden. Ich gratuliere!

— Was tun?

In mehreren AK-Ausgaben ab Nr. 231 erschien eine Folge, die die lange Geschichte des Antisemitismus darstellte und im Zusammenhang damit in AK 236 ein Artikel von mir, der an der Person M. Bubbers die jüdische Grundidee der zionistischen Bewegung darzustellen versuchte.

Ich halte es für unangenehm, den Zionismus als Bewegung des jüdischen Volkes aus seiner Geschichte zu verstehen.

Ich halte es für fatal, eine Geschichtsbetrachtung zu vertreten, die die Leidensgeschichte des jüdischen Volkes zu verstehen.

Ich halte es für fatal, eine Geschichtsbetrachtung zu vertreten, die die Leidensgeschichte eines Volkes von seiner staatlichen Selbstbehauptung trennt. Läuft das nicht letztlich doch auf eine Bewertung hinaus, die das staatliche Existenzrecht Israels anzweifelt?

Es waren immer allein die Juden, die unter dem geschichtlichen Zwang standen, auf den Antisemitismus reagieren zu müssen. Diesen Zwang nicht zu sehen und in der Geschichtsbetrachtung nicht nachzuvollziehen, halte ich für einen Akt der Desolidarisierung.

Kann sich wirklich jemand von Antisemitismus freisprechen, der dieses Verfolgungs-Syndrom und die politische Geschichte der Juden bis heute fein säuberlich voneinander trennt?

Trotzdem mit solidarischen Grüßen  
Euer Klaus-Peter Lehmann

## Lob und Tadel

Hiermit kündige ich mein AK-Abo zum Ablauf des Jahres! Ich kann nicht länger diesen kleinbürgerlichen, anti-revolutionären, volksfeindlichen Phrasen meine Zeit opfern!!

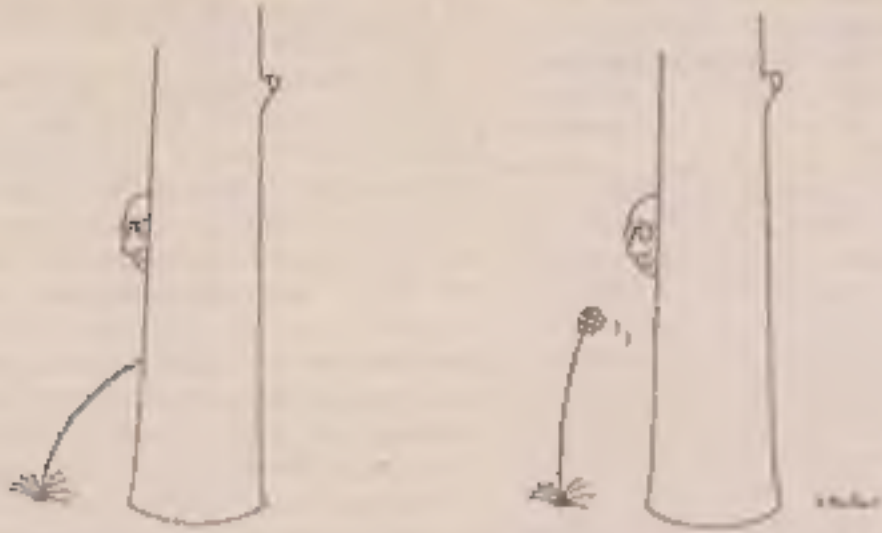
Frank, Ahrensburg

Habe die Juni- und Juli-Nr. 295-296 erhalten. Aber die August Nummer nicht... Wo ist sie? Bekomme ich sie? Und auch die Weiteren? Denn schon nach zwei Nummern AK fehlt mir die Zeitung!

Herzlichen Gruß  
Ann, Bern



# Andere über uns —



# wir über andere

Die Fundis sollen doch mit dem Kommunistischen Bund, der Deutschen Kommunistischen Partei und den Autonomen ein Bündnis eingehen, aber nicht mit uns. (Otto Schily laut „Boinger“, 13.8.88)

Gute Idee, im Prinzip. Aber nicht so prinzipiell. Erst streiten, dann vereinigen. Sonst haben wir nachher noch den grünen Streit als Fundi/ml gegen Reale/ml, wofür Autonome und DKP ja durchaus gut sind.

\*\*\*

Jutta und Christian nur bedeutet die Fortsetzung des Kommunistischen Bundes mit anderen Mitteln. (Johanna Fischer in „Süddeutsche Zeitung“, 4.8.88)

Kannst du dich mal mit Otto einigen?

\*\*\*

Aber ich sehe schon den Zug der Lemminge zurück in das Sektorenwesen der siebziger Jahre, dem Ebermann und ich entkommen. Den mache ich nicht mit. (Johanna Fischer im STEIFEN-Interview, 18.8.88)

Also das war unnötig. Erstens kennen wir dich von damals nicht, und zweitens nehmen wir dich sowieso nicht, siehe unten.

\*\*\*

„Wir werden die Mißachtung von Parteibeschlüssen und feministischen Interessen nicht hinnehmen!“ Was soll diese Drohung? Wird den grünen Abgeordneten, die (...) doch Vertreter des ganzen Volkes (...) und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, jetzt der öffentliche Schauprozess nach sozialistischer Manier gemacht? Greift hier einer der Unterzeichner dieser Anzeige, das frühere Mitglied im Kommunistischen Bund, Thomas Ebermann, zum erprobten Instrumentarium totalitärer Parteien? (Johannes Garster, MdB, im CDU-Pressedienst, 27.8.88)

Wir wissen es nicht. Aber vielleicht Klaus Hartung: „Der Geist marxistisch-leninistischen Liquidatorismus ist ein Endpunkt (...) Die deutsche Linke konnte noch nie mit der Niederlage umgehen, hat der Selbstkritik allemal die Süßerzählung vorgezogen.“ (Zum selben Thema in „Pflasterstrand“, 9.6.88)

\*\*\*

Eine eigenständige ökologisch-sozialistische Debatte (...) hat allenfalls erst be-

gonnen, sich zu strukturieren. (...) Ansätze in dieser Richtung finden sich gegenwärtig neben verstreuten Diskussionsbeiträgen in „Kommune“, „PROKLA“ und „Argument“ mangelnder anderer Medien v.a. in wenig verbreiteten Organen wie „horizonte“, „Turbulenzen“, „Arbeiterkampf“ und „Selbstverwaltung“. (Frieder Q. Wolf in einem Beitrag zum grünen Perspektivenkongress)

Warum erfahren wir das erst jetzt? Und muß man als Grüner neuerdings der „Kommune“ als Alters mit ihrer bescheidenen Auflage schmeicheln — weit verbreitet — nur weil dahinter viel Geld und Hochglanz steckt?

\*\*\*

Der nicht organisatorische, aber inhaltliche Enthusiasmus des Kommunistischen Bundes und seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf“ hat zum korrekten Ergebnis geführt, daß der Hund mit Schwanz wackelt, und nicht umgekehrt. (Georg Füllmann in KONKRET 6/88)

Selbst wenn es so ist, werden uns den noch all jene beneiden, die ihr Leben lang in Bündnissen, Zusammenhängen und den großen Bewegungen organisatorisch, aber nie inhaltlich entriren konnten.

\*\*\*

Seit Beginn des Kampfes (...) war Siegmund entschieden gegen den Streik (...). Dies gab er in einem Interview mit dem „linken“ Arbeiterkampf vom 30.5.88 zu. (Rolf Fehra 11.8.88)

Diese sogenannten Kommunisten von der sogenannten MLPD sind uns anscheinend nicht grün.

\*\*\*

FU Berlin erwirbt Archiv des „Kommunistischen Bundes“. (Süddeutsche Zeitung, 18.8.88)

Muß man uns auch noch diese Verrücktheit anhängen? Offizielles Dementi: Wir sind nicht im Uni-Archiv gelandet. Es handelt sich um die Unterlagen des vor fünf Jahren aufgelösten KBW. Wer hat eigentlich das Schmiergeld kassiert, gab es einen linken Datenschutz für die alten KBW-Mitglieder und sind sie um Einverständnis mit der Weitergabe von Unterlagen über ihre Tätigkeit gefragt worden?

\*\*\*

Arbeiterkampf. Wie wir ja alle wissen, handelt es sich hier um ein Linienblatt und eine Vereinszeitschrift. Die darüber hinaus gehende Attraktivität besteht in dem, was allgemein als echt gute Artikel bezeichnet wird. D.h. ein hohes Maß an Sachkenntnis und viele Informationen sind das Markenzeichen des AK. Inwiefern das berechtigt ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ist es für uns unanstrengend, neben dem ohnehin einsetzenden Alternativen Dilettantismus eine ähnliche Qualifikation zu erreichen (vor allem auch Auslandsberichterstattung).

(Bernd Ulrich und Dieter Schöffmann in einem Prospekt der „Initiative für eine Bewegungszeitung“)

Inwiefern das sinnvoll ist, sei dahingestellt.

## In memoriam: ISP aufgelöst

1980 erschien nach der mehr oder weniger gewünschten Trennung vom KB die Zeitschrift „Z“. Sie begründete eine sozialistische Strömung bei den Grünen. 1982 gab die Gruppe Z zusammen mit den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS) die Monatszeitschrift „Moderne Zeiten“ (MOZ) heraus, bei der vorübergehend andere Strömungen der Linken — „Revier“, SoSt — hospitierten. Ende 1984 zerfiel die MOZ und wurde eingestellt. Die KDS-Leute verabschiedeten sich von links, Wilfried Maier ist heute „Kommune“-Autor, Ralf Fücks grüner Bürgerschaftsabgeordneter in Bremen und Teil der Mitte (Aufbruch '88). Ebermann/Trampert schied in Unfrieden von Stamm/Reents und traten aus der MOZ-Redaktion aus. Gleichzeitig verzichteten sie auf einen organisierten fraktionellen Zusammenhang der Linken in den Grünen und gingen ihren Weg allein weiter. Die verbliebenen MOZler setzten ihre politische Tätigkeit im organisatorischen Zusammenhang der „Initiative Sozialistische Politik“ fort. Die ISP-Reste gab es viermal im Jahr einen eigenen Rundbrief „Turbulenzen“ heraus, der zum überwiegenden Teil der grünen Bündnisdiskussion gewidmet war. In der Nr. 8 der „Turbulenzen“ vom Juni 1988 kündigt die verbliebene Rundbrief-Redaktion dessen Einstellung und die Auflösung der ISP an.

„Die radikale Linke ist in und durch die „Die radikale Linke ist in und durch die Grünen atomisiert worden“, heißt es resigniert. Der „defensive“ Versuch, die linken Zusammenhänge in den Grünen zu halten, sei gescheitert. Die Chance auf „Erneuerung eines autonomen linken Organisationszusammenhangs in den Grünen“ minimal. Jeder Versuch einer sozialistischen Organisation in den Grünen geriete „unweigerlich unter die Räder tagesspolitischen, partei- und wahltaktischer Zwänge“. Linken „Winterschlaf“ wollen die „Turbulenzen“-Leute nicht halten, für Anfang nächsten Jahres schlagen sie einen „(kleinen) „Kongreß“ der marxistischen Linken“ vor, um „den Versuch zu unternehmen, unabhängig von den Grünen und trotz Zeitgeist, Kommune, Pflasterstrand und den sonstigen Erscheinungsformen des alternativen Antikommunismus einen Ort der Diskussion und Auseinandersetzung zu schaffen, den alle diejenigen dringend benötigen, die am Marxismus als wichtigstes Instrumentarium der Erkenntnis und Kritik des Kapitalismus festhalten wollen.“ Halte uns auf dem Laufenden, Genossen.

## INHALT

### aktuell

Daimler-Benz:	
Auf dem Weg zum europäischen Rüstungskonzern .....	6
Das Jahr der weißen Taube? .....	4
AIDS: Neue Fakten, alte Politik .....	27
Will die RSA keine Atomkraft mehr sein? .....	5

### Asien

Auf der Suche nach neuen Freundbildern	
Interview mit Maria Sison, KP der Philippinen .....	18
Bleierne Zeiten für die philippinische Opposition .....	17
Südafrika will überraschend dem Sperrvertrag beitreten .....	5

### Ausländer in der BRD

Schwarze raus? — Die „Frankfurter Rundschau“ gegen afrikanische Flüchtlinge .....	26
„Wir sind für uneingeschränktes Asylrecht — aber nicht für jeden“ — Grüne Lokalpolitiker in Zimmermanns Spuren .....	27

### Europa

Irland: Über die Unmöglichkeit des „sauberen Krieges“ .....	20
Späte Rache an Lotta Continus — Der Fall Sofri .....	22

### Frauen

Justiz ermittelt gegen 357 Frauen — Hexenjagd in Memmingen	25
Bayern: Staatliche Abnahmegarantie bei ungewollten Schwangerschaften .....	25

### Gentechnologie

Von der Kritik zur Akzeptanz .....	30
Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnik .....	31

### Gewerkschaft

VK-Leitung bei Boehringer aus der IG Chemie ausgeschlossen	23
Her mit den Bolschewisten! — Hermann Rappe im Kampf für Freiheit und Demokratie .....	24

### Grüne

Die GRÜNEN und die Mudjahadin .....	36
Streit bei Grünen um NATO-Broschüre .....	39

### IWF

„Generalstreik der Schuldner!“ — Fidel Castro ruft zur Einheitsfront der Schuldner auf .....	35
Müde Mobilisierung gegen IWF-Tagung .....	32
Internationale Schuldenkrise, Teil III: Über mehr oder weniger alternative Krisentherapien .....	33

### Kampf dem Faschismus

Die Katastrophe ist schon passiert — Eine NS-Firma und ihre Kritiker .....	28
Göttingen: Skinheads verurteilt .....	28
Göttinger Antifa-Bündnis .....	28
CDP denunziert DGB-Kreisvorsitzenden .....	28
Dänisch-bundesdeutsche Problematik .....	29
Das Treiben des „NSDAP“-Propagandisten Christophersen .....	29
Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Pogromnacht .....	2
Greisen-Kabinett im Hörsaal .....	29

### Linke

Helmut Krebs aus der DKP ausgeschlossen .....	42
Die eine Hälfte der Wahrheit — Wie Bechers spätere Erkenntnisse in der DDR verschwiegen wurden .....	42
„Weiße Flecken“ oder „weiße Wüste“? — Geschichtsdebatte in der DKP .....	41
„Gesundung“ der Partei durch Ausschlüsse .....	42
In München ist immer was los .....	43
Die DKP diskutiert ihre Krise .....	40
DKP: Schwanken auf hohem Niveau .....	41
„Waffen für El Salvador“ — Eine nicht überholte Kampagne .....	38

### Nahost

Interview mit Leila Khaled zur Perspektive des Aufstands .....	11
Status quo der Abnormität .....	9
Der schwierige Weg nach Palästina .....	8

### Parteien

Diäten, Honorare und Doppelverdiener .....	3
--	---

### Realer Sozialismus

Mehr Markt und mehr Profit? — Zu den Wirtschaftsreformen in der UdSSR .....	16
Die Monopolstellung der Partei bleibt .....	15
„Gott liebt Rußland“ — Interview mit Lena K., Vertreterin der Gruppe „Volksfront“ .....	13
KPD/SU-Parteienkonferenz: Wo bleiben die Frauenrechte? .....	15
„Nur jemand von draußen kann etwas ändern, nur die Massen, die Leute“ .....	12
Aufruf der sozialistischen Klubs zur Parteienkonferenz .....	13

### Staat

Niederländer als „RAF-Kurier“ verhaftet .....	2
---	---

## Arbeiterkampf

Ich will den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar. Ich weiß, daß ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei der Hamburger Satz- und Verlagskooperative widerrufen kann.

Absender:

An die  
Hamburger Satz- und Verlagskooperative  
Lindenallee 4

2000 Hamburg 20

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos.

Kto. Nr. bei der mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)

Ort, Datum

Unterschrift

